



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

Tobias Wollborn

PEGIDA

Eine kritische Diskurs- analyse der Bericht- erstattung über die "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes"

ZÖSS
ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE
UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN

ExMA-Papers
ISSN 1868-5005/33
Exemplarische Master-Arbeit
Hamburg 2016

PEGIDA

**Eine kritische Diskursanalyse
der Berichterstattung über die
"Patriotischen Europäer gegen
die Islamisierung des
Abendlandes"**

Tobias Wollborn

ExMA-Papers
ISSN 1868-5005/33
Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien
Universität Hamburg
September 2016

Impressum:

Die ExMa-Papers (Exemplarische Master-Arbeiten) sind eine Veröffentlichung des Zentrums für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). Sie umfassen ausgewählte Arbeiten von Studierenden aus dem Masterstudiengang „Arbeit, Wirtschaft, Gesellschaft – Ökonomische und Soziologische Studien“, am Fachbereich Sozialökonomie der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg.

Herausgeber/Redaktion:

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS)
Arne.Heise@wiso.uni-hamburg.de
Fachbereich Sozialökonomie
Universität Hamburg – Fakultät WISO
Welckerstr. 8
D – 20354 Hamburg

Download der vollständigen ExMA-Papers:

[http://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialoekonomie/
forschung/zoess/publikationen/exma-papers/](http://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialoekonomie/forschung/zoess/publikationen/exma-papers/)

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
2 Rassismus als Macht-Wissens-Komplex	5
2.1 Der Apparat des Rassismus	5
2.2 Rassistisches Wissen	7
2.3 Alltagsrassismen	8
2.4 Sekundärer Rassismus	9
3 Diskursiver Kontext: Rechtsruck in Europa	10
3.1 Rechtspopulismus in den Parlamenten	10
3.2 Mobilisierungen gegen Geflüchtetenunterkünfte	12
3.3 Rassistische Angriffe	13
3.4 Gesetzesverschärfungen	14
3.5 Selbstorganisierter Refugee-Protest und zivilgesellschaftliche Solidarität	15
4 Forschungsstand: Studien über Pegida	16
4.1 Übersicht über die Studien	17
4.2 Charakterisierung Pegidas	19
4.2.1 Mangelndes Vertrauen in Institutionen.....	20
4.2.2 »Held_innen«	20
4.2.3 Pegida als »Krankheit«: Pathologisierende Erklärungsansätze	21
4.2.4 „... kann von Rassismus bei der Mehrheit der Befragten nicht die Rede sein ...“	22
4.3 Handlungsempfehlungen: Wie umgehen mit Pegida?	23
4.4 Forschungslücke und Forschungsvorhaben	24
5 Methode: Die Kritische Diskursanalyse	25
5.1 Diskurstheoretische Grundlagen	25
5.2 Die Kritische Diskursanalyse	26
5.3 Konzeptionierung des Forschungsvorhabens	28
5.3.1 Die Pegidadebatte.....	28
5.3.2 Der Materialcorpus.....	29
5.3.3 Vorgehen der Analyse.....	31
5.3.4 Schwierigkeiten.....	32
6 Ergebnisse der Analyse	32
6.1 Phasen der Debatte und Diskursverschiebungen	33
6.1.1 Phase des Schweigens	34
6.1.2 Phase der Empörung	36
6.1.3 Phase der Gegenproteste und der »Toleranzgesellschaft«	39
6.1.4 Phase des Dialogs.....	42

6.1.5 Phase der Übernahme von Pegida-Themen	46
6.1.6 Ende der Debatte	51
6.1.7 Diskursverschiebungen	52
6.2 Das diskursive Konstrukt der »Toleranzgesellschaft«	54
6.2.1 Pegida als »Parallelgesellschaft«	55
6.2.2 Die »friedliche«, »tolerante« Mehrheitsgesellschaft.....	56
6.2.3 Lernprozesse	58
6.2.4 Zusammenfassung.....	59
6.3 (Re-)Produktionen von Rassismen in der Pegidadebatte	60
6.3.1 Eine <i>weiß</i> -deutsch-männliche Debatte	60
6.3.2 Keine offene Hetze.....	61
6.3.3 Nicht- und Dethematisierung von Rassismen	62
6.3.4 Rassismus als natürliche Abwehrreaktion: Konzepte der Fremden- und Ausländerfeindlichkeit.....	63
6.3.5 Alles Vorurteile? Rassismus als individueller Irrtum	65
6.3.6 Ausblendung struktureller und institutioneller Rassismen	67
6.3.7 Sekundäre Rassismen in der Pegidadebatte	68
7 Fazit und Ausblick	70
Literatur	73
Anhang	90

-1 Einleitung

Im Winter 2014 / 2015 waren sie *das* vorherrschende Thema im medialen Diskurs der Bundesrepublik: die *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes*¹. Beginnend mit kleinen Demonstrationen in Dresden breitet sich die Bewegung² im Dezember 2014 „explosionsartig“ (Reuband 2015: 133) im gesamten Bundesgebiet aus. Im Januar 2015 finden wöchentlich in bis zu 17 Städten Pegida-Demonstrationen statt – in ihrer »Hochburg«³ Dresden nehmen daran bis zu 25.000 Menschen teil (vgl. Netz gegen Nazis 2015a).

Als partei- und organisationsunabhängiger Zusammenschluss in Dresden gestartet, bildet Pegida in kürzester Zeit bundesweit Ableger, die sich in Organisationsstruktur, politischer Ausrichtung, Mobilisierungsfähigkeit und sozialer Zusammensetzung unterscheiden. Neben einem Stopp einer vermeintlichen »Islamisierung« fordern die »Patriotischen Europäer« eine restriktivere Einwanderungs- und Asylpolitik. Zudem entfaltet sich eine Ablehnung gegenüber gesellschaftlichen Institutionen, die der Kollaboration beziehungsweise dem stillschweigenden Zustimmung der ausgemachten »Überfremdungspolitik« bezichtigt werden. Hierzu zählen neben den »etablierten« Parteien vor Allem die öffentlich-rechtlichen Medien (vgl. Pegida 2014; Daphni et al. 2015: 47). Markenzeichen Pegidas sind ihre montäglich stattfindenden »Abendspaziergänge«, an denen sich neben organisierten Neonazis vor allem – bis dato – demonstrationsunerfahrene Bürger_innen⁴ beteiligen (vgl. Reuband 2015: 138 f.).

Das »Phänomen« Pegida reicht bald weit über die Demonstrationen hinaus. Ab Mitte Dezember 2014 dominiert die *Pegidadebatte*⁵ für circa zehn Wochen den öffentlichen

¹ Zukünftig mit *Pegida* beziehungsweise »*Patriotische Europäer*« abgekürzt.

² Bewegungsforscher Dieter Rucht definiert eine soziale Bewegung als „ein auf Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen“, die mittels Protest einen sozialen Wandel „herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen“ (Rucht 1994: 76 f.). Demzufolge wird von Pegida in dieser Arbeit als „(soziale) Bewegung“ gesprochen.

³ Mit »...« sind in dieser Arbeit Begriffe markiert, die in ihrer Konstruiertheit verdeutlicht und/oder in ihrem Gebrauch hinterfragt werden sollen.

⁴ Durch den Einsatz des Unterstrichs, auch Gendergap genannt, soll der selbstverständlichen Verwendung des Maskulinums bzw. zweigeschlechtlicher Bezeichnungen sprachlich entgegengewirkt werden. Der Gendergap kommt aus der Queer Theory und stellt eine Erweiterung des gebräuchlichen Binnen-I's dar. Er symbolisiert einen Platzhalter für alle Menschen, die sich als »männlich«, »weiblich« sowie zwischen oder jenseits dieser Kategorien verorten (vgl. Hermann 2003).

⁵ Diese Bezeichnung meint den Diskurs, der sich von Oktober 2014 bis März 2015 *um* und *über* die

Diskurs in Deutschland. Die Bewegung und die von ihr transportierten Themen bestimmen die Schlagzeilen und Talkshows genauso wie die Stammtische und Universitätsseminare der Republik. Stimmen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft mischen sich in die Debatte ein (vgl. bild, 06.01.2015⁶). Themen wie »Fremdenfeindlichkeit« und »Toleranz« werden in den Diskurs eingebracht und die Frage nach einem gesellschaftlichen Umgang mit Pegida diskutiert. Anfang März flaut die Berichterstattung um die »Patriotischen Europäer« ab und auch die Mobilisierungskraft der Bewegung scheint dem Ende entgegen zu gehen. Trotz mehrfacher Totsagungen (vgl. Geiges et al. 2015: 133; sz, 12.03.2015) demonstrieren die »Patriotischen Europäer« aber auch ein Jahr nach ihrer Konstituierung weiterhin durch die Straßen Dresdens und anderer Städte (vgl. Netz gegen Nazis 2015a). In ihrer Kontinuität und Mobilisierungsfähigkeit kann Pegida als eine der größten rassistischen Mobilisierungen der deutschen Nachkriegsgeschichte verstanden werden.

Genau wie der Diskurs um eine angebliche »Islamisierung« und »Überfremdung« nicht erst mit den »Patriotischen Europäern« entstanden ist, sondern sich wie ein „Fluss [von sozialen Wissensvorräten] durch Zeit und Raum“ (Jäger, S. 2012: 29) fortentwickelt, endet er auch nicht mit dem vorläufigen Auslaufen der Berichterstattung über Pegida. In der »Asyldebatte«, die den gesamten Sommer 2015 die Medienlandschaft bestimmt, werden Themen und Positionen aus der Pegidadebatte aufgegriffen und weitergeführt, Sagbarkeitsfelder erneut besetzt und verschoben.

In dieser Arbeit wird mithilfe einer Kritischen Diskursanalyse ein rassismuskritischer Blick auf die Pegidadebatte geworfen, mit dem die medialen Konstitutionsbedingungen und -mittel sozialer Wirklichkeit untersucht werden sollen. Die vorliegende Kritische Diskursanalyse fragt danach, wie in der Pegidadebatte Sagbarkeiten bezüglich der »Patriotischen Europäer« und der sie umgebenden Gesellschaft gelagert sind und wie sich diese im Laufe des Diskurses verschieben und ausweiten. Weiterhin gilt das Interesse der Frage, wie in der Pegidadebatte das aktuell gültige rassistische Wissen konstituiert wird.

»Patriotischen Europäer« dreht (siehe ausführlich Kapitel 5.3.1).

⁶ Für die vorliegende Diskursanalyse ist das Datum und die Zeitung, in dem der entsprechende Diskursbeitrag veröffentlicht wurde, bedeutend. Daher verwende ich in dieser Arbeit die folgende Zitierweise „faz, 11.12.2014“. Autor_in und Titel des Artikels finden sich im chronologisch angeordneten Teil des Literaturverzeichnisses.

Im Folgenden wird der zur Beantwortung dieser Fragen gewählte Aufbau dieser Arbeit vorgestellt. Das der Einleitung folgende zweite Kapitel beinhaltet die theoretischen Grundannahmen und essentiellen Begriffsklärungen. Hier wird Mark Terkessidis' Verständnis von Rassismus als ein *Macht-Wissens-Komplex* dargelegt. Der „Apparat des Rassismus“ besteht demnach aus (der Gleichzeitigkeit) diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken. Grundlage ist das *rassistische Wissen* als „Teil eines gesellschaftlichen Wissensbestandes“ (Terkessidis 1998: 11), das in Kontinuität und Veränderungen seit Jahrhunderten fortexistiert und das mit der vorliegenden Arbeit in seinen aktuellen Ausprägungen am Beispiel der Pegidadebatte untersucht werden soll. Anschließend wird das von Claus Melter entwickelte Konzept der *Alltagsrassismen* zur differenzierten Darstellung verschiedener Erscheinungsformen von Rassismen ausgeführt. Mit dem Begriff des *Sekundären Rassismus* werden daraufhin Formen der Verschleierung, des Abstreitens und Relativierens von Rassismen beschrieben.

Unter der Überschrift „Rechtsruck in Europa“ nimmt Kapitel 3 den *diskursiven Kontext* der Pegidadebatte in den Blick, um eine Analyse der Debatte im wechselseitigen Zusammenhang der sie umgebenden Diskurse zu ermöglichen. Es werden der Rechtspopulismus in europäischen Parlamenten, die Mobilisierungen und Angriffe auf Asylsuchende und ihre Unterkünfte, Verschärfungen im Asylrecht, aber auch selbstorganisierte Refugee-Proteste und zivilgesellschaftliche Solidarität als Eckpfeiler des zu analysierenden Diskurses skizziert.

Der *State of the Art* von Pegida wird im vierten Kapitel in Form der Ergebnisse der im Frühjahr 2015 erschienen sozialwissenschaftlichen Studien dargelegt. Es werden die in den Untersuchungen erstellten Charakterisierungen der Bewegung sowie die daraus gefolgerten Handlungsempfehlungen an die Politik erörtert. Aus der ausgemachten Forschungslücke wird im Anschluss das Vorhaben der vorliegenden Diskursanalyse abgeleitet.

Mit Hilfe der *Kritischen Diskursanalyse* nach Siegfried Jäger (2012) soll die mediale Debatte um Pegida in ihrer Struktur nachvollzogen und analysierbar gemacht werden. Nach den an Michel Foucault anschließenden diskurstheoretischen Grundlagen wird die Kritische Diskursanalyse als geeignete Methode zur Strukturierung des „diskursiven Gewimmels“ (vgl. Jäger, M. / Jäger, S. 2007: 25) sowie zur Analyse des aktuell gültigen rassistischen Wissens in der Pegidadebatte präsentiert. Daraufhin findet eine

Konkretisierung der in dieser Arbeit durchgeführten Diskursanalyse statt, indem die Pegidadebatte als Gegenstand der Untersuchung definiert, der Materialcorpus festgelegt und das analytische Vorgehen nachgezeichnet werden.

Die Darstellung der *Ergebnisse der Analyse* gliedert sich in drei Teile. Mithilfe eines diachronen Schnittes durch den Diskurs findet eine Strukturierung desselben in sechs *Phasen*⁷ statt. Die darin jeweils hegemonialen Themen, Hauptaussagen und Sagbarkeiten werden herausgestellt, mit den jeweils essentiellen Diskursereignissen verknüpft und schließlich in ihren Verschiebungen analysiert. Der zweite Abschnitt erörtert das im Zuge der Pegidadebatte entworfene und verfestigte *Konstrukt der »Toleranzgesellschaft«*. Diesem zufolge stellen Pegida und die mit ihr zusammenhängenden Einstellungsmuster ein minoritäres Randphänomen dar, dem der mehrheitlich »tolerante« und »weltoffene« Teil der Gesellschaft entgegenstehe. Der letzte Ergebnisteil untersucht die Pegidadebatte in Struktur und Inhalt auf die *(Re-)Produktion von Rassismen*. In Rückkoppelung an die rassismustheoretischen Vorüberlegungen wird der Gebrauch codierter rassistischer Denkmuster beleuchtet und die in der Debatte verwendeten Erklärungsansätze sowie die Dethematisierung institutioneller und struktureller Rassismen rassismuskritisch analysiert. Bilanzierend wird das Vorkommen sekundärer Rassismen in der Pegidadebatte als Ganzes herausgestellt.

Zum Abschluss der Arbeit werden – mit einem Blick auf die der Pegidadebatte im Sommer 2015 folgende »Asyldebatte« – sich an diese Diskursanalyse anschließende Fragestellungen aufgeworfen.

⁷ Auch das *Ende der Debatte* wird hier als eine Phase mitgezählt, da die Debatte nicht abrupt abbricht, sondern schrittweise ausklingt (siehe Kapitel 6.1.6).

-2 Rassismus als Macht-Wissens-Komplex

Um rassistisches Wissen als diskursives Element in der Pegidadebatte zu untersuchen, ist eine geeignete Definition von Rassismus notwendig. Die Anforderungen an eine Begriffsbestimmung liegen darin, ein theoretisches Konzept zu bieten, in dem Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen verstanden wird und aus der sich zusätzlich ein Handwerkszeug ableiten lässt, mit dessen Hilfe eine macht- und rassismuskritische Analyse der Debatte um Pegida erfolgen kann.

1.2.1 Der Apparat des Rassismus

Mark Terkessidis leitet seine Begriffsbestimmung des Rassismus aus der Definition Robert Miles ab, die er als grundlegend für rassismustheoretische Auseinandersetzungen betrachtet, aber dahingehend kritisiert, die darin aufgemachte Differenzierung zwischen Ideologie des Rassismus und der Praxis der Rassekonstruktion sei irreführend (vgl. Terkessidis 1998: 71 ff.). Er selbst verstehe Rassismus als die *Einheit* von Ideologie und Praxis. Rassismus funktioniere demzufolge als ein Ensemble der Bausteine „Rassifizierung, Ausgrenzungspraxis und differenzierende[r] Macht“ (ebenda: 79), die zusammen wie ein *Apparat* wirken:

Das Element der *Rassifizierung* bezeichnet die Konstruktion einer Gruppe von Menschen als natürliche Gruppe und das gleichzeitige ins-Verhältnis-Setzen dieser zur eigenen Gruppe. Als Grundlage für die Bestimmung der „natürlichen Einheit“ (ebenda: 75) zählen neben sichtbaren biologischen Konstruktionsmerkmalen vermehrt unsichtbare körperliche sowie soziologische und symbolische (vgl. ebenda: 74). Terkessidis zufolge geschieht der Prozess der Rassifizierung keineswegs (immer) explizit, stattdessen tritt das „rassistische Subjekt“ vielmehr als ein „Phantom“ auf und „spricht zumeist im Namen von etwas anderem – dem Sozialstaat, dem Arbeitsmarkt, der Sicherheit, dem sozialen Frieden oder der Nachbarschaft“ (Terkessidis 1998: 76).⁸

„[I]m Begriff der *Ausgrenzungspraxis* birgt sich die ganze praktische Struktur des Rassismus“ (Terkessidis 1998: 78; H.d.V.), ohne die Rassismus nicht funktionieren würde. Der abstrakte Apparat wird in (spezifischen) Handlungen und Diskursen der Ausgrenzung konkret. Meist werden medial, politisch und wissenschaftlich nur diese Konkretionen behandelt. Dadurch bleibt der Blick auf die Analyse des Apparates

⁸ Diese „Phantome“ lassen sich auch in der vorliegenden Diskursanalyse beobachten (vgl. Kapitel 6.3).

verdeckt (vgl. ebenda: 79 f.). Das Zusammenspiel von Rassifizierung und Ausgrenzungspraxis bewirkt die permanente (Wieder-)Herstellung »des Anderen«. Es reicht Terkessidis zufolge daher nicht aus, Rassismus als rein ideologisches Phänomen zu verstehen und alltägliche Ausschließungspraxen zu vernachlässigen.

Obgleich der Apparat des Rassismus kein traditionelles, konkretes Machtzentrum⁹ besitzt, ist für seine Aufrechterhaltung Gewalt notwendig. „Wie stumm auch immer der Zwang der Verhältnisse sein mag, jene 'differenzierende Macht' [...] muß eine bestimmte Verfügbarkeit von Menschen gewährleisten“ (ebenda: 78 f.). Diese *differenzierende Macht* ist das dritte Element des Ensembles. Sie ermöglicht die Unterscheidung von Rassifizierungen nach dem Kriterium der Machtposition, die die unterscheidende Person oder Gruppe inne hat. Von Rassismus kann nach Terkessidis demnach nur gesprochen werden, wenn die rassifizierende Gruppe auch mächtig genug ist, die Ausgrenzung praktisch durchzusetzen (vgl. Jäger nach Terkessidis 1998: 79). Birgit Rommelspacher zufolge dient Rassismus (der dominanten Gruppe) gleichzeitig als Legitimation bestehender Machtverhältnisse und deren Aufrechterhaltung (vgl. Rommelspacher 2011: 29).

Der Apparat des Rassismus funktioniert demzufolge als „Ensemble von Rassifizierung, Ausgrenzungspraxis und differenzierender Macht“ (ebenda: 79). Dieser „Macht-Wissens-Komplex“ (ebenda: 13, 78) passt zu der Vorstellung des foucaultschen Dispositivs, mit dem ein Zusammenwirken von „nichtdiskursiven und diskursiven Praktiken“ (ebenda: 78) beschrieben wird. Rassismus stellt in diesem Sinne „eine[r] praktische[n] Einheit von Wissen und Institution [dar]“ (ebenda: 13). Diese Einheit besteht nach Terkessidis „nur in den historisch-konkreten Artikulationen des Rassismus“ (ebenda 79). Die Konkretisierungen fänden demnach in den verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen statt (vgl. ebenda: 79 f.). Anliegen der vorliegenden Diskursanalyse ist demzufolge die Beschreibung der für den Kontext der Bundesrepublik zum aktuellen Zeitpunkt vorherrschenden Artikulationen von Rassismen. Diese sollen in Form von Sagbarkeiten, wie sie in den Konkretisierungen – hier der Institution der (Print-)Medien und verdeutlicht werden.

⁹ *Macht* im rassistischen Apparat ist nicht im Sinne eines feudalen Machttyps hierarchisch strukturiert (vgl. Ruoff 2009a: 149). Stattdessen ist sie nach dem Verständnis der foucaultschen *Disziplinarmacht* vielmehr „Bestandteil eines sozialen Systems [...] [der] gegenseitige[n] Kontrolle“ (ebenda).

2.2.2 Rassistisches Wissen

Mit dem Begriff des rassistischen Wissens beschreibt Terkessidis den gesellschaftlichen Fundus, aus dem »Wissen« und »Erklärungen« für Andersartigkeitskonstruktionen geschöpft werden (vgl. Terkessidis 1998: 59 f.). Dieses Wissen hat sich im Laufe der Jahrhunderte vom universellen Rassismus, über den superioren, zum differentiellen Rassismus gewandelt und unterliegt auch heute noch stetigen Veränderungen (vgl. ebenda: 83 ff.). Rassistisches Wissen ist Terkessidis zufolge „Teil eines gesellschaftlichen Wissensbestandes“ (ebenda: 11), das nichts mit persönlichen Erfahrungen zu tun haben muss und „kaum ernstzunehmende Erkenntnisse über sein reales 'Objekt' beinhaltet“ (ebenda).

Somit grenzt sich Terkessidis mit seinem Rassismusbegriff von psychologisierten sowie von Vorurteils- und Stereotypen-Konzepten ab (vgl. ebenda: 59 f.). Er kritisiert ein Verständnis, dass Rassismus als Ansammlung (falscher) Vorurteile sieht, da dieses von der Vorstellung individueller Irrtümer getragen würde. Zudem impliziere der Vorurteilsbegriff die Idee, es könne ein »richtiges« Urteil über ein Objekt geben und vernachlässige den Konstruktionscharakter, der das Objekt erst hervorbringe. Die Beziehung zwischen »Subjekt« und »Objekt« würden nicht berücksichtigt. Indem das Vorurteil als Verzerrung der Realität wahrgenommen würde, würde die Zweckmäßigkeit, die das rassistische Wissen für Mitglieder der „Mehrheitsgesellschaft“ (Elverich / Reindlmeier 2006 : 51) haben könne, vernachlässigt. Die zur Fremdbestimmung gleichzeitig stattfindende Eigenbestimmung und die damit verbundene Legitimation der Verhältnisse würden im Vorurteilsmodell ebenfalls nicht mitbedacht (vgl. ebenda).

In der vorliegenden Diskursanalyse wird nun untersucht, inwiefern das zum jeweiligen Zeitpunkt gültige rassistische Wissen in der Pegidadebatte zum Vorschein kommt und wie es sich in deren Verlauf wandelt. An dem Gegenstand der Pegidadebatte kann so der Status Quo an Sagbarkeiten rassistischen Wissens für den aktuellen medialen Diskurs in Deutschland offengelegt werden.

3.2.3 Alltagsrassismen

Claus Melter hat ein Modell von Alltagsrassismus erstellt, das die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Rassismen deutlich macht (vgl. Melter 2006: 25 ff.).¹⁰

Der *institutionelle Alltagsrassismus* umschreibt Ausgrenzungsformen von gesellschaftlichen Institutionen und verdeutlicht die feste Integration von Rassismen in staatlichen Anstalten. Der Begriff benennt Formen rassistischer Unterscheidungspraxen, die von Organisationen, Vereinen, Behörden sowie aus gesellschaftlichen Übereinkünften heraus entstehen und sich konkret in Gesetzen, Verordnungen und Regelungen ausdrücken. Der Begriff des *strukturellen Alltagsrassismus* stellt dar, wie alltägliche Diskriminierungs- und Ausgrenzungspraxen sich in den gesellschaftlichen Strukturen niederschlagen und sich in einer rassistischen Ausgliederung von Migrationsanderen¹¹ aus der Gesellschaft äußern. Die so herausgebildeten Machtverhältnisse wirken – auch ganz ohne konkrete Ausgrenzungssituation – tagtäglich auf die soziale Realität und Lebenswelt von rassistisch Dominierten wie Dominanten. Strukturelle Rassismen können sich auch in den Institutionen festsetzen. Mit dem *Alltagsrassismus von Einzelpersonen und Gruppen* werden bei Melter rassistische Unterscheidungspraxen auf der individuellen Ebene beschrieben. Grundlage ist ein Verständnis, das Rassismus als gesellschaftlich hegemonialen Diskurs ansieht, der Denk- und Handlungsweisen aller Gesellschaftsmitglieder prägt (vgl. auch Kalpaka / Rätzzel 1990); allerdings in unterschiedlicher Form und Intensität. Der individuelle Rassismus „bezieht sich auf die direkte persönliche Interaktion“ (Rommelspacher 2011: 31) und kann auch in nicht-intendierter Form Wirkung entfalten (vgl. ebenda: 31 f.). Zum *Alltagsrassismus in veröffentlichten Diskursen* zählen nach Melter „Publikationen in Print-, Audio-, und Audiovisuellen Medien, im Internet oder öffentliche Reden und Flugblätter“ (Melter 2006: 26).

Für die Kritische Diskursanalyse ist das Konzept der Alltagsrassismen dahingehend hilfreich, dass es Rassismen in ihren verschiedenen Formen in der Debatte sichtbar machen kann. Zudem können wechselseitige Bedingungen und Konkretisierungen erklärt werden, wenn beispielsweise diskursive Rassismen, wie die Differenzierung von

¹⁰Das Modell basiert auf einer Weiterentwicklung der Definitionen von Philomena Essed und Rudolf Leiprecht (vgl. ebenda).

¹¹Der Begriff 'Migrationsandere' wird von Mecheril et al. eingeführt, um den Prozess des Otherings, des Zu- anderen-machens, auf Grundlage der Kategorie Migration herauszustellen (vgl. Mecheril 2010: 17).

Kriegs- und Armutsfüchtlingen, institutionelle Rassismen nach sich ziehen, wie restriktive Änderungen des Asylrechts.

4.2.4 Sekundärer Rassismus

Claus Melter hat aus den Ergebnissen seiner Untersuchung zu Rassismuserfahrungen von Jugendlichen und der Kommunikation darüber mit Pädagog_innen im Kontext der ambulanten Jugendhilfe (2006) den Begriff des *sekundären Rassismus* entwickelt. Er versteht darunter eine bei Pädagog_innen vorkommende „Haltung des Leugnens und Minimierens von Rassismus, verbunden mit der Verantwortungsdelegation an die Opfer“ (Melter 2009: 120). Er leitet den Begriff aus dem des *sekundären Antisemitismus* ab, der von Peter Schönbach, einem Mitarbeiter Theodor W. Adornos entwickelt wurde. Mit dem Terminus des sekundären Antisemitismus wird dabei das Phänomen des „Generieren[s] einer sagbaren, nicht tabuisierten Form von Judenfeindschaft“ (Heni o.J.: 132) im post-nationalsozialistischen Deutschland beschrieben, mit deren Hilfe bestehende »Tabus« umgangen werden können.

In Bezug auf Rassismus kann im gegenwärtigen gesamtgesellschaftlichen Diskurs eine Tabuisierung offener rassistischer Äußerungen festgestellt werden. So ziehen Margarete und Siegfried Jäger aus dem Vergleich zweier Interviewreihen, die sie zwischen 1991 und 2001 durchgeführt haben, die Erkenntnis, dass Rassismen gegen Migrant_innen zwar nicht mehr so offen geäußert würden, aber nach wie vor weit verbreitet seien (vgl. Jäger, M. / Jäger, S. 2007: 96 f.). Claus Melter und Paul Mecheril postulieren, dass es zum »Wesen« des zeitgenössischen Rassismus gehöre, „dass er nach seiner offiziellen Ächtung hinter Beteuerungen und in Masken, subtil und flüchtig, gleichwohl gesellschaftlich wie individuell wirksam auftritt“ (Mecheril / Melter 2010: 164). Das Negieren und Relativieren von Rassismen benennt Melter entsprechend als sekundäre Form des Rassismus. Mit dem Begriff wird zudem die Abwehr der Mehrheitsgesellschaft, sich selbst in einem rassistischen Kontext zu reflektieren, als gesellschaftlich vorherrschender Mechanismus zur Legitimation der eigenen Privilegierung gefasst (vgl. Melter 2009: 120).

Beim Sekundären Rassismus werden [...] offene Abwertungen vermieden und es wird keine Verantwortung für strukturelle, institutionelle, durch Individuen und Gruppen ausgeübte sowie diskursive Diskriminierung übernommen. Das Ausmaß von Alltagsrassismus und die Bedeutung von Rassismuserfahrungen werden geleugnet oder infrage gestellt. Die SprecherInnen fühlen sich durch das Thema Rassismus indirekt oder direkt belästigt, setzen sich nicht aktiv mit ihm auseinander oder fühlen sich selbst angegriffen. Es folgt somit einer TäterInnen-Opfer-Umkehrung: Nicht die Personen, die

Zielscheibe von Rassismus sind, werden als Opfer gesehen, sondern die Mehrheitsangehörigen, denen angeblich übertriebene Rassismuskritik gemacht werden. (ebenda 2006: 311 f.)

Da davon auszugehen ist, dass Rassismen auch in medialen Diskursen sekundär transportiert werden, wird in der vorliegenden Kritischen Diskursanalyse ein besonderes Augenmerk auf sekundäre Erscheinungsformen von Rassismen gelegt. Mithilfe einer, aus dem vorhergegangenen Verständnis von Rassismus geformten, »rassismuskritischen Brille« (vgl. Machold 2011: 389), wird der Diskurs um Pegida in den Blick genommen. Kritik wird dabei „als analytischer Blick auf reproduzierende Effekte in einer durch Macht strukturierten Realität, in die Individuen und ihre Praxen eingebunden sind“ (Machold 2011: 379), verstanden.

–3 Diskursiver Kontext: Rechtsruck in Europa

Siegfried Jäger beschreibt Diskurse als „Flüsse von Wissen durch Zeit und Raum“. Sie bewegen sich in, und sind selbst Teil, eines diskursiven Kontextes, der aus einem zeitlichen und räumlichen Rahmen besteht (vgl. Jäger, S. 2012: 128 f.). Für die Analyse eines Diskurses ist es Jäger zufolge notwendig, dessen Kontext zu untersuchen, um die Relevanz und Essenz des Diskurses auf dieser Basis bewerten zu können (vgl. ebenda). Um den medialen Diskurs um Pegida auf die Lagerung von Sagbarkeiten bezüglich rassistischen Wissens hin auszuwerten, findet im folgenden Abschnitt eine Kontextualisierung der Pegidadebatte statt. Die Darstellung des diskursiven Kontextes ist unvollständig und selektiv auf das Forschungsinteresse dieser Arbeit zugeschnitten.

1.3.1 Rechtspopulismus in den Parlamenten

Rechtspopulistische bis extrem rechte Parteien gewinnen in Europa seit mehreren Jahren zunehmend an Bedeutung. Bei der Wahl zum Europaparlament 2014 schnitten der französische *Front National*, die britische *UKIP* und die *Dansk Folkeparti* als jeweils stärkste Kraft in ihrem Land ab. Auch die österreichische *FPÖ*, die *Wahren Finnen*, die *Schwedendemokraten*, die *Jobbik* und die *FIDESZ* aus Ungarn, die *Chrysi Avgi* aus Griechenland, die niederländische *PVV*, die *Vlaams Belang* aus Belgien, die italienische *Lega Nord*, die *Nationale Allianz* aus Lettland, die litauische *Partei für Ordnung und Gerechtigkeit* und der polnische *Kongress der Neuen Rechten* ziehen 2014 ins europäische Abgeordnetenhaus ein (vgl. Netz gegen Nazis 2015b). Gemeinsam mit der erstmals darin vertretenen *Alternative für Deutschland* (AfD), deren Abspaltung *Allianz für Fortschritt und Aufbruch* (ALFA) und der *NPD* erreichen die Parteien der

rechtspopulistischen bis extremen Rechten nach der Wahl 2014 zusammen 123 der 751 Sitze im Parlament – 38 mehr als bei der Wahl 2009 (vgl. Speit 2015: 6 und Netz gegen Nazis 2015b).¹² Mit der Gründung der Fraktion *Europa der Nationen und der Freiheiten* (ENF) im Juni 2015, bestehend aus den Abgeordneten siebener Parteien, findet ein weiterer Schritt der Etablierung des Rechtspopulismus im Europäischen Parlament statt (Spiegel, 16.06.2015).¹³ Die Parteien unterscheiden sich teilweise stark in ihrer politischen Ausrichtung, dennoch wird die Tendenz, (standort-)nationalistische und rassistische Inhalte auch parlamentarisch zu vertreten, deutlich. So führt die FPÖ in ihrer Stellungnahme zur Gründung der Fraktion als maßgebliches Ziel derselben auf, die Zuwanderung von so genannten »Wirtschaftsflüchtlingen« in die EU zu stoppen (vgl. FPÖ 2015).

Auch in Deutschland schafft es mit der AfD eine rechtspopulistische und antimuslimisch-rassistische Partei in mehreren Landesparlamenten repräsentiert zu sein. Nachdem sie 2013 noch knapp den Sprung in den Bundestag verpasst hatte, gelingt ihr ab 2014 bei jeder der fünf Landtagswahlen der Einzug ins Parlament – mit teilweise zweistelligen Ergebnissen. In Hinblick auf die Etablierung der AfD macht Alexander Häusler eine „Diskursverschiebung nach rechts“ (2015) aus. „Mit marktradikalen und neurechten Parolen“ so Häusler, dränge „die AfD in die rechtspopulistische Lücke im Parteiensystem“ (ebenda: 36). Positionen für eine Verschärfung des Asylrechts und antimuslimisch-rassistische Parolen fänden durch sie einen größeren Widerhall und rückten zunehmend in die Mitte des öffentlichen Diskurses (vgl. Häusler 2015: 37).¹⁴ Zugleich schaffe sich die Partei mit ihrem Slogan »Mut zur Wahrheit« eine Legitimation für das offene Aussprechen rechter Ressentiments, indem sie sich als »Vorkämpferin« gegen den »politisch korrekten Mainstream« konzipiere. Die vielen Kontakte und Überschneidungen der AfD in die extreme Rechte stellten zudem einer Normalisierung im Sinne der Zusammenarbeit einer parlamentarisch vertretenen Partei mit offen

¹² Bis Ende Juli 2015 steigt die Zahl der Sitze auf 149 (vgl. Europäisches Parlament 2015).

¹³ Neben der ENF besteht mit der Fraktion „*Europa der Freiheit und der direkten Demokratie*“ (EFDD) bereits eine weitere rechtspopulistische und mit der Fraktion „*Europäische Konservative und Reformer*“ (EKR) eine rechte EU-skeptische Gruppierung. Letzterer gehört unter anderem die AfD und deren Abspaltung die „*Allianz für Fortschritt und Aufbruch*“ (ALFA) an (vgl. Europäisches Parlament 2015).

¹⁴ Exemplarisch werden hier Wahlkampfparolen der AfD aufgeführt: „Wir sind nicht das Weltsozialamt“, „Einwanderung braucht strikte Regeln“ und „Sichere Grenzen statt grenzenloser Kriminalität“ (Krebs 2015: 14; Uhrig 2015: 27, 29).

nationalistisch und demokratiefeindlich auftretenden Akteur_innen dar (vgl. Krebs 2015). Nachdem sich im Fahrtwind der Pegida-Demonstrationen bereits im Frühjahr 2015 ein Rechtsruck der Partei abzeichnete, indem Themen wie »Asylmissbrauch« und »islamistischer Terror« gegenüber der Euro-Kritik weiter an Bedeutung gewinnen (vgl. fr, 23.01.2015), setzt sich mit der Abspaltung des gemäßigteren, wirtschaftsliberalen Flügels unter der Federführung Bernd Luckes im Juli 2015 der Trend in Richtung des verbleibenden national-konservativen und rechtspopulistischen Flügels fort (sz, 08.06.2015).

Auch aus Union sowie von SPD und den Grünen werden im Spätsommer 2015 Forderungen laut, die an rassistische Unterscheidungen in »gute« und »schlechte« Asylsuchende anknüpfen und Letzteren das Recht auf Beantragung von Asyl verweigern wollen (vgl. Spiegel, 30.07.2015). Horst Seehofer spricht mit Blick auf Geflüchtete aus dem Balkan vom „massenhaften Asylmissbrauch“ und Volker Bouffier kündigt Asylbewerber_innen an, ihnen die Geldleistungen zu streichen (vgl. publikative, 29.07.2015).

2.3.2 Mobilisierungen gegen Geflüchtetenunterkünfte

Auch jenseits der Parlamente werden in den letzten Jahren rassistische Stimmen lauter, die sich meist gegen Asylsuchende richten. In der Broschüre „Die Brandstifter. Rechte Hetze gegen Flüchtlinge“ (Amadeu Antonio Stiftung / Pro Asyl 2014a) wird der enorme Zuwachs von Bürger_inneninitiativen gegen die Unterbringung von Geflüchteten in der Nachbarschaft beschrieben. Die Ablehnung der Unterkünfte wird dabei unterschiedlich praktiziert. Im sächsischen Schneeberg organisiert die NPD mit der Initiative „Schneeberg wehrt sich“ mehrere Fackelumzüge durch die Kleinstadt, denen bis zu 1.000 Personen folgen (vgl. publikative, 03.11.2013), in Hamburg-Harvestehude klagen Anwohner_innen – bislang erfolgreich – gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in einem ehemaligen Kreiswehr-Ersatzamt (vgl. ndr, 23.01.2015), vielerorts werden Kundgebungen und Mahnwachen vor geplanten, fertig gestellten oder bereits bewohnten Unterkünften abgehalten. In Hamburg-Jenfeld blockieren Anwohner_innen die Straße und verhindern so für einen Tag den Aufbau einer »Zeltstadt« für Geflüchtete (vgl. welt, 10.07.2015). In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen veranstaltet die NPD Touren gegen vermeintlichen Asylmissbrauch. Im Sommer 2015 kommt es in mehreren sächsischen Kleinstädten zu gewalttätigen, rassistischen Ausschreitungen gegen Geflüchtetenunterkünfte, die teilweise mehrere Tage andauern und bundesweit

für Aufsehen sorgen (vgl. tagesspiegel, 03.09.2015). Insgesamt registrierte die Amadeu Antonio Stiftung für das Jahr 2014 292 »flüchtlingsfeindliche« Kundgebungen und Demonstrationen in nahezu 100 Städten und Ortschaften Deutschlands (vgl. Amadeu Antonio Stiftung / Pro Asyl 2014b). 2015 blieb diese Zahl unverändert hoch, so dass bis zum 23.11.2015 bereits 269 entsprechende Versammlungen dokumentiert wurden (vgl. ebenda 2015).

Viele der Bürger_inneninitiativen werden offen oder verdeckt von der NPD oder so genannten freien Kameradschaften initiiert. Die Wirkkraft der rassistischen Mobilisierung fällt unterschiedlich aus, reicht aber häufig bis in die gesellschaftliche »Mitte«. Die Initiativen stellen eine Organisationsform dar, die jenseits parlamentarischer Wege agiert. Sie unterscheiden sich dabei im Grad der »Bürgerlichkeit« den sie inne haben, oder zum Schein wahren. Die Facebook-Seiten stellen ein wesentliches Element der Struktur vieler Bürger_inneninitiativen dar. Auf ihnen werden Aufrufe zu Protestaktionen gepostet, Hintergrundartikel gesammelt, und vor Allem im Kommentarbereich, teilweise unverhohlene Hetze und Drohungen gegen Geflüchtete betrieben (vgl. Amadeu Antonio Stiftung / Pro Asyl 2014a: 5, 23 ff.)¹⁵. Jenseits des gedruckten medialen Diskurses werden somit auf der Straße und in sozialen Medien Sagbarkeitsfelder aufgemacht, die bei Verfestigungen zu Diskursverschiebungen nach rechts führen können.

3.3.3 Rassistische Angriffe

Oft bleibt es nicht bei verbaler Hetze – auch die Zahl der tätlichen Angriffe auf Geflüchtete und Geflüchtetenunterkünfte ist in den letzten Jahren stark gestiegen. In der Chronik der Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl werden neben Demonstrationen auch Übergriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte dokumentiert. Die Stiftung zählt für das Jahr 2014 in Deutschland insgesamt 247 Angriffe auf Unterkünfte (davon 36 Brandanschläge) sowie 81 tätliche Angriffe und Körperverletzungen gegenüber Geflüchteten (vgl. Amadeu Antonio Stiftung / Pro Asyl 2014b). 2015 hat die Zahl der Angriffe auf Unterkünfte weiter stark zugenommen und lag am 23.11.2015 bereits bei 459 (davon 101 Brandanschläge) sowie 122 tätliche, rassistische Übergriffe (vgl.

¹⁵ Auf Perlen aus Freital und Perlen aus Jenfeld werden rassistische Kommentare dokumentiert, die auf den Facebook-Seiten der beiden Initiativen gepostet wurden (vgl. Perlen aus Freital 2015 und Perlen aus Jenfeld 2015).

ebenda 2015). Felix M. Steiner spricht in seinem Beitrag auf publikative diesbezüglich von „rassistisch motiviertem Terrorismus“ (publikative, 29.07.2015).

Die Antonio Amadeu Stiftung stellt das Ansteigen rassistischer An- und Übergriffe seit dem Oktober 2014 in Zusammenhang mit den in diesem Zeitraum beginnenden Pegida-Demonstrationen. Nach deren Rückgang im Frühjahr 2015, blieben die rassistischen Gewalttaten aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Die Stiftung hebt außerdem hervor, dass diese nicht ausschließlich von organisierten Neonazis, sondern auch vermehrt von »besorgten Bürger_innen« ausgehen würden (vgl. ebenda 2014b). Die Angriffe auf Geflüchtete und Unterkünfte müssen in Korrelation mit der zunehmenden Hetze im Internet, der Etablierung rassistischer Positionen durch die AfD und die Mobilmachungen von Bürger_inneninitiativen gestellt werden, die oft als Legitimationsgrundlagen tätlicher Übergriffen herangezogen werden. Bis zum Spätsommer 2015 bleibt eine Thematisierung rassistisch motivierter Anschläge und Angriffe in Medien und Parteipolitik größtenteils aus.

4.3.4 Gesetzesverschärfungen

Im September 2014 stimmt der Bundesrat einer Einschränkung des Asylrechts zu, nach der Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten gelten, die keine systematische Verfolgung von Minderheiten aufweisen würden. Obwohl auch die Bundesregierung in diesen Ländern eine rassistische Diskriminierung von Romnija und Roma sieht, besteht für diese zukünftig faktische kaum eine Möglichkeit, in Deutschland Asyl zu erhalten. Asylanträge werden seitdem schneller als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (vgl. [sz](#), 22.09.2014). Diese Gesetzesänderung ist im Kontext des Diskurses um Armutsmigration zu betrachten, der in »gute« und »schlechte« Flüchtende unterscheidet – wobei vor Allem Romnija und Roma aus dem Balkan als so genannte »Wirtschaftsflüchtlinge« diffamiert werden, denen mit dieser Argumentation das Recht auf Migration nach Deutschland abgesprochen wird.^{16 17}

¹⁶Der Beschluss wird teilweise als Asylrechtskompromiss benannt, da auch seichte Lockerungen der Residenzpflicht und der Vorrangregelung bei Arbeitsaufnahme von Geduldeten und Asylbewerber_innen vereinbart wurden (vgl. ebenda).

¹⁷Im Frühjahr 2015 wird in einem Diskurs gegen „Flüchtlingsströme“ (Bild, 08.02.2015a und 08.02.2015b) aus dem Kosovo die Forderung aufgegriffen, auch dieses Balkanland zum sicheren Herkunftsstaat zu erklären. (vgl. [sz](#), 11.02.2015).

Im Juli 2015 beschließt die Bundesregierung eine weitere – viel umstrittene – Asylrechtsverschärfung. Diese beinhaltet eine massive Ausweitung der Inhaftierung von Geflüchteten. Sobald diese im Rahmen ihrer Flucht falsche Angaben gegenüber Behörden gemacht hätten, ihren Pass verloren hätten, Schlepper bezahlt, oder anderweitig irregulär nach Deutschland eingereist wären, sollen sie direkt in Abschiebehaft kommen. Das Gesetz solle der Abschreckung dienen und die Zustimmung der Bevölkerung zur Aufnahme »richtiger« Schutzsuchenden sicherstellen, rechtfertigt Bundesinnenminister de Maizière die Restriktion. Faktisch verstoßen aufgrund der Dublin-Abkommen nahezu alle in Deutschland ankommende Flüchtende aus dem Nicht-EU-Ausland gegen diese Regelungen. Maximilian Popp kritisiert die Verschärfung im Spiegel als den

größte[n] Einschnitt in die Flüchtlingsrechte seit dem Asylkompromiss 1993 [...] Und sie ist gefährlich, denn sie kriminalisiert Schutzsuchende. Schon jetzt sehen manche Bürger Flüchtlinge als Eindringlinge und Schmarotzer. Das geplante Gesetz verstärkt diese Wahrnehmung. Auf diese Weise werden Ressentiments nicht abgebaut, sondern geschürt. Das Gesetz zum Bleiberecht ist für den Mob geschrieben. (Spiegel, 02.07.2015)

Demnach verstärke die Gesetzesverschärfungen bestehende rassistische Vorurteile und eine weit verbreitete Unterscheidung von »guten« und »schlechten« Geflüchteten. Zudem können Initiativen, die sich den Kampf gegen »Asylmissbrauch« auf die Fahne geschrieben haben, die Entscheidung der Regierung als Erfolg verbuchen. Und nicht zuletzt werden hierdurch rassistische Unterscheidungen von Menschen durch die höchste gesetzgebende Kraft in Deutschland legitimiert und normalisiert.

5.3.5 Selbstorganisierter Refugee-Protest und zivilgesellschaftliche Solidarität

Seit mehreren Jahren dringen mehr und mehr selbstorganisierte Kämpfe von Geflüchteten in den öffentlichen Diskurs um Migration und Rassismus ein. Ausgehend von Würzburg organisieren ab März 2012 Bewohner_innen von Geflüchtetenunterkünften im ganzen Bundesgebiet Protestcamps gegen die Unterbringungsbedingungen und für ein gesichertes Bleiberecht in Deutschland. Die Camps bündeln sich im Herbst desselben Jahres zu einem Protestmarsch von Würzburg nach Berlin (vgl. Refugee Tent Action 2013). In Hamburg kämpft die Gruppe Lampedusa in Hamburg seit Mai 2013 für eine gruppenbezogene Anerkennung nach § 23 des Aufenthaltsgesetzes. Regelmäßig finden hierfür Demonstrationen mit bis zu 15.000 Teilnehmenden statt (vgl. Lampedusa in Hamburg 2015).

Die selbstorganisierten Refugee-Proteste schaffen es vielerorts, große zivilgesellschaftliche Solidaritätsbewegungen, bestehend aus nachbarschaftlichen, gewerkschaftlichen, kirchlichen und antirassistischen Kreisen zu mobilisieren. Im Sommer 2015 kommt es im Zuge der »Asyldebatte« zu großen Unterstützungsaktionen aus der Bevölkerung, die versucht, die mangelnde staatliche Versorgung und Unterbringung der ankommenden Geflüchteten durch ehrenamtliches Engagement zu kompensieren. Einige Wochen lang bestimmt der Begriff der »Willkommenskultur« den bundesdeutschen Diskurs um Einwanderung. vielerorts wird dazu aufgerufen, Kleider oder Lebensmittel zu sammeln, bei deren Verteilung mitzuhelfen oder Refugees zumindest symbolisch willkommen zu heißen (vgl. dazu – teilweise kritisch: taz, 21.08.2015). Die selbstorganisierten Refugee-Kämpfe sowie die mehrheitsgesellschaftliche Unterstützung und Solidarität mit Geflüchteten stellen eine andere, der alltagsrassistischen Wirklichkeit entgegenstehende, Realität im aktuellen Deutschland dar.

Mit dem vorangegangenen Kapitel sollte der diskursive Kontext der Pegidadebatte umrissen und die in ihm stattfindenden diskursiven und dispositiven Prozesse in ihrer wechselseitigen Wirkungen herausgestellt werden. Hierfür wurden die reziproken Zusammenhänge zwischen den Ebenen der Politik, der Medien, der »Straße« und der öffentliche Meinung verdeutlicht.

–4 Forschungsstand: Studien über Pegida

Die Kontinuität und die Dynamik der Pegida-Demonstrationen sowie deren starke mediale Präsenz erzeugen das Bedürfnis und auch die Nachfrage, die »Patriotischen Europäer« wissenschaftlich zu erforschen. So erscheinen im Frühjahr 2015 fünf sozialwissenschaftliche Studien, die dem »Phänomen« Pegida nachgehen. Die ersten und meisten der Studien entstehen im Januar 2015, während der »Höchstphase« der Pegida-Demonstrationen – zu einem Zeitpunkt, an dem Pegida bereits seit drei Monaten überdauert und damit eine gewisse langfristige Relevanz abzusehen ist. Wie sich in Kapitel 6.1 herausstellen wird, liegen die Veröffentlichungen der Studien in der diskursiven *Phase des Dialogs* beziehungsweise des *Verstehen-wollens bis Verständnisses für Pegida*. Die Untersuchungen spiegeln in diesem Kontext das – von der Öffentlichkeit geäußerte – Bedürfnis wieder, das »Phänomen« Pegida begreifen zu wollen. Entsprechend gehen die Studien hauptsächlich den Fragen nach, *wer* die

Pegida-Demonstrant_innen sind und *warum* sie an den Versammlungen teilnehmen.¹⁸ Dahinter steht das Interesse, herauszufinden, welche Bevölkerungsgruppen mit Pegida sympathisieren und wie weit Ressentiments unter ihnen verbreitet sind. Im Folgenden werden die Studien hinsichtlich ihres Erkenntnisinteresses, ihrer Methodik, der zentralen Ergebnisse und auch ihrer Kontroversen – als der State of the Art – dargelegt¹⁹. Anschließend wird anhand der sichtbar gewordenen Forschungslücke das Forschungsvorhaben dieser Arbeit begründet.

1.4.1 Übersicht über die Studien

Erste Zahlen über die soziale Konstitution der Pegida-Versammlungen und die Motivation derer Teilnehmer_innen liefert Mitte Januar eine von Vorländer et al. (2015) herausgegebene, empirische Untersuchung der TU-Dresden und des Zentrums für Verfassungs- und Demokratieforschung unter dem Namen *Wer geht warum zu Pegida-Demonstrationen?*. Die im Titel der Studie enthaltenen Fragen werden anhand quantitativer Vor-Ort-Befragungen von Teilnehmer_innen einer Dresdner Pegida-Demonstration behandelt. Die Ergebnisse bestehen hauptsächlich aus statistischen Erkenntnissen über die soziale Zusammensetzung der Bewegung.

Das *Göttinger Institut für Demokratieforschung* um Franz Walter hat eine Studie über Pegida und NoPegida-Demonstrant_innen in mehreren Städten Ost- und Westdeutschlands durchgeführt (Walter 2015: o.S.). Eine ausführliche, mit *Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?* betitelte, Dokumentation dieser Studie ist im März 2015 erschienen (Geiges et al. 2015). Anhand von Beobachtung auf den Montagsdemonstrationen, sowie durch Interviews, Online-Fragebögen und Gruppendiskussionen wurden Daten zur Sozialstruktur der Demonstrationsteilnehmer_innen, zu ihrer Protestmotivation und politischer Einstellung erhoben und mit denen der NoPegida-Protestierenden verglichen.

Mitglieder der *Initiative für Protest- und Bewegungsforschung* – um Dieter Rucht – aus Berlin, Chemnitz und anderen Städten, die sich einer Kombination aus systematischen Beobachtungen und Befragungen im Kontext der Pegida-Demonstration am 12.01.2015

¹⁸Die Intention wird mit den Titel der Studie von Vorländer et al. (2015) auf den Punkt gebracht: „*Wer geht zu Pegida und warum?*“.

¹⁹Der Begrenzung des Umfangs der vorliegenden Arbeit geschuldet, werden die Erkenntnisse aus der Studie von Donsbach et al. (2015) hier nicht berücksichtigt.

in Dresden bedienen, veröffentlichen Ende Januar 2015 die Studie *Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida* (Daphi et al. 2015). Nach eigener Aussage besteht der Bericht vorwiegend aus Eindrücken und Daten, die bei den Beobachtungen und Befragungen gewonnen wurden und weniger aus Interpretationen derer (vgl. ebenda: 3). Die Ergebnisse konzentrieren sich auf Erklärungsmuster der Pegida-Anhänger_innen, die der Sympathie und Teilnahme an Pegida zu Grunde liegen.

Im Mai publiziert Werner J. Patzelt in Zusammenarbeit mit Christian Eichardt für die TU Dresden eine Fortsetzungsstudie *Drei Monate nach dem Knall. Was wurde aus Pegida?* (Patzelt 2015b)²⁰, die ein Viertel Jahr nach der „letzte[n] wirklich große[n] Demonstration“ (ebenda: 2) untersucht, ob – wie allgemein ausgemacht – eine Radikalisierung von Pegida stattgefunden habe. Grundlage für die Untersuchung ist der Vergleich dreier quantitativer Umfragen, die auf Dresdner Demonstrationen im Januar, April und Mai 2015 erhoben wurden. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass zwar eine minimale individuelle Rechtsverschiebung stattgefunden hätte, diese aber nicht mit einer Radikalisierung zu verwechseln sei (vgl. Patzelt 2015b: 95 f.).

Karl-Heinz Reuband liefert zum Ende des ersten Quartals 2015 einen resümierenden Übersichtsartikel *Wer demonstriert in Dresden für Pegida?* (Reuband 2015). Sein Interesse gilt einem „Vergleich aller bisher durchgeführte[r] empirische[r] Untersuchungen zu PEGIDA“. Er stellt die Ergebnisse der empirischen Studien und deren methodische Fundamente vor und ergänzt diese mit eigenen Umfrageergebnissen, die er in der Dresdner Bevölkerung erzielt hat.

Die meisten aufgeführten Studien sind quantitativ ausgerichtet. Die Informationen werden mittels Vor-Ort-Ansprachen und anschließenden Online-Umfragen erhoben, die in einigen Fällen durch qualitative Erkenntnisse aus Demonstrationsbeobachtungen und Gruppendiskussionen ergänzt werden (vgl. Geiges et al. 2015; Daphi et al. 2015).²¹ Die Standardisierung der Befragungen soll die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse ermöglichen, weshalb die meisten Studien mit Komplikationen bezüglich der Repräsentativität und der Verhinderung allzu großer Ergebnisverzerrungen zu kämpfen

²⁰Bereits Anfang Februar 2015 veröffentlichte Patzelt einen Forschungsbericht über die Teilnehmer_innen der Pegida-Demonstration am 25.1.2015 (Patzelt 2015a).

²¹In der Studie des *Göttinger Instituts für Demokratieforschung* (Geiges et al. 2015) werden zudem Gruppeninterviews mit Pegida-Anhänger_innen geführt und ausgewertet.

haben (vgl. Reuband 2015: 134 f.). Alle Studien wurden in einem universitären Kontext entwickelt, und ausgewertet.

2.4.2 Charakterisierung Pegidas

Bezüglich der sozialen Zusammensetzung der Pegida-Demonstrant_innen ergeben die Studien unisono, dass diese in etwa zu drei Viertel männlich, im Schnitt circa 40 Jahre alt und verheiratet sind oder in einer festen, heterosexuellen Beziehung leben, aus Dresden und dem Dresdner Umkreis stammen, keiner Konfession angehören, einen relativ guten Bildungsabschluss haben, zum großen Teil Vollzeit erwerbstätig sind und über ein überdurchschnittlich hohes Einkommen verfügen. Zudem sind sie politisch vorwiegend konservativ bis rechts eingestellt²² und im Allgemeinen recht demonstrationsunerfahren (vgl. Reuband 2015: 138 f.; Daphni et al. 2015: 51).

Obwohl sich sowohl Name als auch Hauptbanner der Bewegung „gegen Islamisierung“ richtet, wird antimuslimischer Rassismus bzw. »Islamfeindlichkeit« in den Studien nicht als Hauptgrund für die Teilnahme an den Demonstrationen ausgemacht (vgl. Reuband 2015: 141 f.). Stattdessen werden mit unterschiedlicher Gewichtung verschiedene Formen der »Unzufriedenheit« gegenüber »Politik« und »Medien« als Motivation für den Protest herausgestellt. Daphni et al. machen drei dominierende „Frames“ aus, die den Deutungsmustern der Pegida-Teilnehmer_innen zugrunde liegen:

- (1) Kritik an der Asyl- und Einwanderungspolitik; (2) Kritik an der aktuellen Regierungspolitik, aber auch der Gesamtheit der etablierten PolitikerInnen; und (3) Unzufriedenheit mit den Medien und deren Berichterstattung. (Daphni et al. 2015: 47)

Im Folgenden werden die für diese Arbeit wesentlichen Charakterisierungsmerkmale Pegidas skizziert. So wird der – als Hauptmotivation angesehene – Vertrauensmangel in gesellschaftliche Institutionen und die Selbstinszenierung der »Patriotischen Europäer« als »Held_innen« dargelegt. Im Anschluss wird ein Blick auf die in den Studien vorherrschenden Erklärungsmuster und Bewertungen des rassistischen Tenors bei Pegida geworfen.

1.4.2.1 Mangelndes Vertrauen in Institutionen

Als Erklärungsansatz für den starken Zuspruch zu Pegida machen mehrere Studien ein mangelndes Vertrauen zu gesellschaftlichen Institutionen sowie das Gefühl einer großen

²²Viele würden die AfD wählen und sich im politische Spektrum überwiegend in der „Mitte“ (52%) beziehungsweise „eher“ oder „ganz rechts“ (zusammen 38%) verorten (vgl. Reuband 2015: 140 f.).

Diskrepanz zur den politischen Parteien und dem parlamentarischen System als Ganzem aus. Unterschiede der Erkenntnisse liegen darin, inwieweit die Ablehnung gegen über den etablierten Parteien besteht, oder ob eine generelles Desinteresse an Politik vorherrscht. So wird bei Geiges et al. das Wahrnehmen einer Kluft zwischen Bevölkerung und Politik(-elite) als ein tragendes Element der Bewegung angesehen (vgl. Geiges et al. 2015: 185, 192 f.), gleichzeitig aber ein überdurchschnittliches Interesse und Wissen an regionalen und überregionalen politischen Geschehnissen – zumindest bei denjenigen Pegida-Demonstrant_innen festgestellt, die an den Gruppendiskussionen der Studie teilgenommen haben (vgl. ebenda: 106 ff.). Reuband zufolge ist die Hauptmotivation für Pegida-Demonstrant_innen eine „weitverbreitete Distanz zur etablierten Politik“ (Reuband 2015: 142), die ihm zufolge als generelle »Politikverdrossenheit« gelesen werden könne (vgl. ebenda: 143).

2.4.2.2 »Held_innen«

Als weiteres, motivierendes Moment wird von Daphni et al., wie auch von Geiges et al. eine Inszenierung der eigenen Rolle als »Helden« oder »wahre Demokraten« ausgemacht. Die Demonstrant_innen würden – im Gegensatz zu den Repräsentant_innen aus Politik und Medien – tatsächlich „mit Volkes Stimme“ sprechen (vgl. Geiges et al. 2015: 106 ff.) und »unbequeme Wahrheiten« über »Islamisierung« und »Überfremdung« offen thematisieren. In der Parole „Wir sind das Volk“ zeige sich sowohl die Diskrepanz zwischen „den Regierten und den Regierenden“ (ebenda: 118) als auch der Anspruch, eine Mehrheitsmeinung zu vertreten (vgl. ebenda: 110 f., 118).²³ Die Summe aus dem Glauben, für eine stumme Mehrheit zu sprechen, dem Gefühl, einer Kritik der breiten Öffentlichkeit zu trotzen und der Erfahrung von »Gemeinschaft« auf den Demonstrationen bildet das Selbstbild der »heldenhaften Retter_innen des Abendlandes« aus, das auch als Grund für die Kontinuität und Ausdauer der Bewegung ausgemacht wird (vgl. Daphni et al. 2015: 47).

3.4.2.3 Pegida als »Krankheit«: Pathologisierende Erklärungsansätze

Als Begründung für seine Fortsetzungsstudie im Mai 2015 benennt Patzelt die Notwendigkeit einer dauerhaften Auseinandersetzung mit den Ursachen Pegidas. Selbige Bewegung vergleicht er in diesem Zusammenhang mit dem Ausbruch einer

²³Die völkisch-nationalistische Konnotation des Volks-Begriffes wird von Geiges et al. zwar aufgeführt, mit der Stimme eines Pegida-Diskutanten aber gleich darauf wieder relativiert (vgl. Geiges et al. 118).

Krankheit, die in Form der Demonstrationen symptomatisch sichtbar würde, die aber auch therapiert und deren Ursachen diagnostiziert werden könnten.

Weil PEGIDA aber gerade nicht verschwunden ist und seine Sympathisantenschar den Kreis der Demonstranten ohnehin weiterhin zu übersteigen scheint, ist eine politische Auseinandersetzung mit wenn schon nicht PEGIDA, so doch mit jenen Ursachen, deren bloßes Symptom die *-GIDA-Demonstrationen sind, auch künftig und auf unabsehbare Dauer erforderlich. Die aber bedarf, wenn die richtige Therapie gefunden und erfolgreich angewendet werden soll, einer wiederholten Überprüfung und Fortschreibung der Diagnose. (Patzelt 2015b: 3)

An anderer Stelle wird nicht das Phänomen Pegida psychologisiert, sondern die in dieser Bewegung existierenden (rassistischen) Einstellungsmuster. So verwenden Geiges et al. für die Charakterisierung der »Patriotischen Europäer« Begriffe, die ansonsten zur Beschreibung psychischer Zustände dienen, wie die „diffuse Wut“ (Geiges et al. 2015: 193) und der „Pessimismus“ (ebenda) Pegidas, sowie ihre „pathologische[n] Ängste[n] und Aggressionen“ (ebenda: 194). Auch hier wird ein Krankheitsbild herangezogen, das diesmal die – für Pegida als ursächlich ausgemachten – fehlenden Werte und Hoffnungen mit einem HI-Virus vergleicht (vgl. ebenda). Auch Patzelt greift mit dem Begriff der Phobie auf eine medizinische Notation zur Kategorisierung der Pegida-Demonstrant_innen zurück und teilt diese in „[x]enophobe Patrioten“, „[b]edingt Xenophile“ und „[r]echtsradikale Xenophobe“ (Patzelt 2015b: 93 f.) – wobei letztere sich mit knapp 20 Prozent klar in der Minderheit befinden würden.

Dort, wo der Rassismusbegriff angebracht wäre, um die gesellschaftliche Grundlage, aus der heraus Pegida entstehen konnte, sowie ein wesentliches Motivationsmoment der Bewegung, als auch die Einstellungsmuster der Teilnehmer_innen zu beschreiben, werden stattdessen Pathologisierungen und Psychologisierungen des Phänomens vollzogen. Indem Pegida als Krankheit beziehungsweise als Ausnahme vom »gesunden« Normalzustand oder von der »gesunden« Restgesellschaft gesehen wird, wird auch der Rassismus zur Ausnahme deklariert, die zwar (plötzlich) ausgebrochen sei und sich ausgebreitet hätte, aber auch behandel- und therapierbar sei.

4.4.2.4 „... kann von Rassismus bei der Mehrheit der Befragten nicht die Rede sein.“²⁴

Insgesamt kommen die meisten Studien zu dem Ergebnis, dass »Ausländerfeindlichkeit« oder Rassismus zwar bei einem kleinen Teil der Pegida-

²⁴ Reuband 2015: 142.

Anhänger_innen vorzufinden sei, aber nicht den Hauptteil der Bewegung ausmachen würden und somit auch nicht als ein ursächliches Phänomen selbiger anzusehen sei. Dagegen werden die Migrations- und Integrationspolitik, sowie die Tatsache der Migration selbst, als Ursache für Pegida bewertet.

Patzelt sieht die – durch Pegida sichtbarer gewordene – »Problematik« nicht im zur Tage getretenen Rassismus, sondern in der Migrationspolitik und der Einwanderungsgesellschaft, beziehungsweise direkt in den „Flüchtlinge[n] & Muslime[n]“ (Patzelt 2015c). So kommt er zu dem Schluss, dass „**Pegida [...] nicht einfach aus 'kulturalistischen Rassisten'“ bestehe, sondern** „die Demonstranten von einer – oft übersteigerten – Wahrnehmung realer Probleme ('Flüchtlinge & Muslime') unserer Einwanderungsgesellschaft angetrieben“ würden (Patzelt 2015c).

Bei PEGIDA äußern sich nicht Rechtsradikale ausländer- und islamfeindlich, sondern das Fehlen einer plausiblen Einwanderungs- und Integrationspolitik drängt mehr und mehr Bürger zu rechtspopulistischen Positionen. (Patzelt 2015b: 95)

Mit dieser, selbst als zugespitzt benannten Äußerung, werden nicht die Demonstrant_innen als Akteur_innen „ausländer- und islamfeindlich[er]“ (ebenda) Ressentiments gesehen. Stattdessen wird die – als unplausibel beschriebene – bundesdeutsche Migrationspolitik als Ursache für einen Rechtsruck verstanden.

Lediglich bei Geiges et al. wird herausgestellt, dass das „kulturalistische-rassistische antimuslimische Ressentiment“ sowie ein „überaus aggressive[r] Ton“ (Geiges et al. 2015: 181 f.) unter den Befragten die Debatte um Migration, Integration und Asyl dominieren würde und diese sich hierbei auf eine gesellschaftliche Mehrheitsmeinung berufen könnten (Geiges et al. 2015: 182 f.).

3.4.3 Handlungsempfehlungen: Wie umgehen mit Pegida?

Neben einer Charakterisierung der »Patriotischen Europäer« stellen mehrere der Studien Anregungen an die Politik auf, wie mit Pegida umzugehen sei. Hierdurch wird eine Wechselwirkung der diskursiven Ebenen der Wissenschaft und der Politik – wie sie in der *Phase des Dialogs*²⁵ auch tatsächlich stattfindet – forciert.

Reuband macht den Zuzug von Asylbewerber_innen als Ursache für Mobilisierungen gegen diese aus. Nicht der Rassismus der Mehrheitsgesellschaft wird als Problem

²⁵Siehe hierzu Kapitel 6.1.4.

gesehen, sondern die Existenz der Asylsuchenden. Aus dieser Analyse folgert er seine Empfehlungen an die »Politik«, sich bei der Wahl der Unterbringung auch hinsichtlich der lokalen »Besonderheiten« Gedanken zu machen, um nicht neue Proteste zu provozieren (vgl. Reuband 2015: 143)

Der steigende Zustrom von Asylbewerbern wird vermehrt Zündstoff liefern: Neuere Schätzungen gehen von bis zu 550.000 Asylbewerbern für das Jahr 2015 aus, Probleme der Unterbringungen vervielfachen sich. (Reuband 2015: 143)

Insgesamt warnt die Studie von Patzelt davor, dass falsche Analysen und daraus folgende Umgangsweisen mit Pegida zu einer Stärkung des Rechtspopulismus führen könnten, die entsprechenden Parteien – insbesondere der AfD – Aufschwung liefern würde. Pegida dürfe also nicht als „rassistisch“ abgestempelt werden, sondern sollte vielmehr als „systemverdrossene“ Bewegung gesehen werden (vgl. Patzelt 2015b: 95; ebenda 2015c). Zudem sollten die von Pegida angesprochenen, politischen Problemfelder auch tatsächlich erst genommen werden.

Was an PEGIDA auf den ersten Blick als Ausländer- und Islamfeindlichkeit sichtbar wird, ist im Grunde Systemverdrossenheit, die sich am Unwillen von politischer Klasse und Öffentlichkeit auskristallisiert, gerade jene realen Probleme in einer ihrem Umfang angemessenen Weise anzugehen, die der Wandel unseres Landes hin zu einem multikulturellen Einwanderungsland nun einmal mit sich bringt. Dabei scheint gerade der freie Zustrom von Asylbewerbern die Willkommenschancen für Bürgerkriegsflüchtlinge zu beeinträchtigen, und dürfte die nicht abreißende Kette von nicht enden wollenden Bürgerkriegen und Missständen in anderen Teilen der Welt mitsamt ihren Folgen für die Einwanderung nach Deutschland bald erst recht ein Gefühl von 'genug ist genug!' auslösen. (Patzelt 2015b: 95)

Geiges et al. plädieren für eine politische Auseinandersetzung oder einen Dialog mit Pegida beziehungsweise deren Einbeziehung in die Zivilgesellschaft, da ansonsten ein Erstarken des Rechtspopulismus die Folge sei. Wobei sie Populismus, der ihnen zufolge in allen politischen Spektren zu finden sei, unter Umständen auch als willkommenes Mittel zu (Re-)Aktivierung politikverdrossener Gruppierungen sehen (vgl. Geiges et al. 2015: 183 ff.).

4.4.4 Forschungslücke und Forschungsvorhaben

Keine der Untersuchungen zieht ein Verständnis zu Rate, das „Rassismus als gesellschaftliche[s] Strukturprinzip“ (Elverich/Reindlmeier 2006: 28) begreift. Statt herauszufinden, inwiefern bei Pegida gesellschaftlich etabliertes, rassistisches Wissen aufgegriffen und verschoben wird, werden rassistische Unterscheidungsmuster in

pathologisierender Weise als „Xenophobie“, „pathologische Ängste“ oder relativierend als Randgruppenphänomen verstanden.

Bis auf einen kurzen Abschnitt über die Rezeption Pegidas in der nationalen und internationalen Presse in der Studie des *Göttinger Instituts für Demokratieforschung* (vgl. Geiges et al. 2015: 131 ff.), stellt die Analyse des medialen Diskurses über die »Patriotischen Europäer« bislang eine Leerstelle dar.

Eine Kritische Diskursanalyse der Debatte um Pegida vermag einen rassismuskritischen Blick auf Pegida sowie auf aktuelle gesellschaftliche Verhältnisse zu werfen. Eine Studie der medialen Berichterstattung über die Bewegung ermöglicht die Erkenntnis darüber, was zum aktuellen Zeitpunkt – in Hinblick auf Rassismen – sagbar ist und was verschwiegen, verschoben oder ausgeblendet wird. Folgend wird die Methodik der Kritischen Diskursanalyse nach Margarete und Siegfried Jäger als Instrumentarium der vorliegenden Diskursanalyse vorgestellt.

–5 Methode: Die Kritische Diskursanalyse

Um der Frage nachzugehen, inwiefern die mediale Debatte über Pegida die Sagbarkeitsfelder in Hinblick auf Rassismus bespielt, ausweitet oder verschiebt, ist eine qualitative Sozialforschung mit empirischer Untersuchung schon daher notwendig, da es bislang noch keine Analyse mit ähnlicher Fragestellung gibt, auf die Bezug genommen werden könnte. Das Erkenntnisinteresse der Untersuchung ist qualitativ ausgerichtet, da das *Verstehen* der Sinnzusammenhänge zwischen sich wandelnder medialer Empörung und Verständnis gegenüber in den Fokus genommen wird. und Nur eine qualitative Analyse vermag es, solche Verhältnisse in ihrer Komplexität zu begreifen (vgl. Helfferich 2011: 21 ff.).

Im folgenden Kapitel wird die Kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger (2012) als geeignete Methode zur Beantwortung der Forschungsfragen dargelegt. Hierfür wird in den Blick genommen, auf welchen theoretischen Grundlagen die Kritische Diskursanalyse basiert und wie das daraus resultierende Verständnis von Diskurs und Macht zu einer rassismuskritischen Analyse der Pegidadebatte passt. Im Anschluss wird das Forschungsvorhaben der vorliegenden Arbeit vorgestellt.

1.5.1 Diskurstheoretische Grundlagen

Die Kritische Diskursanalyse nach Jäger basiert auf der Diskurstheorie, die Jürgen Link in Rückgriff auf Foucault entwickelt hat. Der Diskurstheorie liegt zugrunde, dass »Wahrheit« „jeweils erst historisch diskursiv erzeugt“ (Jäger, S. 2009: 129) wird. Diskurse sind nicht Resultat gesellschaftlichen Handelns, sie wirken machtvoll auf gesellschaftliche Praxis ein (vgl. Jäger, M. / Jäger, S. 2007: 19). Sie üben als Träger von Wissen – vermittelt über die Subjekte – Macht aus, formieren und bestimmen die Realität (mit) und strukturieren somit gesellschaftliche Machtverhältnisse (vgl. ebenda: 20). Nach Jürgen Link ist ein Diskurs

eine institutionell verfestigte redeweise, insofern eine solche redeweise schon handeln bestimmt und verfestigt und also auch schon macht ausübt und verfestigt. (Link nach ebenda: 19)

Im Diskurs um Pegida lassen sich – wie in Kapitel 3 herausgestellt – Wirkungen auf Handeln, also Machtausübungen, feststellen.²⁶

Jäger beschreibt den Diskurs als „Fluss des Wissens durch Zeit und Raum“ (Jäger, S. 2012: 29). Dieser fließe stetig weiter, teile sich auf oder verbünde sich mit anderen Strömen und transportiere dabei gesellschaftliches Wissen (vgl. Jäger, M. / Jäger, S. 2007: 23). So bewege sich auch Rassismus als Macht-Wissens-Komplex kontinuierlich durch Zeit und Raum (vgl. Jäger, S. 2012: 26 ff.), nicht ohne Veränderungen und Verschiebungen ausgesetzt zu sein. Da Diskurse nach M. Jäger / S. Jäger nicht Spiegel der gesellschaftlichen Wirklichkeit sind, sondern ein Eigenleben führen, das zur Herstellung der Wirklichkeit mit beiträgt, ist die Kritische Diskursanalyse auf die „Analyse der Produktion von Wirklichkeit“ (ebenda: 24) ausgerichtet. Bei vorliegenden Diskursanalyse geht es also darum, wie das Wissen über Pegida medial *hergestellt* wird.

2.5.2 Die Kritische Diskursanalyse

Das Anliegen der Kritischen Diskursanalyse nach Jäger ist es, nun Licht ins Dickicht des „diskursive[n] Gewimmel[s]“ zu bekommen und das „Wuchern der Diskurse“ zu entwirren (Jäger, M. / Jäger, S. 2007: 25; vgl. auch Jäger, S. 2009: 132). Nach Freikamp et al. fragt die Kritische Diskursanalyse danach, was das jeweils gültige Wissen ist und wie es produziert, reproduziert und vermittelt wird (vgl. Freikamp et al. 2008: 55).

²⁶So steigt die Anzahl der Anschläge auf Geflüchtetenunterkünfte im Zuge der Pegidadebatte stark an (vgl. Amadeu Antonio Stiftung / Pro Asyl 2014b; siehe auch Kapitel 3.3).

Somit, so Jürgen Link, solle „die Funktion von Diskursen als herrschaftslegitimierende und -sichernde Techniken in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft“ (Jäger, S. 2009: 127) herausgestellt werden.

Die Kritische Diskursanalyse zielt auf die Analyse aktueller Diskurse und ihrer Machtwirkungen und will herausfinden, was die (Haupt-)Aussagen im Diskurs sind, welche Argumentationen sie heranziehen und welcher stilistischer Mittel sie sich bedienen. Ziel ist, die Struktur des Diskurses sichtbar und analysierbar zu machen. Hierzu müssen Diskursstränge als („[t]hematisch einheitliche Diskursverläufe“ (Jäger, M. / Jäger, S. 2007: 25) mit ihren Themen und Unterthemen herausgearbeitet werden. Diskursstränge haben je eine synchrone und diachrone Dimension. Während die synchrone Dimension einem Querschnitt durch den Strang gleicht, der das zu einem jeweiligen Zeitpunkt Sagbare offenlegt, zeigt die diachrone Dimension den Verlauf, samt der Verschiebungen und Veränderungen von Sagbarkeiten über einen gewissen Zeitraum auf (vgl. ebenda: 26 f.).

Die Diskursanalyse erfasst somit auch das jeweils Sagbare in seiner qualitativen Bandbreite bzw. alle Aussagen, die in einer bestimmten Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit geäußert werden (können), aber auch die Strategien, mit denen das Feld des Sagbaren ausgeweitet oder auch eingeengt wird, etwa Verleugnungsstrategien, Relativierungsstrategien etc. (Jäger, S. 2009: 130)

Die grobe Vorgehensweise der Diskursanalyse besteht in der Durchführung einer Kontextanalyse, nach der die Struktur des Diskurses analysiert wird, bevor einzelne Diskursfragmente einer Feinanalyse unterzogen werden. Anschließend werden die Ergebnisse der Analysen zur Gesamtanalyse des Diskursstranges zusammengeführt (vgl. Jäger, S. 2009: 190 ff.).

Das *kritische* an der Kritischen Diskursanalyse besteht nach Jäger darin, dass neben der sachlichen Beschreibung der diskursiven Sachverhalte auch eine Bewertung und Kritik derselben vollzogen wird (vgl. Jäger, S. 2012: 151). Es gehe der Kritischen Diskursanalyse darum, „tatsächliche historische Verläufe“ (ebenda: 152) ihrer strukturellen und formellen Form offen zu legen und „sich damit kritisch und in der Absicht, menschliche Verhältnisse zu verbessern, auseinanderzusetzen“ (ebenda). In der vorliegenden Arbeit soll dies mit der – in Kapitel 2.4 beschriebenen – rassismuskritischen Perspektive umgesetzt werden.

Margarete und Siegfried Jäger sowie weitere Mitarbeiter_innen des *Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung* haben seit den 1990er Jahren mehrere Kritische Diskursanalysen rund ums Themengebiet Rassismus durchgeführt, an denen sich auch die vorliegende Arbeit orientiert.²⁷

3.5.3 Konzeptionierung des Forschungsvorhabens

Zur Beantwortung der Forschungsfragen dieser Arbeit wird im folgenden Abschnitt das Forschungsvorhaben vorgestellt. Hierfür wird die *Pegidadebatte* als Gegenstand der Kritischen Diskursanalyse definiert und deren Materialcorpus begründet, bevor das vorgehen der Auswertung und dabei aufgetretene Schwierigkeiten skizziert werden.

1.5.3.1 Die Pegidadebatte

In Anlehnung an den von Sebastian Friedrich in Rahmen seiner Forschung entwickelten Neologismus der „Sarrazinebatte“ (vgl. Friedrich 2011: 10) wird der Gegenstand der vorliegenden Diskursanalyse als *Pegidadebatte* bezeichnet. Mit dem Terminus der Pegidadebatte soll der gesamte Diskurs gefasst werden, der sich von Ende Oktober 2014 bis Mitte März 2015 direkt oder indirekt um die »Patriotischen Europäer« dreht, beziehungsweise die von ihnen aufgeladenen Themen Islam und »Islamisierung«, Migration und Asyl, »Fremdenfeindlichkeit« und Rassismus sowie Politik und Repräsentation behandelt. Die »Patriotischen Europäer« selbst sollen durch den Begriff zwar als Auslöser der Debatte genannt, aber symbolisch in den Hintergrund gestellt werden. Schreibweisen wie „Pegida-Debatte“ würden die Bewegung hervorheben, weshalb auf sie verzichtet wird (vgl. ebenda). Schließlich sind die in der Debatte transportierten Themen und Positionen nicht von Pegida ins Leben gerufen worden, sondern basieren auf gesellschaftlichen Wissensvorräten, die sich in Kontinuitäten und Brüchen seit vielen Jahrzehnten entwickelt haben.

Das Zeitintervall der Pegidadebatte beginnt am 20.10.2014 mit der ersten Demonstration von Pegida in Dresden. In den ersten Wochen erscheinen nur vereinzelte

²⁷Siehe beispielsweise: BrandSätze. Rassismus im Alltag (Jäger, S. 1992), Die Bild-Zeitung als Großregulator. Die Berichterstattung über Einwanderung und Flucht und die Fahndung nach der RAF im Frühjahr 1993 und ihre normalisierenden Effekte (Jäger, M. / Jäger, S. 2007: 73 ff.); Gefährlich fremd? Zur Dynamik des Zusammenwirkens unterschiedlicher Diskursstränge und -ebenen am Beispiel der Kopftuchdebatte (ebenda: 109 ff.); Rassifizierende Deutungen. Der „Karikaturenstreit“ in deutschen Print-Medien und seine Auswirkungen auf den Einwanderungsdiskurs (ebenda: 131 ff.); „Wir hatten einen Schwarzen...“ Konstanz und Konjunkturen des alltäglichen Rassismus seit Beginn der 90er Jahre (ebenda: 161 ff.) und: Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazinebatte“ (Friedrich 2011).

Beiträge zum Thema. Vor allem lokale Medien, antifaschistische Recherchegruppen sowie Medien der so genannten Neuen Rechten berichten (vgl. hierzu Kapitel 6.1.1). Die Hauptdebatte, in der die Menge und die Dichte der Artikel um Pegida am höchsten ist, erstreckt sich über einen Zeitraum von zehn Wochen, von der zweiten Dezemberwoche 2014 bis Mitte Februar 2015. In dieser Zeit erscheinen mit großem Abstand am meisten Diskursbeiträge, die auch durch – sich überschlagende – Ereignisse rund um Pegida hervorgerufen werden. Nach einem deutlichen Einbrechen der Anzahl der Veröffentlichungen, erscheinen am 10.03.2015 (zeit) und 12.03.2015 (sz) zwei bedeutende Artikel, die das Ende der Pegidadebatte verkünden. Auch trotz eines Fortlebens der Bewegung und zeitweise zunehmender Berichterstattung, markiert der 12.03.2015 das vorläufige²⁸ Ende der Pegidadebatte und somit den Abschluss des Untersuchungszeitraums der Kritischen Diskursanalyse.

Als empirische Datengrundlage der Diskursanalyse dient die Zeitungsberichterstattung im dargestellten Zeitintervall. Anders als in den in Kapitel 4 dargestellten Studien, die Interviews mit Demonstrant_innen und Beobachtungen heranziehen, um herauszufinden, wer, warum an den Demonstrationen teilnimmt, bezieht sich die vorliegende Untersuchung auf die mediale Berichterstattung über Pegida und fragt danach, was in Hinblick auf Rassismus zum jeweiligen Zeitpunkt der Debatte sagbar ist und was nicht.

2.5.3.2 Der Materialcorpus

Im Rahmen der Pegidadebatte wurden unzählige Diskursbeiträge publiziert, die eine – von Siegfried Jäger zur Gewinnung des Corpus vorgeschlagene – „systematische Archivierung des gesamten Materials zum Thema“ (Jäger, S. 2009: 191), unmöglich machen. Allein im Archiv der sz werden im relevanten Zeitraum unter dem Suchbegriff „Pegida“ 991 Artikel angezeigt; bei der faz sind es 875.²⁹ Der gesamte Materialcorpus würde demnach aus vielen tausend Beiträgen bestehen, deren Analyse weder umsetzbar noch zielführend wäre. Für die vorliegende Diskursanalyse wurde der Corpus daher mit mehreren Eingrenzungen wie folgt festgelegt: Er besteht aus sämtlichen Aufmachern und Leitartikeln der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (faz) und der *Süddeutschen Zeitung* (sz), bei denen im oben bestimmten Untersuchungszeitraum der Suchbegriff

²⁸Zur fortgesetzten »Asyldebatte« im Sommer 2015 siehe Kapitel 6.1.6.

²⁹Die Zahlen stammen aus dem Datenarchiv der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg.

„Pegida“ oder „Patriotische Europäer“ auftaucht. Ergänzend werden einzelne Artikel anderer Publikationen in den Corpus aufgenommen, die den Diskurs mehr als andere prägen beziehungsweise eine bedeutende Referenz für weitere Beiträge zum Diskurs darstellen.

Die vorliegende Kritische Diskursanalyse verzichtet bewusst auf eine Untersuchung so genannter *popular papers*³⁰ und wirft ihren Blick stattdessen auf die so genannten *quality papers* – die Qualitätsprintmedien. Während die Boulevardpresse weniger vom Interesse der Information denn der Unterhaltung des Publikums – und der damit verbundenen Sprunghaftigkeit der Themen und Positionen – geleitet ist, bietet die Untersuchung so genannter Qualitätskaufzeitungen – wie hier der faz und der sz – den Vorteil, Einblicke in bereits etabliertere diskursive Aussagen und Meinungen zu erlangen (vgl. Cultura21 2015; vgl. auch Jäger, S. 2009: 193).

Die sz und die faz sind neben der *Bild* die beiden auflagenstärksten überregionalen Tageszeitungen in Deutschland (vgl. IVW 2015a, b und c). Die sz belegt mit einer verkauften Auflage von knapp 400.000 Stück Platz zwei der deutschen Tageszeitungen (vgl. ebenda 2015b). Die faz erreicht mit knapp 280.000 verkauften Zeitungen den dritten Platz (vgl. ebenda 2015a). Mit berücksichtigten Mehrfachlesungen und den Online-Angeboten kommt die sz nach Schätzungen der *Media Analyse* auf eine Reichweite von täglich 1,48 Millionen (vgl. ebenda 2015b) und die faz auf 755.000 Leser_innen (vgl. F.A.Z. 2015). Beide Blätter gelten zu den bestrenommierten Leitmedien im deutschsprachigen Raum. Ihnen wird eine meinungsbildende Position in gesellschaftspolitischen Debatten der Bundesrepublik zugesprochen, die auch Einfluss auch die Berichterstattung weiterer (Print-)Medien hat. Durch ihr überregionales Erscheinen sind die beiden Publikationen in der Lage, die Pegidadebatte in ihrer bundesweiten Qualität zu erfassen, und nicht auf regionale Debatten begrenzt zu sein.

Die Leser_innenschaft beider Zeitungen setzt sich größtenteils aus dem gebildeten Bürger_innentum zusammen. Die Süddeutsche versteht sich laut ihres Redaktionsstatuts selbst als sozial-liberale Zeitung und wird im politischen Spektrum gemeinhin als links-gemäßigt eingeordnet. Die Frankfurter Allgemeine wird als bürgerlich-konservativ

³⁰Die Bild ist mit einer Auflage von über zwei Millionen mit Abstand die größte deutsche Tageszeitung (vgl. IVW 2015c) und verspricht mit ihrer *boulevardeskem Berichterstattung spannende Erkenntnisse für* Kritische Diskursanalysen zu liefern; schließlich ergibt sich aus dem Zusammenwirken von Unterhaltung und Normalisierungsbestrebungen eine höchst interessante (und auch gefährliche) Mischung der politischen Meinungsbildung.

bezeichnet. Damit ist mit diesem Corpus ein großer Teil des Spektrums der Diskurspositionen der Qualitätsprintmedien repräsentiert (vgl. Jäger, S. 2009: 193).

Eine weitere Eingrenzung wird durch die Fokussierung auf die Leitartikel und Aufmacher der beiden Blätter vorgenommen. Beide Artikeltypen sollen herausragende Aushängeschilder von Zeitungen sein und bilden somit mehr als andere das Profil selbiger. *Leitartikel* sind mit ihrer – jenseits des tagespolitischen Geschehens angesiedelten – meinungsorientierten Darstellungsform wichtiges Element des gesellschaftspolitischen Outputs des Printmediums, durch das die politische Meinung der Redaktion Ausdruck findet. *Aufmacher* erhalten ihre Relevanz durch die prominente Platzierung auf der Titelseite. Das in ihnen aufgegriffene Thema wird meist auf nachfolgenden Seiten der Zeitung fortgeführt. Die Tagesaktualität der Aufmacher und die Meinungsorientierung der Leitartikel ergeben in Kombination ein stellvertretendes Bild der jeweiligen Zeitung.

Der so zusammengestellte Corpus vermag es, die Zeitungsberichterstattung im Diskurs um Pegida hinsichtlich Meinung und Relevanz zu repräsentieren. Er setzt sich aus 16 sz-Artikeln, davon sechs Aufmacher und zehn Leitartikel, sowie 20 Artikeln aus der faz, davon je zehn Aufmacher und zehn Leitartikel, zusammen.³¹ Ergänzt wird das Material durch weitere Artikel aus den beiden genannten Zeitungen, der Frankfurter Rundschau, der Tageszeitung, der Bild Deutschland, dem Spiegel, der Welt und der Zeit.

3.5.3.3 Vorgehen der Analyse

Das Vorgehen der Kritischen Diskursanalyse gliedert sich in mehrere Schritte. Bereits in Kapitel 3 fand eine Analyse des *diskursiven Kontextes* statt, durch die der gesellschaftspolitische Rahmen der Bewegung bestimmt werden konnte. Zum diskursiven Kontext zählen nach Jäger alle, dem Thema der Diskursanalyse verwandten Ereignisse, die den Diskurs mitprägen oder mitgeprägt haben (vgl. Jäger, S. 2009: 190 f.).

Im Anschluss wurde aus der Gesamtheit der Diskursbeiträge entsprechend der in Kapitel 5.3.3 aufgestellten Kriterien der *Materialcorpus* mit seinen 36 Artikeln aus sz und faz herausgefiltert. Bei einer Voranalyse des Corpus wurde neben einer formalen Kategorisierung der Artikel nach Datum, Zeitung, Autor_in und Artikelsorte, auch eine

³¹Die im Materialcorpus enthaltenen Artikel finden sich im Anhang dieser Arbeit.

inhaltliche nach Themen, Unterthemen, Diskursstrangverschränkungen und Hauptaussagen vorgenommen, um eine Übersicht über den Diskurs zu gewinnen. Mit der so entstandenen *Strukturanalyse* wurde eine erste Grobgliederung des Diskurses erarbeitet (vgl. Jäger, S. 2009: 191). Anschließend wurde aus dem Materialcorpus eine Auswahl von sieben, für den Diskurs typische Artikel getroffen und zu einem *Dossier*³² zusammengefasst. Die Selektion wurde hinsichtlich der Diskursposition, den Schwerpunkt- und Unterthemen sowie dem Berichtsstil der Artikel vollzogen (vgl. ebenda: 193). Zur stärkeren Fokussierung auf meinungsgeleitete und ideologische Aspekte der Berichterstattung, setzt sich das Dossier ausschließlich aus Leitartikeln zusammen. Anhand einer *Feinanalyse* der darin enthaltenen Artikel, wurden deren institutioneller Rahmen, die Textoberfläche, die sprachlich-rhetorischen Mittel, die inhaltlich-ideologischen Aussagen sowie eine Interpretation der Diskursfragmente herausgestellt (vgl. ebenda: 175 ff.). Die Strukturanalyse wurde auf diese Weise durch intensive Analysen relevanter Diskursbeiträge ergänzt, mithilfe derer Feinheiten hinsichtlich Argumentation und Stilmittel erkannt werden konnten, die zur Unterwanderung, Verschiebung oder Aufrechterhaltung von Sagbarkeiten verwendet wurden.³³

4.5.3.4 Schwierigkeiten

Auch wenn die Pegidadebatte im März 2015 vorerst für beendet erklärt werden kann, existiert Pegida bis zum heutigen Zeitpunkt fort. Zudem wirkt auch die Debatte bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf den aktuellen Diskurs über Geflüchtete, Unterbringungsmöglichkeiten, Asyl, »Willkommenskultur«, Rassismus und staatliche (Über-)Belastung ein. In der Auswertung des Materials kam es zu Schwierigkeiten der Analyse am »lebendigen Objekt«. Die Tatsache eines fortgesetzten Diskurses mit verschiedenartigen Brüchen und Richtungswechseln erschwert eine zeitgleiche Analyse des selbigen. So begann die Ausarbeitung der vorliegenden Arbeit vor dem Ende der Pegidadebatte ohne Kenntnis darüber, wie diese sich entwickeln würde. Auch wenn der untersuchte Zeitraum im Laufe der Ausarbeitung abgeschlossen wurde, ergab sich die Problematik, dass die weiterlaufende Debatte, mitsamt der Bezüge zum

³²Die im Dossier enthaltenen Beiträge sind: sz, 16.12.2014; faz, 17.12.2014; faz, 05.01.2015; faz, 15.01.2015; sz, 17.01.2015; sz, 12.02.2015; sz, 12.03.2015.

³³Zur Analyse des Materials mit MaxQDA eine Software für qualitative Datenanalyse herangezogen.

Untersuchungszeitraum, nicht ausgeblendet werden konnte und fortlaufend produzierte »Wahrheiten« über Pegida und die Pegidadebatte diese nach wie vor mitbestimmen.

-6 Ergebnisse der Analyse

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der Kritischen Diskursanalyse der Pegidadebatte dargestellt. Nach der Strukturierung der Debatte in ein idealisiertes Phasenmodell wird in den anschließenden Abschnitten das Konstrukt der Toleranzgesellschaft analysiert und die Debatte auf die (Re-)Produktion aktuell gültigen rassistischen Wissens hin untersucht.

1.6.1 Phasen der Debatte und Diskursverschiebungen

Der Diskurs über Pegida kann nach Jäger als ein *Interdiskurs* verstanden werden, in den politische, soziale, journalistische und auch wissenschaftliche Spezialdiskurse einfließen (vgl. Jäger, S. 2009: 159). Um den aus tausenden einzelnen Diskursfragmenten bestehenden Diskurs über Pegida handhabbar zu machen und das „diskursive[s] Gewimmel“ (Jäger, M. / Jäger, S. 2007: 25) zu entflechten, findet in diesem Kapitel der Versuch einer Strukturierung der Pegidadebatte statt. Es wird ein diachroner Schnitt durch den Diskurs gesetzt, um diesen in seinen Veränderungen und Verschiebungen analysierbar zu machen (vgl. ebenda).

Hierfür werden sechs Phasen der Pegidadebatte herausgearbeitet und die im jeweiligen Zeitabschnitt dominanten Themen, Aussagen und Argumentationsmuster des Diskurses herausgestellt. Die Darstellung des in den einzelnen Phasen jeweils Sagbaren, verdeutlicht Zuspitzungen wie Verschiebungen, Brüche und Kontinuitäten im Verlauf des Diskurses und zeigt diskursive Richtungswechsel auf. Die diskursiven Verläufe werden mit den Vergegenständlichungen diskursiver Ereignisse und des diskursiven Kontextes, wie den Entwicklungen Pegidas (Mobilisierungsfähigkeit, inhaltliche und personelle Änderungen) verknüpft, um so die wechselseitigen dispositiven Wirkweisen exponieren zu können.

Die Aufteilung des Diskurses in Phasen erfolgt analytisch. Die einzelnen Abschnitte sind weder in sich homogen, noch von anderen Phasen klar abtrennbar, sondern nach innen kontrovers und nach außen hin überlappend. Die Darstellung konzentriert sich auf die jeweils hegemonialen Diskurspositionen – gegensätzliche Positionen werden bis zu einem gewissen Grad mit aufgenommen, zugunsten einer besseren Übersichtlichkeit

teilweise ansonsten außer Acht gelassen. Trotz dieser Vereinfachungen ergibt sich aus der folgenden Schematisierung ein aussagekräftiges Bild, das über den untersuchten Materialcorpus hinweg geeignet ist, Aussagen über den Gesamtdiskurs um Pegida zu

treffen.

1.6.1.1 Phase des Schweigens

Öffentlich tritt Pegida erstmals im Oktober 2014 in Erscheinung. Auf der ersten Demonstration ziehen am 20.10. circa 350 Personen unter dem Slogan „Gewaltfrei & vereint gegen Glaubenskriege auf deutschem Boden“ durch die Dresdner Innenstadt (vgl. Geiges et al. 2015: 11, 48 f.). Die Zahl der Teilnehmer_innen der von da an in Dresden montäglich stattfindenden Versammlungen steigt in den Folgewochen kontinuierlich an und erreicht Mitte November bereits 3.500, Mitte Dezember schon bis zu 15.000 (siehe Abbildung auf Seite 34). Die Demonstrationen zeichnen sich durch die fast ausschließliche Dominanz der Parolen „Wir sind das Volk“ und „Lügenpresse, Lügenpresse“ aus (vgl. Sokolowsky 2015: 13).

Nach der ersten Demonstration Pegidas vergehen mehrere Wochen, bis die überregionale Berichterstattung über die »Patriotischen Europäer« anläuft. Vor dem Hintergrund, dass rassistische Aufmärsche zu diesem Zeitpunkt keine Seltenheit darstellen – die Amadeu Antonio Stiftung zählt fürs Jahr 2014 bundesweit 256 »flüchtlingsfeindliche« Versammlungen (2014b), die medial nur sporadisch aufgegriffen werden – erscheint das anfängliche Ausbleiben einer überregionalen Medienrezeption nicht verwunderlich; schließlich begannen die Montagsdemonstrationen im Oktober 2014 mit einigen Hundert Teilnehmer_innen verhältnismäßig klein und unbedeutend. Erste vereinzelte Randartikel erscheinen in den hier untersuchten Tageszeitungen drei (sz) bzw. vier (faz)

Wochen nach der ersten Pegida-Demonstration. Eine überregionale Berichterstattung der hegemonialen Printmedien – an prominenter Stelle – bleibt aber, trotz der stetigen Verbreitung des Pegida-Phänomens, fast acht Wochen aus. Die *Phase des Ignorierens und Schweigens* der großen Tageszeitungen hält bis Mitte Dezember 2014 an, einem Zeitpunkt, an dem Pegida bereits mit fünfstelliger Teilnehmendenzahl durch Dresden marschiert und in mehreren Städten gleichnamige Gruppierungen gegen die – von ihnen ausgemachte – »Islamisierung des Abendlandes« auf die Straße gehen.

Lediglich lokale Zeitungen³⁴ berichten bereits im Oktober 2014. Antifaschistische Recherchegruppen aus Dresden publizieren von Beginn der Demonstrationen an regelmäßig von den „[r]assistische[n] Mobilisierungen neuen Typs“ (inventati, 04.12.2014).³⁵ Demnach zeichnet sich Pegida dadurch aus, dass in bislang ungewohntem Ausmaß, demonstrationsunerfahrene Bürger_innen ihrem Rassismus Luft machen und gemeinsam mit organisierten Neonazis und – teilweise gewaltbereiten – Fußballfans auf die Straße gehen würden. Die Organisator_innen Pegidas seien zudem versucht, den friedlichen Charakter der »Spaziergänge« zu betonen und Bezüge zum Nationalsozialismus von den Versammlungen auszuschließen. Auch die so genannte Neue Rechte nimmt bereits nach der zweiten Demonstration von der neuen Bewegung

³⁴Einer der ersten Artikel über Pegida erscheint im Anschluss an deren zweite Dresdner Montagsdemonstration in den Dresdner Neuesten Nachrichten (vgl. dnn, 27.10.2014).

³⁵Siehe auch addn.me, 28.10.2014; venceremos, 31.10.2014; publikative, 26.11.2014

Kenntnis.³⁶ Überregionale Publikationen äußern sich erstmals vereinzelt Mitte November.³⁷

Das Ignorieren von und Nicht-Reden über Pegida steht im Kontext dessen, dass rassistische Mobilisierungen und Anschläge auf Unterkünfte von Geflüchteten zu diesem Zeitpunkt ebenfalls kaum mediale Aufmerksamkeit finden.³⁸

2.6.1.2 Phase der Empörung

Mitte Dezember 2014 wird das diskursive Schweigen durch eine Vielzahl von Artikeln und Berichten zu Pegida gebrochen. Nachdem sie wochenlang nur eine marginale Rolle in der Berichterstattung gespielt haben, werden die »Patriotischen Europäer« zu *dem* herausragenden Thema in Politik und Medien. Das Sich-bedeckt-halten gegenüber der Bewegung wird von der *Phase der Empörung* über sie abgelöst. Sie dauert – mit Überlappungen anderer Phasen – bis Anfang Januar 2015 an.

Dieser diskursive Abschnitt beinhaltet zum einen – und vor allem – eine grundsätzliche Ablehnung und Verurteilung von Pegida. Innerhalb weniger Tage melden sich verschiedene renommierte Politiker_innen zu Wort. Als einer der ersten bezeichnet Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) im Rahmen der Innenministerkonferenz Pegida als „Neonazis in Nadelstreifen“ (fr, 11.12.2014) – eine Titulierung, die in späteren Phasen heftig kritisiert werden wird. Die sz titelt am 15.12.2014 das vielfach aufgegriffene Zitat des Bundes-Justizministers Heiko Maas (SPD): „Pegida ist eine Schande für Deutschland“. Im ersten thematischen Aufmacher der faz nennt Bundespräsident Joachim Gauck die »Patriotischen Europäer« „Chaoten und Strömungen, die wenig hilfreich sind“ (faz, 13.12.2014) und Angela Merkel wird mit einem Statement wiedergegeben, nach dem sie „solche Tendenzen aufs Schärfste“ verurteile (vgl. faz, 13.12.2014). In ihrer aufgrund der vielen Rezeptionen als diskursives Ereignis zu fassenden Neujahrsansprache appelliert die Bundeskanzlerin mit Bezug auf Pegida: „Folgen Sie denen nicht, die dazu aufrufen! Denn zu oft sind

³⁶So die Artikel „Nach »HoGeSa« jetzt »PEGIDA«: Hunderte demonstrieren gegen Islamisierung in Dresden“ (Kopp-Online, 28.10.2014) vom Kopp-Verlages und „Gemeinsam gegen Islamismus“ von dem Onlinemedium Blaue Narzisse (31.10.2014).

³⁷Wie die Meldung „Kirchen werfen 'Pegida'-Bündnis Rassismus vor“ vom 11.11.2014 (vgl. welt, 11.11.2014).

³⁸Anders als im Sommer 2015, als in der Asyldebatte eine kurze Phase mit Fokus verstärkter Sensibilität gegenüber rassistischer Gewalt aufkommt (vgl. z.B. Spiegel, 29.07.2015).

Vorurteile, ist Kälte, ja, sogar Hass in deren Herzen!“ (Spiegel, 31.12.2014). Für dieses Statement erhält sie von der Linken bis zur CDU Rückendeckung (vgl. faz, 02.01.2015).

Der Vorschlag, mit Pegida in Dialog zu treten – wie er im späteren Verlauf der Debatte geäußert werden wird – stößt zu diesem Zeitpunkt auf weitestgehende Ablehnung.³⁹ So verurteilt beispielsweise Cem Özdemir „Forderungen nach Dialog mit nichtextremistischen Teilen von Pegida als 'Gesülze'“ (sz, 23.12.2014) und Gerhard Schröder ruft die Parteien dazu auf, dem „kruden Haufen“ „klare Kante“ zu zeigen (sz, 23.12.2014). Pegida wird als inakzeptabler Zusammenschluss angesehen, der von Personen der extremen Rechten organisiert beziehungsweise unterwandert würde (faz, 13.12.2014; sz, 16.12.2014).

Der Ablehnung wird zum einen durch den Gebrauch einer derben bis ausfallenden Wortwahl „widerwärtig und abscheulich“ sowie „Schande“ (Maas in sz, 15.12.2014), „Chaoten“ (Gauck in faz, 13.12.2014), „menschenverachtend“ (Merkel in faz, 02.01.2015) Ausdruck verliehen. Zum anderen findet sich vor allem auch in dieser Phase der Debatte – oftmals auch mit ersterem verknüpft – inhaltliche Kritik an den »Patriotischen Europäern«. Diese richtet sich mehrheitlich gegen den – nicht als solchen benannten – antimuslimischen Rassismus, der im Namen, auf dem Frontbanner, im Internetauftritt⁴⁰ und in Reden der Bewegung unter anderem durch den Begriff der »Islamisierung« zum Ausdruck gebracht wird. Merkel betont, „es gebe in Deutschland keinen Platz für Hetze gegen Gläubige, für Islamophobie oder Fremdenfeindlichkeit“ (faz, 13.12.2014).

Entsprechend dem im Zeitraum der Empörungsphase dominierenden Thema »Islam und Islamisierung«, gestaltet sich auch die diskursive Bezeichnungspraxis gegenüber Pegida. So werden diese als „Anti-Islam Bündnis“ (faz, 13.12.2014) charakterisiert und mit einer verbreiteten „Islamophobie“ (faz, 13.12.2014) bzw. „Islamhass“ (sz, 16.12.2014), sowie „Islamfeindlichkeit“ (sz, 23.12.2014) in Verbindung gebracht. Das von Pegida verwendete Schlagwort der »Islamisierung« wird in der Berichterstattung

³⁹Eine Ausnahme stellt Jasper von Altenbockum dar, der sich am 17.12.2014 in der faz, als – zu diesem Zeitpunkt – einziger Autor im Corpus gegen die Verurteilung des Pegida-Organisationskreises und der Bezeichnung derselben als „Rassisten“ wendet. Ihm zufolge sei Pegida nur die „Sehnsucht nach politischer Führung“, der von Seiten der Parteien (allem voran Union, SPD und Linke) zeitnah nachzukommen sei (vgl. faz, 17.12.2014).

⁴⁰Die Facebook-Seite der Bewegung ist das mit Abstand bedeutendste Online-Medium der Bewegung, auf dem jeden Tag mehrere Posts veröffentlicht werden und die mittlerweile über 180.000 Gefällt-mir-Angaben aufweist (vgl. Pegida 2015).

zudem häufig dadurch entkräftet oder infragegestellt, indem ihm ein „angebliche“ vorangestellt wird (sz, 15.12., 24.12.2014; faz, 02.01., 05.01.2015).

Auch Gefahren, die mit Pegida verbunden seien, werden von verschiedenen Seiten aufgeführt. Maas fürchtet demnach laut sz, „dass die Agitation gegen Zuwanderer und Flüchtlinge eskaliert“ (sz, 15.12.2014). In seinem Kommentar sieht Jasper von Altenbockum von der Bewegung Bedrohungen ausgehen, die in den 1990ern in „Gewalt gegen Asylbewerber umgeschlagen“ seien (faz, 17.12.2014). Jan Bielicke umschreibt Pegida metaphorisch als eine Atombombe, die bei Überschreiten der kritischen Masse, „potentiell explosiv“ sei (sz, 16.12.2014).

Die Phase der Empörung beinhaltet neben der harschen und inhaltlichen Verurteilung auch ein Moment der Verwunderung über das Ausmaß der Protestbewegung. Dies zeigt sich durch die Vehemenz der einsetzende Ablehnung nach dem vorherigen, langen Schweigen. Das politische und mediale Erstaunen wird auch durch das Ausbleiben adäquater Erklärungsmuster für das Phänomen Pegida deutlich, die auch in der dominanten Umgangsstrategie zum Ausdruck kommt, die Bewegung vor allem verbal zu verurteilen. Eine Kontextualisierung Pegidas in die rassistischen Diskurse, die in Kapitel 3 bereits auf verschiedensten Ebenen dargelegt wurden, bleibt ebenso aus wie eine rassismuskritische Analyse der von Pegida geäußerten Positionen.

Im Laufe des Debattenabschnitts der Empörung gewinnt die Bewegung bundesweit weiter an Zulauf. Am Montag vor Heiligabend folgen bis zu 17.000 Menschen einem Aufruf der Pegida – die mittlerweile als eingetragener Verein agieren – zum gemeinsamen Weihnachtsliedersingen vor der Dresdner Semperoper (vgl. Netz gegen Nazis 2015a). Zu Beginn dieser Höchstphase der Bewegung entstehen in ganz Deutschland und darüber hinaus Pegida-Ableger, die wenige Dutzend oder hundert (in Westdeutschland), bis zu mehrere tausend Anhänger_innen (in einigen ostdeutschen Städten) mobilisieren können (vgl. ebenda).⁴¹ Maßgebliche Vorreiterin der Pegida-Bewegung ist und bleibt jedoch die Stadt Dresden, die in der Öffentlichkeit oft als Gradmesserin für die Mobilisierungsfähigkeit der Bewegung herangezogen wird, und in der Pegida von Mitte Dezember bis Ende Januar wöchentlich fünfstellige

⁴¹ Als Namen verwenden die einzelnen Gruppen – an 'Pegida' angelehnte – Akronyme, die sich aus einem Kürzel der jeweiligen Stadt oder Region und der Endung 'Gida' zusammensetzen; zum Beispiel *Bragida* und *Sügida* (Braunschweig bzw. Südthüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes) (vgl. ebenda).

Demonstrant_innenzahlen verbuchen kann (vgl. ebenda).⁴² Mit den parteiübergreifenden Unterstützungserklärungen zur Neujahrsrede der Kanzlerin gerät die empörte Ablehnung gegenüber Pegida Anfang Januar (allmählich) aus dem Fokus der Debatte.

3.6.1.3 Phase der Gegenproteste und der »Toleranzgesellschaft«

Entgegen der mehrfach geäußerten Prognose, Pegida würde die Winterpause über Weihnachten und Silvester nicht überdauern (vgl. Geiges et al. 2015: 133), wachsen die Demonstrationen in Sachsen und andernorts im Januar 2015 weiter an. Der mediale Blick verschiebt sich allerdings weg von den Pegidademonstrationen hin zu den Protesten *gegen* Pegida. Zudem gewinnen in der Öffentlichkeit Forderungen nach, sowie Bekundungen zu einer friedlichen, bunten und toleranten Gesellschaft an Gewicht. Ab der vierten Dezemberwoche kommt es aus zivilgesellschaftlichen, kirchlichen, gewerkschaftlichen und parteipolitischen Kreisen in zahlreichen Städten verstärkt zu Mobilisierungen gegen Pegida. Im Januar finden im Bundesgebiet wöchentlich jeweils über ein Dutzend Pegida-Aufmärsche statt, die von zahlenmäßig teilweise überlegenen Gegendemonstrationen – oft unter dem Label *NoPegida* – und vereinzelt Blockadeversuchen begleitet werden. Einzig in ostdeutschen Städten überwiegt die Teilnehmendenzahl der »Patriotischen Europäer« gegenüber der ihrer Gegner_innen zumeist (vgl. Netz gegen Nazis 2015a).

Der Wandel des diskursiven Fokus auf die Proteste gegen Pegida beginnt in den letzten Tagen vor Weihnachten, beispielsweise in Form des sz-Aufmachers vom 23.12.2014 unter dem Titel „Bundesweit Protest gegen Pegida“. Er wird mit der ersten Pegida-Demonstration im neuen Jahr wieder aufgegriffen: „Der Widerstand gegen die Pegida-Bewegung wächst“ (faz, 07.01.2015a), und verläuft sich gegen Mitte Januar 2015 wieder. Besonderes Augenmerk der Berichterstattung liegt in diesem Abschnitt auf den großen Gegenkundgebungen, die teils mit prominenter Unterstützung aus Kultur und Politik veranstaltet werden:

Vor dem Nationaltheater wollten neben Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) bekannte Musiker wie Konstantin Wecker oder die Sportfreunde Stiller auftreten. (sz, 23.12.2014)

⁴²Mit Ausnahme des 29.12.2014, an dem die Demonstration zugunsten einer Weihnachtspause ausfällt, und des 19.01.2015, an dem die Versammlung aufgrund einer Terrorwarnung abgesagt wird.

Nach der bislang vorrangig verbalen Ablehnung Pegidas ist der aktuelle Abschnitt von meist symbolischen Protestaktionen geprägt. Es sollen „Zeichen gegen Islam- und Fremdenfeindlichkeit“ (sz, 23.12.2014) gesetzt werden, die ausdrücken, dass sich „die Mehrheit“ der Bevölkerung und auch der Prominenz gegen die »Patriotischen Europäer« stellt. In dem Zeitabschnitt haben die Protestaktionen gegen Pegida den größten Zulauf (vgl. Netz gegen Nazis 2015a).

Zeitgleich mit der diskursiven Verschiebung in Richtung der Proteste gegen die »Patriotischen Europäer«, wird als Pendant zu Pegida das Bild einer friedlichen und toleranten Gesellschaft gezeichnet. Die »Toleranzgesellschaft« stellt mit der konstruierten Einigkeit (nahezu) aller Parteien und quer durch die Zivilgesellschaft eine Art »Einheitsfront« gegen die »Patriotischen Europäer« dar. Der kleine gemeinsame Nenner des Bündnisses gegen Pegida ermöglicht, dass sich darunter von der Linken bis zur CSU – und Teile der AfD – alle einreihen können (vgl. faz, 05.01.2015, 07.01.2015b). In der *Phase der Gegenproteste und der »Toleranzgesellschaft«* tritt die von Pegida ausgehende Bedrohung in den Hintergrund. Stattdessen verschiebt sich der diskursive Blick auf den »toleranten« – als Mehrheit ausgemachten – Teil der Bevölkerung, der aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hätte und für ein »friedliches« und »weltoffenes« Miteinander eintrete.⁴³

In diesem Debattenabschnitt kommt es zu einer Verlagerung des diskursiven Bildes von Pegida, das sich von der pauschalen Verurteilung zu einer differenteren Darstellung entwickelt. Die Relevanz der Bewegung, aber auch die Gefährdung durch die »Patriotischen Europäer« nehmen darin – trotz wachsender Pegida-Demonstrationen – ab. Denn diese sollten nach de Maizière „nicht überschätzt“ (faz, 07.01.2015a) werden. Mit Positionen, die der Bewegung zugestanden werden, nämlich mitunter auch die richtigen Fragen zu stellen, die die Politik unabhängig von Pegida beantworten müsse (vgl. ebenda), werden Ansätze einer Dialogbereitschaft deutlich.

Die Terroranschläge von Paris als diskursives Ereignis

Die Terroranschläge von Paris, bei denen am 07.01.2015 elf Mitarbeiter_innen des Satiremagazins Charlie Hebdo und ein Polizist, sowie am Folgetag, bei einem Attentat

⁴³ Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Konstrukt der »Toleranzgesellschaft« folgt im Kapitel 6.2.

auf einen koscheren Supermarkt im Pariser Süden, vier weitere Menschen ermordet werden, bilden auch für die Pegidadebatte in Deutschland ein prägendes diskursives Ereignis. Pegida und offensichtlich viele Anhänger_innen sehen sich durch die Anschläge in ihrem Anliegen bestätigt und demonstrieren am Montag darauf, in (vorgeblichen) Gedenken an die Opfer von Paris mit der Rekordzahl von 25.000 Teilnehmer_innen durch Dresden. In 13 weiteren Städten Deutschlands finden gleichzeitig Versammlungen der Bewegung statt.

In der faz erscheinen vom 08.01. bis 14.01.2015 drei Aufmacher und ein Leitartikel, die Bezüge zwischen den islamistischen Attentaten und der Pegida-Bewegung herstellen. Sie warnen vor einer Vereinnahmung der Anschläge durch die »Patriotischen Europäer« und ziehen zudem Parallelen zwischen Islamist_innen und Pegida.⁴⁴ Die Berichterstattung über den 07.01. schließt an der aktuellen Phase der Pegidadebatte an, indem das dominierende Narrativ der »Toleranzgesellschaft« aufgegriffen und verstärkt wird. Deren Existenz sei nunmehr von Islamist_innen wie von Pegida bedroht und verlange demnach eine verstärkte Geschlossenheit der Gesellschaft, sich einerseits nicht von den Terrorist_innen einschüchtern und andererseits Pegida nicht die Anschläge für ihre Zwecke instrumentalisieren zu lassen. So titelt die faz ein Zitat des Bundespräsidenten: „Die Terroristen wollten uns spalten – sie haben uns zusammengeführt“ (faz, 14.01.2015) und lässt später den Innenminister zu Wort kommen, der

bei einer Sitzung der Deutschen Islamkonferenz in Berlin [mahnte], es sei 'eine gesellschaftliche Aufgabe für uns alle, den Zusammenhalt in Deutschland zu bewahren'. (faz, 14.01.2015; vgl. auch faz, 08.01., 09.01. und 13.01.2015)

Auch an der anklingenden *Phase des Verstehens und Dialoges mit Pegida* setzt die Debatte um die Pariser Anschläge an. Berthold Kohler zeigt in der faz vom 08.01.2015 ein gewisses Verständnis für die »Patriotischen Europäer« und die zunehmende Angst vor »dem Islam«, indem er die rassistische Pauschalisierung des selbigen reproduziert:

⁴⁴ So wird in der faz gleich im ersten Satz des ersten Leitartikels nach dem Anschlag ein Vergleich der islamistischen Attentäter mit Pegida aufgestellt: „In Paris haben Terroristen der 'Lügenpresse' das Maul gestopft: Journalisten und Zeichner der Satirezeitschrift 'Charlie Hebdo' liegen in ihrem Blut“ (faz, 08.01.2015). Indem das Opfer des Anschlages von Paris – ironisch – mit dem von Pegida verwendeten Begriff der »Lügenpresse« besetzt wird, wird eine Parallele von Attentätern und Pegida – hinsichtlich ihres Feindbildes gezogen. Später werden vom Autor noch die beidseitig „radikalen Ansichten und Ziele[n]“ verglichen, die bei Pegida bislang mit „Parolen und Plakaten“ in Syrien dagegen mit „Maschinenpistole[n]“ vertreten würden (vgl. ebenda). Dass so häufig ein Bezug zwischen den Attentaten und Pegida bemüht wird, ist auch Ausdruck davon, welche diskursive Bedeutung der Bewegung zu dieser Zeit zugeschrieben wird.

Tatsächlich muss sich niemand wundern, dass sich immer mehr Menschen vor dem Islam fürchten. In seinem Namen und unter Berufung auf den Koran werden Angst und Schrecken verbreitet. (faz, 08.01.2015)

Den Boden für einen Dialog mit der Bewegung versucht er im Anschluss mit dem Einwand zu ebnen, die „Kritiker der Einwanderungspolitik“ dürften nicht als „Ausländerfeind[e]“ gebrandmarkt werden, um sie „und ihre[r] Ergebnisse mundtot zu machen“ (faz, 08.01.2015), dies sei schon zu oft geschehen.

4.6.1.4 Phase des Dialogs

Im Laufe des Januars verschiebt sich der Diskurs um Pegida weiter in Richtung Öffnung gegenüber der Bewegung. Mitte des Monats wird die Kritik an den »Patriotischen Europäern« zunehmend von dem Interesse abgelöst, die Bewegung verstehen und begreifen zu wollen. Zwar dominiert die ablehnende Haltung gegenüber Pegida weiterhin, die (schon seit Dezember aufkeimende) Debatte über den gesellschaftlichen Umgang mit Pegida wird aber zunehmend intensiver und ergebnisoffener diskutiert. Dieser diskursive Fokuswechsel findet vor dem Hintergrund der Höchstphase Pegidas statt: Im Januar demonstriert Pegida über mehrere Wochen in bis zu 17 deutschen Städten, und auch in weiteren europäischen Staaten (vgl. Netz gegen Nazis 2015a).

Seit Beginn des Jahres 2015 werden Stimmer hörbar, die zwar vorerst keinen Dialog mit Pegida fordern – aber zumindest verlangen, die Politik müsse Erklärungen für ihr migrationspolitisches Handeln liefern. So wird Christine Lambrecht als Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion am 02.01. in der faz zitiert, die Politik müsse „mit Argumenten gegen die Pegida-Proteste“ angehen, damit sich „diese Menschen nicht endgültig von der Politik abwenden“. Um der wachsenden Zahl „Enttäuschter“ (sz, 03.01.2015b) entgegenzuwirken, plädiert Detlef Esslinger am 03.01.2015 im sz-Leitartikel „Debatte gesucht“ dafür, diesen „Raum für ihre Zweifel“ (ebenda) zu bieten.

In der Demokratie ist es nicht damit getan, ein Problem irgendwie zu lösen. Die Menschen verlangen Erklärungen, die sie verstehen können – und Raum für ihre Zweifel. [...] die Aufnahme von Flüchtlingen kann nicht gelingen, wenn es den Menschen an Erklärungen fehlt, die sie nachempfinden könnten. (sz, 03.01.2015b)

Potential für rassistisches Gedankengut vermutet Esslinger in diesen „Zweifeln“ scheinbar nicht. Mit dieser Position bekräftigt er die von Pegida vertretene Logik, dass

sich die Regierenden von der Regierten entfernt hätten und sich nicht mehr um deren Belange kümmern würden (vgl. auch Geiges et al. 118).

Am 07.01. wird – im Corpus der Diskursanalyse – mit dem damaligen AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke erstmalig ein_e Politiker_in wiedergegeben, die_der sich positiv auf einen Dialog mit Pegida bezieht. Die sächsische Fraktion seiner Partei hatte die Bewegung für den selben Tag zu einem Gespräch eingeladen.

Der AfD-Vorsitzende Bernd Lucke sagte, das geplante Gespräch seiner Partei mit den Pegida-Organisatoren sei 'völlig in Ordnung'. Wenn man mit einer Bürgerbewegung rede, sei das 'noch lange kein Schulterschluss.' (faz, 07.01.2015a)

Ab Mitte Januar erscheinen innerhalb weniger Wochen mehrere sozialwissenschaftliche Studien über Pegida, deren Veröffentlichungen von großem medialen und politischen Interesse begleitet werden. Am 14.01. werden an der Technischen Universität Dresden die Ergebnisse einer ersten Studie über Pegida vorgestellt (Vorländer et al. 2015), bevor im Laufe des Januars noch zwei weitere Studien aus Göttingen (Geiges et al. 2015) und Chemnitz (Daphni et al. 2015) erscheinen. Die meist quantitativen Sozialforschungen verfolgen überwiegend Erkenntnisinteressen danach, wer aus welcher Motivation zu den Versammlungen von Pegida geht und bedienen das in dieser Phase dominierende, öffentliche Bedürfnis, die »Patriotischen Europäer« verstehen zu wollen. Teilweise sprechen die Autor_innen der Studien auch Handlungsempfehlungen an Politiker_innen aus. In unterschiedlichen Abstufungen raten sie diesen, die Pegida-Anhänger_innen nicht als rassistisch abzustempeln (vgl. Patzelt 2015b: 95; auch Kapitel 4), sondern stattdessen in einen Dialog zu treten (vgl. ebenda; Geiges et al. 2015: 183 ff.).

Insbesondere in puncto der Empfehlungen für den politischen Umgang mit Pegida lässt sich beobachten, wie die wissenschaftliche Ebene des Diskurses auf die mediale und politische Ebene einwirkt. Auch in Medien und Politik wird das Plädoyer für einen Dialog in der zweiten Januarhälfte lauter.

Nachdem sich Pegida bislang geweigert hatte, mit von ihnen als »Lügenpresse« bezeichneten Instanzen zu reden, bekommt Katrin Oertel als Sprecherin der Bewegung dazu am 18.01. bei Günther Jauch die Möglichkeit. Über fünf Millionen Menschen verfolgen laut Bild (20.01.2015) die Sendung „Politik trifft auf Protest – Pegida bei 'Günther Jauch'“ (Das Erste, 18.01.2015). Zu dieser sind neben Oertel auch Wolfgang Thierse (SPD), Alexander Gauland (AfD), Frank Richter (Landeszentrale für Politische

Bildung Sachsen) und Jens Spahn (CSU) eingeladen, um mit Jauch über Pegida und die tags zuvor verhängten Demonstrationsverbote in Dresden zu diskutieren.

Mit dem Auftritt bei Günther Jauch wird nicht nur die Praxis einer gemeinsamen Diskussion mit Pegida geübt. Zudem stellt sich in der Runde auch der Tenor heraus, dass eine gemeinsame Auseinandersetzung mit der Vereinigung unerlässlich sei, denn so Thierse: „Geduld und Zuhören ist das Wichtigste an der Demokratie“ (ebenda), dass sich auch mit den Forderungen von Pegida beschäftigt werden müsse⁴⁵, oder nach Richter gar Veranstaltungen unter dem Motto „Wie rette ich das Abendland?“ mit Pegida-Sympatisant_innen organisiert werden sollten. Gauland nutzt das Forum, um die Schnittmengen von Pegida und der AfD herauszustellen und für eine stärkere Zusammenarbeit zu werben (vgl. ebenda). Richter lässt dem Vorhaben des Dialogs bereits am darauf folgenden Montag Taten folgen, indem er Pegida die Räume der sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung für deren erste Pressekonferenz zur Verfügung stellt.⁴⁶

Im Zuge der Debatte um die rassistische Hetze Bachmanns und seinen darauf folgenden Rücktritt aus dem Pegida-Vorstand, schreibt die faz am 22.01.2015, dass mehrere Bundespolitiker_innen, wie Sigmar Gabriel, Gregor Gysi und Thomas de Maizière Gespräche mit Pegida-Anhänger_innen befürworten, einen Dialog mit den Organisator_innen allerdings ablehnen würden. Zu letzterem würde sich nur der sächsische Innenminister Markus Ulbig bereit erklären (vgl. faz, 22.01.2015). Bereits einen Tag darauf nimmt Gabriel an einer Diskussionsveranstaltung mit Pegida-Anhänger_innen in Dresden teil, die unter dem offen gehaltenen Titel „Warum (nicht) zu Pegida gehen?“ steht. Der SPD-Vizekanzler betont „als Privatmann“ an der Gesprächsrunde teilgenommen zu haben (vgl. Spiegel, 24.01.2015).

Während die faz zu diesem Zeitpunkt relativ klar für einen Dialog mit Pegida votiert, wird diese Frage im sz-Leitartikel vom 31.01.2015 noch kontrovers diskutiert. Aufhänger ist das von Gabriel geäußerte Verständnis gegenüber den Anhänger_innen der Bewegung. Im Artikel findet eine Abwägung zwischen Gabriels „Verständnis zeigen“ und „Merkels Befremden aus der Distanz“ (sz, 31.01.2015) statt. Ohne eine

⁴⁵ So erklärt Spahn gegenüber Oertel: „Über alle 19 Punkte, die Grundlage Ihrer [Pegidas; A.d.V.] Demonstration sind, kann man reden“ (ebenda)

⁴⁶ Für diesen Vorstoß wird Richter von unterschiedlichen Seiten gerügt (vgl. sz, 21.01.2015).

klare Positionierung vorzunehmen, tendiert der Autor Nico Fried am Ende zur Befürwortung von Gabriels Strategie des Dialoges (vgl. ebenda).

In der *Phase des Dialoges*, nimmt das Plädoyer für selbigen mit Pegida zu, ohne dass Widersprüche im Diskurs verstummen würden. Die Verlagerung in Richtung Pro-Dialog mit den »Patriotischen Europäern« werden durch verschiedene Argumentationsmuster begründet: Es gäbe berechnete Ängste und Sorgen, die ernst genommen werden müssten (vgl. sz, 24.12., 31.12.2014; faz, 07.01.2015a), die (Migrations-)Politik müsse besser erklärt werden (vgl. sz, 03.01.2015), Pegida bestehe aus vielen Nichtwähler_innen, die bei Nichtbeachtung dazu tendieren würden, die AfD zu wählen (vgl. faz, 17.12.2014; sz, 12.03.2015; vgl. auch faz, 21.01.2015). Es wird gefordert, das politische Engagement von Pegida-Demonstrant_innen müsse erhalten bleiben (vgl. faz, 02.01.2015) und zudem sei Pegida auch nicht schlimmer als die Linken (vgl. faz, 17.12.2014 und 04.02.2015).

Die Demonstrationsverbote in Dresden als diskursives Ereignis

Aufgrund von Anschlagdrohungen gegenüber einem Pegida-Organisator verhängt die Dresdner Polizei ein viel diskutiertes und umstrittenes Versammlungsverbot, das am 19.01.2015 sowohl für die Pegida- als auch die Gegendemonstrationen gilt (vgl. faz, 19.01., 20.01.2015a, sz, 19.01.2015). Neben Stimmen, die die Verbote für den konkreten Fall als richtige Entscheidung ansehen, wird der „Eingriff ins Grundrecht“ aufgrund von Anschlagdrohungen medial und quer durch alle Parteien kritisiert (vgl. faz, 20.01.2015a). Angela Merkel wird zitiert, sie habe, „unbeschadet ob [ihr] die Inhalte gefallen, ein Interesse daran, dass an jedem Ort in Deutschland demonstriert werden kann“ (ebenda) und Heiko Maas erklärt: „[eine] Terrordrohung darf niemals dazu führen, dass Meinungen unterdrückt werden“ (ebenda). Mit dem *diskursiven Ereignis der Demonstrationsverbote* keimt kurz eine Debatte um »Meinungsfreiheit« auf, die – so das einhellige Bild – durch Anschlagswarnungen nicht eingeschränkt werden dürfe. Das Versammlungsrecht wird als ein wesentlicher Grundpfeiler des „zivilisierten“ „Rechtsstaat[s]“ (beide faz, 20.01.2015b) angesehen. Eine Aushebelung desselben dürfe nicht durch die Androhung von Gewalt, sondern nur durch das staatliche Gewaltmonopol erfolgen (vgl. faz, 20.01.2015b). Somit schließt die Kurzdebatte um die Demonstrationsverbote an das im Januar 2015 aufgekommene

diskursive Konstrukt der »Toleranzgesellschaft« an. Diese zeichne sich durch ihre Zivilisiertheit und Rechtsstaatlichkeit aus, die auch die Äußerung missbilligter Ansichten, wie die von Pegida, erlauben müsse.

Der Führungsstreit bei Pegida als diskursives Ereignis

Nach einer medialen Debatte über das Auftauchen eines Fotos Lutz Bachmanns, das ihn als Hitlerimitator zeigt, und dem Bekanntwerden rassistischer Äußerungen des Pegida-Gründers auf Facebook, tritt dieser offiziell von seinen Ämtern zurück (vgl. faz, 22.01.2015). Zur Bewertung der rassistischen Hetze Bachmanns, sowie dessen Rücktritts, lässt die faz zwei AfD-Vertreter zu Wort kommen. Diese wissen dies zu nutzen, indem sie eine Verurteilung Bachmanns mit einer Legitimierung der Pegida-Anhänger_innen paaren. Bachmann könne für die „ehrlichen Sorgen“ der „15 000 anständige[n] Bürger“ (faz, 22.01.2015) nun keine Verantwortung mehr tragen.

Angesichts interner Streitereien über die politische Ausrichtung von Pegida verlässt eine Woche später auch die Sprecherin Kathrin Oertel mit vier weiteren Gründungsmitgliedern die »Patriotischen Europäer« und gründet den Verein *Direkte Demokratie für Europa*, der nach einem kurzen Auftritt von kleineren Kundgebungen in der Bedeutungslosigkeit verschwindet (vgl. faz, 29.01.2015). Infolge der Umstrukturierungen in der Führungsebene wird die Pegida-Demonstration am 02.02.2015 abgesagt. Das bis dato große mediale Interesse an den »Patriotischen Europäern« ist mit dem Abklingen dieses diskursiven Ereignisses bis auf weiteres beendet. Mit der Rückkehr Bachmanns in der zweiten Februarhälfte versucht Pegida einen Neuanfang. Es gelingt ihnen erneut, Woche für Woche einige tausend Anhänger_innen auf die Straßen der sächsischen Landeshauptstadt zu mobilisieren (vgl. Netz gegen Nazis 2015a). Der Diskurs verschiebt sich dagegen weiter von der Bewegung weg hin zu Positionen und Themen, die von ihr transportiert werden.

5.6.1.5 Phase der Übernahme von Pegida-Themen

Anfang Februar 2015 ist die Höchstphase der Mobilisierungsfähigkeit Pegidas allmählich überschritten und die Bewegung ist auf der Straße wie auch in den Medien zunehmend weniger präsent. Die Empörung und die Faszination um die »Patriotischen Europäer« ist weitestgehend abgeklungen und der politische Dialog in die Tat umgesetzt. Es beginnt die Phase, in der medial vermehrt politische Thematiken und

Forderungen aufgegriffen und übernommen werden, die von den »Patriotischen Europäern« transportiert werden. Das ergebnisoffene Reden über deren Inhalte und Positionen normalisiert sich.

»Islamisierung« und »Asylmissbrauch« sind keine neuen Thematiken, die von den »Patriotischen Europäern« ins Leben gerufen wurden. Sie sind aber konkretisierte und aktualisierte Formen von sich durch die Zeit ziehenden Diskursen, die auf rassistischem Wissen fußen, das – im Falle des antimuslimischen Ressentiments – bereits seit mehreren hundert Jahren besteht und stetige Veränderungen vollzieht. Mit Pegida erhalten diese Themen eine neue Sprechposition, die sich selbst nicht als nationalistisch oder rechtsradikal sieht, sondern als bürgerliche Mitte der Gesellschaft. Auch die mediale Repräsentation der Themen erreicht mit den Pegidademonstrationen eine Dimension, die seit der Sarrazin-debatte 2010 (vgl. Friedrich 2011) nicht erreicht wurde.

Bereits am 20.01.2015 greift die Bild im Nachklang an Jauchs Pegida-Talkshow unter der Überschrift „Bild entlarvt Frau Pegida“ das in der Sendung von Oertel geäußerte Statement auf, Pegida würde (seit langem) bestehende Tabus zu Themen, wie Asyl und Migrant_innen brechen. Bild widerlegt die »Gründungsmythen« der Pegida-Sprecherin mit dem Abdruck alter Bild-Titel, die eben jene »Tabuthemen« betreffen. So hätte das Blatt mit Aufmachern wie „Die bittere Wahrheit über Ausländer und Hartz IV. 90% der Libanesen und 26% der Türken bekommen bei uns Stütze vom Staat“ und „Warum kriegen Migranten häufiger Hartz IV als Deutsche?“ schon weitaus länger »kritische« Themen angesprochen. Weiter brüstet sich die Bild damit, schon 2010 unter dem Tenor „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ Teile aus Sarrazins Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ in sechs Teilen abgedruckt zu haben (vgl. Bild, 20.01.2015).

Dahinter steckt zum einen eine – noch immer anhaltende – Ablehnung von Pegida als Bewegung bei einem gleichzeitigen Befürworten der von Pegida vertretenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik. Zu anderen findet eine Verschiebung des Diskurses nach rechts statt, indem sich die zuvor unter Empörung widersprochenen Aussagen Pegidas normalisieren und in den etablierten Diskurs übernommen werden. Durch das Rezitieren mehrerer hochrangiger Personen aus Politik und Verwaltung, wie den Neuköllner Bürgermeister Buschkowsky und den Präsident des Bundesamtes für Migration und Flucht, werden rassistische Positionen offiziell legitimiert (vgl. ebenda).

Ab Anfang Februar werden medienübergreifend Bilder von drastisch zunehmenden Geflüchtetenzahlen aus den Balkanstaaten – zu Beginn vor Allem aus dem Kosovo – gemalt. Für die Beschreibung der Migrationsbewegungen werden – ähnlich wie in der Asyldebatte Anfang der 1990er Jahre⁴⁷ – auf rassistische Weise Begrifflichkeiten von Naturkatastrophen herangezogen – wenn auch in abgemilderter Form. So spricht Eckart Lohse in der faz vom „steigende[n] *Zustrom* von Asylbewerbern“ (faz, 02.02.2015; H.d.V.) und die Bild titelt am 08.02.2015, dass ein „*Asylbewerber-Ansturm* aus [dem] **Kosovo droh[e]**“ (H.d.V.). **Vorsichtiger geht Florian Hassel in seinem Leitartikel vom 12.02.2015 in der sz vor. Er entlarvt das Reden von „angeblichen Asylantenlawinen“ (sz, 12.02.2015; H.d.V.) als populistische Parole, legt aber im selben Artikel durch die wiederholte Nennung hoher Geflüchtetenzahlen, die aus dem Balkan kämen, selbst ein Bild einer sich verselbstständigenden, unkontrollierbaren »Masse« an Geflüchteten nahe. Hierdurch wird ein Bedrohungsszenario entworfen, dessen Inkrafttreten unweigerlich mit Migration nach Deutschland verbunden sei.**

Parallel dazu findet eine Verschränkung des Migrations-Diskursstranges mit dem Diskursstrang der Ökonomie statt. Betroffen sind hiervon die Themenstränge: Bedrohung des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch Einwanderung, Selektion der »wirtschaftlich nützlichen« Migrant_innen und die Unterscheidung in Kriegs- und »Wirtschaftsflüchtlinge«.⁴⁸

Die Einwanderung von Geflüchteten wird als Gefährdung des wirtschaftlichen Status Quos Deutschlands verstanden. Die Wirtschaftslage der Bundesrepublik wird hier als „Phantom“ herangezogen, in dessen Namen eine Begrenzung von Migration gerechtfertigt werden soll (vgl. Terkessidis 1998: 76; und Kapitel 2.1). Zwar sieht Eckert Lohse (faz) die deutsche Wirtschaft erst in der Zukunft bedroht, den tendenziell schlechten Einfluss von Einwanderung auf die ökonomische Lage sowie eine implizite Forderung nach effektiveren Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber_innen liefert er aber dennoch:

⁴⁷ Vgl. hierfür den Beitrag „Die Bild-Zeitung als Großregulator. Die Berichterstattung über Einwanderung und Flucht und die Fahndung nach der RAF im Frühjahr 1993 und ihre normalisierenden Effekte“ in: Jäger, M. / Jäger, S. 2007, S. 73 - 93.

⁴⁸ Eine ähnliche Diskursverschränkung sieht Friedrich im Zuge der Sarrazindebatte in Form des von ihm benannten „Rassismus in der Leistungsgesellschaft“ (vgl. Friedrich 2011: 25 ff.).

Der steigende Zustrom von Asylbewerbern überfordert das wirtschaftlich zurzeit bärenstarke Deutschland noch lange nicht. Doch wenn das Missverhältnis zwischen abgelehnten und abgeschobenen Asylbewerbern weiter so groß bleibt und es nicht offen angegangen wird, könnte sich das ändern. (faz, 02.02.2015)

Die Bild bedient die nationalistische Forderung, Migration und Einwanderung müsse vorrangig nach dem ökonomischen Nutzen Deutschlands ausgerichtet werden, die sich in dem Titel ihres Kommentars vom 08.02.2015(b) zuspitzt. Dort gibt sie mit einer leicht abgewandelten Parole der AfD und der NPD an, dass Deutschland „Kein Sozialamt der Welt“⁴⁹ sei. **Ins gleiche Horn bläst auch Horst Seehofer als ein Vorreiter dieser diskursiven Entwicklung. Auf der Sitzung des politischen Aschermittwochs greift der CSU-Vorsitzende mehrere Positionen Pegidas auf und spitzt diese zu. Unter der Devise „Wir sind nicht das Sozialamt für die ganze Welt“ fordert er die Abschaffung von Geldleistungen für Geflüchtete aus Balkanstaaten sowie – aufgrund des fehlenden Asylanspruches – schnellere Abschiebungen selbiger Personengruppen (vgl. Abendzeitung, 18.02.2015).**

Im sz-Leitartikel vom 12.02. rechtfertigt Florian Hassel (sz, 12.02.2015) das Attribut des Einwanderungslandes gegenüber „populistischen Parolen“ (ebenda), durch eine Argumentation des ökonomischen Nutzens von Migration (auch aus Osteuropa) für Deutschland:

Da allein in Deutschland jeden Monat mehrere Tausend Kosovo-Albaner Asylanträge stellen, sorgen sie für Unmut und populistische Parolen über angebliche Asylantenlawinen. Doch diese Vorbehalte verdecken die Tatsache, dass Deutschland allen Problemen zum Trotz enorm von Zuwanderer (sic!) aus Osteuropa und den Balkanländern profitiert. Deutschland ist Einwanderungsland, muss es angesichts einer alternden Bevölkerung auch sein – und kann sich glücklich schätzen, dass jedes Jahr Hunderttausende meist junge, arbeitswillige, oft gut ausgebildete Menschen nach Deutschland kommen. [...] Den Gewinn hat Deutschland. (sz, 12.02.2015)

Damit stellt Hassel – ebenso wie die Verfasser_innen der anderen Beispiele – eine Kosten-Nutzen-Rechnung von Migration auf, die Einwanderung und auch das Selbstverständnis Deutschlands als Einwanderungsland, ökonomischen Gesichtspunkten unterordnen und in der Konsequenz nur solange als zulässig erachtet, solange sie sich rechnet.

⁴⁹Zuvor war die AfD mit der Parole „Wir sind nicht das Weltsozialamt“ bei der Europawahl 2014 auf Stimmenfang gegangen und bei der NPD prangte bereits der Spruch „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“ auf Wahlplakaten (vgl. Uhrig 2015: 30; Krebs 2015: 14).

Zudem findet eine Differenzierung in Kriegs- und Armutsflüchtlinge statt. Erstere, vor allem aus Syrien fliehende, werden diskursiv wie juristisch überwiegend als Kriegsflüchtlinge anerkannt und erhalten Asyl, zweiteren wird das Recht, nach Deutschland zu kommen und zu bleiben, aberkannt. Auch diese Unterscheidung in »gute« und »schlechte« Geflüchtete ist keine neue, wurde aber durch Pegida (vgl. Pegida 2014) wieder verstärkt in den Diskurs eingebracht.

Doch Armut und Perspektivlosigkeit sind kein Asylgrund. Zu Recht haben die deutschen Behörden ihr Tempo bei der Bearbeitung von Asylanträgen etwa aus Kosovo gesteigert; zu Recht lehnen sie fast alle ab. Asylanträge sind kein geeignetes Mittel für Einwanderung. (sz, 12.02.2015)

Während die Ausweitung der so genannten sicheren Herkunftsstaaten auf die Balkanländer ein Jahr zuvor in Politik und Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wurde und die Grundrechtsveränderung nur mit knapper Mehrheit gegen großen Protest umgesetzt werden konnte, wird sie zum aktuellen Zeitpunkt der Pegidadebatte bereits als feststehendes, unumstößliches Gesetz anerkannt.⁵⁰ Entsprechend werden Migrant_innen aus dem Balkan pauschal als »Armut- oder Wirtschaftsflüchtlinge« verstanden – auch wenn sie nicht direkt so benannt werden. Rassistische Verfolgung von Roma und Romnija, die einen Großteil der Geflüchteten ausmachen, werden zwar gesehen, aber nicht als asylrelevant eingestuft (vgl. sz, 12.02.2015).

In der Schlussfolgerung werden schnellere und effektivere Abschiebungen sowie präventive Abschreckungen von Geflüchteten als einzige Möglichkeiten gesehen, damit umzugehen:

Wenn ständig mehr Menschen das Kosovo Richtung Deutschland verlassen, weil bei uns die Abschiebep Praxis so schleppend ist, gibt es nur ein Rezept: Die Asylverfahren beschleunigen, um die Menschen schnell wieder zurückzuschicken. (bild, 08.02.2015b)

Impliziter wird dies in dem oben aufgeführten Zitat der faz vermittelt, indem das „Missverhältnis zwischen abgelehnten und abgeschobenen Asylbewerbern“ (faz, 02.02.2015) problematisiert und damit eine schnellere Abschiebungspraxis nahelegt wird (vgl. auch sz, 12.02.2015).

⁵⁰ Vgl. hierzu auch Kapitel 3.4.

Mittelfristig wird sich im Diskurs für eine Einwanderungsmodell nach kanadischem Vorbild ausgesprochen, wie es Pegida schon im Positionspapier fordert (vgl. Pegida 2014). Dieses berechnet anhand von Kosten-Nutzen-Faktoren eine Punkteskala, anhand derer die Entscheidung über die jeweilige Erlaubnis zur Einwanderung getroffen werden soll:

Um klarzustellen, welche Erwartungen dagegengesetzt werden, müsste das deutsche Einwanderungspuzzle zu einem Bild zusammengesetzt werden, aus dem sich ergibt, wer gewollt ist, wer sich umworben fühlen darf und nicht nur akzeptiert ist, weil er alle bürokratischen Voraussetzungen erfüllt. (faz, 15.01.2015)

Die Debatte um ein kanadisches Einwanderungsmodell setzt an Diskussionen an, die bereits im Zuge der Sarrazindebatte von FDP und den Grünen forciert wurde (vgl. Friedrich 2011: 15).

6.6.1.6 Ende der Debatte

Mitte März kann von einem vorläufigen Ende des Diskurses über Pegida gesprochen werden. Die mediale Berichterstattung über die »Patriotischen Europäer« beschränkt sich zu diesem Zeitpunkt nur noch auf einzelne Artikel. Während bis Ende Januar noch regelmäßig Aufmacher und Leitartikel in sz und faz publiziert werden, gibt es nach dem 12.02.2015 einen ganzen Monat keinen Artikel im Bereich des Forschungssamples.

Erst am 12.03.2015 veröffentlicht die sz wieder ein Leitartikel mit der Titel „Das Ende von Pegida“ (sz, 12.03.2015), in dem eben jenes für die nahe Zukunft prognostiziert wird. Heribert Prantl zieht Bilanz über das fast fünf Monate andauernde Phänomen, indem er Positives, wie das Erstarken einer toleranten Zivilgesellschaft, und Negatives, wie das Fortbestehen des Ressentiments und eine an Einfluss gewinnende AfD, gegenüberstellt, um schließlich ein gesellschaftliches Bekenntnis zu Solidarität und Humanität einzufordern. Zwei Tage zuvor bescheinigt auch die Wochenzeitung Die Zeit das Ende der Debatte um Pegida – im Gegensatz zur sz aber bei einem gleichzeitigen Fortbestehen der Pegida-Bewegung – zumindest in der Hauptstadt Sachsens: „Sie sind aus den Schlagzeilen verschwunden, von den Dresdner Straßen nicht“ (Zeit, 10.03.2015).

Ab März folgen – vor allem in der Kommentarrubrik – zwar noch einige Artikel, die Bezug auf Pegida nehmen, dennoch zeichnet sich ab, dass die »Patriotischen Europäer« als *das* Leitthema zunächst vom »Ukraine-Russland-Konflikt« und später von der »Griechenland-Krise« abgelöst werden. Zwar werden vereinzelte diskursive Ereignisse

der Bewegung medial begleitet, aber bei Weitem nicht in dem Umfang, wie in der zehnwöchigen Hauptdebatte von Mitte Dezember bis Mitte Februar. Das Untersuchungsintervall der Kritischen Diskursanalyse dieser Arbeit endet daher mit dem 12.03.2015.

Entgegen vieler Erwartungen und trotz schwindender medialer Popularität führt Pegida die Demonstrationen in Dresden wöchentlich fort und schafft es bis Mitte April die Zahl der Versammlungsteilnehmer_innen wieder kurzzeitig in den fünfstelligen Bereich ansteigen zu lassen. Dieser erneute Mobilisierungshöhepunkt gelingt Pegida mit dem Gastauftritt des Vorsitzenden der rechtspopulistischen niederländischen *Partij voor de Vrijheid*, Geert Wilders, der am 13.04.2015 noch einmal 10.000 Anhänger_innen zur einer Kundgebung nach Dresden lockt. Anfang Juni erreicht die von Pegida für das Amt der Bürgermeister_in Dresdens ins Rennen geschickte ehemalige AfD-Funktionärin Tatjana Festerling im ersten Wahlgang auf Anhieb knapp 10% der Stimmen, tritt aber zum zweiten Wahlgang nicht mehr an (vgl. ddn, 09.06.2015). Nach der Wahl sinkt das öffentliche Interesse an Pegida zunehmend. Trotz dessen kommen noch bis in den August Woche für Woche 2.000 bis 3.000 Teilnehmer_innen zu den Demonstrationen in Dresden. Mit der sich verschärfenden Asyldebatte im Sommer 2015 gewinnt auch Pegida wieder an medialer Aufmerksamkeit sowie Zulauf auf der Straße. Die Teilnehmer_innenzahlen der Demonstrationen steigen im Spätsommer 2015 wieder in den oberen vierstelligen Bereich und können zum Jahrestag der ersten Pegida-Demonstration am 19.10.2015 mit 15 – 20.000 an die Höchstzeiten der Bewegung anschließen (vgl. taz, 20.10.2015).

7.6.1.7 Diskursverschiebungen

Die Pegidadebatte setzt, nach einer mehrwöchigen Phase des Schweigens, Mitte Dezember recht plötzlich mit einer Fülle von Diskursbeiträgen ein und dominiert in ihrer etwa zehnwöchigen Hauptphase den medialen bundesdeutschen Diskurs bis Mitte / Ende Februar, bevor sie von anderen Themen abgelöst wird.

In der Debatte verschränken sich Diskursstränge zu *Islam und »Islamisierung«*, *Migration und Asyl*, *»Fremdenfeindlichkeit«* und *Rassismus* sowie *Politik und Repräsentation*. Während das Thema der »Islamisierung« – als vorgeblicher Auslöser und Motto der Pegida-Demonstrationen (vgl. Anders 2015: 6) – die Debatte vor allem zu Beginn prägt, gewinnt im Laufe derselben die Themen »Asyl und Flüchtlinge« mehr

und mehr an Gewicht. Unterthemen sind hierbei die Differenzierung in Bürgerkriegs- und so genannte »Wirtschafts- oder Armutsflüchtlinge«. Fremdenfeindlichkeit und fehlende politische Repräsentation wechseln sich als Erklärungsmuster für das Phänomen Pegida (kontinuierlich) ab.

Die Frage danach, wie ein angemessener gesellschaftlicher Umgang – z.B. hinsichtlich eines Dialoges – mit den »Patriotischen Europäern« aussehen kann, ist im gesamten Untersuchungszeitraum diskursprägend. Im Verlauf der Pegidadebatte wandelt sich diese Diskussion aber grundlegend. Auffallend ist die sich durch die gesamte Debatte ziehende mediale Ablehnung gegenüber Pegida. Es gibt keine direkte positive Bezugnahme auf die Bewegung. Nach der verwunderten, empörten und verurteilenden Haltung gegenüber Pegida zu Beginn der Debatte verschiebt sich der Fokus aber: Die Gegenproteste werden forciert und schließlich als Baustein in das Bild der friedlichen und toleranten Mehrheitsgesellschaft aufgenommen. Durch die damit verbundene Bewertung Pegidas als „Parallelgesellschaft“ oder „kleine Minderheit“ entsteht eine gewisse Gelassenheit im Umgang.

Auf deren Basis werden Anfang 2015 Einwände lauter, die Politik müsse sich argumentativ gegenüber Pegida erklären, um dem Gefühl des wachsenden Abstands von „den Regierten und den Regierenden“ (Geiges et al. 2015: 118) entgegenzuwirken. Das Gespräch zwischen Pegida-Organisator_innen und Vertreter_innen der sächsischen Landtagstraktion der AfD fungiert in der Debatte als Türöffner für den praktizierten Dialog. Nach der Veröffentlichung mehrerer sozialwissenschaftlicher Studien, die sich für eine politische Auseinandersetzung mit der Pegida-Bewegung aussprechen und dem ersten medialen Auftreten einer Pegida-Repräsentantin – bei Günther Jauch – ist die Schwelle für einen Dialog endgültig überschritten. Zwar gibt es nach wie vor kontroverse Diskussionen darüber aber die öffentlichen Plädoyers für einen Austausch mit Pegida-Anhänger_innen finden immer prominentere Verfechter_innen. So sprechen sich Gysi, Gabriel, de Maizière und Ulbig am 22.01.2015 in der faz für Gespräche aus – letzterer auch mit dem Organisationskreis der Bewegung. In den darauffolgenden Tagen finden erste Dialoge statt (vgl. Spiegel, 24.01.2015).

Mit der Hinwendung zum Dialog mit Pegida steigt nicht nur deren Akzeptanz als ernstzunehmender Gesprächspartner, sondern auch die Sagbarkeit ihrer Positionen und Forderungen. Anfang Februar erhalten schließlich Standpunkte, die von Pegida

transportiert wurden, Einzug in den Diskurs und werden dort offener diskutiert (vgl. Kapitel 6.1.5).

Im Frühjahr 2015 werden die steigenden Zahlen von Asylanträgen metaphorisch als Katastrophen diskutiert, die demnach Folge der Einwanderung Geflüchteter nach Deutschland wäre. In diesem Zusammenhang findet eine diskursive Verschränkung der Diskursstränge *Asyl* und *Ökonomie* statt, indem eine durch Migration ausgelöste Bedrohung der ökonomischen Stabilität der Bundesrepublik befürchtet wird. Darauf folgen Diskursbeiträge, die Kosten-Nutzen-Rechnungen aufstellen, Asylsuchende nach diesen Kriterien unterteilen und sich generell für ein nach ökonomischen Gesichtspunkten ausgerichtetes Einwanderungsmodell einsetzen.

Die nachlassende und im März – im untersuchten Material – versiegende Berichterstattung über die weiterhin stattfindenden Pegidademonstrationen ist zudem Ausdruck einer Normalisierung des Pegida-Phänomens. Es ist »normal« geworden, dass Woche für Woche tausende Menschen unter rassistischen Parolen auf die Straße gehen – und dabei zunehmend gewalttätig werden.⁵¹ Eine öffentliche Empörung bleibt weitestgehend aus.

2.6.2 Das diskursive Konstrukt der »Toleranzgesellschaft«

Im Zuge der wachsenden Gegenproteste kommt diskursiv das Bild einer gespaltenen Gesellschaft auf, bildet von Ende Dezember bis Mitte/Ende Januar das dominierende Narrativ der Pegidadebatte und bleibt auch über deren Ende hinaus bestehen. Demnach ist in Bezug auf Einwanderungs- und Integrationsfragen der mehrheitliche Teil der Gesellschaft »tolerant« und »weltoffen« und steht dem »ausgrenzenden« und mit Pegida sympathisierenden – minoritären – Teil in Werten und Normen (diametral) entgegen.⁵²

Es stehen sich zwei Zivilgesellschaften gegenüber: Die eine wirbt für ein Miteinander der Altbürger und der Neubürger, die andere kämpft für die Exklusion der Muslime. (sz. 17.01.2015; vgl. auch sz, 12.03.2015)

Exemplarisch für den aufgemachten Gegensatz zwischen dem »toleranten« und dem »ausgrenzenden« Teil der (Zivil-)Gesellschaft steht der von Heribert Prantl in der sz

⁵¹ So kommt es am 02.03.2015 es aus der Pegida-Demonstration heraus vor der Dresdner Semperoper zu einem Angriff auf ein Protest-Camp von Geflüchteten. Selbiges wird am Folgetag polizeilich geräumt (vgl. zeit-online, 03.03.2015).

⁵² Das diskursive Konstrukt wird hauptsächlich in der sz verwendet, während in der faz lediglich betont wird, dass Pegida nur eine gesellschaftliche Minderheit repräsentiere (vgl. faz, 05.01., 07.01.2015a).

publizierte Leitartikel vom 17.01.2015. Dort macht der Autor die „dritte deutsche Einheit“ als aktuelle Aufgabe der Einwanderungs- und Migrationsdebatte auf. Nachdem die ersten beiden Einheiten – die Aufnahme der Vertriebenen nach dem zweiten Weltkrieg und die Vereinigung von BRD und DDR bereits abgeschlossen wären beziehungsweise sich im Abschluss befänden, gälte es nun, die dritte Einheit „von Alt- und Neubürgern, von eingewanderten und alteingesessenen Bürgern“ (sz, 17.01.2015) voranzutreiben. In dieser Frage – so Prantl – stünden sich aber „zwei völlig verschiedene Zivilgesellschaften“ gegenüber – eine „zivile“ und eine „unzivile“ (ebenda).

Diese unterscheiden sich dem Verfasser zufolge anhand folgender Stichpunkte: Die „zivile“ Zivilgesellschaft sei „aufgeklärt, linksliberal“, besäße „wunderbar kluge Gedanken“ und repräsentiere die „Rationalität“ der Gesellschaft, während die „unzivile“ reaktionär ausgerichtet sei, von „bestürzend hässliche[n] Tiraden“ sowie von „Hass und Hetze“ geprägt sei und den „Irrsinn“ der Gesellschaft darstelle (vgl. ebenda).

Im folgenden Abschnitt wird erörtert, wie Pegida in der Debatte als Parallelgesellschaft und der Rest als friedliche Toleranzgesellschaft konstruiert wird und wie sich diese Konstruktionen auf die Sagbarkeiten innerhalb der Debatte auswirken.

1.6.2.1 Pegida als »Parallelgesellschaft«

Diskursiv wird Pegida aus der Gesellschaft ausgegliedert und stattdessen als Pendant zur Zivilgesellschaft verortet. In seinem Fazitartikel über „Das Ende von Pegida“ verwendet Heribert Prantl zur Beschreibung der Bewegung insgesamt fünf mal den Begriff der „Parallelgesellschaft“ (vgl. sz, 12.03.2015). Diese Bezeichnung wird diskursiv meist als Gegenbegriff zu „Integration“ verwandt, um Migrationsanderen vorzuwerfen eigenständige und denen der Mehrheitsgesellschaft konträre Strukturen und Werte herauszubilden oder herausgebildet zu haben (vgl. Köster 2008). Prantl greift den Begriff in seinem Leitartikel auf und wendet ihn gegen diejenigen, die ihn ansonsten rassifizierend gebrauchen. Mit dieser Umkehr bleibt von Pegida das Bild einer jenseits der gesellschaftlichen Regeln und Normen agierenden Bewegung, deren Ansichten denen der Mehrheitsgesellschaft weitestgehend entgegenstehen. Somit wird Pegida außerhalb der (Zivil-)Gesellschaft verortet und die dahinter stehenden Probleme nicht in den Verantwortungsbereich der Gesellschaft gelegt. Zudem wird durch diese

polare Differenzierung eine Abgrenzung von Pegida und rassistischen Denkweisen insgesamt vereinfacht.

In einem zweiten Schritt, wird das personelle zahlenmäßige Verhältnis von Pegida und Gesellschaft in dem Sinne festgemacht, dass Pegida „nicht die Mehrheit“ (faz, 07.01.2015a), sondern vielmehr eine (kleine) Minderheit der Bevölkerung darstellen würde (vgl. auch sz, 24.12.2014):

Doch ist es wirklich 'das Volk', das da Gift und Galle speit? Die große Mehrheit hat offensichtlich immer noch Besseres zu tun, als tagsüber auf Pegida-Demonstrationen zu gehen und nachts Hasstiraden in den Computer zu hacken. (faz, 05.01.2015)

Mit der Darstellung, die Pegida-Fraktion sei nur eine Minderheit, schwingt eine gewisse Entwarnung mit, dass das Phänomen rassistischer Mobilisierungen so schlimm nicht sei. Dass als Maßstab für den Grad des Rassismusproblems Mehrheitsverhältnisse in der Bevölkerung herangezogen werden – wo auch kleine Gruppen die Migrationsgesellschaft nachhaltig terrorisieren können – wirkt bei einer der größten rassistischen Mobilisierungen der Nachkriegszeit nach einem Versuch, diese herunterzuspielen. Zudem verstellt diese Perspektive einen Blick auf die weite Verbreitung rassistischer Einstellungsmuster in der deutschen Gesellschaft.⁵³

2.6.2.2 Die »friedliche«, »tolerante« Mehrheitsgesellschaft

Das von Heiko Maas bereits im Zuge der aufkommenden *Phase der Gegenproteste* geforderte „breite[s] Gegenbündnis der gesamten Zivilgesellschaft und aller politischen Parteien“ (sz, 15.12.2014), scheint spätestens mit der Neujahrsrede Merkels Wirklichkeit zu werden. In Abgrenzung zu Pegida wird das Bild einer friedlichen, toleranten Zivilgesellschaft bemüht, die die Mehrheit der Bevölkerung darstelle und den »Patriotischen Europäern« konsensual gegenüberstehe (vgl. auch sz, 23.12.2014, faz, 07.01., sz, 17.01.2015). Diese ausgemachte »Toleranzgesellschaft« besteht aus einem breiten, gesellschaftlichen Bündnis, quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche und zieht sich durch alle im Bundestag vertretenen Parteien. So titelt die faz am 02.01.2015 „SPD, Grüne und Linkspartei loben Merkel für Kritik an Pegida“ und bilanziert drei Tage darauf: „Die Koalitionen der Kanzlerin [gegen Pegida: A.d.V.] werden immer größer“ (faz, 05.01.2015). Der Bild gelingt es, 80 Prominente aus Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur zu Statements gegen die »Patriotischen Europäer« zu bewegen:

⁵³Die Verlagerung des Rassismus auf gesellschaftliche Teilbereiche oder Teilgruppen der Bevölkerung wird in Kapitel 6.3 noch einmal aufgegriffen.

Zeit, ein Zeichen zu setzen! In BILD sagen 80 Politiker, Manager, Künstler und Top-Sportler NEIN zu Pegida. Sie zeigen Flagge für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland. (bild, 07.01.2015)⁵⁴

Die Konstruktion des spektrenübergreifenden Bündnisses ermöglicht es weiten Teilen der Bevölkerung, sich diesem zuzuordnen.⁵⁵ Der gemeinsame Nenner „Nein zu Pegida“ ist so klein, dass von Bodo Ramelow bis Wolfgang Schäuble alle darunter Platz finden. Die Zugehörigkeit zum »Anti-Pegida-Bündnis« kann als eine Wappnung gegenüber eventueller Kritik gesehen werden, selbst rassistisch zu sein. Mit Hilfe eines dichotomen Denkens nach dem Motto „Pegida ist schlecht und wir sind gut. Weil wir sie als schlecht bezeichnen, können wir gar nicht schlecht sein“, lagert sich die »Toleranzgesellschaft« kollektiv aus rassistischen Denkweisen aus und schiebt diese Pegida zu. In einer Diskursphase, in der Pegida wöchentlich zu Tausenden auf die Straßen geht und somit als Zielscheibe von Kritik omnipräsent ist, geraten andere Akteur_innen aus dem Fokus. So gibt es zu diesem Zeitpunkt kaum Kritik an Diskurspositionen, die eine weitere Asylrechtsverschärfung propagieren (vgl. Kapitel 3.4).

Über die Bildung eines (vermeintlichen) Konsens – in der Ablehnung Pegidas – droht zudem eine kontroverse Auseinandersetzung über Migrationspolitik und gesellschaftlichen Rassismus verloren zu gehen. Gegenhegemoniale, rassistuskritische Stimmen werden zugunsten des »gemeinsamen Zeichens« überhört und die hegemoniale Diskursposition unhinterfragt gestärkt.

Die Generierung des breiten, gesellschaftlichen Bündnisses gegen Pegida fügt sich in das medial gezeichnete Bild eines generell weltoffenen und toleranten Deutschlands, das ab dem Frühjahr 2015 (wiederum) auch auf Grundlage der weitreichenden Ablehnung der »Patriotischen Europäer« gezeichnet wird.

[D]ie Migranten-Generation kehrt ein in die bürgerliche Gesellschaft; die Jahre der Gastarbeiterei versinken im Imperfekt. Eine bunte, aufgeklärte, weltoffene deutsche Zivilgesellschaft ist entstanden. (sz, 17.01.2015)

⁵⁴Zusammenfassend lässt sich als Tenor dieses Artikels herausstellen, dass „Weltoffenheit“ und „Toleranz“ wesentliche Charakteristika der deutschen Bevölkerung wären, die nun von Pegida bedroht würden und die es zu verteidigen gälte, um den „Nutzen“ daraus für Deutschland zu erhalten (vgl. bild 07.01.2015).

⁵⁵Insbesondere der Leser_innenschaft der sz und der faz, die mehrheitlich im mittelständischen Bildungsbürgertum zu verorten ist, liegt eine Identifizierung mit einer »aufgeklärten« und »weltoffenen« Zivilgesellschaft nahe.

Die Rede vom toleranten Deutschland als Beschreibung des Status Quo missachtet die seit Jahren veröffentlichten Zahlen zur Verankerung von Rassismen in der Gesellschaft (z.B. die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit) und die – in Kapitel 3 aufgezeigte – Zunahme rassistischer Mobilisierungen und Brandanschläge seit dem Herbst 2014.

3.6.2.3 Lernprozesse

Zum konstruierten Bild der aufgeklärten Zivilgesellschaft passt auch das Eingestehen eigenen Fehlverhaltens in der Vergangenheit. In der Pegidadebatte wird dieses zumeist im (Nicht-)Verhalten im Zuge der rassistischen Pogrome Anfang der 1990er gesehen. Das Schüren von Angst vor vermeintlicher »Überfremdung« im Wahlkampf und die Hetze in der medialen Berichterstattung werden im Nachhinein als »Fehler« anerkannt. Politik, Medien und Zivilgesellschaft hätten daraufhin „Lernprozesse“ (sz, 17.01., 12.03.2015) durchlebt. So erklärt Prantl, „die Bundesrepublik“ hätte

bitter gelernt in Rostock, Mölln und Solingen, als Wohnhäuser brannten und als Ausländer, wie in Hoyerswerda 1991, unter dem Gejohle der feixenden Menge aus der Stadt geführt wurden. (sz, 17.01.2015)⁵⁶

Die Aussage „wir haben dazugelernt“ taucht in Prantls Leitartikel vom 17.01.2015 an drei Stellen auf (vgl. sz, 17.01.2015). Dies sei „nicht Ausdruck von Mainstream-Korrektheit, sondern Ergebnis eines Lernprozesses, den auch die sogenannte vierte Gewalt gemacht“ (ebenda) hätte. Das artikulierte nachträgliche Eingeständnis, »Fehler« gemacht zu haben und aus diesen eine reflektierte Grundhaltung erlernt zu haben, lässt das Bild der derzeitigen (Situiertheit der) Zivilgesellschaft noch aufgeklärter und selbstkritischer erscheinen. Zudem entsteht der Eindruck, durch die vollzogenen Lernprozesse wären die damaligen Probleme des grassierenden Rassismus überwunden und die Gesellschaft vor ernsthaften Bedrohungen gefeit.

Der genannte Artikel fährt mit folgendem Zitat fort:

Mit Lichterketten musste die Menschenwürde verteidigt werden; das war fast so, als müsse die Mathematik das Einmaleins verteidigen (sz, 17.01.2015)

Der hier angestellte Vergleich beinhaltet die Aussage, die „Menschenwürde“ sei genauso grundlegender (und unerlässlicher) Bestandteil der Gesellschaft, wie es das Einmaleins für die Mathematik sei. Der Terminus der „Menschenwürde“ stellt zudem

⁵⁶Dieser Satz lässt offen, für wen diese Lernprozesse 'bitter' waren, für die Bundesrepublik, oder für die Bewohner_innen der Unterkünfte, die verjagt oder ermordet wurden. Tatsächlich legt die Aussage nahe, dass die Bundesrepublik die eigentlich leidtragenden der Pogrome der 1990er gewesen sei.

einen unkonkreten Allgemeinplatz dar, der offen lässt, ob menschenwürdiges Leben bereits dann erreicht sei, wenn es keine Brandanschläge mehr auf Unterkünfte gibt oder ob dazu auch eine Anerkennung des Asylantrages gehöre. Die großen Lichterkettenaktionen, die in Anschluss an die Pogrome als Zeichen der Toleranz und Weltoffenheit inszeniert wurden, als *das* Mittel der Verteidigung der Menschenwürde darzustellen, blendet zum einen die Kritik aus, die Lichterketten hätten vor allem das Ziel verfolgt, das Ansehen Deutschlands in der Weltöffentlichkeit wieder herzustellen (vgl. Publikative 2012) und übergeht zum anderen all diejenigen, die sich dem rassistischen Mob direkt in den Weg gestellt haben.

4.6.2.4 Zusammenfassung

Pegida wird als Negativfolie zur Konstruktion einer friedlichen »Toleranzgesellschaft« herangezogen. Damit wird nicht die Entstehung und Aufrechterhaltung der rassistischen Demonstrationen als Resultat oder Symptom einer negativen gesellschaftlichen Dynamik verstanden, sondern im Gegenteil, eine positive Entwicklung der deutschen Gesellschaft festgestellt und mit der vermeintlich konsensualen Ablehnung der »Patriotischen Europäer« begründet. Diese habe aus den Pogromen der frühen 1990er gelernt und sei (aufgrund dieser Lernprozesse) nicht mehr gefährdet, in rassistische Stimmung umzuschlagen. Diese Aussage wird unbeachtet der zu diesem Zeitpunkt schon erheblich angestiegenen rassistischen Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte vertreten. So bilanziert Prantl über die Mitte März vermeintlich dem Ende entgegen spazierenden Pegida:

Es zeigte sich, dass es ein Bewusstsein gibt für die Werte einer offenen Gesellschaft – und die Bereitschaft, diese zu verteidigen. Das ist die gute Erkenntnis der vergangenen Monate; das ist anders als vor zwanzig Jahren (sz. 12.03.2015)

Das Verlagern Pegidas außerhalb der Gesellschaft, die Darstellung, Pegida beziehungsweise deren Ansichten seien ein Minderheitenphänomen, das Überspielen von Differenzen bei der Konstituierung eines Anti-Pegida-Bündnisses, die Ausblendung der rassistischen Strukturierung der Gesellschaft bei der Konstruktion einer aufgeklärten Toleranzgesellschaft sowie die – sich durch Aufzeigen der durchgemachten Lernprozesse vollziehende – Immunisierung gegenüber Kritik stellen Versuche seitens der Mehrheitsgesellschaft dar, rassistische Elemente im Diskurs um Pegida zu verschleiern oder zu negieren. Es kann also von Formen sekundärer Rassismen gesprochen werden (siehe hierzu Kapitel 6.3.7).

3.6.3 (Re-)Produktionen von Rassismen in der Pegidadebatte

Die dargestellten Ergebnisse der Kritischen Diskursanalyse werden im folgenden Kapitel an die zu Beginn der Arbeit aufgeführte Theorie rückgebunden. Konkret geht es um die Frage, inwieweit sich Elemente aus der rassismustheoretischen Grundlagen in den in Kapitel 6.1 herausgearbeiteten Erkenntnissen über den Diskurs wiederfinden lassen.

1.6.3.1 Eine *weiß*-deutsch-männliche Debatte

Die Pegidadebatte wird klar von *weiß*-deutsch-männlichen Perspektiven dominiert. Im Diskurs vertretene Positionen stammen fast ausschließlich von *weißen* Deutschen, sowohl in den Redaktionen als auch die in den Medien Repräsentierten aus Politik, Wirtschaft und Kultur. Weder *Muslima_e* noch Asylsuchende kommen – obwohl sie zum Hauptthema der Debatte gemacht werden – zu Wort. Damit zeigt sich nicht nur eine enorme Unterrepräsentation von Migrant_innen, *Muslima_en*, nicht-*weißen* Deutschen und Frauen im Diskurs, sondern auch eine sehr einseitige, mehrheitsgesellschaftliche Perspektive auf die Debatte.

Die insgesamt 24 Autor_innen, deren Artikel im Materialcorpus der vorliegenden Diskursanalyse vertreten sind, tragen bis auf wenige Ausnahmen deutsche Namen und sind bis auf eine Ausnahme männlich. Die aufgeführten und zitierten Personen oder Verbände aus der Öffentlichkeit sind oder repräsentieren ebenfalls zum überwiegenden Teil Menschen, die von Rassismus nicht im negativen Sinne persönlich betroffen sind.⁵⁷ In einem Diskurs, indem Rassismus ein wesentliches Diskurselement darstellt, kommen demnach fast ausnahmslos Stimmen aus rassistisch dominanten Positionen zu Wort und dominierte Perspektiven werden strukturell aus der Debatte ausgegrenzt.

Auch die Zielgruppe der Debatte ist die *weiße* deutsche Mehrheitsgesellschaft. Dies wird unter anderem durch die Konstruktionen der »Wir«-Gruppe deutlich, die sich durch den gesamten Diskurs zieht. Asylsuchende und *Muslima_e* werden regelmäßig aus diesem »Wir« außen vorgelassen, indem sie als Gegenpart oder gesondert zur »Wir-Gruppe« aufgeführt und somit symbolisch außerhalb der Gesellschaft verortet werden:

⁵⁷ Die einzigen Ausnahmen stellen hier der Vorsitzende der Grünen Cem Özdemir (vgl. *sz*, 23.12.2014 und *faz*, 13.01.2015) und Aiman Mazyek, als Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland (vgl. *faz*, 13.01. und 14.01.2015) dar. Letzterer kommt allerdings lediglich im Kontext einer Kundgebung gegen islamistischen Terror zu Wort, nicht als Repräsentant, einer in der Pegidadebatte rassifizierten Bevölkerungsgruppe.

[...] 'indem wir uns engagieren, wenn unsere Mitmenschen Hilfe brauchen, indem wir Bedrohten Frieden und Verfolgten Schutz bieten.' (sz, 24.12.2014)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) warnte vor Pauschalisierungen: 'Wir haben mit der überübergroßen Mehrheit der Muslime ein sehr gutes Verhältnis [...].' (faz, 09.01.2015)

Auch die vielfach in der Debatte wiederkehrenden »Ängste und Sorgen« der Bevölkerung repräsentieren lediglich (Teile) der *weiß*-deutschen Mehrheitsgesellschaft. Die beiden Begriffe sind so beständige Themen des Diskurses, dass der_m Leser_in ohne weitere Erklärung klar ist, dass mit den »Ängsten und Sorgen« diejenigen der Mehrheitsangehörigen vor »Islamisierung« oder »Überfremdung« gemeint sind. Ängste von Geflüchteten, Migrationsanderen und/oder Muslima_en, Opfer der steigenden rassistischen Gewalttaten zu werden oder aufgrund des eingeschränkten Asylrechts abgeschoben zu werden, sind im untersuchten Materialcorpus nicht zu finden.

2.6.3.2 Keine offene Hetze

Anders als in der Kritischen Diskursanalyse von Jäger, M. / Jäger, S. über die »Asyldebatte« der frühen 1990er (2007: 73 ff.) lässt sich aus den Ergebnissen der vorliegenden Kritischen Diskursanalyse keine offene Hetze gegenüber Asylsuchenden oder Migrant_innen feststellen. Offen rassistische Bezeichnungen wie »Asylanten«, »Schmarotzer« oder auch »Wirtschaftsflüchtling« werden in der Pegidadebatte ebenso gemieden wie Kollektivsymboliken à la »das Boot ist voll«. ⁵⁸

Neben der Meidung der Verwendung direkter rassistischer Muster, findet im untersuchten Diskurs vielerorts eine Verurteilung solcher Denkmuster statt, wie sie in Kapitel 6.1.2 zur Phase der Empörung mehrfach dokumentiert sind. Mecheril und Melter postulieren allerdings, dass gegenwärtige Rassismen hinter der vorgeblichen Zurückweisung in subtileren Formen zur Geltung käme (vgl. Melter / Mecheril 2010: 164). So werden auch in der Pegidadebatte Ideen, die an rassistische Unterscheidungspraxen anschließen, unterschwelliger und verschleierter transportiert, beziehungsweise codiert wiedergegeben oder durch Dethematisierung sekundär reproduziert.

⁵⁸ Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die damalige Untersuchung ihren Corpus aus Berichten der Boulevardzeitung Bild zusammenstellte – im Gegensatz zur den hier untersuchten Qualitätsprintmedien, faz und sz (vgl. ebenda).

So taucht die Bezeichnung des »Wirtschaftsflüchtlings« im Corpus der Diskursanalyse nicht auf, wird aber an mehreren Stellen impliziert – ebenso wie die Differenzierung in vermeintlich »berechtigte« und »unberechtigte« Asylbewerber_innen.

Kosovo und andere Balkanländer sind zum Glück keine Kriegsschauplätze mehr. Sie werden heute demokratisch regiert – wobei demokratisch längst nicht immer gut bedeutet. Manche ethnischen Minderheit wie die Roma werden stark diskriminiert. Eine lebensbedrohende Verfolgung aber findet weder in Kosovo noch anderswo auf dem Balkan statt. Stattdessen bringen Armut und Arbeitslosigkeit, umfassender politischer und wirtschaftlicher Stillstand und Korruption die Menschen dazu, sich auf den Weg in die wohlhabenden und nahen Nachbarländer Deutschland, Österreich, die Schweiz oder Frankreich zu machen. (sz, 12.02.2015)

Mit dieser Aussage wird Migrant_innen aus Balkanländern pauschal das Recht auf Asyl abgesprochen, da die Asylgründe für sie nicht erfüllt seien.

In den folgenden Kapiteln werden zudem Dethematisierungen und Verschleierungen von Rassismen in der Pegidadebatte aufgegriffen und als Teil eines Rassismus-Dispositivs analysiert.

3.6.3.3 Nicht- und Dethematisierung von Rassismen

Der Begriff des Rassismus, bezogen auf ein gesellschaftliches, zeitgenössisches Phänomen in Deutschland, ist nach wie vor nicht im »Mainstream« angekommen. Während eine überwiegend abwehrende Einstellung gegenüber den Pegidademonstrationen die Ausrichtung der Debatte bestimmt und (zumindest in der Phase der Empörung) eine vehemente Verurteilung dieser Mobilisierungen dominiert, wird Pegida nicht als ein – aus gesellschaftlichen Strukturen erwachsener – Ausdruck rassistischer Denk- und Handlungsweisen verstanden. Zwar wird zu Beginn des Diskurses vereinzelt davon gesprochen, die von der Bewegung transportierten Vorurteile stammten aus der „gesellschaftlichen Mitte“ (sz, 16.12.2014) und richteten sich gegen Asylbewerber_innen und/oder Muslima_e (vgl. ebenda). Eine Einbettung von Pegida in die rassistische Kontinuität von Rostock-Lichtenhagen, NSU und den seit Jahren steigenden Anschlägen auf Menschen und Unterkünfte wird überdies nicht vorgenommen.⁵⁹

Die Meidung des Rassismusbegriffs in der Pegidadebatte wird daran deutlich, dass dieser in dem – 36 Artikel fassenden – Corpus lediglich in drei Diskursfragmenten

⁵⁹Eine Ausnahme stellt der Bezug zu den seit 2013 regelmäßig stattfindenden rassistischen Demonstrationen gegen eine Geflüchtetenunterkunft in Berlin-Marzahn dar (vgl. sz, 16.12.2014).

auftaucht. An keiner der Stellen wird »Rassismus« direkt als Analyseeinheit für Pegida verwendet. In seinem Leitartikel vom 17.12.2014 – zu einem Zeitpunkt der Phase der Empörung – wirft Jasper von Altenbockum der „Führung“ der Politiker⁶⁰ vor, deren einzige Reaktion auf Pegida wäre, diese (bzw. die Organisator_innen) „als Rassisten zu bezeichnen und womöglich für Gewaltorgien verantwortlich zu machen“ (faz, 17.12.2014). Somit findet eine Schuldumkehr statt, indem nicht rassistische Denk- und Handlungsweisen problematisiert werden, sondern die vermeintliche⁶⁰ Benennung der Akteur_innen jener Denk- und Handlungsweisen als „Rassisten“. In dem sz-Aufmacher „Bundesweit Protest gegen Pegida“ in der Phase der Gegenproteste wird der Tenor einer Münchner Kundgebung zitiert, die sich „gegen Pegida, Rassismus und Hetze“ (sz, 23.12.2014) wendet und durchaus als positives Gegenstück zu Pegida erachtet wird. Im letzten Artikel des Corpus wird über das dem Artikel zufolge abzusehende Ende von Pegida – mit Blick auf die »Asyldebatte« Anfang der 1990er – festgestellt, dass eine „Neuaufgabe einer rassistisch aufgeladenen Politik (diesmal gegen 'Islamisierung') [...] eine Dummheit sondergleichen [wäre]“ (sz, 12.03.2015). Die hier aufgemachte Verknüpfung zu den Pogromen der 1990er Jahre wird gleich darauf wieder abgetrennt, indem impliziert wird, die momentane politische Lage sei (noch) nicht rassistisch aufgeladen. Auch an dieser Stelle werden weite Teile des gesellschaftlichen Status Quo, die in Kapitel 3 als diskursiver Kontext aufgeführt wurden, ausgeblendet.

4.6.3.4 Rassismus als natürliche Abwehrreaktion: Konzepte der Fremden- und Ausländerfeindlichkeit

Statt des Begriffs des Rassismus werden in der Debatte Konzepte der »Ausländer-« bzw. »Fremdenfeindlichkeit«, sowie jene aus der Vorurteilsforschung herangezogen, um Diskriminierung und Ausgrenzung von Migrationsanderen zu beschreiben. Die »Feindlichkeit« gegenüber vermeintlich »Fremden« oder »Ausländer_innen« ist dabei eines der vorherrschenden Erklärungsmuster für Pegida. So ist sie von Beginn bis Ende der Debatte die dominierende Bezeichnungspraxis für die Bewegung selbst:

In seiner Dresdner Version zeigt Pegida nämlich, dass Islamhass und Ausländerfeindlichkeit eben keineswegs nur von den extremistischen Rändern kommen müssen. (sz, 16.12.2014)

Pegida hat nicht nur gezeigt, dass es eine fremdenfeindliche Parallelgesellschaft gibt. (sz., 12.03.2015)

⁶⁰Im Corpus der vorliegenden Kritischen Diskursanalyse findet sich kein einziges Statement von Politiker_innen, in dem Pegida als rassistisch bezeichnet wird.

Zum anderen wird die »Fremdenfeindlichkeit« in der Charakterisierung des Protestes gegen Pegida als negativer Bezugspunkt gesetzt, für den in Deutschland kein Platz sei und gegen die Flagge gezeigt werden müsse (vgl. auch faz, 02.01.2015):

Es gebe in Deutschland keinen Platz für Hetze gegen Gläubige, für Islamophobie oder Fremdenfeindlichkeit, sagte eine Regierungssprecherin. (sz, 13.12.2014)

In einigen deutschen Städten wollten am Montagabend mehrere Tausend Menschen auf die Straßen gehen, um ein Zeichen gegen Islam- und Fremdenfeindlichkeit zu setzen. (sz, 23.12.2014)

Die Konzepte der Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit versuchen die Personengruppen zu benennen, die als »Objekte« von »Feindlichkeit« bzw. Diskriminierung ausgemacht werden. Weder der Pass noch eine vermeintliche Fremdheit sind allerdings notwendiges oder gar hinreichendes Kriterium dafür, wer von Rassifizierung betroffen ist.⁶¹ Mit der Begrifflichkeit »Fremdenfeindlichkeit« wird zudem der Idee einer binären Zugehörigkeitsordnung Rechnung getragen, die die Bevölkerung in zugehörige »Einheimische« und nicht-zugehörige »Fremde« unterscheidet und damit an rassistischen Unterscheidungsmustern andockt.

Eine weitere Problematik bei der Verwendung des Terminus der »Feindlichkeit« wird darin gesehen, dass sie meist als „angeborene Abwehrhaltung gegenüber Zuwanderern“ (Butterwege 2006: 17) oder »Fremden« verstanden wird. »Fremdenfeindlichkeit« bzw. Rassismus wird als »natürliche« und somit alternativlose Verhaltensweise der »einheimischen« Mehrheitsgesellschaft dargestellt und dadurch indirekt gerechtfertigt (vgl. ebenda und Mecheril / Melter 2010: 165).

Während die Begrifflichkeiten der »Ausländer-« und »Fremdenfeindlichkeit« im deutschsprachigen Diskurs bislang vorrangig zur Bezeichnung der extremen Rechten verwendet wurden, finden sie (spätestens) im Zuge der Pegidadebatte auch Anwendung bei der Charakterisierung von Teilen der so genannten »Mitte« der Gesellschaft. Diese Verschiebung von Sagbarkeiten geht allerdings nicht damit einher, Pegida als eine Ausprägung der vielfältigen Gewalt des Rassismus „in einem gesellschaftlichen, historischen und machtanalytischen Zusammenhang“ (Mecheril / Melter 2010: 165) zu

⁶¹Das Kriterium des Passes bzw. der Nationalität ist nicht zutreffend, da zum einen nicht alle »Ausländer_innen«, wie z.B. *weiße* Engländer_innen, US-Amerikaner_innen oder Österreicher_innen, negativ von Rassismus betroffen sind. Zum anderen erfahren auch viele »Inländer_innen« rassistische Diskriminierung, wenn sie als nicht typisch »deutsch« wahrgenommen werden, z.B. Schwarze Deutsche. (vgl. Mecheril / Melter 2010: 165; Kalpaka / Rätzl 1990: 12).

sehen. Stattdessen bleibt Rassismus das Problem einer Randgruppe. Diese besteht nicht mehr nur aus der extremen Rechten, sondern wird in der aktuellen Debatte um Teile der »gesellschaftlichen Mitte« erweitert. Pegida wird als „Parallelgesellschaft“ (sz, 12.03.2015) außerhalb der hegemonialen gesellschaftlichen Normen verortet.

5.6.3.5 Alles Vorurteile? Rassismus als individueller Irrtum

Ein weiterer Erklärungsansatz, der in der Pegidadebatte zur Klassifizierung Pegidas und ihrer Befürworter_innen angewandt wird, basiert auf dem Vorurteilsmodell. Vorurteile gegenüber jenen, die als nicht (ausreichend) christlich-deutsch angesehen werden, wären demnach unter den Anhänger_innen der Bewegung verbreitet und würden von deren Organisator_innen bewusst geschürt.

Vorurteile, so wird in der sz – im Zuge einer Charakterisierung von Pegida – hingewiesen, wären nicht nur von den gesellschaftlichen »Rändern«, sondern auch aus dem »Zentrum« verlautbar:

Vorurteile gegen Asylbewerber oder Muslime bestehen auch in der Mitte der Gesellschaft, nicht nur in Deutschland. (sz, 16.12.2014)

An mehreren Stellen werden »Ängste« und »Vorurteile« hintereinander aufgezählt und damit in einen Zusammenhang gestellt, der auch als Kausalität gelesen werden kann. Somit würde gleich ein Erklärungsmuster für die Vorurteile mitgeliefert – sie wären durch »Ängste«, die oftmals nicht weiter konkretisiert werden, verursacht: So wird Nordrhein-Westfalens Innenminister Jäger am 13.12.2014 in der faz mit den Worten wiedergegeben:

Wir müssen diese Aufwiegler demaskieren; sie schüren ganz bewusst Ängste und Vorurteile. (faz, 13.12.2014)

In der sz vom 16.12.2014 wird bilanziert, nur in Dresden sei

diese Mixtur aus Angst, Zorn und Vorurteil bisher aus dem virtuellen Raum auf die Straße geschwappt. (sz, 16.12.2014)

Mark Terkessidis beschreibt das rassistische Wissen als einen Fundus eines „gesellschaftliche Wissensbestandes“ (1998: 11), der sich durch Zeit und Raum zieht, stetigen Änderungen unterliegt, und aus dem jederzeit abgeschöpft werden kann. Das Konzept des rassistischen Wissens widerspricht damit der, dem Vorurteilsmodell zugrunde liegenden Annahme, dass rassistische Denkweisen aus individuellen Irrtümern resultieren, die (fälschlicherweise) auf eine ganze Gruppe übertragen werden (vgl. Weiß

2008: 89). Terkessidis stellt heraus, dass als Vorurteil dagegen häufig das bezeichnet wird, was gestern als gesellschaftlicher Konsens galt, heute aber als überholt gilt. Demnach lassen sich an der Benennung von Vorurteilen gut Diskursverschiebungen ablesen (vgl. Terkessidis 1998: 81).

Anja Weiß kritisiert das Vorurteilsmodell, da es an den Kernpunkten des Rassismus vorbeigehe. Indem die Vorurteilsforschung 'Irrtümer' als Ursache für Diskriminierung ansieht, vernachlässigt sie gesellschaftliche Machtverhältnisse. So bildeten rassistische Strukturen – ihr zufolge – zwar fast zwangsläufig 'Vorurteile' von und über »die Anderen«, diese dienten allerdings der Rechtfertigung und Aufrechterhaltung rassistischer Macht- und Diskriminierungsstrukturen und seien nicht der Grund für deren Existenz. Rassismus liege demnach nicht in der Falschheit der Informationen über »die Anderen« begründet, sondern in der Konstruktion »der Anderen« zu Sicherung der eigenen Privilegien (vgl. ebenda: 92). Nach Terkessidis beschäftige sich Rassismustheorie dementsprechend nicht mit der Richtigstellung »falscher« Vorurteile über die »Objekte«, sondern mit dem Konstruktionsprozess, durch den die »Objekte« entstehen sowie mit den Beziehungen zwischen den konstruierten Gruppen (vgl. Terkessidis 1998: 59 f.).

Mit dem Vorurteilsmodell wird Rassismus als ein Phänomen von Einzelmeinungen verstanden. Die Verankerungen in den Strukturen und Gesetzen der Gesellschaft bleiben somit verdeckt, da diese auch ohne explizite Vorurteile wirken (vgl. ebenda 2008: 90 ff.). Rassismus ist nicht als Problem individueller Vorurteile zu verstehen, „vielmehr handelt es sich um ein gesellschaftliches Dominanzverhältnis“ (Weiß 2011: 401). Zudem muss erkannt werden, dass rassistische Denk- und Handlungsmuster in einer rassistisch strukturierten Gesellschaft nicht etwa »Irrtümer« sind, sondern für Angehörige der Mehrheitsgesellschaft durchaus zweckmäßig sein können.

6.6.3.6 Ausblendung struktureller und institutioneller Rassismen

Während der Pegidadebatte werden institutionelle und strukturelle Erscheinungsformen von Rassismen ausgeblendet.⁶² Bei der Diskussion um die »Patriotischen Europäer«, um »Islamophobie« und um »Fremdenfeindlichkeit« werden keine Bezüge zu

⁶²Dies entspricht der allgemeinen Einschätzung von Margarete und Siegfried Jäger zur Verwendung des Begriffs des institutionellen Rassismus im deutschsprachigen Raum insgesamt (vgl. Jäger, M. / Jäger, S. 2007: 99).

vergegenständlichten Rassismen in Institutionen, wie Gesetzen oder Gesetzentwürfen hergestellt.

Es werden zwar im Diskurs an mehreren Stellen gesetzliche Regelungen zu Asyl und Einwanderung dargestellt und diskutiert aber nicht als Element eines rassistischen Macht-Wissens-Komplexes verstanden und kritisiert. Stattdessen werden bestehende Gesetzeslagen als Rechtfertigung für institutionelle Rassismen herangezogen. Das rassistische Subjekt taucht auch hier – mit Terkessidis – in Form eines „Phantoms“ auf, das rassistische Selektionsmechanismen im Namen der geltenden Gesetzeslage legitimiert (vgl. Terkessidis 1998: 76; Kapitel 2.1).

So wird das im September 2014 für die Staaten Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien in Kraft getretene Gesetz der sicheren Herkunftsstaaten – trotz des Wissen über Diskriminierung von Roma und Romnija (vgl. sz, 12.02.2015) – als unumstößliche Institution anerkannt und im Diskurs als Begründung für die Ablehnung von Asylanträgen aufgeführt (vgl. ebenda). Hier zeigt sich eine Normalisierung institutioneller Rassismen. Wurde das Gesetz während seiner Einführung noch kontrovers diskutiert und gegen großen Widerstand beschlossen, wird es wenige Monate später als Bezugspunkt für Gerechtigkeit ins Feld geführt.

Damit unterscheidet sich der Rassismus, der auf dieser Ebene [der institutionellen; A.d.V.] auftritt, grundsätzlich von jenem, der auf anderen gesellschaftlichen Ebenen zu beobachten ist – und dies nicht zuletzt durch seine Normalität und scheinbar unangreifbare Gültigkeit. (Jäger, M. / Jäger, S. 2007: 105)

Eckart Lohse geht in seinem Leitartikel vom 15.01.2015 in der faz über die bestehende Gesetzeslage hinaus, indem er – im Rahmen der Debatte um ein Einwanderungsgesetz – fordert, die Einwanderungspolitik müsse stärker an den (wirtschaftlichen) Interessen Deutschlands ausgerichtet sein, um notwendige Fachkräfte auch aus dem Nicht-EU-Ausland anzuwerben. Nachdem Pegida bereits seit 2014 eine Neustrukturierung der Einwanderung in die Bundesrepublik nach schweizer oder kanadischem Vorbild fordert (vgl. Pegida 2014), gewinnt der Kosten-Nutzen-Diskurs um Migration mit dem vom CDU-Generalsekretär Peter Tauber eingebrachten Vorschlag eines Einwanderungsgesetzes Mitte Januar 2015 an Sagbarkeit. Medial wie politisch wird die Idee aufgegriffen und diskutiert.

Im »Fazitartikel« der Pegidadebatte (vgl. sz, 12.03.2015) kommt Heribert Prantl zu der Erkenntnis, dass diskursive rassistische Praxen sich zu institutionellen Rassismen

verfestigen können. Er verortet eine durch solche Prozesse „rassistisch aufgeladene[n] Politik“ allerdings ausschließlich in der Asyldebatte Anfang der 1990er und nicht in der Gegenwart (vgl. sz 12.03.2015).

In der Vergangenheit haben Rechtsaußen-Rufe gegen Flüchtlinge dazu geführt, dass die etablierten Parteien solche Rufe aufgriffen – mit dem Hinweis auf die zunehmende Gewalt, auf die man reagieren müsse. Die Asyldebatte vor mehr als zwanzig Jahren war ein Beispiel dafür, wie sich Wahlkämpfer in einen politischen Überbietungswettbewerb hineinsteigerten. Die Neuaufgabe einer rassistisch aufgeladenen Politik (diesmal gegen 'Islamisierung') wäre eine Dummheit sondergleichen. (sz, 12.03.2015)

In der Pegidadebatte findet demnach keine direkten Verbindungen von den »Patriotischen Europäern« zur Kontinuität rassistischen Denkens und Handelns, noch zu gegenwärtigen rassistischen Entwicklungen statt. Somit werden die Alltäglichkeit sowie die strukturelle und institutionelle Verankerung rassistischer Unterscheidungsmuster, wie sie auch durch Pegida und die sie begleitende Debatte transportiert werden, ausgeblendet und tragen so zur ihrer Fortschreibung bei.

7.6.3.7 Sekundäre Rassismen in der Pegidadebatte

Wie aus den Ergebnissen der Kritischen Diskursanalyse hervorgeht, findet in der Pegidadebatte von Oktober 2014 bis März 2015 im analysierten Materialcorpus keine offene Austragung von Rassismen oder unmittelbare Abwertung von Migrationsanderen statt. Auch eine direkte Befürwortung Pegidas wird gemieden. Solche Positionen sind im untersuchten Zeitraum in der sz und faz nicht sagbar. Dagegen lassen sich in der Berichterstattung sekundäre, nicht tabuisierte Formen von Rassismen finden, die sich durch Relativierung rassistischer Denk- und Handlungsweisen sowie die Negierung der Gesellschaftlichkeit von Rassismus auszeichnen.

Rassismus als Analysekategorie zur Einordnung der »Patriotischen Europäer«, wie der Gesellschaft insgesamt, kommt in der Pegidadebatte nicht zu tragen. Positionen, die den Rassismus (bzw. die »Ausländerfeindlichkeit«) Pegidas benennen, werden mitunter als Pauschalisierungen kritisiert (vgl. faz, 17.12.2014, 08.01.2015). Die aktuellen – durch Pegida transportierten – Erscheinungsformen von Ausgrenzung und Abwertung gegenüber Geflüchteten und Muslima_en werden im hegemonialen Diskurs als individualisierte Einstellungsmuster oder natürliche Abwehrreaktionen gegenüber »Fremdem« verstanden. Im Gegensatz zu früheren Debatten hat sich der gesellschaftliche Teilbereich, dem dieses Gedankengut zugeschrieben wird, von der extremen Rechten bis in die »gesellschaftliche Mitte« ausgeweitet.

Die Existenz struktureller Rassismen, sowie die Konnektivität rassistischer Denk- und Handlungsweisen auf rassistische Diskurse und deren Vergegenständlichung in Gesetzen und Brandanschlägen, werden in der Debatte nur in der Vergangenheit wahrgenommen. Der wechselseitige Einfluss von individuellen, strukturellen, institutionellen und in Diskursen verankerten Rassismen wird in der »Asyldebatte« der 1990er wiedererkannt. So wird ein Eingeständnis der medialen und politischen Mitverantwortung an den rassistischen Pogromen eingeräumt und diese wiederum als (Mit)Ursache der darauf folgenden Asylrechtsverschärfung gesehen (vgl. sz, 17.01., 12.03.2015). Eine Übertragung dieser Zusammenhänge auf gegenwärtige Verhältnisse wird – trotz der zunehmenden rassistischen Gewalt – nicht vollzogen. Vielmehr werden vielseitige „Lernprozesse“, die den gesellschaftlichen Institutionen Politik und Medien seitdem gutgeschrieben werden, aufgeführt, um der Kontinuität des Macht-Wissens-Komplexes des Rassismus bis in die Gegenwart zu widersprechen. Demnach sei man aufgrund der Aufarbeitung der rassistischen »Ausfälle« der Vergangenheit heute davor gefeit (vgl. sz, 17.01.2015).

Ein weiteres dominantes Element der Pegidadebatte liegt darin, die Pegida-Demonstrant_innen in ihrem Denken und Handeln nicht ernstzunehmen, beziehungsweise ihnen die politische Verantwortung hierfür abzusprechen. Durch die Darstellung als »politikverdrossen« (vgl. sz, 31.12.2014; faz, 02.01.2015) bis »politikverachtend« (vgl. faz, 04.02.2015) wird der_m Leser_in nahegelegt, die »Patriotischen Europäer« handelten aus fehlendem Interesse an politischen Diskursen. Die »politische Heimatlosigkeit« (vgl. faz, 17.12.2014; 04.02.2015) unterstellt eine fehlende politische Repräsentanz der Pegida-Anhänger_innen und bestätigt somit die im Konstrukt der »Toleranzgesellschaft« aufgemachte Diskrepanz zwischen Pegida und der politischen Vertretung. Das Reden von »diffusen Ängsten« (sz, 31.12.2014; faz, 02.01.; 07.01.2015) geht – ähnlich wie die Vorurteilsforschung – von individuellen Irrtümern aus und leugnet somit eine Begründetheit dieser »Ängste« in dem gesellschaftlichen Vorräten rassistischen Wissens. Indem Pegida eine politische Position aberkannt wird, findet demnach auch eine Bagatellisierung der von Pegida transportierten Rassismen statt.

Die genannten Positionen sind in der Pegidadebatte sagbar. Ihre Sagbarkeit wird gestützt durch die Legitimität, die sich die Transporteur_innen dieser Positionen durch das Bekenntnis zur »aufgeklärten«, »reflektierten« und »lernfähigen«

»Toleranzgesellschaft« verleihen. Mit Vorsicht können die hier ausgemachten sekundär-rassistischen Positionen als Teile des zur Zeit der Pegidadebatte gültigen rassistischen Wissens in Deutschland verallgemeinert werden.

-7 Fazit und Ausblick

Mit der vorliegenden Kritischen Diskursanalyse wurde ein rassismuskritischer Blick auf die Pegidadebatte geworfen. Das Forschungsinteresse galt dem Ausfindigmachen und der Analyse diskursiver Sagbarkeitsfelder und deren Verschiebungen im Laufe des Diskurses. Zudem wurde die Pegidadebatte – als Exempel für den bundesdeutschen Migrationsdiskurs – daraufhin untersucht, wie rassistisches Wissen gegenwärtig zum tragen kommt.

Mit dem diachronen Schnitt, der zur Strukturierung der Pegidadebatte gezogen wurde, konnten Diskursverschiebungen ausgemacht werden, die eine schrittweise Normalisierung von Pegida aufzeigen. So wurden im Diskurs Verlagerungen des Sagbaren, von einer anfänglichen Empörung hin zu einem Verstehen-Wollen und einem gewissen Verständnis für die Bewegung, festgestellt. Die diskursive Haltung bezüglich des Vorhabens der Politik, mit Pegida in Dialog zu treten wandelt sich parallel dazu peu à peu in Richtung der Befürwortung desselben, bis der Austausch schließlich von verschiedenen Akteur_innen praktiziert wird. Im Laufe des Diskurses gewinnen die von Pegida aufgegriffenen und transportierten Positionen – trotz anhaltender Ablehnung der Bewegung als solcher – an diskursivem Gewicht, bis diese – ohne direkten Bezug zu Pegida – in den hegemonialen Diskurs zu Migration und Einwanderung übernommen werden und dort ihre Wirkkraft entfalten können.

Mit der Konstruktion der »Toleranzgesellschaft«, als einem hervorstechenden diskursiven Element der Pegidadebatte wird ein Bild einer spektren- und parteienübergreifenden Ablehnung der Patriotischen Europäer und ihrer »Fremdenfeindlichkeit« gemalt. Aus dieser konnte die Strategie der Verschiebung rassistischer Denk- und Handlungsmuster auf einen gesellschaftlichen Teilbereich, sowie eine Verschleierung der gesellschaftlichen Struktur des Rassismus herausgelesen werden.

Der Fluss des Diskurses um Pegida muss in der ihn umgebenden Zeit und Raum analysiert werden. So ist der diskursive Kontext der Pegidadebatte von europaweit erstarkenden rechten Parteien sowie grassierenden rassistischen Protesten und

Anschlägen gegen Geflüchtetenunterkünfte geprägt. Die Bewegung selbst konstituiert sich zudem kurz nach der im September 2014 beschlossenen Asylrechtsverschärfung.

Obwohl Pegida als eine der größten rassistischen Mobilisierungen der deutschen Nachkriegsgeschichte gesehen werden kann und sich gerade bei den »Patriotischen Europäern« zeigt, dass rassistische Denk- und Handlungsmuster sich nicht nur in gesellschaftlichen Randbereichen äußern, kommt Rassismus als Analysekategorie für Pegida und den gesellschaftlichen Kontext in der Pegidadebatte nicht vor. Stattdessen werden reduktionistische Deutungsmuster verwandt um das »Pegida-Phänomen« zu erklären. Durch die rassismuskritische Perspektive der durchgeführten Diskursanalyse konnte herausgestellt werden, dass Rassismen durch Verschleierung, Ausblendung und Relativierung im Diskurs sekundär fortgeschrieben werden.

Mit der Pegidadebatte gewinnen die Diskursstränge um die Themen Asyl, Migration und Rassismus im gesamtgesellschaftlichen Diskurs an Bedeutung. Die Stränge, wie die in ihnen transportierten Positionen, reichen auch über das Ende der Berichterstattung um Pegida hinaus und wirken in anderen Diskursen weiter. Den Sommer 2015 über dominiert bundesweit eine »Asyldebatte« den medialen und politischen Diskurs. Die Debatte wird von folgenden Themen und diskursiven Ereignissen geformt: die Feststellung und Proklamation stark steigender Zahlen von Geflüchteten, der Frage nach deren Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, die bundesdeutsche »Willkommenskultur« und ehrenamtliche Unterstützungsleistungen der Bevölkerung, bei gleichzeitig ansteigenden Brandanschlägen auf Geflüchtetenunterkünfte, rassistische Ausschreitungen in vorwiegend sächsischen Kleinstädten, Merkels Durchhalteparole „Wir schaffen das“, das Herausstellen von Streitigkeiten innerhalb von Unterkünften, die Diskussion um eine vermeintliche Belastungsgrenze bezüglich der Aufnahme von Asylsuchenden, die Differenzierung in »gute« und »schlechte« Geflüchtete, die Errichtung von Abschiebelagern in Bayern, die Debatte um die Errichtung von Transitzonen sowie die Verabschiedung einer weiteren Asylrechtsverschärfung. Die genannten Themen sind einer rein oberflächlichen Sichtung des Diskurses entnommen. Aus ihrer Chronologie lässt sich dennoch eine deutliche Zuspitzung der Debatte herauslesen: von der Ausrufung der „Flüchtlingskrise“ (welt, 27.07.2015), über die Inszenierung Deutschlands als „Willkommensweltmeister“ (ak, 17.11.2015), bis zur offenen Rede über eine Abschreckungspolitik und die Forderung nach einer „Asylobergrenze“ (sz, 10.09.2015).

Mit Blick auf die »Asyldebatte« 2015 schließen sich an die Kritische Diskursanalyse der vorliegenden Arbeit mehrere Forschungsfragen an. Inwieweit werden in der Pegidadebatte aufgemachte Sagbarkeitsfelder in der darauf folgenden »Asyldebatte« fortgeführt? Wie entwickeln sich diskursive Verlagerungen, wie die Normalisierung von Positionen, die zuvor von den »Patriotischen Europäern« transportiert wurden? Inwiefern setzt sich das in der Pegidadebatte als »Toleranzgesellschaft« herauskristallisierte diskursive Konstrukt im Sommer 2015 in dem des »Willkommenweltmeisters« fort? Und welche Aussagen können über die dispositiven Wechselwirkungen der in der Asyldebatte wirkenden Elemente der sich zuspitzenden rassistischen Mobilisierungen und den im Juli und Oktober 2015 verabschiedeten Asylrechtsverschärfungen getroffen werden?

Diesen Fragen gilt es nachzugehen, auch um eine Analyse und Kritik des aktuell gültigen rassistischen Wissens fortzusetzen. Als methodisches Werkzeug eignen sich auch hier Kritische Diskursanalysen mit rassismuskritischer Perspektive, die das Ziel verfolgen letztlich Wege aus dem Rassismus zu bestreiten.

-Literatur

Amadeu Antonio Stiftung / Pro Asyl (Hg.) 2014a: Die Brandstifter. Rechte Hetze gegen Flüchtlinge. Cottbus: Eigenverlag.

Amadeu Antonio Stiftung / Pro Asyl 2014b: Rechte Hetze gegen Flüchtlinge – Eine Chronik der Gewalt 2014. Online unter: <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldung/rechte-hetze-gegen-fluechtlinge-eine-chronik-der-gewalt-2014-03> (zuletzt aufgerufen am 06.07.2015).

Amadeu Antonio Stiftung / Pro Asyl 2015: Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle 2015. Online unter: <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle> (zuletzt aufgerufen am 23.11.2015).

Anders, Alexa 2015: Die Beschützer der Scholle. In: Der rechte Rand. Magazin von und für AntifaschistInnen. Nr. 152, Januar/Februar 2015, S. 6 – 7.

Butterwegge, Christoph 1996: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 15 – 30.

Cultura21 2015: Die Presse in Deutschland. Online unter: <http://magazin.cultura21.de/kultur/wissen/die-presse-in-deutschland.html> (zuletzt aufgerufen am 10.07.2015).

Daphi, Priska / Kocyba, Piotr / Neuber, Michael / Roose, Jochen / Rucht, Dieter / Scholl, Franziska / Sommer, Moritz / Stuppert, Wolfgang / Zajak, Sabrina 2015: Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida. Berlin: ipb working papers. Online unter: https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/Aktuelles/Pegida/2015_Druckfassung_protestforschung-am-limit.pdf (zuletzt abgerufen am 29.05.2015).

Donsbach, Wolfgang 2015: Pressemitteilung. Welche Einstellungen führen zu Pegida? Neue Umfrage der Dresdner Kommunikationswissenschaft. Technische Universität Dresden. Online unter: <http://donsbach.net/aktuell-unsere-studie-zu-was-erkl%C3%A4rt-sympathie-f%C3%BCr-pegida/> (zuletzt aufgerufen am 02.06.2015).

- Elverich, Gabi / Reindlmeier, Karin 2006: „Prinzipien antirassistischer Bildungsarbeit“. Ein Fortbildungskonzept in der Reflexion. In: Elverich, Gabi / Kalpaka, Annita / Reindlmeier, Karin (Hg.): Spurensicherung. Reflexion von Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Frankfurt am Main/London: IKO – Verlag für Interkulturelle Kommunikation, S. 27 – 62.
- Europäisches Parlament 2015: Fraktionen. Online unter: <http://www.europarl.europa.eu/portal/de> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).
- F.A.Z. 2015: Qualität, Glaubwürdigkeit und Renommee. Online unter: <http://www.faz.media/medien/faz/> (zuletzt aufgerufen am 02.08.2015).
- FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs 2015: FPÖ gründet mit Partnern EU-Fraktion "Europa der Nationen und der Freiheit" (ENF). Online unter: <http://www.fpoe.at/artikel/fpoe-gruendet-mit-partnern-eu-fraktion-europa-der-nationen-und-der-freiheit-enf/> (zuletzt aufgerufen am 08.09.2015).
- Freikamp, Ulrike / Leanza, Matthias / Mende, Janne / Müller, Stefan / Ullrich, Peter / Voß, Heinz-Jürgen (Hg.) 2008: Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik. Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 42. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Friedrich, Sebastian (Hg.) 2011: Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“. Münster: Edition Assemblage.
- Geiges, Lars / Marg, Stine / Walter, Franz 2015: Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld: transcript Verlag.
- Häusler, Alexander (Hg.) 2008: Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Häusler, Alexander 2015: Diskursverschiebung nach Rechts. In: Hamburger Bündnis gegen Rechts (Hg.): Rechtspopulismus ist keine Alternative! Broschüre zur Kritik der „Alternative für Deutschland“. Hamburg: Eigenverlag, S. 36 – 37.

- Helfferrich, Cornelia 2011: Die Qualität qualitativer Daten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Heni, Clemens o.J.: »Sekundärer« Antisemitismus. Ein kaum erforschter Teil des Post-Holocaust-Antisemitismus. Online unter: http://www.tribuene-verlag.de/TRI_Heni.pdf (zuletzt aufgerufen am 04.11..2015).
- Hermann, Steffen Kitty 2003: Performing the Gap. Queere Gestalten und geschlechtliche Aneignung. In: arranca! Für eine linke Strömung, Winter 03/04, Nr. 28, S. 22 - 26.
- IVW, Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern 2015a: Titelanzeige Frankfurter Allgemeine. Online unter: [http://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/1056?quartal\[20151\]=20151&quartal\[19984\]=19984](http://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/1056?quartal[20151]=20151&quartal[19984]=19984) (zuletzt aufgerufen am 10.07.2015).
- IVW, Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern 2015b: Titelanzeige Süddeutsche Zeitung. Online unter: [http://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/1221?quartal\[20151\]=20151&quartal\[19984\]=19984](http://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/1221?quartal[20151]=20151&quartal[19984]=19984) (zuletzt aufgerufen am 10.07.2015).
- IVW, Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern 2015c: Titelanzeige Bild Deutschland. Online unter: [http://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/1090?quartal\[20153\]=20153&quartal\[19984\]=19984](http://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/1090?quartal[20153]=20153&quartal[19984]=19984) (zuletzt aufgerufen am 23.11.2015).
- Jäger, Margarete / Jäger, Siegfried 2007: Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jäger, Siegfried 1992: BrandSätze. Rassismus im Alltag. DISS-Studie. 2., durchgesehene, Auflage. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung.
- Jäger, Siegfried 2009: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 5., gegenüber der 2., überarbeiteten und erweiterten, unveränderte Auflage. Münster: Unrast-Verlag.
- Jäger, Siegfried 2012: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 6., vollständig überarbeitete Auflage. Münster: Unrast-Verlag.

- Kalpaka, Annita / Rätzzel, Nora 1990: Wirkungsweisen von Rassismus und Ethnozentrismus. In: dies. (Hg.): Die Schwierigkeit nicht rassistisch zu sein. 2., völlig überarbeitete Auflage. Leer: Mundo-Verlag, S. 12 – 80.
- Köster, Werner (Hg.) 2008: Parallelgesellschaften. Diskursanalysen zur Dramatisierung von Migration. Beiträge studentischen Forschens, Essen: Klartext-Verlag.
- Krebs, Felix 2015: „Relativ viele“ rechtsextreme Einzelfälle (Bernd Lucke). Über den braunen Rand der AfD in Hamburg und seine Duldung. In: Hamburger Bündnis gegen Rechts (Hg.): Rechtspopulismus ist keine Alternative! Broschüre zur Kritik der „Alternative für Deutschland“. Hamburg: Eigenverlag, S. 12 – 15.
- Machold, Claudia 2011: (Anti-)Rassismus kritisch (ge-)lesen. Verstrickung und Reproduktion als Herausforderung für die pädagogische Praxis. Eine diskurstheoretische Perspektive. In: Scharathow, Wiebke / Leiprecht, Rudolph (Hg.): Rassismuskritik Band 2. Rassismuskritische Bildungsarbeit. 2. Auflage. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 379 – 396.
- Mecheril, Paul 2010: Migrationspädagogik. Hinführung zu einer Perspektive. In: Mecheril, Paul / Castro Varela, María do Mar / Dirim, İnci / Kalpaka, Annita / Melter, Claus (Hg.): Bachelor/Master. Migrationspädagogik. Weinheim/Basel: Beltz Verlag, S. 7 – 22.
- Mecheril, Paul / Melter, Claus 2010: Gewöhnliche Unterscheidungen. Wege aus dem Rassismus. In: Mecheril, Paul / Castro Varela, María do Mar / Dirim, İnci / Kalpaka, Annita / Melter, Claus (Hg.): Bachelor/Master. Migrationspädagogik. Weinheim/Basel: Beltz Verlag, S. 150 – 178.
- Melter, Claus 2006: Rassismuserfahrungen in der Jugendhilfe. Eine empirische Studie zu Kommunikationspraxen in der Sozialen Arbeit. Münster: Waxmann Verlag.
- Melter, Claus 2009: Sekundärer Rassismus in der Sozialen Arbeit. In: Geisen, Thomas / Riegel, Christine (Hg.): Jugend, Partizipation und Migration. Orientierungen im Kontext von Integration und Ausgrenzung. 2., durchgesehene Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 107 – 128.

Netz gegen Nazis 2015a: Pegida - Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes. Online unter: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/factsheet-und-zeitleiste-pegida-2918> (zuletzt aufgerufen am 23.11.2015).

Netz gegen Nazis 2015b: Europawahl 2014. Rechtspopulistische Parteien im Aufwind. Online unter: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/europawahlen-rechtspopulistische-parteien-im-aufwind-9479> (zuletzt aufgerufen am 05.11.2015).

Patzelt, Werner J. 2015a: Was und wie denken PEGIDA-Demonstranten? Analyse der PEGIDA-Demonstranten am 25. Januar 2015, Dresden. Ein Forschungsbericht. Technische Universität Dresden. Online unter: http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-2015.pdf (zuletzt aufgerufen am 09.06.2015).

Patzelt, Werner J. 2015b: Drei Monate nach dem Knall: Was wurde aus Pegida? Vergleichende Analyse der Pegida-Demonstrationen vom 25. Januar, 27. April und 04. Mai 2015 in Dresden. Homepage der Technischen Universität Dresden. Online unter: http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-mai-2015.pdf (zuletzt aufgerufen am 02.06.2015).

Patzelt, Werner J. 2015c: Neue Studie über Pegida: Wenig Rechtsruck, viel Empörung. Homepage der Technischen Universität Dresden. Online unter: http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida (zuletzt aufgerufen am 09.06.2015).

Pegida 2014: Positionspapier. Online unter: <https://www.facebook.com/pegidaevdresden/photos/a.795033410535084.1073741829.790669100971515/837031083001983/> (zuletzt aufgerufen am 29.11.2015).

Pegida 2015: Facebookseite. Pegida – Gemeinschaftliche Organisation. Online unter: <https://www.facebook.com/pegidaevdresden/> (zuletzt aufgerufen am 29.11.2015).

Perlen aus Freital 2015: Besorgte Bürger zeigen sich von ihrer allerbesten Seite. Online unter: <http://perlen-aus-freital.tumblr.com/> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).

- Perlen aus Jenfeld 2015: Freital ist überall. Auch in Hamburg. Online unter: <http://perlen-aus-jenfeld.tumblr.com/> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).
- Publikative 2012: Rassismus, Mob und Flächenbrand. Online unter: <http://www.publikative.org/2012/06/24/rassismus-mob-und-flachenbrand/> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).
- Reuband, Karl-Heinz 2015: Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen. In: MIP 2015, 21. Jg. , S. 133 – 143. Online unter: https://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/fileadmin/Redaktion/Institute/Sozialwissenschaften/Soziologie/Dokumente/Reuband/Reuband_-_Wer_demonstriert_in_Dresden_fuer_Pegida_-_MIP_2015_Seiten_133-143-5.pdf (zuletzt aufgerufen am 01.06.2015).
- Rommelspacher, Birgit 2011: Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Claus / Mecheril, Paul (Hg.): Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung. 2. Auflage. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 25 – 38.
- Rucht, Dieter 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegung. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Ruoff, Michael 2009: Macht. In: ders.: Foucault Lexikon. 2., durchgesehene Auflage. Paderborn: Wilhelm Fink Verlag, S. 146 - 156.
- Sokolowsky, Kay 2015: Hier spinnt das Volk. In: Konkret. Politik & Kultur, 2/2015, S. 12 – 15.
- Speit, Andreas 2015: Rechtsruck in Europa. In: Hamburger Bündnis gegen Rechts (Hg.): Rechtspopulismus ist keine Alternative! Broschüre zur Kritik der „Alternative für Deutschland“. Hamburg: Eigenverlag, S. 6 – 7.
- Terkessidis, Mark 1998: Psychologie des Rassismus. Opladen u.a.: Westdeutscher Verlag.

Uhrig, Kim 2015: Antimuslimischer Rassismus und Migrationspolitik der AfD. In: Hamburger Bündnis gegen Rechts (Hg.): Rechtspopulismus ist keine Alternative! Broschüre zur Kritik der „Alternative für Deutschland“. Hamburg: Eigenverlag, S. 27 - 30.

Vorländer, Hans / Herold, Maik / Schäler, Steven 2015: Wer geht zu Pegida und warum? Eine empirische Untersuchung von PEGIDA-Demonstranten in Dresden. Schriften zur Verfassungs- und Demokratieforschung 1/2015. Dresden. Online unter: http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/poltheo/news/vorlaender_herold_schaeller_pegida_studie (zuletzt aufgerufen am 01.06.2015).

Walter, Franz 2015: Studie über Pegida. Göttinger Institut für Demokratieforschung. Online unter: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/studie-zu-pegida> (zuletzt aufgerufen am 29.05.2015).

Weiß, Anja 2008: Was ist Rassismus? In: Landeshauptstadt München Sozialreferat, Stelle für interkulturelle Arbeit (Hg.): Fachtagung Alle anders – alle gleich? Dokumentation. München, S. 89 – 93.

Weiß, Anja 2011: Antirassismus als Vermeidung offener Rassismen? In: Scharathow, Wiebke / Leiprecht, Rudolph (Hg.): Rassismuskritik Band 2. Rassismuskritische Bildungsarbeit. 2. Auflage. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 397 – 409.

Presseartikel (chronologisch):

publikative, 03.11.2013:

Gensing, Patrick: NPD-Demo. Hurra, das ganze Dorf ist da! Online unter: <http://publikative.org/2013/11/03/npd-demo-hurra-das-ganze-dorf-ist-da/> (zuletzt aufgerufen am 29.11.2015).

sz, 22.09.2014:

Preuß, Roland: So sieht der Asylkompromiss aus. Online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/herkunftsstaaten-und-residenzpflicht-so-sieht-der-asylkompromiss-aus-1.2137533> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).

dnn, 27.10.2014:

DNN: Demo in Dresden bleibt friedlich. Teilnehmerzahl weit unter Erwartungen. Online unter: <http://www.dnn-online.de/dresden/web/dresden-nachrichten/detail/-/specific/Demo-in-Dresden-bleibt-friedlich-Teilnehmerzahl-weit-unter-Erwartungen-3838018926> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).

addn.me, 28.10.2014:

addn.me: Verteidiger des Abendlandes formieren sich. Online unter: <https://www.addn.me/nazis/verteidiger-des-abendlandes-formieren-sich/> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).

Kopp-Online, 28.10.2014:

Grombery, Torben: Nach »HoGeSa« jetzt »PEGIDA«: Hunderte demonstrieren gegen Islamisierung in Dresden. Online unter: <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/torben-grombery/nach-hogesa-jetzt-pegida-hunderte-demonstrieren-gegen-islamisierung-in-dresden.html> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).

Blaue Narzisse, 31.10.2014:

Schüller, Johannes: Gemeinsam gegen Islamismus dem Onlinemedium Blaue Narzisse. Online unter: <http://www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/4994-gemeinsam-gegen-islamismus> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).

venceremos, 31.10.2014:

Antifa Recherche Team: Der "unpolitische" Facebook-Mob macht mobil. Online unter: <http://venceremos.sytes.net/artdd/artikel/cog/der-unpolitische-facebook-mob-macht-mobil.html> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).

welt, 11.11.2014:

Die Welt: Kirchen werfen "Pegida"-Bündnis Rassismus vor. Online unter: <http://www.welt.de/regionales/sachsen/article134233933/Kirchen-werfen-Pegida-Buendnis-Rassismus-vor.html> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).

fr, 11.12.2014:

FR: Pegida sind „Nazis in Nadelstreifen“. Online unter: <http://www.fr-online.de/pegida/innenminister-konferenz-pegida-sind—nazis-in-nadelstreifen-,29337826,29297902.html> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).

faz, 13.12.2014:

Burger, Reiner: Scharfe Kritik an Anti-Islam-Bündnis Pegida. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.12.2014, Nr. 290, S. 1.

sz, 15.12.2014:

Rossmann, Robert: „Pegida ist eine Schande für Deutschland“. In: Süddeutsche Zeitung, 15.12.2014, S. 1.

sz, 16.12.2014:

Bielicki, Jan: Eine prekäre Mischung. In: Süddeutsche Zeitung, 16.12.2014, S. 4.

faz, 17.12.2014:

von Altenbockum, Jasper: Heimatlos. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.2014, Nr. 293, S. 1.

sz, 17.12.2014:

Fried, Nico: In Liebe, Eure Angela. In: Süddeutsche Zeitung, 17.12.2014, S. 4.

sz, 23.12.2014:

Bielicki, Jan: Bundesweit Protest gegen Pegida. In: Süddeutsche Zeitung, 23.12.2014, S. 1.

sz, 24.12.2014:

Rossmann, Robert: Gauck gegen Abschottung Deutschlands. In: Süddeutsche Zeitung, 24.12.2014, S. 1.

Spiegel, 31.12.2014:

Spiegel: Dokumentation. Neujahrsansprache von Angela Merkel im Wortlaut. Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/neujahrsansprache-angela-merkel-2014-im-wortlaut-a-1010884.html> (zuletzt aufgerufen am 20.09.2015).

sz, 31.12.2014:

Drobinski, Matthias: Die Tugend der Zuversicht. In: Süddeutsche Zeitung, 31.12.2014, S. 4.

faz, 02.01.2015:

Lohse, Eckart / Wyssuwa, Matthias: SPD, Grüne und Linkspartei loben Merkel für Kritik an Pegida. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.01.2015, Nr. 1, S. 1.

sz, 03.01.2015a:

Fried, Nico / Ulrich, Stefan: Schlepper werden immer brutaler. In: Süddeutsche Zeitung, 03.01.2015, S. 1.

sz, 03.01.2015b:

Esslinger, Detlef: Debatte gesucht. In: Süddeutsche Zeitung, 03.01.2015, S. 4.

faz, 05.01.2015:

Kohler, Berthold: Schrecklich einfach. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.01.2015, Nr. 3, S. 1.

sz, 05.01.2015:

Prantl, Heribert: Purpur für die FDP. In: Süddeutsche Zeitung, 05.01.2015, S. 4.

bild, 06.01.2015:

BILD: Prominente setzen in Bild ein Zeichen. Nein zu Pegida! Online unter: <http://www.bild.de/regional/muenchen/pegida/promis-sagen-nein-zu-pegida-39214178.bild.html> (zuletzt aufgerufen am 20.09.2015).

faz, 07.01.2015a:

Lohse, Eckart / Soldt, Rüdiger: Immer mehr Menschen demonstrieren gegen Pegida. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.01.2015, Nr. 5, S. 1.

faz, 07.01.2015b:

Bender, Justus: Stolz und Eiertanz. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.01.2015, Nr. 5, S. 1.

sz, 07.01.2015:

Hulverscheidt, Claus / Cáceres, Javier: Berlin offen für Dialog mit Linken in Athen. In: Süddeutsche Zeitung, 07.01.2015, S. 1.

faz, 08.01.2015:

Kohler, Berthold: Ein Anschlag auf die Freiheit. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.01.2015, Nr. 6, S. 1.

faz, 09.01.2015:

F.A.Z.: Frankreich trauert um die Opfer des Anschlags. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.01.2015, Nr. 7, S. 1.

faz, 12.01.2015:

von Blumencron, Mathias Müller: Unsere tägliche Desinformation. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.01.2015, Nr. 9, S. 1.

faz, 13.01.2015:

Ross, Andreas / Wiegel, Michaela: Paris verschärft nach Terroranschlägen Sicherheitsvorkehrungen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.01.2015, Nr. 10, S. 1.

faz, 14.01.2015:

F.A.Z.: Gauck: Die Terroristen wollten uns spalten - sie haben uns zusammengeführt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.01.2015, Nr. 11, S. 1.

faz, 15.01.2015:

Lohse, Eckart: Wer gehört zu Deutschland? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.01.2015, Nr. 12, S. 1.

sz, 17.01.2015:

Prantl, Heribert: Die fünfte Gewalt. In: Süddeutsche Zeitung, 17.01.2015, S. 4.

Das Erste, 18.01.2015:

Das Erste: Politik trifft auf Protest – Pegida bei 'Günther Jauch'; Sendung vom 18.01.2015. Online unter: <http://daserste.ndr.de/guentherjauch/rueckblick/Politik-trifft-auf-Protest-Pegida-bei-GUeNThER-JAUCH,pegida270.html> (zuletzt aufgerufen am 26.10.2015).

faz, 19.01.2015:

Bannas, Günter / Locke, Stefan: Polizei verbietet Demonstrationen in Dresden wegen Anschlaggefahr. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.01.2015, Nr. 15, S. 1.

sz, 19.01.2015:

Bielicki, Jan: Polizei verbietet Dresdner Pegida-Demo. In: Süddeutsche Zeitung, 19.01.2015, S. 1.

bild, 20.01.2015:

BILD: Kathrin Oertel. Bild entlarvt Frau Pegida! Online unter: <http://www.bild.de/politik/inland/pegida/bild-entlarvt-frau-pegida-39411078.bild.html> (zuletzt aufgerufen am 20.09.2015).

faz, 20.01.2015a:

Locke, Stefan / Lohse, Eckart: Kritik an Verbot von Pegida-Demonstration in Dresden. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.01.2015, Nr. 16, S. 1.

faz, 20.01.2015b:

Müller, Reinhard: Keine Gewalt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.01.2015, Nr. 16, S. 1.

faz, 21.01.2015:

Patzelt, Werner J.: Edel sei der Volkswille. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.01.2015, Nr. 17, S. 12.

sz, 21.01.2015:

Heidtmann, Jan: Einer, der an die Macht des Wortes glaubt. In: Süddeutsche Zeitung, 21.01.2015, Online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/kritik-nach-pegida-pressekonferenz-einer-der-an-die-macht-des-wortes-glaubt-1.2312486> (zuletzt aufgerufen am 20.09.2015).

faz, 22.01.2015:

F.A.Z.: Ermittlungen gegen Pegida-Gründer wegen Verdachts der Volksverhetzung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.01.2015, Nr. 18, S. 1.

fr, 23.01.2015:

Doemens, Karl: AfD plant großen Rechtsruck. Online unter: <http://www.fr-online.de/politik/alternative-fuer-deutschland-afd-afd-plant-grossen-rechtsruck,1472596,2964-5508.html> (zuletzt aufgerufen am 20.09.2015).

ndr, 23.01.2015:

NDR: Sophienterrasse. Baustopp für Flüchtlingsheim. Online unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Sophienterrasse-Baustopp-fuer-Fluechtlingsheim,sophienterrasse136.html> (zuletzt aufgerufen am 20.09.2015).

Spiegel, 24.01.2015:

Böhm, Markus: Einladung nach Dresden: SPD-Chef Gabriel diskutiert mit Anhängern von Pegida. Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-sigmar-gabriel-diskutiert-in-dresden-mit-anhaengern-a-1014783.html> (zuletzt aufgerufen am 20.09.2015).

faz, 29.01.2015:

Locke, Stefan: Heftiger Führungsstreit in islamkritischer Pegida-Bewegung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.01.2015, Nr. 24, S. 1.

sz, 31.01.2015:

Fried, Nico: Mensch, Vorsicht! In: Süddeutsche Zeitung, 31.01.2015, S. 4.

faz, 02.02.2015:

Lohse, Eckart: Alternativlos. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.02.2015, Nr. 27, S. 1.

faz, 04.02.2015:

von Altenbockum, Jasper: Jeder Bürger ist Elite: In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.02.2015, Nr. 29, S. 1.

faz, 06.02.2015:

Kohler, Berthold: Auf den Kopf Putins. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.02.2015, Nr. 31, S. 1.

sz, 06.02.2015:

Hickmann, Christoph: Die Sowohl-als-auch-Partei. In: Süddeutsche Zeitung, 06.02.2015, S. 4.

bild, 08.02.2015a:

BILD: Botschaft warnt. Asylbewerber-Ansturm aus Kosovo droht. Online unter: <http://www.bild.de/bild-plus/politik/ausland/kosovo/ausreise-lawine-vom-kosovo-nach-deutschland-39666482,var=b,view=conversionToLogin.bild.html> (zuletzt aufgerufen am 20.09.2015).

bild, 08.02.2015b:

Hahne, Peter: Kein Sozialamt für die Welt. Online unter: <http://www.bild.de/news/standards/peter-hahne/kein-sozialamt-fuer-die-welt-39675498.bild.html> (zuletzt aufgerufen am 20.09.2015).

sz, 11.02.2015:

Preuß, Roland: Exodus aus Kosovo. Online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/plaene-der-bundesregierung-exodus-aus-kosovo-1.2346195> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).

sz, 12.02.2015:

Hassel, Florian: Europas Magnet. In: Süddeutsche Zeitung, 12.02.2015, S. 4.

Abendzeitung, 18.02.2015:

Abendzeitung: CSU positioniert sich rechts. Seehofer: Kein Platz für Armutsflüchtlinge in Deutschland. Online unter: <http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt/Csu-positioniert-sich-rechts-seehofer-kein-platz-fuer-armutsfluechtlinge-in-deutsch-land.6c246d7d-4819-4747-8d78-ba359201323b.html> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).

zeit, 03.03.2015:

Ulrich, Sarah: Dresden. Räumung des Refugee Struggle Protestcamps nach Angriffen von PEGIDA. Online unter: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2015/03/03/dresden-raeumung-des-refugee-struggle-camps-nach-angriffen-von-pegida_18783 (zuletzt aufgerufen am 20.09.2015).

zeit, 10.03.2015:

Jacobsen, Lenz: Pegida gefällt sich hinter Mauern. Online unter: <http://www.zeit.de/gesellschaft/2015-03/pegida-dresden-demonstration> (zuletzt aufgerufen am 20.09.2015).

sz, 12.03.2015:

Prantl, Heribert: Das Ende von Pegida. In: Süddeutsche Zeitung, 12.03.2015, S. 4.

sz, 08.06.2015:

Schneider, Jens: Lucke tritt aus der AfD aus. Online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/alternative-fuer-deutschland-lucke-tritt-aus-der-afd-aus-1.2557796> (zuletzt aufgerufen am 20.09.2015).

dnn, 09.06.2015:

DNN: Eindrücke der Dresdner Pegida-Demo am 8. Juni. In: Dresdner Neueste Nachrichten, 09.06.2015, Online unter: <http://www.dnn-online.de/web/dnn/nachrichten/detail/-/specific/Eindrucke-der-Dresdner-Pegida-Demo-am-8-Juni-2015-323543390> (zuletzt aufgerufen am 11.06.2015).

Spiegel, 16.06.2015:

Spiegel: Europaparlament. Rechte Politiker aus sieben Ländern gründen Fraktion. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/europaparlament-sieben-rechte-parteien-gruenden-neue-fraktion-a-1039089.html> (zuletzt aufgerufen am 08.09.2015).

Spiegel, 02.07.2015:

Popp, Maximilian: Verschärfung des Asylrechts. Flucht als Verbrechen. Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylrecht-bundestag-sollte-neues-gesetz-ablehnen-a-1041655.html> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).

welt, 10.07.2015:

Woldin, Philipp: Flüchtlinge willkommen – nur nicht in der Nachbarschaft. Online unter: <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article143838626/Fluechtlinge-willkommen-nur-nicht-in-der-Nachbarschaft.html> (zuletzt aufgerufen am 29.11.2015).

welt, 27.07.2015:

Crolly, Hannelore: In der Flüchtlingskrise ist es "drei vor zwölf". Online unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article144503178/In-der-Fluechtlingskrise-ist-es-drei-vor-zwoelf.html> (zuletzt aufgerufen am 29.11.2015).

publikative, 29.07.2015:

Steiner, Felix M.: Das Problem heißt Rassismus. Online unter: <http://publikative.org/2015/07/29/das-problem-heisst-rassismus/> (zuletzt aufgerufen am 05.11.2015).

Spiegel, 29.07.2015:

Popp, Maximilian: Attacken gegen Flüchtlinge. Terror in Deutschland. Online unter: <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/fluechtlinge-terror-in-deutschland-kommentar-zu-anschlaegen-a-1045634.html> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).

Spiegel, 30.07.2015:

Wittrock, Philipp: Rot-Grün und die Balkan-Flüchtlinge: Schnell abschieben, aber bitte freundlich. Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/balkan-fluechtlinge-spd-will-abschieben-aber-netter-als-die-csu-a-1045880.html> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).

taz, 21.08.2015:

Jakob, Christian: Willkommenskultur in Deutschland. Helfen als Lebensgefühl. Online unter: <http://m.taz.de/Willkommenskultur-im-Norden/!5225434;m/> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).

tagesspiegel, 03.09.2015:

Meisner, Matthias: Wie die CDU in Sachsen mit Fremdenhass umgeht. Online unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/pegida-freital-meissen-heidenau-wie-die-cdu-in-sachsen-mit-fremdenhass-umgeht/12271564.html> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2015).

sz, 10.09.2015:

SZ: Bundeskanzlerin Merkel "Das Grundrecht auf Asyl kennt keine Obergrenze". Online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundeskanzlerin-merkel-das-grundrecht-auf-asyl-kennt-keine-obergrenze-1.2643260> (zuletzt aufgerufen am 29.11.2015).

taz, 20.10.2015:

TAZ: Pegida in Dresden. Warnung vor Radikalisierung. Online unter: <http://taz.de/Pegida-in-Dresden/!5244266/> (zuletzt aufgerufen am 20.10.2015).

ak, 17.11.2015:

Danielzik, Chandra-Milena: Willkommensweltmeister dürfen das. Online unter: https://www.akweb.de/ak_s/ak610/43.htm (zuletzt aufgerufen am 29.11.2015).

-Anhang

Im Folgenden sind alle Artikel aus dem Materialkorpus der Kritischen Diskursanalyse chronologisch aufgelistet:

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.12.2014, Nr. 290, S. 1

Scharfe Kritik an Anti-Islam-Bündnis Pegida

Gauck: Chaoten / Merkel: Kein Platz für Hetze / Innenminister: Aufwiegler demaskieren

reb. KÖLN, 12. Dezember. Bundespräsident Joachim Gauck sieht in Anti-Islam-Bewegungen wie den "Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pegida) "Chaoten und Strömungen, die wenig hilfreich sind". Stattdessen sollten positive Beispiele im Umgang mit der wachsenden Zahl von Flüchtlingen stärkere Beachtung finden, sagte Gauck beim Besuch eines Flüchtlingsheims in Magdeburg. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sieht die Bewegung Pegida, die ihren Ursprung in Dresden hat, kritisch. Es gebe in Deutschland keinen Platz für Hetze gegen Gläubige, für Islamophobie oder Fremdenfeindlichkeit, sagte eine Regierungssprecherin. Die Bundeskanzlerin verurteile solche Tendenzen aufs Schärfste.

Unterdessen warnten die Innenminister von Bund und Ländern zum Abschluss ihrer Herbstkonferenz in Köln davor, dass Rechtsextremisten und Rechtspopulisten ganz gezielt Demonstrationen für ihre Zwecke ausnutzen. Dies könne bei Plattformen wie Pegida und ihren Ablegern erschreckend deutlich beobachtet werden, heißt es in einem Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK). "Wir müssen diese Aufwiegler demaskieren; sie schüren ganz bewusst Ängste und Vorurteile. Und das auf dem Rücken von rund vier Millionen friedliebenden Muslimen", sagte der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD). Es sei wichtig, den Unterschied zwischen salafistischen Fanatikern und einer Religion klar herauszustellen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sagte, man spüre, dass das gesellschaftliche Klima rauher werde. Viele Menschen seien in Sorge, und Pegida missbrauche das. "Es droht keine Islamisierung der ganzen deutschen Gesellschaft." Die meisten Muslime seien integriert. Zuvor hatte sich de Maizière aber auch dafür ausgesprochen, die Sorgen der Demonstranten ernst zu nehmen. Jäger wiederum hatte die Pegida-Organisatoren als "Neonazis in Nadelstreifen" bezeichnet.

Während ihres Treffens in Köln beschlossen die Innenminister auch eine Rahmenkonzeption für ein deutschlandweites Präventionsnetz gegen gewaltbereite Salafisten. Dabei soll auf Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen und Hessen zurückgegriffen werden. (Siehe Seite 4.)

Süddeutsche Zeitung, Montag, 15.12.2014, Seite 1 (Deutschland)

„Pegida ist eine Schande für Deutschland“

Bundesjustizminister Heiko Maas verurteilt die umstrittenen Anti-Islam-Demonstrationen scharf. Er befürchtet, dass die Agitation gegen Zuwanderer und Flüchtlinge eskaliert

VON ROBERT ROSSMANN

Berlin – Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) verurteilt die Pegida-Demonstrationen als „Schande für Deutschland“. An diesem Montag wollen die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ wieder in deutschen Städten demonstrieren. Maas sagte der Süddeutschen Zeitung, er befürchte, dass Deutschland „gerade eine neue Eskalationsstufe der Agitation gegen Zuwanderer und Flüchtlinge“ erlebe.

Bei Pegida seien „zwar sicher auch einige dabei, die von hohlen Sprücheklopfern nur verführt werden und die für rationale Argumente hoffentlich noch erreichbar sind“, sagte Maas. Es gingen „aber auch Menschen mit einer klaren Affinität zur Ausländerfeindlichkeit auf die Straße“. Das sei „widerwärtig und abscheulich“. Es sei nicht neu, dass es Vorurteile gegen Flüchtlinge gebe. „Jetzt trauen sich einige aber, ihre Ressentiments auch so offen auszuleben.“ Es sei „eine Schande für Deutschland, dass das bei den Pegida-Demonstrationen auf dem Rücken von Flüchtlingen geschieht, die gerade alles verloren haben und uns um Hilfe bitten“.

Maas forderte deshalb „ein breites Gegenbündnis der gesamten Zivilgesellschaft und aller politischen Parteien“. Der Justizminister sagte: „Wir müssen Pegida entlarven“. Die Argumente von Pegida seien „wirklich hanebüchen“. Niemand in Deutschland müsse „Angst haben vor einer sogenannten Islamisierung, erst recht nicht in Sachsen“. Das gelte umso mehr als „die Mehrheit der syrischen Flüchtlinge keine Muslime, sondern Christen sind“.

Zu Vorwürfen, die CSU habe Pegida mit ihrem Man-Spricht-Deutsch-Antrag indirekt unterstützt, sagte Maas: „Ich hoffe, dass die CSU bei diesem Thema eher auf dem Rückzug ist. Die haben sich am Ende wohl auch mal gefragt, welche Sprache Pep Guardiola zu Hause mit seinen Kindern spricht.“

Wegen der Kritik an ihrem Antragsentwurf hat die CSU auf ihrem Parteitag am Freitagabend eine deutlich abgeschwächte Fassung beschlossen. Die CSU fordert jetzt nur noch, Migranten sollten „motiviert werden, im täglichen Leben deutsch zu sprechen“. Im Antragsentwurf hatte es noch geheißen, Zuwanderer sollten „dazu angehalten werden, im öffentlichen Raum und in der Familie deutsch zu sprechen“.

Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière zeigte sich am Wochenende besorgt darüber, wie schnell die Teilnehmerzahl bei den Pegida-Demonstrationen „innerhalb weniger Wochen in die Höhe geschnellt“ sei. Der Minister stellte im Spiegel außerdem eine Verbindung zwischen Pegida und der AfD her. Unter den Demonstranten seien viele Bürger, „die sich sorgen vor den Herausforderungen unserer Zeit“, sagte der CDU-Politiker. Es gehe „um Flüchtlinge, die Angst vor angeblich drohender Islamisierung, den Euro“. Er sehe deshalb „Schnittmengen mit den Anhängern der AfD“.

Am Montag vergangener Woche hatten allein in Dresden 10 000 Bürger an einer Pegida-Kundgebung teilgenommen. In der sächsischen Stadt finden bereits seit Oktober solche Demonstrationen statt. Inzwischen gibt es in mehreren Städten Ableger der Bewegung.

Süddeutsche Zeitung, Dienstag, 16.12.2014, Seite 4 (München)

PEGIDA & CO.

Eine prekäre Mischung

VON JAN BIELICKI

Sieben Grad sagte der Wetterbericht für Montag voraus, eine leichte Brise, wohl keinen Regen und wenn doch, dann nur leicht. Es waren also keine allzu widrigen Verhältnisse für einen Abendspaziergang – und doch muss noch mehr als das milde Wetter locken, wenn Tausende Menschen Montag für Montag gemeinsam durch Dresdens Innenstadt ziehen. Eines immerhin haben die Organisatoren der sogenannten Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes, kurz: Pegida, geschafft: Sie bringen in der sächsischen Landeshauptstadt allwöchentlich eine Menge Menschen auf die Straße. Aber sind die Demonstranten von Dresden schon eine neue, rechte Massenbewegung? Oder zumindest deren Vorhut?

Für Kernphysiker ist die kritische Masse jene Menge eines spaltbaren Objekts, mit dem sich eine Kettenreaktion aufrechterhalten lässt. Wie viel dazu nötig ist, hängt vom Material ab. Beim Uran-Isotop 235, das in der Hiroshima-Bombe steckte, sind es etwa 47 Kilogramm. Was es braucht, um eine politische Kettenreaktion auszulösen, ist so genau nicht zu bestimmen. Das hängt nicht allein von der Masse der demonstrierenden Menschen ab, sondern vor allem davon, welche Elemente daran beteiligt sind.

Wer die Leute sind, die in Dresden zu Tausenden, in Berlin, Chemnitz, Düsseldorf oder Bonn zu Hunderten und andernorts zu wenigen Dutzenden unterwegs sind, dafür gibt es viele Beschreibungen: Islamhasser, Ausländerfeinde, Nazis in Nadelstreifen, rechtsorientierte Wutbürger oder tatsächlich „besorgte Bürger“, die ihrer Angst und ihren Vorurteilen in großer Zahl gemeinsam Ausdruck verleihen. Es sind ja alle dabei, der Hooligan und der Neonazi – aber eben auch, wenigstens in Dresden, die vielen, die nicht auf eine Stufe mit Rechtsextremen gestellt werden wollen. Diese Mischung ist es, scheinbar neu und potenziell explosiv, die es der Politik lange schwer machte, ihr mit dem richtigen Ton zu begegnen.

Es wäre freilich falsch, nur auf die vielköpfige Menge in Dresden zu blicken. Und erst recht töricht, den Pegida-Propagandisten im Netz zu glauben, die sich schon als bundesweite Massenbewegung sehen, bloß weil von Bogida in Bonn bis Wügida in Würzburg überall Ableger zu sprießen scheinen. Denn was außerhalb Sachsens dem Dresdner Original nachzueifern sucht, ist alles andere als neu: Ob „Hooligans gegen Salafisten“ (Hogesa) in Köln Krawall machen oder in Hannover aufmarschieren, ob eine „Bürgerinitiative“ in Berlin-Marzahn Stimmung gegen ein Flüchtlingsheim macht oder ob das Gida-Etikett die Transparente von Aufmärschen in Düsseldorf oder Bonn ziert – überall dort stehen rechte Extremisten, den Verfassungsschutzbehörden oft gut bekannt, hinter den Aufrufen. Bei den Hogesa-Kundgebungen traten Neonazi-Musiker auf die Bühne und ein NPD-Mann, die Dügida stellte in Düsseldorf eine rechtsextreme Pro-NRW-Funktionärin ans Mikrofon. Ungewöhnlich an diesen Treffen war nur, dass

sich die rechtsextreme Szene ausnahmsweise einig zeigte – vom sich sonst israelfreundlich gebenden Islamhasser bis zum offen antisemitischen Neonazi.

Massen freilich mobilisiert sie im Westen so nicht– jedenfalls nicht auf der Straße. In den sozialen Netzwerken des Internets ist zwar zu beobachten, wie sich viele Nutzer längst in eine ungerichtete Wut hineingesteigert haben, die ihr Ziel mal in der EU, mal in den Muslimen, mal in den Flüchtlingen, mal in der Regierung und meistens einfach in der Politik zu finden glauben. Viele dieser Wütenden sind wohl nur noch schwer zu erreichen, zu sehr haben sie sich abkapselt in geschlossenen Diskussionszirkeln, die alles, was von außen kommt, als Mainstream verteufeln. Doch nur in Dresden ist diese Mixtur aus Angst, Zorn und Vorurteil bisher aus dem virtuellen Raum auf die Straße geschwappt. Das mag damit zu tun haben, dass in Sachsen rechtsextreme Positionen auch bei Wahlen deutlich mehr Stimmen bekommen als anderswo. Vielleicht auch damit, dass die Pegida-Leute selbst nicht aus den Reihen der üblichen rechtsextremen Verdächtigen kommen – auch wenn sie sich Rechtsextremen offen zeigen. Aber das macht es nicht besser.

In seiner Dresdner Version zeigt Pegida nämlich, dass Islamhass und Ausländerfeindlichkeit eben keineswegs nur von den extremistischen Rändern kommen müssen. Vorurteile gegen Asylbewerber oder Muslime bestehen auch in der Mitte der Gesellschaft, nicht nur in Deutschland. Sie können geschürt und politisch ausgenutzt werden. Sie können aber auch von Gesellschaft und Politik bekämpft werden. Am einfachsten noch dann, bevor das Ressentiment seine kritische Masse erreicht.

Vorurteile nicht politisch schüren – sondern sie bekämpfen

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.2014, Nr. 293, S. 1

Heimatlos

Von Jasper von Altenbockum

Pegida ist ein anderes Wort für die Sehnsucht nach politischer Führung. Wer nimmt sie wahr?

Auf den Fotos, die Agenturen über Pegida verbreiten, ist die Welt noch in Ordnung. Beliebtes Motiv: glattrasierter Kopf vor Schwarz-Rot-Gold. Aha, soll man im In- und Ausland denken, schon klar: Alles Hooligans und Mitläufer, wer da mitmacht, ist entweder tumb oder rechtsradikal. Mit der Wirklichkeit hat diese Bildsprache wenig zu tun. Aber sie bedient das Bedürfnis, dem Dresdner Phänomen den Stempel "Erledigt" aufzudrücken.

Es wundert deshalb nicht, dass der beliebteste Schlachtruf in der Dresdner Innenstadt am Montagabend nicht "Wir sind das Volk!" war, sondern "Lügenpresse!". Darin äußert sich zwar einer von vielen Widersprüchen, mit denen die Demonstranten keine Schwierigkeiten haben: Sie fordern Meinungsvielfalt, neigen aber dazu, ihre Meinung als Wahrheit, alle anderen Äußerungen als Lüge zu sehen. Doch die Wut auf böswillige Berichterstattung führt zum Kern der Motive, die beileibe nicht nur Hooligans, Chaoten, Hetzer, Nazis in Nadelstreifen - oder wie die Demonstranten sonst noch genannt wurden - auf die Straße treiben.

Es sind Männer und Frauen jeden Alters, bürgerlich, vielleicht am besten charakterisiert mit dem Etikett des "kleinen Mannes". Jedes Mal, wenn sie in eine Ecke gestellt werden, in die sie nicht gehören, dürfen sie sich bestätigt fühlen. Das äußert sich in Sätzen wie: Wir gelten ja eh nichts, auf uns hört kein Politiker mehr, die sind doch alle gleich, wir werden schon lange nicht mehr ernst genommen. Bei Pegida geht es deshalb weniger um das Abendland, den Islam oder um Patriotismus. Es geht um "Lügen", mit denen eine privilegierte "Polit-Elite" und deren "Staatspropaganda" das einfache Volk "manipulieren".

Dieses Pegida-Gefühl speist sich nicht nur aus Kritik an der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik, sondern aus einer Aversion gegenüber so gut wie allen Institutionen, die unsere Demokratie ausmachen: Parteien, Parlamenten, Presse, Justiz, Regierung. Den Einzigen, denen die Demonstranten am Montag noch ehrliche Sympathien entgegenbrachten, waren die Polizisten, die diesen "Spaziergang" bürgerlicher Systemverweigerer beschützten. Die Ordnungshüter lieferten ihnen offenbar den letzten Rest eines Gefühls für Sicherheit und Halt in dieser Gesellschaft.

Die Adressaten des Protests mögen all das als absurd abtun. Und in der Tat: Es ist ja auch absurd, dass Leute, die sich vor 25 Jahren aus dem DDR-System befreiten, jetzt so tun, als könne nur Putin die Dresdner vor einer neuen Diktatur bewahren. Es ist absurd zu behaupten, "die" Politiker seien korrupt, "das" Parlament sei eine Schwatzbude und "die" Richter die Handlanger einer machtversessenen Elite. Es ist absurd, so zu tun, als raube die Asylpolitik den Deutschen die Luft zum Atmen, und es ist absurd zu behaupten, dass Justiz, Kultur und Politik hierzulande kurz vor der "Islamisierung" stünden.

Aber sind diese Parolen so viel absurder als die, die auf der anderen Seite des Stammtisches verbreitet werden? Was ist mit dem "totalitären Überwachungsstaat", in dem wir leben, mit dem "Finanzkapital", das uns beherrscht, mit dem lupenreinen Demokraten im Kreml, der von westlichen Kriegshetzern gejagt wird, was mit den Freihändlern, die uns mit Chlorhühnchen vergiften wollen? Und was ist mit dem "Bleiberecht für alle"?

Niemand in der Regierung oder der Opposition käme auf den Gedanken, in diesen Fällen vor einer Instrumentalisierung durch Extremisten, vor "Hetze" und vor "Rattenfängern" zu warnen. Geht es aber um Einwanderung, um den Islam, um Recht und Ordnung, also um "rechte" Themen, die künftige Generationen so beschäftigen werden wie kaum andere vor ihnen, dann werden fleißig Rituale gepflegt, die in der Vergangenheit Bewegungen wie Pegida im Keim erstickten. Diese Rituale provozierten aber immer schon, wovor sie eigentlich warnen wollten: die Abkehr von Institutionen und einem politischen Alltag, die jenen "Zusammenhalt der Gesellschaft" garantieren, der so gerne beschworen wird. Darauf keine Rücksicht zu nehmen, scheuen sich die Leute in Ostdeutschland viel weniger als die in Ritualen "geschulten" Westdeutschen. Sie gehen in West wie Ost gleichermaßen nicht mehr zur Wahl, aber im Osten auf die Straße.

Gegen die Gefahren, die von Pegida ausgehen und vor zwanzig Jahren in Gewalt gegen Asylbewerber umgeschlagen sind, hilft keine Ausgrenzung mehr. In Dresden ist die Sehnsucht nach Führung - "Putin, hilf uns!" - mit Händen zu greifen. Die "Führung" der Politiker erschöpft sich aber darin, diejenigen, die den Pegida-Anhängern eine politische Heimat bieten wollen, als Rassisten zu bezeichnen und womöglich für Gewaltorgien verantwortlich zu machen. Der Rest der Republik verschanzt sich hinter einem

Bundespräsidenten, der dazu aufruft, Pegida einfach nicht zu beachten - der "Rest" ist in diesem Fall das gesamte demokratische Spektrum einschließlich der Kanzlerin und großer Teile der Union.

Dabei fühlen doch gerade sie sich neben SPD und Linkspartei als Stimme und Führer des "kleinen Mannes". Das könnten sie jetzt beweisen. Sonst geht am Ende noch der Traum Bernd Luckes in Erfüllung, dass die AfD zur Volkspartei heranwächst. Und wer wollte Lucke schon mit Putin vergleichen?

Süddeutsche Zeitung, Mittwoch, 17.12.2014, Seite 4

GROSSE KOALITION

In Liebe, Eure Angela

VON NICO FRIED

Angela Merkel ist eine eigenwillige Jubilarin. Vom ersten Geburtstag ihrer zweiten großen Koalition wird vor allem in Erinnerung bleiben, dass die Kanzlerin über ihren aktuellen Regierungspartner wenig Gutes zu sagen hatte und stattdessen würdigte, was gar nicht existiert. So ließ Merkel bei ihrem Auftritt vor dem CDU-Parteitag jüngst die Regierungsarbeit mit der SPD fast völlig unter das Rednerpult fallen. Lobende Worte fand sie dagegen ausgerechnet für die verblichene schwarz-gelbe Koalition. Und auch der 2013 nach ersten Sondierungen gescheiterten schwarz-grünen Option weinte Merkel noch ein Krokodilstränchen hinterher.

Man kann sich diese nostalgischen Reminiszenzen nur mit Merkels schrägem Humor erklären, wenn man sieht, wo ihre große Koalition nach einem Jahr steht. Die Zufriedenheit der Bürger erreicht jenseits von Pegida konstant hohe Werte. Merkel ist die populärste Politikerin weit und breit. Nur Frank-Walter Steinmeier reicht in den Umfragen an die Kanzlerin heran, kann ihr aber im richtigen Leben nicht mehr gefährlich werden, nachdem er einmal schon verloren und beim zweiten Mal verzichtet hat. Die Wähler wollten diese Regierung und sie bleiben ihr treu.

Merkel und die Union regieren um des Regierens willen. Die SPD regiert um ihre Existenzberechtigung. Sie ist fleißig und verlässlich. Es war zwar im ersten Jahr wiederholt Gerumpel zu hören. Meistens waren das aber nur Steine, die Unionspolitikern vom Herzen fielen, weil sie nach dem ewigen Gezerre mit der FDP nun wieder mit den Sozis Kompromisse machen dürfen. Außerdem setzt die SPD vom Mindestlohn bis zur Frauenquote Ideen durch, die Merkel sich gerne aufzwingen lässt, weil sie am Ende auch ihren Ruhm mehren. Kurzum: Die Kanzlerin sitzt nicht trotz, sondern wegen der großen Koalition derart ungefährdet in ihrem Amt. Gemessen daran, erweist sich Merkel freilich als bemerkenswert undankbar.

Die überraschendste Pointe in ihrer Kölner Parteitagsrede war die Bezeichnung der FDP als natürlichen Koalitionspartner. Da denkt man unwillkürlich an vier schwarz-gelbe Jahre zurück, die damit endeten, dass Merkel die verzweifelten Liberalen im Bundestagswahlkampf am langen Arm verhungern ließ. Natürlich war überhaupt nichts an dieser Koalition, noch nicht einmal der parlamentarische Tod, den die Liberalen am

Ende zur Hälfte wegen unterlassener Hilfeleistung der Union, zur anderen Hälfte durch Selbstmord starben.

Zudem hat Merkel in ihren neun Kanzlerjahren zwar nicht immer mit der SPD koalitiert, aber immer mit ihr regiert – vor allem, wenn es wirklich darauf ankam: Die Sozialdemokraten halfen Merkel als Koalitionspartner in der ersten Legislaturperiode bei der Bekämpfung der Finanzkrise; sie halfen Merkel in der zweiten Legislaturperiode als Oppositionspartei bei der Bekämpfung der Euro-Krise, während die Liberalen noch Mitgliederbefragungen veranstalteten. Und die SPD steht in der dritten Legislaturperiode wieder als Koalitionspartner in der Ukraine-Krise fest an Merkels Seite, jedenfalls der Teil der SPD, der unter 60 ist.

Merkel ist von ihrem Wesen her die natürliche Großkoalitionärin. Ihre Beliebtheit rührt nicht zuletzt daher, dass sie wie keine andere das Konsensprinzip verkörpert, das die streitscheuen Deutschen in der Politik im Allgemeinen und in der Außenpolitik im Besonderen so mögen. Deshalb ist und bleibt es für die SPD verdammt schwierig, vielleicht sogar unmöglich, aus einer großen Koalition heraus und gegen Merkel das Kanzleramt zu erobern: Der Streit, den die Sozialdemokraten zwangsläufig schon vor dem Wahltag über eine rot-rot-grüne Mehrheit zu führen hätten, würde diese Mehrheit mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sowieso verhindern.

Auf dem CDU-Parteitag hat Merkel die SPD für ihre Rolle als Juniorpartner eines linken Ministerpräsidenten in Thüringen verhöhnt. Der stürmische Beifall der Delegierten dokumentierte eindrucksvoll das Mobilisierungspotenzial, das eine drohende linke Mehrheit unter selbstzufrieden und bequem gewordenen Christdemokraten im Zweifelsfall entfalten könnte.

Vor allem aber war das, was wie eine Provokation Merkels an die Adresse der SPD daherkam, eigentlich die verkappte Liebeserklärung einer treuen Seele. Denn nach neun gemeinsamen Jahren ist klar, dass die Kanzlerin ohne die Sozialdemokraten niemals geworden wäre, was sie ist – und dass sie es ohne SPD nicht bleiben kann, wenn sich eine Partei wie die AfD etablieren sollte. Die SPD ist nicht nur Merkels natürlicher Koalitionspartner, sondern eigentlich auch ihr einziger. Wahrscheinlich war sie einfach nur zu schüchtern, um das mal offen zu sagen.

In Wahrheit regiert Merkel schon seit neun Jahren mit der SPD

Süddeutsche Zeitung, Dienstag, 23.12.2014, Seite 1

Bundesweit Protest gegen Pegida

„Wir sind die friedliche Mitte der Gesellschaft“: In deutschen Städten demonstrieren Tausende gegen Islamfeindlichkeit

JAN BIELICKI

München – Gegen die Kundgebungen der sogenannten Pegida-Bewegung formiert sich bundesweit immer stärkerer Protest. In einigen deutschen Städten wollten am Montagabend mehrere Tausend Menschen auf die Straßen gehen, um ein Zeichen gegen

Islam- und Fremdenfeindlichkeit zu setzen – auch an Orten, an denen die Dresdner „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) und ihre Ableger noch nicht öffentlich in Erscheinung getreten sind.

Allein in München wurden mindestens 5000 Menschen zu einer Kundgebung „gegen Pegida, Rassismus und Hetze“ erwartet. Dazu aufgerufen hatte ein Bündnis, zu dem sich Flüchtlingsinitiativen und zahlreiche Künstler zusammengeschlossen hatten. „Wir sind die friedliche Mitte der Gesellschaft – nicht Pegida“, sagte dessen Sprecher Till Hofmann der Süddeutschen Zeitung. Vor dem Nationaltheater wollten neben Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) bekannte Musiker wie Konstantin Wecker oder die Sportfreunde Stiller auftreten.

Auch in anderen Städten kündigten Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und andere Gruppen Gegenaktionen gegen örtliche Pegida-Versammlungen an. Auf dem Bonner Markt wollten sich laut den Erwartungen der Organisatoren Tausende Bürger einer Kundgebung entgegenstellen, die eine Funktionärin der rechtsextremen Partei Pro NRW unter dem Kürzel „Bogida“ angemeldet hatte. Bereits vor einer Woche hatten etwa 3000 Gegendemonstranten einen Marsch von etwa 200 Bogida-Anhängern durch die Bonner Innenstadt verhindert. In Kassel versammelten sich am Montagabend etwa 1000, in Würzburg mehrere Hundert Menschen, um gegen Aufmärsche von Pegida-Ablegern zu protestieren. Zu diesen waren dort zuletzt jeweils nur einige Dutzend Anhänger gekommen.

In ihrer Hochburg Dresden erwartete die rechtsorientierte Bewegung jedoch erneut mehrere Tausend Menschen, diesmal zum gemeinsamen Singen dreier Weihnachtslieder vor der Semperoper, wie auf dem Facebook-Auftritt von Pegida zu lesen war. Vor einer Woche waren etwa 15 000 Menschen, darunter auch Politiker der AfD, den Aufrufen der Bewegung in die sächsische Landeshauptstadt gefolgt. Aber auch hier hat ein linkes Bündnis eine Gegendemonstration angekündigt.

Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) forderte unterdessen die demokratischen Parteien dazu auf, „klare Kante“ zu zeigen „gegen diesen kruden Haufen, der sich Pegida nennt“. Schröder erinnerte im Magazin Couragiert an den „Aufstand der Anständigen“, zu dem er als Kanzler im Jahr 2000 nach dem Anschlag auf eine Synagoge aufgerufen hatte. Damals hätten 200 000 Menschen protestiert, „und selbstverständlich sind Bundespräsident und Bundeskanzler vorneweg marschiert. So eine öffentliche Reaktion brauchen wir auch jetzt“. Grünen-Chef Cem Özdemir wies Forderungen nach Dialog mit nichtextremistischen Teilen von Pegida als „Gesülze“ zurück: Er halte nichts von „so einer weinerlichen Haltung“, sagte er dem Sender RBB.

► Seite 4 und Lokales

Süddeutsche Zeitung, Mittwoch, 24.12.2014, Seite 1

Gauck gegen Abschottung Deutschlands

Der Bundespräsident geht auf Distanz zu den Pegida-Demonstrationen: Er ermuntert die Bürger, Verfolgten Schutz zu bieten, statt mit „angstgeweiteten Augen“ auf die Welt zu schauen

VON ROBERT ROSSMANN

Berlin – Bundespräsident Joachim Gauck geht auf Distanz zu den Pegida-Demonstranten. In seiner Weihnachtsansprache wirbt Gauck um Verständnis für Flüchtlinge. Außerdem spricht er sich gegen eine Abschottung Deutschlands aus. Der

Bundespräsident sagt, es sei „ein deutliches Zeichen für die Menschlichkeit in unserer Gesellschaft“, dass es mittlerweile eine große Bereitschaft gebe, Flüchtlinge aufzunehmen. „Dass wir mitfühlend reagieren auf die Not um uns herum, dass die Allermeisten von uns nicht denen folgen, die Deutschland abschotten wollen, das ist für mich eine wahrhaft ermutigende Erfahrung dieses Jahres“, findet Gauck.

Die Ansprache soll am 25. Dezember ausgestrahlt werden. Der Bundespräsident erwähnt in ihr Pegida nicht wörtlich. Aber die Anspielungen auf die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands“ sind eindeutig. Im Präsidentialamt heißt es dazu, eine offene Konfrontation mit Pegida hätte dem Charakter einer Weihnachtsansprache widersprochen.

Gauck hatte bereits in seinen letzten beiden Weihnachtsansprachen auf die schlimme Lage der Flüchtlinge aufmerksam gemacht. 2013 forderte er die Deutschen auf, sich zu fragen: „Tun wir wirklich schon alles, was wir tun könnten?“

Eckpfeiler der diesjährigen Ansprache des Präsidenten sind die beiden Weihnachtsbotschaften „Friede auf Erden“ und „Fürchtet euch nicht“. Die Botschaft „Friede auf Erden“ klinge nach einem Jahr voller Friedlosigkeit auf der Welt besonders dringlich, sagt Gauck. „Denn wir spüren: Kein Friede ist selbstverständlich.“ Die Bundesrepublik sei heute „ein Land des Friedens“. Deshalb müssten die Deutschen alles tun, was in ihrer Macht stehe, um Frieden zu stiften und Leid zu lindern. Jeder könne „einen Beitrag leisten, damit der Wärmestrom lebendig bleibt, ohne den die Welt kalt und friedlos wäre: Indem wir uns engagieren, wenn unsere Mitmenschen Hilfe brauchen, indem wir Bedrohten Frieden und Verfolgten Schutz bieten“. Eine menschliche Gesellschaft brauche „die tägliche Achtung voreinander und das tägliche Achtgeben aufeinander“.

Die zweite Weihnachtsbotschaft sieht der Bundespräsident vor allem als Ermutigung. „Fürchtet euch nicht!: Das möchte ich in diesem Jahr allen zurufen, die sich durch die Entwicklung in der Welt beunruhigt fühlen, die besorgt sind, dass wir auf etliche Fragen noch keine Antworten kennen“, sagt Gauck. Ängste ernst zu nehmen, heiße nicht, ihnen zu folgen. „Mit angstgeweiteten Augen“ werde man „eher klein und mutlos“ und könne Lösungswege nur schwer erkennen. Auch damit spielte der Bundespräsident auf die Pegida-Demonstranten an, die vor allem aus Angst vor einer angeblichen Islamisierung auf die Straßen gehen. Die Botschaft „Fürchtet euch nicht!“ sollten die Deutschen „als Aufforderung verstehen, unseren Werten, unseren Kräften und übrigens auch unserer Demokratie zu vertrauen“, sagt Gauck.

Seit einigen Wochen demonstrieren Montag für Montag in verschiedenen deutschen Städten Pegida-Anhänger. Inzwischen gibt es aber auch Gegenkundgebungen. Die bisher größte fand am Montagabend in München statt.

► Seite 4

Süddeutsche Zeitung, Datum Mittwoch, 31.12.2014, Seite 4

2015

Die Tugend der Zuversicht

VON MATTHIAS DROBINSKI

Was es an guten Nachrichten gab dieses Jahr? Die Fußball-Nationalmannschaft ist Weltmeister geworden, das Land feierte ohne Überheblichkeit und steckte das Sieben zu eins über Brasilien ins Schatzkästlein der kollektiven Erinnerung.

Was sonst an Nachrichten ins Bewusstsein drang, machte selten froh. Russland besetzte die Krim und schürte den Sezessionskrieg in der Ostukraine. Die Hamas schoss Raketen auf Israel, Israel bombardierte Gaza. Ebola, die unheimliche Krankheit, breitete sich aus, eine Kopfabstechertruppe namens Islamischer Staat errichtete in Teilen Syriens und des Irak eine Schreckensherrschaft. 200000 Menschen flohen vor Not und Krieg nach Deutschland, eine ferne Ahnung des weltweiten Elends, und doch genügte sie, den Fremdenfeinden im Land Auftrieb zu geben. Nimmt man Erderwärmung und Eurokrise hinzu, vergessene Krankheiten, Kriege und Bürgerkriege, dann sind die Aussichten für 2015 trübe und die Zeiten für Optimisten schlecht.

Die Konflikte, Nöte und Ungerechtigkeit der Welt sind 2014 den Deutschen nähergerückt. Sie sind in den Vorgarten des wohlgeordneten Lebens eingedrungen, als unbefugte Besucher haben sie dort die Blumenrabatte der Selbstgewissheit zertreten. Der Boden ist schwankend, auf dem sich Frieden, Wohlstand und Demokratie gründen – in manchen Jahren spürt man das stärker als in anderen. Es sind Jahre, in denen sich die Leute häufiger als sonst nicht beeinflussbaren und anonymen Mächten ausgeliefert sehen; in denen sie spüren, dass sie ihren Kindern nicht mehr einfach versprechen können, sie würden es einmal besser haben als die Eltern. In solchen Zeiten wachsen Sorgen und diffuse Ängste. Verglichen mit den europaweiten Erfolgen rechter Parteien und Bewegungen, die Fremdenfeinde, Autoritätsbedürftige, Verunsicherte und Selbstgerechte versammeln, sind die AfD-Erfolge und Pegida-Demos ein schwaches Echo des Trends.

Da überrascht es, wie viele Deutsche den immer am Jahresende veröffentlichten Umfragen zufolge zuversichtlich sind. 45 Prozent Optimisten gegen 27 Prozent Pessimisten sind es beim Zukunftsforscher Horst Opaschowski, der das persönliche Wohlergehen der Deutschen auf Rekordniveau sieht. Schaut man sich die Umfrage näher an, fällt auf: Es ist der Optimismus jener, die Arbeit haben und in Wohlstand leben – und stärker als der Anteil der Optimisten ist jener der Pessimisten gestiegen, auf Kosten der Unentschiedenen. Es ist ein rissiger Optimismus, den Opaschowski da präsentiert.

Es stimmt ja: Den Deutschen geht es im Durchschnitt materiell so gut wie nie. Wen kein persönlicher Schicksalsschlag ereilt, der kann annehmen, dass es ihm im kommenden Jahr nicht wesentlich schlechter gehen wird als 2014, egal, ob die Zahl der Flüchtlinge steigt und die der Ebola-Toten, ob der Kalte Krieg zurückkehrt oder die Wirtschaft kriselt. Das Niveau ist hoch für den, der stark ist. Es senkte sich nicht im Jahr der Finanzkrise 2009, es wird sich nicht 2015 senken. Trotz aller Politikverdrossenheit wird die Demokratie noch ein Weilchen funktionieren, und egal, welche Macht mit wie viel Eifer die Bürger ausspähen möchte: Die meisten erwischt sie nicht.

Es ist ein eigentümlich verdrängender Optimismus, der sich da zeigt: Mir wird es schon noch gutgehen, wir werden schon noch durchkommen, die Sintflut ist verschoben; mögen auch die Katastrophen der Welt durch den Vorgarten getrampelt sein – das Wohnzimmer haben sie heil gelassen. Es ist ein Optimismus, der Stärke demonstrieren muss und keine Unsicherheit zugeben darf. Er hat seine Quelle in einem positiven Denken, für das auch Krebs kein Unglück sein darf, sondern eine

Herausforderung sein muss. Der verdrängende Optimismus ist das Gegenstück zur diffusen Angst der Pessimisten. Beide haben ein statisches Weltbild. Nur glauben die einen, dass alles so bleibt, und die anderen, dass alles zerbricht.

Was das Gegenbild zur namenlosen Angst und zum verdrängenden Optimismus wäre? Die Zuversicht. Sie ist realistisch und leugnet die Abgründe, Gefährdungen und Grenzen nicht. Sie weiß, wie dünn der Boden des Friedens und des Zivilen ist. Sie weiß, dass der Wohlstand in den reichen Ländern auf diesem Niveau nur um den Preis der Zerstörung der globalen Grundlagen zu halten sein wird. Anders als der Pessimismus aber leugnet die Zuversicht nicht das Potenzial, das in dieser Realität steckt. Die Welt ist schwierig, aber wandelbar. Es lohnt sich, geduldig zu sein und beharrlich, auch wenn 2015 nicht das große Jahr der Problemlösungen wird. Es geht auch nicht das Abendland unter, wenn nicht alles so weitergeht wie bisher, wenn Wohlstand und Ressourcen neu geteilt werden müssen.

Zuversicht ist eine Tugend. Kurz vor Weihnachten 1944 dichtete der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer: „Von guten Mächten wunderbar geborgen, erwarten wir getrost, was kommen mag“ – da hatte er noch drei Monate zu leben. Es gibt eine Macht über alle Prognosesicherheit hinaus, diese Gewissheit ist an keine Konfession oder Religion gebunden. Ohne sie helfen die schönsten Kinderkrippen samt Elterngeld nichts – ein Paar braucht eine unverschämte Portion Zuversicht, um Ja zu einem Kind zu sagen. Ohne sie gehen die Firmengründer und Erfinder aus, ohne sie fehlen die ungewöhnlichen Lebensläufe, die Männer, die Elternzeit nehmen und die Frauen, die Chefin werden wollen; es fehlten die Pioniere neuer Lebensstile. Die Welt wäre furchtbar öde, ein Ort der ängstlichen Vorsorge. Und nicht einmal Lotto-Aannahmestellen gäbe es mehr.

Die Zuversicht ist auch eine politische Tugend. Sie leugnet nicht, dass dicke Bretter zu bohren sind, sie wiegt die Bürger nicht in falschen Sicherheiten, in der Russlandkrise so wenig wie bei der Rentenreform oder der Frage, wie 200 000 Flüchtlinge gut unterzubringen sind. Sie weiß aber, dass es Bohrer gibt. Und sie zieht in Betracht, dass es mehr Möglichkeiten gibt als vielleicht gedacht: Es gibt ja nicht nur die fremdenfeindlichen Demonstranten in Deutschland. Als im Herbst immer mehr Flüchtlinge kamen, da spendeten die Menschen auch immer mehr Kleider, bis es zu viele davon gab. Und als Weihnachten kam, da wollten so viele mit den Geflohenen das Fest feiern, dass in den Aufnahme-Einrichtungen Gutwillige, die sich zu spät meldeten, abgewiesen werden mussten. Es gibt in diesen Wochen nicht nur die erwartbar wachsende Angst vor dem Fremden. Es gibt, gegen jede Prognose, eine Willkommensbewegung voller Bürgersinn und Menschlichkeit.

Diese Zuversicht üben: Das wäre eine schöne Aufgabe für 2015.

Die Konflikte der Welt dringen in den Vorgarten der Deutschen ein

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.01.2015, Nr. 1, S. 1

SPD, Grüne und Linkspartei loben Merkel für Kritik an Pegida

AfD-Sprecher Lucke empört: Neujahrsansprache soll versöhnen und nicht spalten

elo./mawy. BERLIN/FRANKFURT, 1. Januar. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat von SPD, Linkspartei und Grünen Zustimmung zu ihrer Kritik an den Pegida-Protesten gegen eine angebliche "Islamisierung des Abendlandes" bekommen. Die AfD zeigte sich dagegen empört. Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, Christine Lambrecht, sagte dieser Zeitung: "Es ist gut, dass die Kanzlerin klare Worte zu Pegida gesagt hat. Die Vorstellungen von Pegida sind zum Teil menschenverachtend. Ihre Anhänger tragen diffuse Ängste auf dem Rücken der Schwächsten aus." Es sei wichtig, dass mit Argumenten gegen die Pegida-Proteste angegangen werde. "Denn es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich diese Menschen nicht endgültig von der Politik abwenden." Dass ein Teil der AfD die Pegida-Demonstranten unterstütze, offenbare "das wahre Gesicht der AfD". Merkel hatte in ihrer Neujahrsansprache davor gewarnt, an Pegida-Kundgebungen teilzunehmen.

Der Vorsitzende der Linkspartei, Bernd Riexinger, sagte dieser Zeitung: "Merkels Abgrenzung von Pegida war überfällig." Mit Blick auf Äußerungen des stellvertretenden AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland, der Merkel vorgeworfen hatte, sie verurteile Menschen von oben herab, die sie gar nicht kenne, fügte Riexinger hinzu: "Die Kritik von Gauland ist verräterisch. Die AfD mutiert immer mehr zum parlamentarischen Arm der rechten Brandstifter. Gauland ist Pegida in Nadelstreifen." Der innenpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Volker Beck, verteidigte Merkel ebenfalls gegen die Angriffe der AfD.

Der AfD-Sprecher Bernd Lucke griff die Kanzlerin scharf an. Er sagte dieser Zeitung, eine Neujahrsansprache solle versöhnen und nicht spalten. "Frau Merkel stempelt die Menschen als fremdenfeindlich ab, ohne ihnen Gehör schenken zu wollen." Zuzuhören sei die Pflicht der Bundeskanzlerin. Für Fremdenfeindlichkeit sei kein Platz in Deutschland. "Aber damit diese nicht entsteht, müssen Integrationsprobleme sachlich und konstruktiv diskutiert werden können", sagte der AfD-Vorsitzende. Lucke verteidigte Gauland. Er teile dessen Aussagen "vollkommen". (Siehe Seite 2.)

Süddeutsche Zeitung, Samstag, 03.01.2015, Seite 1

Schlepper werden immer brutaler

Sie kaufen schrottreife Frachter, bieten Flüchtlingen für viel Geld eine Überfahrt nach Europa an und lassen die Schiffe auf hoher See zurück. Grenzschützer sprechen von einem „neuen Grad an Grausamkeit“

VON NICO FRIED UND STEFAN ULRICH

Berlin/München – Der Menschenhandel über das Mittelmeer hat eine neue Dimension erreicht. Die Schlepperbanden setzen inzwischen nicht mehr nur alte Fischkutter und Gummiboote ein, sondern benutzen auch schrottreife große Handelsschiffe, um Menschen in Not nach Europa zu bringen. In dieser Woche wurden auf der Adria zwei Frachter mit mehr als 1200 Flüchtlingen aufgefunden, die von der Besatzung verlassen worden waren und an der süditalienischen Küste zu zerschellen drohten. „Das ist eine neue Erscheinung dieses Winters“, kommentierte eine Sprecherin der EU-Grenzschutzagentur Frontex am Freitag das Vorgehen der Schleuser. Die Folgen dürfte

bald auch die Bundesrepublik zu spüren bekommen. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte in ihrer Neujahrsansprache betont, Deutschland sei bereit, Flüchtlinge aufzunehmen.

Am Freitag schleppte ein Boot der isländischen Küstenwache im Auftrag der EU-Grenzschutzmission Triton den Frachter Ezadeen mit annähernd 450 Menschen an Bord zum Hafen der italienischen Stadt Corigliano Calabro. Der 1966 gebaute Frachter soll von der Türkei aus aufgebrochen und zunächst ins syrische Tarus gefahren sein. Er wurde Mitte Dezember im nordzypriotischen Famagusta gesichtet, von wo aus er Südfrankreich ansteuern sollte. Stattdessen trieb das eigentlich für Viehtransporte bestimmte Schiff am Donnerstag manövrierunfähig 80 Seemeilen vor Crotona. Die italienische Küstenwache setzte per Hubschrauber Einsatzkräfte ab und übernahm das Kommando.

Erst am Dienstag hatten italienische Einsatzkräfte den Frachter Blue SkyM mit fast 800 Flüchtlingen an Bord kurz vor dem Festland übernommen und in den Hafen Gallipoli gebracht. Auch in diesem Fall hatte die Besatzung das Schiff verlassen. Die Steuerung war auf Kollisionskurs mit der Felsküste eingestellt.

Die Strategie der Schleuser, Geisterschiffe voll mit Flüchtlingen auf dem Mittelmeer im Stich zu lassen, zeige „einen neuen Grad an Grausamkeit“, heißt es bei Frontex. „Das ist ein Millionengeschäft.“ Aus jedem Flüchtling würden Tausende Euro oder Dollar herausgepresst. Allerdings haben die Banden schon bisher Boote mit Flüchtlingen auf hoher See ihrem Schicksal beziehungsweise der Hilfsbereitschaft der italienischen Küstenwache überlassen. Wirklich neu ist nun, dass sie ganze Frachter einsetzen. Laut Frontex kaufen sie schrottreife Handelsschiffe von bis zu 75 Metern Länge in Häfen der Südost-Türkei. Die italienische Tageszeitung Avvenire zitiert eine nicht näher benannte Quelle bei Interpol mit den Worten: „Wenn so ein Schiff den am häufigsten benutzten Handelsrouten folgt, erregt es keinen Verdacht.“ Der Fall der Blue Sky M zeige, dass dann auch das Überwachungssystem von Frontex nicht helfe.

Die Skrupellosigkeit der Schlepper setzt auch die Bundesregierung unter Druck. Angela Merkel hat mit ihrer Neujahrsansprache Erwartungen geweckt, sie werde sich des Themas stärker annehmen. Sie sagte mit Blick auf die Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten, es sei „selbstverständlich, dass wir ihnen helfen und Menschen aufnehmen, die bei uns Zuflucht suchen“. Zugleich bezeichnete sie die Zuwanderung als „Gewinn für uns alle“ und rief dazu auf, Demonstrationen wie jene der Pegida nicht zu besuchen.

2014 hatte die Kanzlerin das Thema Flüchtlinge öffentlich meist gemieden und nur gelegentlich gestreift. Merkel wie auch ihr Innenminister Thomas de Maizière (CDU) befürchteten offenbar, das Ausmaß des Zustroms an Flüchtlingen könnte die Aufnahme- und Integrationsbereitschaft der Deutschen gefährden. Deshalb richteten sie im Einvernehmen mit dem sozialdemokratischen Koalitionspartner ihre Politik vor allem auf eine Begrenzung der Flüchtlingsströme nach Deutschland und eine bessere Verteilung in Europa aus. Anders als zum Beispiel in der Euro-Krise hat Merkel ihre starke Position unter den Staats- und Regierungschefs aber nicht dazu genutzt, einer neuen Flüchtlingspolitik den Weg zu ebnen.

Konkret setzte die deutsche Regierung die Aufnahme Serbiens, Bosnien-Herzegowinas und Mazedoniens in den Kreis der „sicheren Drittstaaten“ durch, in die schneller abgeschoben werden kann. Zudem möchte de Maizière Flüchtlinge in der EU nach Kontingenten verteilen, die der Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft eines Landes

entsprechen. 90 Prozent der Asylbewerber in der EU werden von zehn Mitgliedstaaten aufgenommen, darunter Deutschland, Schweden und Österreich. Vor allem osteuropäische Staaten weigern sich, Flüchtlinge aufzunehmen.

Umstritten ist der Vorschlag de Maizières, in Nordafrika in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Regierungen Asyl-Zentren zu eröffnen. Dort soll bereits über die Anerkennung eines Flüchtlings entschieden werden. Er sieht darin ein Mittel gegen die Schlepper-Kriminalität. Kritiker halten die Idee wegen der schwierigen politischen Verhältnisse in vielen Staaten Nordafrikas und wegen der unterschiedlichen Rechtsstandards der EU-Staaten für nicht praktikabel.

► Seite 2 und Wirtschaft

Süddeutsche Zeitung, Samstag, 03.01.2015, Seite 4

MERKEL, MEDIEN, BÜRGER

Debatte gesucht

VON DETLEF ESSLINGER

An welche Äußerungen von Angela Merkel wird man sich erinnern, wenn sie dereinst nicht mehr Kanzlerin sein wird? Vor einigen Monaten, nachdem der Lauschangriff der Amerikaner auf ihr Handy bekannt geworden war, entschloss sie sich zu einer Bemerkung, die soeben in kaum einem Jahresrückblick fehlte: „Ausspähen unter Freunden – das geht gar nicht.“

Und nun diese Sätze zu Neujahr. Angela Merkel übersetzte, was Pegida-Marschierer meinen, wenn sie Wir sind das Volk rufen, wie die Revolutionäre von 1989: „Ihr gehört nicht dazu – wegen eurer Hautfarbe oder eurer Religion.“ Bei den Initiatoren machte sie „Vorurteile, Kälte, ja, sogar Hass in deren Herzen“ aus. „Outstanding“ nannte die britische Zeitung The Independent ihre Wortwahl; überragend. Mindestens zwei Bemerkungen für die Ewigkeit hat Merkel nun beisammen, nach mehr als neun Jahren im Amt.

Jeder Amtsinhaber erreicht irgendwann die Phase, in der die Leute vor allem registrieren, über welche Eigenschaften jemand nicht verfügt. Gerhard Schröder wurde in seiner zweiten Amtszeit als ein Kanzler wahrgenommen, der im Zuhören weniger stark war und den lauten Auftritt auch dann bevorzugte, wenn der leise einen Versuch wert gewesen wäre. Angela Merkel war in ihren ersten Jahren das herbeigesehnte Kontrastprogramm dazu. Mochten ihre Reden auch keineswegs die mitreißendsten sein – ihr Handwerk als Krisenbewältigerin verstand und versteht sie. Und kommt es darauf nicht an, letztlich? Wer zu Hause die Wahl hat zwischen einem Monteur, der sehr unterhaltsam über die Kollegen Heizungsbauer herzuziehen weiß, und einem, der sogar die kaputte Leitung in den Griff bekommt, wüsste ja auch, wie er sich zu entscheiden hat.

Der Vergleich hinkt natürlich. Hausbesitzer wollen meist gar nicht wissen, wie ihre Heizung funktioniert; Hauptsache, sie tut es. Geht es indes um Politik, ist es in der Demokratie mit dem Herangehen an Problemen nicht getan. Die Bewältigung von Euro-

oder Ukraine-Krise, die Aufnahme von Flüchtlingen kann nicht gelingen, wenn es den Menschen an Erklärungen fehlt, die sie nachempfinden könnten.

Wer der Kanzlerin zuhört, erlebt selten eine Handwerkerin der Sprache: Deutschland müsse in Zukunftsbereiche investieren, die der strategischen Agenda entsprechen. Es heiße jetzt, die Verschmelzung des Digitalen mit der industriellen Produktion zu erkennen. Der Bezug zur Nato-Russland-Grundakte müsse erhalten bleiben. Solche Sätze hat Merkel in den vergangenen Wochen wörtlich gesprochen, in einer Regierungserklärung, in Interviews. Kann sie nicht erklären, oder will sie nicht? Der letztere Verdacht kursiert bei denen, die sie in Wahlen besiegt hat: Sie halten die Anti-Rhetorik für ein Mittel, mit dem Merkel die Gegenseite demobilisieren will – demnach kommt die Kanzlerin beim Volk durch, indem sie scheinbar zuverlässig die Dinge erledigt, ansonsten aber die Masse sediert. Wen fordert schon ein Abstraktum wie „Nato-Russland-Grundakte“ zur Debatte heraus?

Nur funktioniert eine sedierende Politik allenfalls vorübergehend, wenn überhaupt. Und Eindrücke, wie begründet oder haltlos sie sein mögen, sind wie Wasser: Sie bahnen sich ihren Weg. Nimmt bei einer kritischen Masse von Menschen der Eindruck überhand, Probleme würden totgeschwiegen, suchen diese Menschen Orientierung bei denen, die rumlärmern. Der gemeinsame Nenner vieler AfD- und vieler Pegida-Anhänger, aber auch anderer Enttäuschter ist ja die Wahrnehmung, dass es nur noch den Mainstream gebe, dass andere Meinungen unterdrückt würden. Angela Merkel hängt noch eine dritte Bemerkung nach, mit der man sie dereinst in Verbindung bringen wird: Sie gilt als Erfinderin des Adjektivs „alternativlos“. Hätte sie wohl damals, 2009, nicht gedacht, wen sie damit inspirieren würde: eine Partei, die sich „Alternative“ nennt.

Soweit der selbstgerechte Teil der Analyse. Das Auffällige am derzeitigen Gegrummel ist aber doch, dass es weder auf die Kanzlerin im Besonderen noch auf Politiker im Allgemeinen begrenzt ist – sondern dass es mindestens im selben Maße den Medien gilt, den Vermittlern von Politik also. Journalisten verstehen sich traditionell auch als Kontrolleure der Herrschenden. Zu ihrem Erstaunen sehen sie nun, dass viele Bürger sie aber plötzlich ganz anders wahrnehmen: Sie verorten sie, gemeinsam mit Politikern, auf der anderen Seite der Barrikade.

Auch in dieser Hinsicht bedeutet die Ukraine-Krise eine Zeitenwende. Vorher haben es viele Medienkonsumenten noch irgendwie hingenommen, dass Journalisten keineswegs so allwissend und urteilssicher sind, wie viele von ihnen gerne tun. Aber Skandalgeschichten wie die umGuttenberg, Wulff und Brüderle haben keineswegs nur die drei Genannten versehrt, ja, sie haben nicht einmal allein dem Ruf derjenigen Medienvertreter geschadet, die die Fouls begingen. Das Image der Branche war jedenfalls schon angeschlagen, als die Ukraine-Krise ausbrach. Manchmal bricht sich das Misstrauen ausgerechnet dann Bahn, wenn die davon Betroffenen es am wenigsten erwarten (und als besonders ungerecht empfinden). Zu welchen Fehlern es auch immer in der Berichterstattung gekommen ist – dass viele Bürger bei dem Thema deutschen Politikern und Reportern inzwischen weniger zu trauen scheinen als dem gelernten KGB-Offizier im russischen Präsidentenamte, dass sie Richtung AfD und zu irgendwelchen Blogs fliehen: Das ist ein noch zu erforschendes Mysterium.

Formuliert Merkel zu vage, und formulieren Journalisten hingegen zu klar? Müsste die eine viel besser erklären, müssten die anderen viel stärker auch dem Zweifel Raum geben? Es herrscht in der Gesellschaft jedenfalls ein Bedürfnis nach Debatte und Vielfalt, und ein Überdruß an allem, was nach Diktum klingt. Neulich, beim CDU-

Parteitag in Köln, sagte die Kanzlerin, man werde die Probleme mit Moskau „nicht lösen, wenn wir die Dinge nicht klar beim Namen nennen“. War das ein Diktum oder eine Aufforderung an sich selbst? Viel klarer als in der Neujahrsansprache kann eine Kanzlerin jedenfalls nicht sein.

In der Demokratie ist es nicht damit getan, ein Problem irgendwie zu lösen. Die Menschen verlangen Erklärungen, die sie verstehen können – und Raum für ihre Zweifel.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.01.2015, Nr. 3, S. 1

Schrecklich einfach

Von Berthold Kohler

Pegida ist nur die Spitze des Eisbergs. Im Netz tobt eine endlose Montagsdemonstration.

Die Koalitionen der Kanzlerin werden immer größer. Der Appell Angela Merkels, nicht jenen zu folgen, die "mit Hass in den Herzen" zu Demonstrationen gegen die angebliche Islamisierung des Abendlandes aufrufen, brachte ihr Lob von allen im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien ein, selbst noch von der Linken. Offen kritisiert wurde sie nur von der AfD, die als Schutzherrin der umstrittenen "Bewegung" auftritt, ohne sich schon einig zu sein, ob sie das wirklich wollen soll. Aber auch die Ablehnungspalast der "Altparteien" ist nicht so geschlossen, wie die AfD, die Pegida-Aktivisten und die Bundeskanzlerin es gerne hätten.

Merkels Festlegung kann nicht verdecken, dass Union und SPD ebenfalls noch mit der Frage ringen, was Pegida wirklich ist und wie damit umzugehen sei. Der sich unter dieser Fahne sammelnde Protest ist zu vielschichtig, als dass man ihn nur in der Schublade ablegen könnte, die der Justizminister reflexartig aufzog nach dem Motto: hat doch immer so gut funktioniert. Es stimmt: Rechtsradikale machen sich die Demonstrationen zunutze. Diese Leute und ihre Motive sind eine Schande und eine Gefahr für Deutschland. Doch nicht jeder, der mitmarschiert oder auch nur mit dem Protest sympathisiert, ist ein Nazi. Auch geht es - und das müsste der Politik viel größere Sorgen machen - nicht nur um die "Islamisierung". Sie ist eine Chiffre für einen umfassenderen Vorwurf: den eines weit über die Felder von Einwanderung und Integration hinausreichenden Politikversagens, um nicht zu sagen Politikverbrechens.

Diese Beschuldigung wird auf der endlosen Montagsdemonstration in der digitalen Welt schon lange erhoben. Was sich auf Dresdens Straßen zeigt, ist nur die Spitze des Eisbergs, der im Meer des Internets treibt. Dort tobt seit Jahren ein Aufstand gegen "das System" und alle, die es tragen, in Berlin, in Brüssel, in Washington. Im Grunde geht es überall gegen die "herrschenden Eliten": in der Politik, in der Wirtschaft, in den Medien. Ihnen wird vorgeworfen, aus Eigennutz (Geld und/oder Macht) "das Volk" für dumm zu verkaufen. Oder selbst so dumm zu sein, dass es nicht einmal dafür reicht.

Zeitgenossen, die nicht erkennen wollen, dass eigentlich hinter allem - 11. September, Krim, Euro-Krise, Ölpreis, Abschaffung des Abendlandes - der amerikanische Jahrtausendplan zur Beherrschung der Welt steckt, werden zu Idioten oder willigen

Helfern der CIA deklariert. Die Verschwörungstheorie ist in den unendlichen Tiefen des Internets zur alles erklärenden Weltformel geworden. Diesen Wachstumsmarkt haben sich auch schon geschäftstüchtige "Enthüller" erschlossen, die der phantastischen Literatur zu einem neuen Subgenre verhalfen: dem des als Sachbuch verkleideten Schauerrromans. In ihm wird dem fröstelnden Leser erzählt, wie die Welt in Wahrheit sei - einfach schrecklich, schrecklich einfach.

Das ist auch das Geheimnis von Pegida. Sie bedient die Sehnsucht nach simplen Lösungen für politische Probleme, die als immer undurchschaubarer empfunden werden. In keinem der Dresdner Slogans kam diese Sehnsucht besser zum Ausdruck als in: "Putin, hilf!" Ein autoritärer Führer, der, ungebremst von einem Parlament, tun kann, was er für richtig hält, wird als fünfzehnter Nothelfer angerufen. Im Namen des Volkes geht es mit der Parole Putin gegen die Demokratie.

Dahinter steckt nicht bloße Unzufriedenheit, die auch schon schwer zu erklären wäre. Waren die Deutschen in Ost und West jemals freier? Noch nie ging es ihnen so gut wie jetzt. Noch nie hatte jeder einzelne solche Möglichkeiten, den Rest der Republik von seinen Ansichten zu überzeugen. Doch wird davon wenig Gebrauch gemacht. Die Internetforen sind trotz vieler besonnener Stimmen oft zu Orten verkommen, wo unter den Bannern der Meinungsfreiheit und der Toleranz Andersdenkende beleidigt und diffamiert werden. Internetportale, die nicht länger als Vehikel für Schmähungen, Falschbehauptungen und Propaganda dienen wollen, werden mit dem Vorwurf der "Zensur" überzogen. Das ist noch lange nicht die absurdeste Unterstellung, auf die man stößt.

Doch woher bezieht die Radikalisierung in Inhalt und Ton ihre Energie? Die Quelle dafür ist, da hat die Kanzlerin recht, oft schierer Hass. Hass auf Systeme jeder Art, denen man nicht mehr angehören will oder darf; Hass auf Menschen, die erfolgreich(er) sind und schon deswegen korrupte Schweine sein müssen; Hass auf alle, die das partout nicht so sehen wollen. Die Postfächer der Politik und der Medien werden geflutet mit Belegen dieses Hasses. Denn erstmals verschafft ein Massenmedium jenen, die sich übergangen und zensiert fühlen, die grenzen- und kostenlose Möglichkeit, ihre Wut auf die angeblichen Unterdrücker und Zensoren auszuleben, zu teilen und sich gegenseitig zu versichern: Wir sind nicht allein.

Doch ist es wirklich "das Volk", das da Gift und Galle speit? Die große Mehrheit hat offensichtlich immer noch Besseres zu tun, als tagsüber auf Pegida-Demonstrationen zu gehen und nachts Hasstiraden in den Computer zu hacken. Die Besitzer der Wahrheit können selbstverständlich auch das erklären: Die breite Masse lasse sich einfach immer noch zu sehr von der "Lügenpresse" und den "Mainstream"-Parteien steuern. Das zu erkennen ist natürlich nur wenigen vorbehalten: einer Elite, die alle anderen Eliten verteufelt.

Süddeutsche Zeitung, Montag, 05.01.2015, Seite 4

DREIKÖNIGSPARTEITAG

Purpur für die FDP

VON HERIBERT PRANTL

Der Mensch hat keine natürlichen Feinde; der einzige Feind des Menschen ist der Mensch. So ähnlich ist das auch bei der FDP. Der einzige Feind der FDP ist diese selbst.

Das Problem der liberalen Partei sind nicht ihre Gegner; sie hat kaum mehr welche. Es gibt kaum noch Anti-Liberale, weil alle Parteien sich ja für irgendwie liberal halten. Das Land ist voll von „Auch-Liberalen“: es gibt sie in der CDU, es gibt sie in der SPD und bei den Grünen; es gibt sie dort in den Geschmacksrichtungen wirtschaftsliberal, bürgerrechtsliberal und sozialliberal. Sogar die CSU behauptet, sie sei „liberal, aber nicht blöd“. Und wahrscheinlich findet man auch bei der AfD und der Pegida Leute, die das so sagen.

Genau das war und ist das Problem der FDP: Sie konnte und kann nicht zeigen und nicht erklären, was einen FDP-Liberalen von einem Irgendwie-angeblich-auch-Liberalen unterscheidet. Deswegen sitzt die Partei nicht mehr im Bundestag, deswegen wurde und wird sie aus einem Landtag nach dem anderen gewählt. Eine FDP, so wie sie sein sollte, wäre das genaue Gegenteil von Pegida.

Es wäre besser, die FDP hätte Gegner, denn wer keine Gegner mehr hat, hat auch kaum Freunde. Die FDP hat kaum Gegner und wenig Freunde, weil sie bei keiner der entscheidenden Zukunftsfragen der Gesellschaft Meinungsführerschaft gewonnen hat. Das war schon so, bevor sie vor 15 Monaten aus dem Bundestag gewählt wurde; seitdem aber kämpft sie gegen das Vergessenwerden. Es ist bisher kein sehr aussichtsreicher Kampf – weil man nicht weiß und nicht spürt, was diese Partei umtreibt außer der Sorge um die eigene Existenz. Wird daran der bevorstehende Dreikönigs-Parteitag der FDP in Stuttgart etwas ändern können? Der Parteitag, mit dem jahrzehntelang das politische Jahr in der Bundesrepublik begann, erscheint einem diesmal beinahe schon als eine Vorlesung des Fachbereichs zeitgenössische Archäologie.

Christian Lindner, der Parteichef, will bei der Dreikönigs-Kundgebung in Stuttgart eine neue Parteifarbe präsentieren. Zum bisherigen Parteilogo in Gelb und Blau soll als dritte Parteifarbe „Magenta“ kommen - ein Rot-Blau, ein helles Purpur also, das man als Markenfarbe der Telekom kennt. Damit wolle er, so sagt Lindner, den Auftritt der FDP modernisieren. Das ist Schnickschnack. Man hätte von der FDP lieber farbige Antworten: Wie sieht liberale Ausländerpolitik, wie sieht liberale Integrationspolitik aus? Welche Vorschläge für eine neue Flüchtlingspolitik hat die Partei, die sich einst Rechtsstaatspartei nannte? Und wie will die Partei ihre einstige Kernkompetenz in der Finanz- und Wirtschaftspolitik wieder gewinnen? Früher haben die Liberalen den Einzelnen gegen die Macht des Staates verteidigt. Sollte sie ihn heute nicht gegen den neuen Leviathan, die Macht des globalisierten Finanzmarkts verteidigen?

Es gibt Sehnsucht nach liberalen Antworten – aber in der FDP ist niemand, der diese Sehnsucht befriedigt. Christian Lindner versucht es; aber es ist bisher nicht klar geworden, welche politische Linie er für die FDP entwickeln will. Womöglich will er nun auf einen radikalen Wirtschaftsliberalismus setzen, in dem Glauben, da sei parteipolitisch eine Nische. Aber an einer eiskalten FDP wird sich kaum jemand wärmen wollen, schon gar nicht, wenn ihr, wie seit Langem, das intellektuelle Feuer fehlt. Das Feuer kommt nicht mit einer neuen Farbe; das Feuer kommt mit der Leidenschaft der Leute, die diese Partei repräsentieren.

Wer kennt Marie-Agnes Strack-Zimmermann? Sie ist Vize-Parteichefin. Wer kennt die Generalsekretärin, wer den Bundesgeschäftsführer? Feuer haben noch die Alten in der Partei – Leute wie Gerhart Baum und Burkhard Hirsch. Sie stehen für eine große

Vergangenheit der FDP. Wer steht für ihre Zukunft? Das Team um Lindner hat noch ein gutes Jahr Zeit, diese Frage zu beantworten. Dann stellt sie sich nicht mehr.

Es wird aber „eines Tages wieder sehr modern sein, liberal zu sein. Dann wird einer kommen, der wird eine geradezu donnernde Entdeckung machen: er wird den Einzelmenschen entdecken. Er wird sagen: ‚Es gibt einen Organismus, Mensch heißen, und auf den kommt es an. Und ob der glücklich ist, das ist die Frage. Dass er frei ist, das ist das Ziel. Es kommt nicht darauf an, dass der Staat lebe, es kommt darauf an, dass der Mensch lebe!‘ Die Leute werden seiner These zujubeln und werden sagen: Das ist ja ganz neu! Welch ein Mut! Das haben wir noch nie gehört!“

Kurt Tucholsky hat das 1930 geschrieben. Es wäre nicht schlecht, wenn die FDP seine Prophezeiung am Dreikönigsparteitag laut läse. Dann wüsste sie vielleicht wieder, was die Liberalen von den Auch-Liberalen unterscheiden muss.

Liberalismus braucht keine neue Farbe, sondern neue Leidenschaft

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.01.2015, Nr. 5, S. 1

Immer mehr Menschen demonstrieren gegen Pegida

Zuspruch für Islamfeinde fast nur in Dresden / De Maizière: Nicht überschätzen

elo./rso. BERLIN/STUTTGART, 6. Januar. Der Widerstand gegen die Pegida-Bewegung wächst. Während in Dresden zu den seit Wochen stattfindenden islamkritischen Demonstrationen am Montagabend etwa 18000 Teilnehmer kamen, gingen in mehreren deutschen Städten Tausende Menschen auf die Straße, um gegen Pegida zu demonstrieren. Es zeichnet sich ab, dass die Veranstaltungen der "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" vor allem in der sächsischen Hauptstadt auf Resonanz stoßen. In anderen Städten kamen zumeist nur einige hundert Demonstranten zusammen.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sagte dem amerikanischen Fernsehsender CNN, es handele sich um ein regionales Phänomen, das nicht überschätzt werden solle. In Deutschland würden zwar kritische Fragen zum Thema Asyl und zu den Gefahren des Islams gestellt. Diese müssten aber nicht wegen der Pegida-Bewegung beantwortet werden, sondern für die deutsche Politik. De Maizière gestand zu, dass es derzeit schwierig sei, "einige Teile der Gesellschaft zu erreichen".

In der "Bild"-Zeitung wurden fünfzig prominente Politiker, Manager, Künstler und Sportler mit Äußerungen gegen Pegida zitiert, unter ihnen mehrere Mitglieder der Bundesregierung. Der SPD-Vorsitzende und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel sagte, wer mit diffusen Ängsten spiele oder Fremdenfeindlichkeit schüre, spreche nicht für die Mehrheit in Deutschland. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zeigte sich überzeugt, dass Deutschland Einwanderer brauche.

Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner grenzte sich auf dem Dreikönigstreffen seiner Partei in Stuttgart von der Pegida-Bewegung, die Politik mit Ressentiments mache, deutlich ab: "Wenn wir es zulassen, dass mit Ressentiments Politik gemacht wird, zwischen Islam und Islamismus nicht unterschieden wird, sind es heute Muslime und

morgen Zahnärzte, Homosexuelle oder kinderlose Paare, die ausgegrenzt werden." Der AfD-Vorsitzende Bernd Lucke sagte, das geplante Gespräch seiner Partei mit den Pegida-Organisatoren sei "völlig in Ordnung". Wenn man mit einer Bürgerbewegung rede, sei das "noch lange kein Schulterchluss". (Siehe Seite 2 sowie Rhein-Main-Zeitung.)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.01.2015, Nr. 5, S. 1

Stolz und Eiertanz

Von Justus Bender

Bernd Lucke will der einzige Vorsitzende der AfD werden. Er setzt alles auf eine Karte.

Wäre die Machtgier von Bernd Lucke so groß, wie seine Gegner im Bundesvorstand meinen, hätten diese weit weniger zu lachen als ohnehin schon. An der Parteibasis und in der Öffentlichkeit ist Lucke immer noch der Platzhirsch seiner Partei. Drei Parteivorsitzende gibt es in der AfD nur auf dem Papier, selbst der Ko-Vorsitzende Konrad Adam nennt Lucke einen "Primus inter Pares". Wenn Lucke auf Parteitag durch die Reihen geht, erheben sich die Menschen bisweilen zum Applaus. Würde er zu dem Mittel der öffentlichen Schelte greifen, um es Brandenburgs Landesvorsitzenden Alexander Gauland oder der Parteivorsitzenden Frauke Petry gleichzutun, er wäre aller Wahrscheinlichkeit nach der bessere Anheizer.

Es liegt ein gewisser Trotz in den Versuchen von Petry und Adam, die Titel auf ihren Visitenkarten zu retten. Noch sind Adam und Petry auch Parteivorsitzende. Sie verlören diese Ämter, würde sich Lucke durchsetzen und die AfD-Satzung nur noch einen einzigen Parteivorsitzenden vorsehen. Möglicherweise würden sie zu Stellvertretern gewählt, eine Position, die sie in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit ohnehin innehatten. Dass die Betroffenen ihre Bedeutung anders einschätzen, ist ein Resultat der Pegida-Debatte. Sie bietet Gauland, Petry und Adam ein Podium, auf das Lucke ihnen nicht folgen mochte. In den vergangenen Wochen beherrschten sie die Schlagzeilen, nicht Lucke. Es ist nicht die Fuchtel eines autoritären Vorsitzenden, der sie zu Rebellen macht, es ist ihre Stärke und Luckes temporäre Schwäche bei einem Thema, das dem Eurokritiker und Ökonomen fremd ist.

Gauland besuchte die russische Botschaft in Berlin und die Pegida-Kundgebung in Dresden. Für liberal-konservative AfD-Mitglieder waren das Provokationen. Lucke bezeichnete den Botschaftsbesuch in einer E-Mail als "naiv" und "Fehler", das Vorstandsmitglied Ursula Braun-Moser fragte: "In welcher Partei bin ich denn?" In der Öffentlichkeit aber schwiegen sie. Petry lud die Pegida-Organisatoren im Namen der sächsischen AfD-Fraktion zu einem Treffen an diesem Mittwoch ein, das mit Lucke "abgestimmt" sei, wie es hieß. Am Dienstag warnte Lucke zwar vor einem "Schulterchluss" mit Pegida, vermied es aber, wie so oft, Petry zu kritisieren. Genauso hatte Lucke seinen Stellvertreter Gauland gegen Kritik verteidigt, indem er sagte, er teile dessen Aussagen zu Pegida "vollkommen".

Lucke lässt die Nationalkonservativen in seiner Partei gewähren, um die AfD nicht zu spalten. Unter Funktionären wird ihm deshalb eine Eiertanz-Mentalität unterstellt. Er mahnt Zurückhaltung an, warnt vor Fremden- und Islamfeindlichkeit, wird von den Nationalkonservativen kritisiert, rudert zurück - und schweigt. Lucke ist wohl trotz seiner Undurchsichtigkeit kein Feind der Nationalkonservativen, aber schon seine gelegentliche Bedenkenträgerei genügt, um diesen Flügel gegen sich aufzubringen. Mit seiner Weigerung, in der Öffentlichkeit schmutzige Wäsche zu waschen, überlässt er jenen das Feld, die weniger Skrupel haben. Würde er diese Manieren ablegen, gäbe er umgekehrt das seltsame Bild eines Vorsitzenden ab, der seine eigene Partei schädigt. Das ist sein Dilemma. Je länger dieses Spiel dauert, desto mehr muss er um seine Machtbasis bangen - und mit ihm alle liberal gesinnten Mitglieder.

Luckes Gegner sehen das alles anders. Sie begehren gegen den Führungsstil eines früheren Professors auf, der es sein ganzes Berufsleben lang gewohnt war, Entscheidungen im Alleingang zu treffen. Petry und Gauland sagen aber auch, Lucke könne die Partei nicht allein führen, weil die AfD dadurch an Pluralität verlöre. Dabei sind sie selbst alleinige Vorsitzende in ihren Landesverbänden, nur in Hessen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen hat die Partei noch mehrere Vorsitzende. Und die grellen Schlagzeilen, die Gauland, Petry und Adam in den vergangenen Wochen produzierten, beweisen, dass Lucke sie entweder nicht in den Schatten stellen will oder kann.

Dass Lucke vor dem Parteitag Ende Januar alle Kreisvorsitzenden ins Gebet nehmen wollte, um sie für seine Position zu gewinnen, war ein Manöver von der lauwarmen Sorte. War das alles, was dem angeblich so großen Autokraten einfiel? Wochenlang wurde Lucke hinter den Kulissen scharf für seine Absicht kritisiert, auch auf dem Papier alleiniger Vorsitzender zu werden. Also bat er im Bundesvorstand darum, mit den Funktionären reden zu dürfen, vermied im Unterschied zu seinen Gegnern peinlichst jedes Interview und lud nicht nur alle Kreisvorsitzenden, sondern auch seine Gegner zu einer Konferenz ein.

Als Lucke im Europaparlament für Sanktionen gegen Russland stimmte, schäumten Gauland und Petry. Der Mann verhagele ihnen den Landtagswahlkampf! Nun, da die AfD in Hamburg und Bremen um die Etablierung im Westen Deutschlands kämpft, beginnen sie einen Machtkampf. Darin besteht Luckes Chance: Seine Gegner sind dabei, ihre Glaubwürdigkeit durch zu lautes Poltern zu verlieren. Setzt sich Lucke mit dieser Passivverteidigung durch, wird die nächste Legende gleichwohl nicht lange auf sich warten lassen. Dann sind es nämlich die Mitglieder gewesen, die ihn gerettet haben, und nicht er selbst.

Süddeutsche Zeitung, Mittwoch, 07.01.2015, Seite 1

Berlin offen für Dialog mit Linken in Athen

Auch mit einem Wahlsieger Syriza werde man sich „an einen Tisch setzen“, heißt es in der Bundesregierung. Es sei „Unsinn“, dass man es auf einen griechischen Euro-Austritt ankommen lasse

VON CLAUS HULVERSCHEIDT UND JAVIER CÁCERES

Berlin/Brüssel – Die Bundesregierung wäre bei einem Wahlsieg des griechischen Oppositionsführers Alexis Tsipras zum Dialog mit dem neuen Ministerpräsidenten bereit. In Regierungskreisen hieß es, alle Gerüchte, Kanzlerin Angela Merkel (CDU) lasse es im Falle eines Erfolgs von Tsipras bei der Parlamentswahl am 25. Januar auf einen Euro-Austritt Griechenlands ankommen, seien „blanker Unsinn“. Ihr Ziel sei es stets gewesen, die Währungsunion als Ganzes zu erhalten. „Daran hat sich nichts geändert, und deshalb werden wir uns mit jedem gewählten griechischen Regierungschef an einen Tisch setzen“, hieß es.

Der 40-jährige Tsipras ist Chef des linken Parteienbündnisses Syriza, das in Meinungsumfragen vor der konservativen Partei des amtierenden Ministerpräsidenten Antonis Samaras liegt. Tsipras hatte wiederholt erklärt, er werde bei einem Wahlsieg die Reform- und Sparvorgaben, die die EU-Partner seinem Land als Gegenleistung für Hilfskredite auferlegt haben, aufkündigen. Zudem verlangt er einen neuen Schuldenerlass. Um einen Staatsbankrott zu verhindern, haben die EU-Staaten und der Internationale Währungsfonds Athen insgesamt 240 Milliarden Euro geliehen.

Am Wochenende hatte eine Spiegel -Meldung für Aufregung gesorgt, nach der Merkel Tsipras keinesfalls entgegenkommen wolle, sondern eher einen Austritt des Landes aus der Währungsunion in Kauf nehmen würde. Da es mittlerweile den Euro-Schutzschirm und andere Instrumente zur Krisenbewältigung gebe, schrecke sie ein solches Szenario nicht mehr, hieß es. Aus den Kreisen verlautete, tatsächlich sei die Euro-Zone heute stabiler als vor zwei oder gar vier Jahren. Auch bleibe sie bei ihrer Haltung, dass ein Land Hilfskredite nur erhalten könne, wenn es im Gegenzug die Ursachen seiner finanziellen Probleme beseitige. Beides bedeute aber nicht, dass es der Kanzlerin egal sei, ob die Euro-Zone zusammenbleibe oder nicht. Ein Aufbrechen der Währungsunion sei nach wie vor mit großen Risiken behaftet.

Tsipras selbst warf der Bundesregierung vor, seine Absichten falsch darzustellen. Seine Partei wolle „nicht den Zusammenbruch, sondern die Rettung des Euro“, schrieb er in einem Beitrag für die Internet-Zeitung Huffington Post . Sie sei deshalb „keine große Bedrohung für Europa, sondern die Stimme der Vernunft“. Die Rückzahlung von Schulden dürfe nicht dazu führen, dass ein Land in der Rezession ersticke und die Menschen in die Armut getrieben würden. Statt dies anzuerkennen, verbreiteten die Regierung und Teile der Presse in Deutschland weiter das „Ammenmärchen vom Austritt Griechenlands“.

Scharfe Kritik an Berlin übte auch Gianni Pitella, der Fraktionschef der Sozialdemokraten im Europaparlament. Er sagte, die Zeiten für „Sheriff-Spielchen der deutschen Rechten“ seien vorbei. Er verlange „vollen Respekt vor dem griechischen Volk und dessen souveränem Willen“. Außerdem würden Drohungen aus Berlin letztlich nur Tsipras „in die Hände spielen“. Vorwürfe kamen auch von den Grünen. Merkel schiele auf den Applaus der islamkritischen Pegida und der rechtskonservativen AfD, hieß es.

► Seiten 2 und 4

Ein Anschlag auf die Freiheit

Von Berthold Kohler

Auch von diesem Blutbad dürfen sich die freie Welt und ihre Presse nicht einschüchtern lassen.

In Paris haben Terroristen der "Lügenpresse" das Maul gestopft: Journalisten und Zeichner der Satirezeitschrift "Charlie Hebdo" liegen in ihrem Blut. Ermordet wurden sie, da muss man nicht auf die Selbstbezeichnung warten, weil sie das Grundrecht auf Meinungs- und Pressefreiheit in einer Weise und Richtung ausübten, die den Attentätern und ihren Hintermännern verhasst ist. Der Anschlag trifft eine kleine Zeitung, er gilt aber der ganzen freien Presse. Mehr noch, er stellt eine Kriegserklärung an die ganze freie Welt dar. Die Pressefreiheit ist, wie es das Bundesverfassungsgericht schon vor einem halben Jahrhundert ausdrückte, "schlechthin konstitutiv" für den demokratischen Rechtsstaat. Er kann es nicht zulassen, dass Männer mit Kalaschnikows und Panzerfäusten bestimmen, was man sagen, schreiben, zeichnen und auch nur denken darf. Ein solcher Meinungskampf wäre das Ende der freien und offenen Gesellschaft.

Das Attentat trifft Frankreich in einer erhitzten Debatte über den neuen Roman Michel Houellebecqs, der seinerseits ein ironisch-satirisch zugespitztes Spiegelbild des französischen Streits über nationale Identität, Einwanderung und Islamisierung ist. Frankreich hat auf diesen Gebieten weit größere Sorgen als Deutschland. Es gibt dort auch anders als hierzulande eine Partei, den Front National, die davon politisch immer stärker profitiert. Es werden sich auch nach diesem Massaker Leute finden, die das Blut der Ermordeten in Wasser verwandeln wollen, um es auf ihre Mühlen zu leiten: das Attentat als Bestätigung und Fortschreibung von Houellebecqs Visionen.

Tatsächlich muss sich niemand wundern, dass sich immer mehr Menschen vor dem Islam fürchten. In seinem Namen und unter Berufung auf den Koran werden Angst und Schrecken verbreitet. Die dünnen Stimmen, die bestreiten, dass der "Islamische Staat" und andere Terrororganisationen das wahre Gesicht des Islams darstellten, werden immer wieder von den Explosionen der Bomben und den Schreien der auf bestialische Weise Ermordeten übertönt. Doch ist die Überzeugung, dass der Islam und die Werte der westlichen Demokratien unvereinbar seien, nicht auf das Lager der Islamisten beschränkt. In vielen europäischen Ländern gibt es Sammlungsbewegungen, die, wie nun auch in Deutschland, gegen "die Islamisierung des Abendlandes" antreten. Und auch hier, im Abendland, ist Hass anzutreffen, der in Gewaltphantasien mündet, auch in Bezug auf die "Lügenmedien", gegen die auf den Demonstrationen der Pegida gehetzt wird. So hieß es in einer Zuschrift an diese Zeitung: "Ich freue mich schon drauf, wenn in den Nachrichten zu sehen ist, wie ein wütender Mob ihre Redaktion in Brand steckt und sie gelyncht werden. So etwas kennen wir ja bereits aus der Geschichte (die sich meistens wiederholt)."

Solche Leute sind mit noch so leicht verständlich gestalteten Statistiken darüber, dass die Islamisierung der deutschen Schulen, Friedhöfe und Blumenkästen bei weitem nicht so weit fortgeschritten ist wie auf Pegida-Demonstrationen behauptet, nicht zu erreichen. Auch in dieser "Bewegung" findet sich ein politischer Bodensatz mit radikalen Ansichten und Zielen. In Dresden greift er nur zu Parolen und Plakaten. Aus dem Lager jener, denen der Hass zum Lebensinhalt geworden ist, rekrutieren sich aber auch jene jungen Männer und mittlerweile auch Frauen, die für die andere Seite mit der Maschinenpistole in der Hand in den "Heiligen Krieg" in Syrien oder sonst wo ziehen.

Der Kampf auch um diese verführten Deutschen muss aber hierzulande geführt werden. Man muss die Extremisten und Volksverhetzer jeder Couleur, auch die im Westentaschenformat, vom menschlichen Nachschub abschneiden. Das Gefühl, Politik und Medien verharmlosten die Gefahr der "Islamisierung" und verteufelten statt ihrer jene, die sie erkannten und fürchteten, reicht bis weit ins politisch gemäßigte Lager hinein. Dort wird Pegida vor allem als eine Art Befreiungsbewegung gesehen, die gegen die Bevormundung und Stigmatisierung jener aufbegehrt, die "politisch unkorrekte" Meinungen vertreten. Diese verbreitete Ansicht hat in der Tat eine Vorgeschichte. Zu oft und zu gerne ist in der Vergangenheit das Brandzeichen "Ausländerfeind" benutzt worden, um Kritiker der Einwanderungspolitik und ihrer Ergebnisse mundtot zu machen.

Doch auch die Reaktion darauf kennt jetzt oft kein Maß mehr. Alles wird in einen Topf geworfen und zu einer großen Verschwörung von Politik und Medien verkocht, deren Ziel es sei, "das Volk" dumm und devot zu halten. Das ist nicht nur eine Beleidigung des "dummen" Volkes und der vielen Journalisten, die ihre Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen verrichten, selbstverständlich ohne Weisungen aus Washington oder dem Kanzleramt zu erhalten. Im Vorwurf "Lügenpresse" steckt auch der Versuch, im Namen der Meinungsfreiheit die Meinungsfreiheit eines pluralistischen Pressewesens zu beschneiden, das, obwohl auch seine Angehörigen nicht unfehlbar sind, in der Welt keinen Vergleich zu scheuen braucht. Hinter der Tat von Paris steht keine andere Absicht, nur ihre Mittel waren extremer. Aber auch von einem solchen Blutbad dürfen sich die freie Welt und ihre Presse nicht einschüchtern lassen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.01.2015, Nr. 7, S. 1

Frankreich trauert um die Opfer des Anschlags

Präsident Hollande mahnt zur Einheit / Fahndung nach Attentätern / In Deutschland Debatte über Pegida

F.A.Z. PARIS, 8. Januar. Frankreich trauert am Tag nach dem Terroranschlag auf die Satirezeitschrift "Charlie Hebdo". Im ganzen Land wurde um zwölf Uhr mittags in einer Schweigeminute der Opfer des Anschlags gedacht, unter anderem in Behörden, Unternehmen und Schulen. Die Glocken der Kirche Notre-Dame läuteten in Paris, die Fahnen hingen auf halbmast. Staatspräsident François Hollande forderte die Franzosen auf, in dieser schweren Zeit zusammenzustehen. In der Nacht hatten Franzosen in ganz Frankreich um die zwölf Ermordeten getrauert, Zettel mit der Aufschrift "Ich bin Charlie" in die Höhe gereckt und die Marseillaise angestimmt. Die Sicherheitsmaßnahmen im Großraum Paris wurden massiv verschärft. Am Abend gingen in der Hauptstadt abermals Tausende auf die Straße, um für Meinungsfreiheit und gegen den islamistischen Terrorismus zu demonstrieren. "Wir haben keine Angst", riefen die Demonstranten.

Derweil läuft die Fahndung nach den Attentätern auf Hochtouren. Rund 88 000 Einsatzkräfte waren am Donnerstag daran beteiligt. Bei den Tätern soll es sich um den 32 Jahre alten Chérif Kouachi und seinen 34 Jahre alten Bruder Said handeln. Nach dem Fund von Molotowcocktails, einer islamistischen Flagge und einem Stirnband in einem Fluchtwagen in Paris gehen die Ermittler davon aus, dass die Brüder weitere Anschläge

geplant hatten. Nach Angaben von Innenminister Bernard Cazeneuve wurden im Zusammenhang mit dem Anschlag neun Verdächtige festgenommen.

In der Gegend von Villers-Cotterêts im nordfranzösischen Département Aisne waren Beamte der Anti-Terror-Polizeinheit Raid und der Gendarmerie-Sondereinheit GIGN im Einsatz. Mehrere Häuser und ein Waldgebiet wurden durchsucht. In der Region rund achtzig Kilometer nordöstlich von Paris sei ein Auto entdeckt worden, das die beiden Verdächtigen zuvor als Fluchtwagen benutzt hätten. Der Betreiber einer Tankstelle in der Nähe von Villers-Cotterêts habe die beiden "eindeutig erkannt". Für neue Terrorangst sorgte zunächst eine Schießerei im Süden von Paris am Donnerstagmorgen, bei der ein Unbekannter eine Polizistin tötete und einen Polizisten verletzte. Zunächst gab es aber keine Hinweise darauf, dass die Taten zusammenhängen.

Auch in Deutschland trauerten die Menschen um die Opfer des Attentats. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) kündigte eine bundesweite Trauerbeflaggung der obersten Bundesbehörden und anderer Einrichtungen des Bundes an. Von Donnerstag bis Samstag würden dort die Flaggen auf halbmast gesetzt. Auch mehrere Bundesländer ordneten Trauerbeflaggung an. In Brüssel versammelten sich vor dem Europaparlament und der EU-Kommission mehrere hundert Abgeordnete und Mitarbeiter zu einer Schweigeminute. Spanien erhöhte derweil die Alarmbereitschaft auf die zweithöchste Stufe drei. Großbritannien kündigte verstärkte Sicherheitsvorkehrungen an dem Verkehrstunnel zu Frankreich an. Die italienische Regierung kündigte an, die Anti-Terror-Gesetze zu verschärfen.

Das Attentat heizte in Deutschland die Debatte über die islamfeindlichen Pegida-Proteste weiter an. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) warnte vor Pauschalisierungen: "Wir haben mit der überübergroßen Mehrheit der Muslime ein sehr gutes Verhältnis. Alle haben sich hier auch klar geäußert zu terroristischen Angriffen", sagte Merkel. Vor den vereinzelt Muslimen, die sich auch in Deutschland islamistischen Gruppen anschließen, müsse man sich aber schützen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann kritisierte den AfD-Politiker Alexander Gauland, der den Anschlag als Rechtfertigung für Pegida bezeichnet hatte: Wenn Gauland meine, dass Pegida mit Warnungen vor der Islamisierung des Abendlandes recht habe, "dann vermischt er die Killer von Paris mit den friedlichen muslimischen Einwanderern in Deutschland". Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) sagte: "Die Art und Weise, wie Pegida, AfD und NPD versuchen, diesen Anschlag für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, ist widerlich. Wer Muslime unter einen Generalverdacht stellt, dem müssen wir klar und deutlich entgegenreten. Einen Kampf der Kulturen dürfen wir nicht zulassen."

Die Vorsitzende des rechtsextremen Front National, Marine Le Pen, sagte, sie wolle ein Referendum über die Todesstrafe vorschlagen, sollte sie zur Staatspräsidentin gewählt werden. (Siehe Seiten 2, 3, 4 und 8 sowie Feuilleton, Seite 9, Wirtschaft, Seite 15 und Rhein-Main-Zeitung.)

Vereint: Präsident Hollande (Mitte), Innenminister Cazeneuve (Zweiter von links) und die Pariser Bürgermeisterin Hidalgo während einer Schweigeminute

Foto Reuters

Unsere tägliche Desinformation

Von Mathias Müller von Blumencron

Der "Mut zur Wahrheit" führt im Netz allzu oft in die Welt der Unvernunft und Verschwörung.

Es ist ein faszinierendes Spiel mit Wirklichkeit und Gaukelei, das "Matrix" zu einem großen Film macht. Er dreht sich um die uralte Frage: Was ist Wahrheit, was ist Einbildung, und auf welcher Seite leben wir eigentlich? Der Zuschauer ist immer wieder irritiert: Wo sind wir denn jetzt gerade? In der wahren oder in einer scheinbaren Welt?

Seit Jahrtausenden rätseln Philosophen über die Legitimierung unserer Wahrnehmung: Was ist? Wer ist? Und ist eigentlich wirklich wirklich, was wir für wirklich halten? Doch trotz Tausender Traktate und noch mehr Diskussionen schien sich für die meisten eine einfache Wahrheit durchzusetzen: Wirklich ist, wo man gerade steht.

Nichts hat diese pragmatische Erkenntnis so erschüttert wie die digitale Revolution. Zwar hat das globale Datennetz Informationsmöglichkeiten geschaffen wie kein anderes Medium zuvor. Erstmals in der Menschheitsgeschichte ist das Weltwissen per Tastendruck abrufbar - eine unglaubliche Kulturleistung. Die Möglichkeit für jeden, zum Wissenschaftler zu werden, gar zum Weisen zu reifen, ist größer denn je.

Doch in der Praxis zeigt sich, dass die Erreichbarkeit von Wissen nicht unbedingt in Wissen mündet. Das Internet hat sich in den vergangenen Jahren zu einer gewaltigen Empörungsmaschine entwickelt, einer Gerüchteschleuder, zu einem Propagandavehikel für jede noch so obskure Theorie. Die eingebilddete Wahrheit verdrängt die Fakten, eine scheinbare Welt die Realität. Noch nie war der Übergang zur Matrix so einfach. Und selten zuvor fragten sich so viele Menschen verunsichert: Wo eigentlich geht's hier zur Wahrheit?

Das Netz droht von einem Medium der Information zu einem Vehikel der Desinformation zu werden. Wer sucht, der findet für jede noch so abwegige Ansicht eine Theorie. Es gibt Zehntausende, die glauben, dass die Mondlandung inszeniert worden sei. Es gibt Zehntausende, die glauben, dass die klaffenden Einschlaglöcher im World Trade Center zu schmal für die Flugzeuge gewesen seien, die sie aufgerissen haben. Und es gibt Zehntausende, die glauben, dass die Täter von Paris nicht radikale Islamisten gewesen seien, sondern westliche Islam-Hasser.

Doch Glaube, Liebe, Hoffnung sind die Feinde der nüchternen Fakten. Ausgerechnet in einer Zeit, in der es das Publikum besser wissen müsste, gewinnen allerorten Bewegungen der Unvernunft an Einfluss, die ohne ihre eigenen Informationskanäle im Netz kaum denkbar wären. Parallel zur Informationsrevolution ist die politische Landschaft in der westlichen Welt zerfurcht worden. Pegida ist eine riesige politische Facebook-Party, angetrieben nicht etwa durch besseres Wissen, sondern durch den im Netz geschürten Glauben, eine Gemeinschaft der Wahrhaftigen zu sein.

Warum ist das so? Im Internet wurden in den vergangenen Jahren die alten Wegweiser zu verlässlichen Informationen abgebaut und durch neue ersetzt. Doch deren Sprache ist

für die meisten noch kaum zu entziffern. Wir alle müssen sie erst lernen. Über Jahrhunderte war es üblich, dass Informationen einen Absender hatten. Um etwas zu erfahren, musste sich jeder zu einer Informationsinstitution begeben. Das kann die griechische Agora gewesen sein, der Marktplatz, später die Zeitung, ein Radiosender, das Fernsehen, die Website oder ein Blogger.

Seit Facebook für Millionen das Betriebssystem des Internets geworden ist, haben sich die Verhältnisse grundsätzlich gewandelt. Ein Drittel der Amerikaner informiert sich primär über soziale Medien, auch in Deutschland wird es bald ähnliche Zahlen geben. Statt Informationen gezielt abzurufen, warten Millionen darauf, dass sie bei ihnen vorbeisegeln, in ihrer Timeline auftauchen oder in ihrer Inbox. Infofetzen fliegen heute vor den Netznutzern entlang wie Herbstlaub im Sturm. Woher sie eigentlich kommen, von welchem Baum sie stammen, ob sie authentisch oder manipuliert sind, ob sie sauber recherchiert oder mehr oder weniger geschickte Propaganda sind, lässt sich immer weniger feststellen. Und es scheint auch eine immer geringere Rolle zu spielen.

Wichtiger als der Absender einer Information ist für viele der Übermittler geworden - der Freund, ein bei Facebook bekanntermaßen eher flüchtiger Geselle. Er ist in kürzester Zeit zum wichtigsten Kuraten geworden. Was der Freund weiterreicht, bekommt Gewicht: Es wird ja wohl stimmen. Kettenmails mit geschickt verdrehten Tatsachen prägen das vermeintliche Faktenwissen von Millionen - und werden umgehend weitergeleitet. Etliche Websites haben sich zwar der akribischen Aufklärung dieser "Urban Legends" verschrieben. Doch großen Zulauf finden diese Orte der Wahrheit nicht.

Die Algorithmen der Suchmaschinen verstärken den Effekt. Google passt seine Ergebnisse den Interessen des Suchenden an. Wer nach der Weltverschwörung sucht, der landet schnell in einem Schwarm der Weltverschwörer, der sich auf der richtigen Seite der Matrix wähnt, während der Rest der Welt vermeintlich in Unwissen dahindämmert. Was eine alte Weisheit bestätigt: Das Medium an sich hat keine Qualität. Es kommt darauf an, wie es genutzt wird. Das Internet schützt nicht Freiheit, gebiert nicht Wahrheit. Freiheit muss im Netz genauso verteidigt werden wie in der realen Welt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.01.2015, Nr. 10, S. 1

Paris verschärft nach Terroranschlägen Sicherheitsvorkehrungen

Valls: Die Jagd geht weiter / Kritik an Pegida / Merkel: Islam gehört zu Deutschland

mic./anr. PARIS/WASHINGTON, 12. Januar. Mit einem massiven Sicherheitsaufgebot will sich Frankreich vor neuen Terroranschlägen schützen. 10000 Soldaten werden an "sensiblen Orten" wie Bahnhöfen, Flughäfen, vor großen Kaufhäusern und in den öffentlichen Verkehrsmitteln patrouillieren. 4700 zusätzliche Polizisten und Gendarmen überwachen seit Montag jüdische Schulen und Synagogen. "Eine derartige Mobilisierung hat es in Frankreich noch nie gegeben", sagte Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian nach einer Sitzung des Sicherheitskabinetts im Elysée-Palast.

Premierminister Manuel Valls rief seine Landsleute auf, den "Geist des 11. Januar" wachzuhalten. Die Bedrohung sei nicht vorüber. "Es gibt in der Tat wahrscheinlich Komplizen", sagte er. "Die Jagd geht weiter", sagte Valls.

Ein nach seinem Tod aufgetauchtes Bekennervideo Amedy Coulibalys, des Attentäters auf den jüdischen Supermarkt, deutet darauf hin, dass der Terrorist über Helfer verfügte. Ein Untersuchungsausschuss des Parlaments soll klären, ob es zu Ermittlungsspannen gekommen ist. Der UMP-Vorsitzende Nicolas Sarkozy forderte schärfere Anti-Terror-Gesetze. Valls sagte, es dürfe keine Ausnahmeregelungen wie in Amerika nach den Anschlägen vom 11. September 2001 geben. Die telefonische Überwachung radikaler Islamisten müsse aber verbessert werden, sagte Valls.

Mit ihrem Trauermarsch für die Opfer des Terrors von Paris, zu dem am Montagabend nach Polizeiangaben 25 000 Menschen nach Dresden kamen, rief die Protestbewegung Pegida neue Kritik hervor. Französische Karikaturisten hielten der Bewegung vor, die Attentate "auf zynische Art und Weise" zu instrumentalisieren. Ähnlich äußerten sich auch deutsche Politiker. Dass ausgerechnet diese Bewegung, die bei ihren Veranstaltungen regelmäßig über "die Lügenpresse" rede, jetzt die Karikaturisten von "Charlie Hebdo" ehren wolle, sei "geradezu abenteuerlich", sagte der Bundesvorsitzende der Grünen, Cem Özdemir. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) forderte die Pegida-Organisatoren auf, die Demonstrationen "jedenfalls für einige Zeit" auszusetzen. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) sagte an die Adresse der Pegida-Anhänger: "Ihr seid alle Heuchler."

Bei Kundgebungen gegen Pegida und deren lokale Ableger versammelten sich unterdessen am Montag in zahlreichen Städten Deutschlands Zehntausende Demonstranten. An diesem Dienstag werden Bundespräsident Joachim Gauck, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel an der vom Zentralrat der Muslime geplanten Kundgebung gegen islamistischen Terror in Berlin teilnehmen. Merkel wird zudem eine Regierungserklärung zu den Attentaten abgeben. Am Montag äußerte sie: "Der frühere Bundespräsident Wulff hat gesagt, der Islam gehört zu Deutschland. Das ist so."

Der Sprecher von Präsident Barack Obama gab zu, dass die amerikanische Regierung am Sonntag einen "profilierteren Vertreter" als die Botschafterin zu der Kundgebung in Paris hätte schicken sollen. Eine Teilnahme Obamas oder des Vizepräsidenten Joe Biden hätte aber ein erhebliches Sicherheitsrisiko bedeutet, sagte er. (Siehe Seiten 2, 3 und 8 sowie Feuilleton, Seiten 9, 11, 13 und Rhein-Main-Zeitung.)

Erhöhte Alarmbereitschaft: Soldaten patrouillieren am Eiffelturm.

Foto Getty

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.01.2015, Nr. 11, S. 1

**Gauck: Die Terroristen wollten uns spalten - sie haben uns
zusammengeführt**

Gedenkfeier für Opfer von Paris / Türkischer Ministerpräsident vergleicht Pegida mit IS

F.A.Z. BERLIN, 13. Januar. Die Spitzen der deutschen Verfassungsorgane und Vertreter der Religionsgemeinschaften haben der Opfer der islamistischen Attentäter von Paris gedacht und zugleich das Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland gewürdigt. Bei einer Kundgebung des Zentralrats der Muslime in Deutschland und der Türkischen Gemeinde Berlin sagte Bundespräsident Joachim Gauck am Dienstagabend: "Die Attentate haben gezeigt, wie verwundbar die offene Gesellschaft ist. Aber sie haben auch bewirkt, dass wir uns neu besinnen. Die Terroristen wollten uns spalten. Erreicht haben sie das Gegenteil. Sie haben uns zusammengeführt." Zwar sei der Terrorismus mittlerweile international. "Aber das Bündnis der Freien und Friedfertigen ist es erst recht. Die Welt rückt zusammen." Gauck würdigte, Deutschland sei "durch Einwanderung vielfältiger geworden". Das mache das Land "erfolgreich, interessant und liebenswert". Zugleich warnte er vor Beschönigungen. "Zu einer Fremdenfeindlichkeit, die wir seit langem kennen, sind fundamentalistische Strömungen getreten." Gauck griff vor den etwa 4000 Anwesenden das Motto der Veranstaltung auf: "Wir alle zeigen Gesicht!"

Der Vertreter des Zentralrats der Juden, Abraham Lehrer, warnte vor einer Radikalisierung des Islam. Die Bedrohung für "uns Juden" sei real, in Frankreich, in Israel und auch in Deutschland. "Wenn Juden bedroht sind, sind wir alle bedroht." Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, zitierte aus dem Koran den Satz, wer einen Menschen ermorde, töte die gesamte Menschheit. Mazyek beschloss die Veranstaltung mit dem Satz "Wir alle sind Deutschland" und bat die Anwesenden, sich zum Zeichen dafür unterzuhaken.

Im Gespräch mit dieser Zeitung verglich der türkische Regierungschef Ahmet Davutoglu die Pegida-Bewegung mit der Terrorgruppe "Islamischer Staat" (IS). "Als Terrorgruppen in Mossul Kirchen zerstörten, behaupteten sie, Mossul sei eine islamische Stadt und nur für Muslime; das ist aber nicht wahr. Durch die ganze Geschichte lebten dort Christen. Das ist dieselbe Logik wie die von Pegida, dass Deutschland nur den Christen gehöre."

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) mahnte bei einer Sitzung der Deutschen Islamkonferenz in Berlin, es sei "eine gesellschaftliche Aufgabe für uns alle, den Zusammenhalt in Deutschland zu bewahren". Der Staat müsse zu "harten Maßnahmen" gegen islamistische Gewalttäter greifen, aber auch Bestrebungen von Muslimen fördern, am gesellschaftlichen Leben in Deutschland teilzunehmen. (Siehe Seiten 2, 3 und 8.)

Gemeinsam gegen den Terrorismus: Aiman Mazyek zwischen Joachim Gauck und Angela Merkel vor dem Brandenburger Tor

Foto AFP

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.01.2015, Nr. 12, S. 1

Wer gehört zu Deutschland?

Von Eckart Lohse

Peter Tauber setzt sich für ein Einwanderungsgesetz ein. Er bekommt Prügel aus der CDU. Zu Unrecht.

Einen heikleren Zeitpunkt hätte sich der CDU-Generalsekretär wohl kaum aussuchen können, um eine Debatte über ein Einwanderungsgesetz anzustoßen. Peter Tauber veröffentlichte seine Forderung ausgerechnet am Tag nach den islamistisch motivierten Morden in Paris und vor dem Hintergrund der Pegida-Demonstrationen gegen eine vermeintliche Islamisierung des Abendlandes, die von Montag zu Montag größer werden.

Schnell wurden hinter vorgehaltener Hand in Taubers eigener Partei Befürchtungen laut, dass er Fehlinterpretationen aus zwei Richtungen Vorschub leiste. Die Befürworter von mehr Einwanderung könnten fürchten, die CDU wolle die Hürden erhöhen, die Gegner von mehr Einwanderung könnten fürchten, nun sollten die Tore noch weiter geöffnet werden. Neben diesen leisen Bedenken wurden Tauber jede Menge laute Argumente entgegengeschleudert, unter anderem vom Bundesinnenminister und vom Vorsitzenden des Innenausschusses des Bundestages. Kern ihrer Gegenrede: Wir haben genug Gesetze und Regelungen für die Einwanderung nach Deutschland.

Die Ermunterung der Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzenden an die Adresse ihres Generalsekretärs, eine Debatte zu führen, fiel also mau aus. Es ist ohnehin kein Geheimnis, dass Angela Merkel nicht die Speerspitze der Bewegung für ein Einwanderungsgesetz ist. Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass auch der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer Taubers Vorstoß abgelehnt hat und am Dienstag schließlich auch noch ein erheblicher Teil der Unionsfraktion.

Bleibt dem Generalsekretär also nicht mehr als der Satz: viel Feind', viel Ehr'? Das wäre bedauerlich. Denn Tauber hat zwar nicht wirklich planvoll gehandelt, sieht man einmal davon ab, dass SPD, Grüne und AfD das Thema längst entdeckt haben und vorantreiben. Tauber hatte weder starke Alliierte noch genaue Vorstellungen davon, ob und welches Modell für ein Einwanderungsgesetz das richtige wäre. Aber er hat erkannt, dass Deutschland sich um einen nicht ganz unwesentlichen Teil der Migrationspolitik herumdrückt.

Geklärt ist zwar vor allem mit dem Aufenthaltsgesetz (107 Paragraphen), aber auch mit den gesetzlichen Regelungen für Asylbewerber, mit dem Blue-Card-Gesetz und zahlreichen anderen Regelungen, was derjenige tun muss, der nach Deutschland kommen, hier bleiben, Geld verdienen und vielleicht sogar Staatsbürger werden will. Aber wen Deutschland eigentlich haben möchte, das ist trotz dieser vielen Gesetze nicht eindeutig zu erkennen. Deswegen kommen im Zuge von Einwanderungsdebatten immer wieder Punkte- und Quotenmodelle ins Spiel, die helfen sollen, die Wünsche und Interessen eines Landes zu formulieren. Auch Tauber spielt mit solchen Gedanken. Das sind zwar nur Krücken, um die Zufälligkeit von Einwanderung zu steuern, aber immerhin das. Die deutsche Wirtschaft fordert von der Politik schon lange, die Interessen präzise zu formulieren. Dahinter steht die Hoffnung, Fachkräfte, an denen es mangelt, auch aus Ländern außerhalb der Europäischen Union anzulocken. Innerhalb der EU ist das schließlich kein Problem.

Doch es geht nicht nur um Arbeitskräfte. Der Ingenieur oder Computerfachmann hat schließlich irgendwann mal Feierabend, hat eine Familie und ein Privatleben. Es kommen also nicht nur "Arbeitskräfte", sondern Menschen aus Fleisch und Blut.

Darunter sind auch solche, die zwar in Deutschland arbeiten, aber keine Lust haben, sich zu integrieren, und gelegentlich sogar die Grundsätze und Gesetze des Zusammenlebens mit Füßen treten, die Meinungsfreiheit geringschätzen und Religionsfreiheit missbrauchen, um Gewalttäter heranzuziehen. Um klarzustellen, welche Erwartungen dagegengesetzt werden, müsste das deutsche Einwanderungspuzzle zu einem Bild zusammengesetzt werden, aus dem sich ergibt, wer gewollt ist, wer sich umworben fühlen darf und nicht nur akzeptiert ist, weil er alle bürokratischen Voraussetzungen erfüllt.

Das ist umso dringlicher, als es längst Einwanderung durch die Hintertür gibt, die nur schwer zu kontrollieren ist. Viele Menschen beantragen in Deutschland Asyl, weil ihr Leben oder zumindest ihre Gesundheit in ihrer Heimat bedroht ist. Ein Teil der Asylbewerber kommt aber ausschließlich auf der Suche nach Arbeit und einer besseren Zukunft. Aus Sicht dieser Menschen ist das verständlich. Das Streben nach einer Verbesserung der Lebensumstände durch Mobilität und Tatkraft ist ein Gedanke, der einer Leistungsgesellschaft wie der deutschen nicht fremd sein kann.

Zwar wird vielen kein Asyl gewährt, weil die eigentlichen Asylgründe nicht gegeben sind. Doch folgt häufig nicht die Abschiebung ins Herkunftsland. Menschen, die erst einmal bis nach Deutschland gekommen sind, haben gute Aussichten, hier bleiben und arbeiten zu können. Im Falle des Facharbeiters, der Ärztin, des Krankenpflegers, die zwar nicht als Asylbewerber anerkannt werden, wohl aber als Arbeitnehmer, muss geklärt werden, ob und wie sie darüber hinaus als neue Deutsche aufgenommen werden. Vielleicht ist das am Ende weniger ein gesetzgeberischer als ein politischer Akt.

Süddeutsche Zeitung, Samstag, 17.01.2015, Seite 4

ISLAM UND GESELLSCHAFT

Die fünfte Gewalt

VON HERIBERT PRANTL

Die erste deutsche Einheit begann vor sechzig Jahren mit der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg; diese Einheit ist längst vollendet. Die zweite deutsche Einheit begann vor 25 Jahren mit dem Fall der Mauer; sie ist weit gediehen. Die dritte Einheit, die von Alt- und Neubürgern, von eingewanderten und alteingesessenen Bürgern, steht noch am Anfang; ihre Entwicklung ist gefährdet von den sich radikalierenden Ressentiments gegen den Islam und gegen muslimische Bürger; diese Ressentiments werden von islamistischen Attentätern befruchtet.

Die deutsche Gesellschaft ist gespalten: Auf der einen Seite stehen diejenigen, die eine dritte Einheit befördern wollen und wissen, dass eine gute Zukunft dieser Gesellschaft von der Inklusion abhängt, davon also, dass die vier Millionen Muslime in Deutschland wirklich zu Hause sind. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die diese Einheit ablehnen, deswegen Exklusion fordern und das unter anderem mit den Gewalttaten islamistischer Terroristen begründen. Das aggressive Ressentiment ist für Menschen, die von „Pegida“ angezogen werden, identitätsstiftend. Manche von ihnen würden am liebsten eine neue Mauer bauen, um den Islam als Lebensform zu isolieren.

Die Größe dieses Exklusions-Lagers ist schwer zu schätzen; es ist jedenfalls sehr laut, raumgreifend und eifernd nicht nur auf den Straßen von Dresden, sondern vor allem in den Foren des Internets. Der Rückgriff der Pegidisten auf die „christliche Wertegemeinschaft“ ist auch ein Akt der Ablenkung von den Ursachen der sozialen Misere und ein Akt der Aggressionsverschiebung. Das erklärt, warum es in ganz Europa Pegida-Ableger gibt. Zu befürchten ist, dass Muslime darauf mit ihrem Rückzug in religiöse Selbstvergewisserungen reagieren. Mohammeds Flucht aus Mekka und seine spätere Rückkehr als Kämpfer passt nicht wenigen jungen, frustrierten und exkludierten Muslimen ohnehin gut als Identifikationsfolie.

In Europa steht das Miteinander, in Deutschland die dritte deutsche Einheit auf dem Spiel. Der jahrzehntelange Streit darum, ob Deutschland Einwanderungsland ist, flammt in neuer Form wieder auf. Diesmal tobt der Streit nicht, wie einst, zwischen den politischen Parteien, – zwei völlig verschiedene Zivilgesellschaften stehen sich gegenüber, eine zivile und eine unzivile. Die Straße galt lange als Raum des aufgeklärten, linksliberalen Protests: gegen Krieg, gegen Nachrüstung, für Naturschutz und Atomausstieg. Dort sammelt sich nun auch, nicht nur in Dresden, die Reaktion – und verlangt, wie das die bisherigen Demonstranten auch tun, mehr direkte Demokratie. Die deutsche Gesellschaft steht an einem Scheideweg.

Die dritte deutsche Einheit begann spät, vierzig Jahre nach dem Beginn der Einwanderung. Sie begann zaghaft vor zehn Jahren, als ein „Zuwanderungsgesetz“ in Kraft trat; sie begann handfest vor fünf Jahren, als zum ersten Mal eine türkischstämmige Frau Ministerin in Deutschland wurde. Es gibt Anzeichen dafür, dass diese Einheit gut gelingen könnte: Es gibt immer mehr Politiker, Wissenschaftler, Manager, Künstler, Lehrer, Redakteure und Geschäftsleute mit migrantischen Namen in Deutschland; die Migranten-Generation kehrt ein in die bürgerliche Gesellschaft; die Jahre der Gastarbeiterei versinken im Imperfekt. Eine bunte, aufgeklärte, weltoffene deutsche Zivilgesellschaft ist entstanden.

Es gibt aber auch die Gegen-Zivilgesellschaft. Ein völkischer Geist ist dort aus der Flasche gelassen, der NSU-Schock abgeklungen. Man hat es den Muslimen dort übelgenommen, dass man sich bei ihnen der NSU wegen entschuldigen musste. Die Pariser Attentate haben diese Rollenverteilung wieder umgedreht. Der alte neue Geist agitiert so, als habe es die vergangenen dreißig Jahre nicht gegeben; als habe die Bundesrepublik nicht bitter gelernt in Rostock, Mölln und Solingen, als Wohnhäuser brannten und als Ausländer, wie in Hoyerswerda 1991, unter dem Gejohle der feixenden Menge aus der Stadt geführt wurden. Mit Lichterketten musste die Menschenwürde verteidigt werden; das war fast so, als müsse die Mathematik das Einmaleins verteidigen. Es war dies auch Frucht einer Politik, deren Wahlkämpfe von der angeblichen Überfremdung Deutschlands lebten. Das ist noch nicht so lange her und hat Nachwirkungen, die auch „Pegida“ heißen.

In der Ecke einer Schublade der CDU/CSU liegt noch der Entwurf des Bundesinnenministers der Regierung Kohl von 1988 zu einem unglaublich scharfen Gesetz, der Einwanderer als Störer begriff, gegen die man die nationale Kultur verteidigen müsse. Einwanderung bedeute nämlich, so hieß es, „den Verzicht auf die Homogenität der Gesellschaft, die im wesentlichen durch die Zugehörigkeit zur deutschen Nation bestimmt wird“. Mit solchen Sätzen hätte man damals auch das Parteiprogramm der rechtsradikalen Republikaner schreiben können, deren Redner es bei Parteitag zum Ritual machten, unter tobendem Beifall auf die „Ganovenpresse“

einzuwreschen. Heute heißt das „Lügenpresse“; und die ausländerfeindlichen Regierungssätze, die 1990 nicht Gesetz wurden, sind heute Pegida-Parole.

Alles also schon da gewesen, dann wieder verschwunden? Entwarnung also? So einfach ist es nicht. Gewiss: Die Parteien haben, mehr oder weniger, dazugelernt. Plumpe Ressentiments stoßen heute medienübergreifend auf Ablehnung. Überschriften wie sie der Presserat einst rügen musste („Wie viele Asylbewerber verträgt die Kläranlage?“), sind heute unvorstellbar. Das ist nicht Ausdruck von Mainstream-Korrektheit, sondern Ergebnis eines Lernprozesses, den auch die sogenannte vierte Gewalt gemacht hat. Es gibt aber eine neue fünfte Gewalt; so nennt der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen das Internet und die „vernetzten vielen“. Dort findet man wunderbar kluge Gedanken, dort findet man aber auch bestürzend hässliche Tiraden; dort findet man Hass und Hetze; dort findet man Rationalität wie Irrsinn. Nicht nur auf den Straßen, auch im Netz muss eine aufgeklärte Zivilgesellschaft für die dritte deutsche Einheit streiten. Es darf nicht zum Netz der Exklusion werden.

Es stehen sich zwei Zivilgesellschaften gegenüber: Die eine wirbt für ein Miteinander der Altbürger und der Neubürger, die andere kämpft für die Exklusion der Muslime

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.01.2015, Nr. 15, S. 1

Polizei verbietet Demonstrationen in Dresden wegen Anschlaggefahr

Morddrohung gegen Pegida-Organisator / De Maizière: Es besteht Grund zur Sorge

ban./lock. DRESDEN/BERLIN, 18. Januar. Die Polizei in Dresden hat für diesen Montag ein allgemeines Versammlungsverbot für die sächsische Landeshauptstadt erlassen. Der Staatssekretär im sächsischen Innenministerium, Michael Wilhelm, sagte, dass es "konkrete Anhaltspunkte dafür gibt, dass Menschenleben in Gefahr" seien. Die Anhaltspunkte beruhten auf einer geheimen Einschätzung des Bundeskriminalamtes, das die Gefährdungslage für ganz Deutschland analysiere. "Dieser haben wir uns angeschlossen", sagte Wilhelm. Polizeipräsident Dieter Kroll sagte: "Wir gehen in der Bewertung der aktuellen Lage nicht mehr nur von einer abstrakten Gefahr, sondern von einer konkreten aus." Dabei gehe es um ein Mitglied des Organisationsteams von Pegida sowie die für diesen Montag geplante Kundgebung. Attentäter seien aufgerufen worden, sich unter die Demonstranten zu mischen, um "zeitnah einen Mord an einer Einzelperson des Organisationsteams zu begehen". Dabei soll es sich um den Pegida-Gründer Lutz Bachmann handeln. Zuvor hatte Pegida selbst die geplante dreizehnte Veranstaltung auf dem Theaterplatz abgesagt. Nach Worten der Mitorganisatorin Kathrin Oertel gebe es "Hinweise auf ein Attentat".

Das Bundesinnenministerium hatte zum Wochenende mitgeteilt, es gebe ein "erhöhtes Aufkommen" an sicherheitsrelevanten Hinweisen, und angekündigt, dass "unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen" getroffen würden, sobald sich aus den Hinweisen Handlungsbedarf ergebe. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) sagte: "Die Lage ist ernst, es besteht Grund zur Sorge und Vorsorge, jedoch nicht zu Panik und

Alarmismus." Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) teilte nach einer Meldung in der Zeitung "Bild am Sonntag" mit, derzeit gebe es in Deutschland etwa 350 Beschuldigte im Zusammenhang mit der terroristischen Organisation "Islamischer Staat". Verschärfungen im Strafrecht seien nicht erforderlich. "Purer Aktionismus stoppt keine Terroristen", sagte Maas. Unterdessen ging in der großen Koalition die Auseinandersetzung über die Vorratsdatenspeicherung weiter. Mehrere Spitzenpolitiker der Union plädierten dafür, unabhängig vom Vorgehen der EU-Kommission eine gesetzliche Regelung zu schaffen. Hingegen hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) dafür plädiert, eine Richtlinie der EU-Kommission abzuwarten. (Siehe auch Seiten 2 und 3.)

Süddeutsche Zeitung, Montag, 19.01.2015 , Seite 1

Polizei verbietet Dresdner Pegida-Demo

Wegen Morddrohungen im Internet untersagen die Behörden alle Versammlungen im Freien, auch den Aufmarsch der Islamgegner. Derweil läuft europaweit die Fahndung nach Terrorzellen

VON JAN BIELICKI

München – Weil Dresdens Polizei Terroranschläge befürchtet, hat sie für diesen Montag eine Demonstration der antiislamischen Pegida-Bewegung verboten. Sie untersagte alle öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel und damit auch die Gegenkundgebung des Bündnisses „Dresden für alle“. Es bestehe „eine konkrete Gefahr“, begründete Polizeipräsident Dieter Kroll das Verbot. Attentäter seien aufgerufen worden, sich unter die Protestierenden zu mischen, um „zeitnah einen Mord an einer Einzelperson des Organisationsteams der Pegida-Demonstrationen zu begehen“, heißt es in der Verbotsverfügung.

Die Morddrohung richtet sich nach Informationen der Nachrichtenagentur dpa gegen den Pegida-Mitgründer Lutz Bachmann. Bachmann selbst wollte sich auf Anfrage der Süddeutschen Zeitung nicht äußern. Die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) hatten ihre für Montagabend geplante Kundgebung vor der Semperoper bereits zuvor unter Verweis auf Warnungen der Polizei abgesagt. Auch sie schrieben von einer konkreten Drohung gegen ein Mitglied ihres Führungsteams: „Seine Hinrichtung wurde durch IS-Terroristen befohlen“, hieß es auf der Facebook-Seite der Organisation. Dieser Hinweis auf die Terrormiliz Islamischer Staat wurde später entfernt.

Der Mordaufruf ähnele einem über Twitter verbreiteten Tweet, in dem auf Arabisch die Pegida als Feindin des Islam bezeichnet werde, heißt es in der Polizei-Verfügung. Konkrete Hinweise auf mögliche Täter oder deren Vorgehen liegen den Behörden allerdings nicht vor. Aber die Gefahr sei „konkret in Bezug auf eine gefährdete Person und deren Umfeld“, erklärte Polizeichef Kroll. Er berief sich dabei auf Informationen des Bundes- und des Landeskriminalamtes. Bei den deutschen Behörden waren vor einer Woche mehrere übereinstimmende Meldungen ausländischer Geheimdienste eingegangen, in denen mögliche Anschlagziele genannt wurden.

Pegida organisiert in der sächsischen Landeshauptstadt seit Mitte Oktober Demonstrationen gegen die angebliche Islamisierung. Am vergangenen Montag waren dabei laut Polizei 25 000 Menschen durch Dresdens Innenstadt gezogen. Dagegen kamen am Samstag 2700 Demonstranten zu einem Gedenkmarsch für den Asylbewerber Khaled Idris Bahray zusammen, der am Montag davor in Dresden erstochen worden war. In München und anderen Städten sollen für Montag geplante Kundgebungen von Pegida-Anhängern und deren Gegnern weiterhin stattfinden. Es gebe zwar eine abstrakte, aber keinerlei konkrete Anschlaggefahr, sagte Münchens Polizeipräsident Hubertus Andrä.

Unterdessen fahndeten die Behörden europaweit nach mutmaßlichen Mitgliedern islamistischer Terrorzellen. In Athen nahm die Polizei am Samstag zwei Männer fest, die belgischen Behörden zunächst als Hintermänner einer vereitelten Terrorattacke auf Polizisten galten. Beide Fälle hätten aber nichts miteinander zu tun, räumte die belgische Staatsanwaltschaft ein. In Brüssel bewachten Soldaten gefährdete Gebäude. Die Regierung kündigte an, bis zu 300 Soldaten in den großen Städten einzusetzen.

► Seiten 2, 4 und 7

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.01.2015, Nr. 16, S. 1

Kritik an Verbot von Pegida-Demonstration in Dresden

Merkel: Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht / Kanzlerin bietet Hilfe des Bundes an

elo./lock. BERLIN/DRESDEN, 19. Januar. Zahlreiche Bundespolitiker haben das Verbot der Pegida-Demonstration in Dresden mit Zurückhaltung oder Kritik aufgenommen. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte, Demonstrationsfreiheit sei ein hohes Gut. "Ich habe als Bundeskanzlerin, unbeschadet ob mir die Inhalte gefallen, ein Interesse daran, dass an jedem Ort in Deutschland demonstriert werden kann, weil es sich um ein Grundrecht handelt", sagte Merkel am Montag in Berlin. "Falls der Bund hilfreich sein kann, um solche Demonstrationen abzusichern, werden wir - wenn wir gebeten würden - natürlich dafür Sorge tragen", äußerte die Kanzlerin.

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) unterstellte den Behörden in Dresden zwar "sicher gute Gründe", sagte aber, "Terrorandrohung darf niemals dazu führen, dass Meinungen unterdrückt werden".

Mahnungen, das Demonstrationsrecht zu achten, kamen aus der Linkspartei, den Grünen, aber auch aus der CDU. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) verteidigte die Entscheidung als "verantwortlich und verantwortbar". Er warb um Verständnis für eine "schwierige Abwägung". Man dürfe keinen Hinweis auf eine Gefährdung missachten. "Umgekehrt, wenn wir jeden Hinweis für bare Münze nehmen, dann betreiben wir das Geschäft derer, die Hinweise geben und vielleicht aus taktischen Gründen Unruhe verbreiten wollen."

Die Opposition im Sächsischen Landtag kritisierte die Entscheidung scharf. Die Linkspartei bezeichnete das Demonstrationsverbot als "vollkommen unverhältnismäßig". Die Grünen kritisierten, dass Innenminister Markus Ulbig (CDU)

auf der am Montagnachmittag einberufenen Sondersitzung des Innenausschusses keine Gründe für den Grundrechtseingriff vorgelegt, sondern sich abermals auf die Geheimhaltung berufen habe.

Die Regierungsparteien CDU und SPD erklärten nach der Sitzung, dass die Polizei richtig entschieden habe. Die SPD forderte jedoch für kommende Woche eine Regierungserklärung zu den Gründen. CDU-Innenpolitiker Christian Hartmann erklärte, dass der Grund für das Verbot "eine konkrete Gefährdung einer Einzelperson des Organisationsteams von Pegida" während der Kundgebung gewesen sei. (Siehe Seiten 2 und 8.)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.01.2015, Nr. 16, S. 1

Keine Gewalt

Von Reinhard Müller

Provokationen können Gewalt nach sich ziehen. Aber selbst der Papst hat sich dem Gewaltmonopol des Staates zu beugen.

Wer einen anderen schmäht, der muss mit einer Reaktion rechnen. Je mehr er ihn trifft, desto eher und härter wird sich das Opfer womöglich wehren. Zu Recht. Die Freiheit der Meinung und der Kunst ist kein Freibrief zur Verächtlichmachung anderer Menschen und Weltanschauungen. Hat das Papst Franziskus gemeint, als er sich nach dem Anschlag von Paris in einem Gespräch äußerte? Gesagt hat er: "Wenn Dr. Gasbarri (der Reiseorganisator des Papstes), mein lieber Freund, meine Mama beleidigt, erwartet ihn ein Faustschlag. Denn man kann den Glauben der anderen nicht herausfordern, beleidigen oder lächerlich machen."

Diese Äußerung kann man gut erklären, etwa mit der Anschaulichkeit, mit der hier ein Papst aus den südamerikanischen Favelas spontan das ausspricht, was viele denken. Und es wäre gewiss böswillig, darin einen Aufruf zur Selbstjustiz zu sehen. Aber das Oberhaupt der katholischen Kirche hat ungewollt etwas ins öffentliche Bewusstsein gerufen, das im Streit über Satire und Islam, über Meinungsfreiheit, Blasphemie und Religion unterzugehen droht: das Gewaltmonopol des Staates. Und selbst für den Staat, für den zivilisierten, den Rechtsstaat ist Gewalt nur das letzte Mittel, sowohl im Verhältnis zu anderen Ländern als auch im Umgang mit seinen Bürgern. Dem Bürger wiederum sind Notwehr und Nothilfe erlaubt - zur Abwehr eines gegenwärtigen, rechtswidrigen Angriffs. Aber Gewalt darf niemals eine Waffe im Meinungskampf sein.

Es mag weltfremd sein und auch übertrieben, die Staatsanwaltschaft in jede Auseinandersetzung einzuschalten, die auch so aus der Welt geräumt werden kann. Es ist auch nicht jedem gegeben, Beleidigungen wegzulachen oder verbal angemessen drastisch zu reagieren. Aber der Verzicht auf eine körperliche Reaktion unterscheidet unsere (hoffentlich) aufgeklärte Zeit von Formen des Zusammenlebens, in denen noch das Faustrecht gilt.

Selbst oder gerade mancher Politiker und Minister hat das Wesen weder der Meinungs- und Kunstfreiheit noch der Versammlungsfreiheit begriffen. Witze und dumme Sprüche muss man eben auch gegen sich selbst gelten lassen - nicht nur gegen den politischen

Gegner oder eine fremd erscheinende Religion. Gegen vermeintliche Auswüchse kann man vor Gericht ziehen, muss aber nicht. Man kann manchen Anwurf auch souverän ignorieren, aussitzen oder eben zurückgeben.

Besonders die Versammlungsfreiheit kann deshalb als Quelle der Provokation empfunden werden. Wer in Massen für seine Ansichten auf die Straße geht, gilt vielen insgeheim als Störenfried. Dabei ist es genau andersherum. Störenfried ist derjenige, der die Demonstranten stört. "Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich zu versammeln", lautet die pathetische Formulierung des Grundgesetzes. Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht zwar gesetzlich eingeschränkt werden. Aber immer müssen auch Spontanversammlungen möglich sein. Und vor allem: Es kommt grundsätzlich nicht auf den Inhalt der dort geäußerten Meinungen an. Wenn nicht zu Gewalt aufgerufen wird und keine Straftaten drohen, dann darf eine Versammlung nicht verboten werden. Auch dann nicht, wenn Gutmeinende große halbstaatliche Gegendemonstrationen ankündigen. Versuche, politisch missliebige Veranstaltungen mit dem Hinweis auf drohende Ausschreitungen zu verbieten, sind bisher - zum Glück für den Rechtsstaat - spätestens vom Bundesverfassungsgericht gestoppt worden. Auch dahinter steht der Gedanke: Meinungen dürfen nicht durch die Drohung mit Gewalt unterdrückt werden. Das muss jeder - in Dresden und sonst wo - im Hinterkopf haben und in seine Abwägung mit einbeziehen, wenn er Hinweise auf Anschläge erhält.

In Köln und Bonn ist es nicht bei Hinweisen geblieben: Dort wollten Salafisten vor gut zwei Jahren nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft eine Rohrbombe im Bonner Hauptbahnhof zünden - und den Vorsitzenden der Partei "Pro NRW" erschießen. Aus technischen Gründen explodierte die Bombe nicht, und vor dem Attentat schlug die Polizei zu. Der Prozess läuft noch. Nun ist "Pro NRW" tatsächlich durch unsägliche Provokationen gegenüber unseren muslimischen Mitbürgern und Landsleuten aufgefallen. Das sollte auch beim Namen genannt werden. Aber es ist bezeichnend, dass diesem durchaus politischen geplanten Mordanschlag kein öffentlicher Aufschrei gefolgt ist. Weil man sich nicht wundern darf, dass Provokationen Gewalt nach sich ziehen? Oder weil es nicht egal ist, ob ein Journalist das Mordopfer ist oder ein verwirrter Provokateur?

Auch nun, nach Verbot und Absage der mit Pegida zusammenhängenden Demonstrationen, vermisst man ein klares Bekenntnis - nicht zu Pegida, sondern zu den Grundrechten und dem öffentlichen Frieden. Niemand muss sich verspotten lassen. Aber diesen Grundsatz kann nicht jeder Einzelne für sich gewaltsam durchsetzen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.01.2015, Nr. 18, S. 1

Ermittlungen gegen Pegida-Gründer wegen Verdachts der Volksverhetzung

Bachmann als Vorstand zurückgetreten / AfD: Ekelhafte Scherze / Proteste in Leipzig

F.A.Z. FRANKFURT/DRESDEN/BERLIN, 21. Januar. Die Staatsanwaltschaft Dresden hat am Mittwoch ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung

gegen den Gründer von Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes), Lutz Bachmann, eingeleitet. Das bestätigte der Sprecher der Staatsanwaltschaft Dresden, Jan Hille, dieser Zeitung. Grund für das Verfahren sind kürzlich bekanntgewordene Kommentare Bachmanns in dem sozialen Netzwerk Facebook im September 2014. In diesen soll Bachmann Asylbewerber als "Dreckspack", "Viehzeug" und "Gelumpe" bezeichnet haben. Bachmann äußerte sich nicht zu den Vorwürfen, sein Facebook-Profil wurde aber nach Bekanntwerden der Anschuldigungen gelöscht. Am Abend dann teilte er mit, er trete von seinem Amt als Vorstand von Pegida zurück.

Zuvor war bereits René Jahn, der stellvertretende Vorsitzende von Pegida, von ihm abgerückt. Grund dafür war unter anderem auch ein Foto, das Bachmann mit Hitlerbart und entsprechendem Scheitel zeigte.

Ein Sprecher der AfD begrüßte den Rücktritt Bachmanns. "Er hat mit seinen traurigen Äußerungen und ekelhaften Scherzen die Menschen von Pegida, die getrieben von ehrlichen Sorgen auf die Straße gehen, beschämt", äußerte der Sprecher. Führende AfD-Politiker gingen am Mittwoch bereits vor dem Rücktritt auf Distanz zu Bachmann. "Es ist leider so, dass jemand, der so etwas macht, nicht mehr die Verantwortung für 15 000 anständige Bürger tragen kann, damit die nicht in den Verdacht geraten, ähnlich zu denken wie er", hatte der stellvertretende AfD-Vorsitzende Alexander Gauland dieser Zeitung gesagt.

Bundespräsident Joachim Gauck warnte unterdessen davor, die deutsche Gesellschaft könne in der Islam-Debatte ihren Zusammenhalt verlieren. "Die Polarisierung schwächt, was unser Land stabil und berechenbar gemacht und was Vertrauen zwischen den Bürgern geschaffen hat", sagte Gauck am Mittwoch. Mehrere Bundespolitiker, darunter der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel und der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Gregor Gysi, sprachen sich für einen Dialog mit Pegida-Demonstranten aus. Gespräche mit den Organisatoren lehnten sie ebenso ab wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Nur Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) erklärte sich zu einem Treffen mit den Organisatoren bereit.

Am Mittwochabend protestierten in Leipzig knapp zehntausend Demonstranten des Pegida-Ablegers Legida. Die Organisatoren hatten mehrere Zehntausend Teilnehmer erwartet. Viele der größtenteils jungen Männer schrien den unter Hooligans verbreiteten "Ahu!"-Ruf. Der Protestzug war eingerahmt von Tausenden Gegendemonstranten. (Siehe Seite 2.)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.01.2015, Nr. 24, S. 1

Heftiger Führungsstreit in islamkritischer Pegida-Bewegung

Mehrere Rücktritte / Irritationen über Rolle Bachmanns / Kundgebung abgesagt

lock. DRESDEN, 28. Januar. Innerhalb des Organisationsteams der islamkritischen Pegida-Bewegung ist es zu heftigen Auseinandersetzungen um die weitere Rolle des Pegida-Gründers Lutz Bachmann gekommen. Am Dienstagabend sowie am Mittwoch traten deshalb fünf Mitglieder aus dem Verein aus, darunter die bisherige Sprecherin Kathrin Oertel sowie der stellvertretende Vorsitzende, René Jahn. Das bestätigte das

bisherige Gründungsmitglied des Vereins Bernd-Volker Lincke am Mittwoch dieser Zeitung. Die Stadt Dresden bestätigte, dass Pegida am Mittwoch auch die für kommenden Montag angemeldete Demonstration abgesagt hat.

Nach Angaben von Lincke seien die ausländerfeindlichen Kommentare Bachmanns auf Facebook, die am vergangenen Mittwoch bekanntgeworden waren, der Hauptgrund für den Rückzug. Zwar hatte sich Bachmann dafür entschuldigt, zudem war er auch vom Vereinsvorsitz zurückgetreten. Allerdings hätten mehrere Mitglieder den Eindruck gehabt, dies sei nicht aufrichtig; darüber hinaus habe Bachmann auch weiterhin hinter den Kulissen "mitgemischt", sagte Lincke. "Das ist für mich ein Ding der Unmöglichkeit und für die ganze Bewegung kontraproduktiv", sagte Lincke. Für ihn habe sich das Kapitel Pegida erledigt.

In einer am Mittwoch offenbar von Lutz Bachmann veröffentlichten Erklärung des Vereins heißt es dagegen, der Rückzug von Oertel sei als "Auszeit" zu verstehen. Demnach seien "massive Anfeindungen, Drohungen und berufliche Nachteile" der Grund für ihren Rückzug. Auch für den Austritt eines weiteren Vereinsmitglieds werden berufliche Nachteile aufgeführt. Oertel selbst war am Mittwoch nicht für eine Stellungnahme zu erreichen. Dem Vernehmen nach habe es jedoch auch Streit um die weitere Zusammenarbeit mit dem radikalen Ableger Legida in Leipzig gegeben.

Ob und wie es mit Pegida weitergehe, werde der Verein in den nächsten Tagen entscheiden. Lincke äußerte, das "Orgateam" habe sämtliche Kundgebungen bis zuletzt völlig allein gestemmt. Der Verein will nach eigenen Angaben in den nächsten Tagen einen neuen Vorstand wählen; Lutz Bachmann stehe dafür nicht mehr zur Verfügung. (Kommentar Seite 8.)

Süddeutsche Zeitung, Samstag, 31.01.2015, Seite 4

POLITIK UND PEGIDA

Mensch, Vorsicht!

VON NICO FRIED

Als Sigmar Gabriel jüngst im Fernsehen saß, benutzte er in einem Interview zum Thema Pegida binnen weniger Minuten ein Dutzend Mal den Begriff „die Menschen“. Das ist nicht überraschend, weil Politik für Menschen gemacht wird. Bemerkenswert war, wen Gabriel mit „die Menschen“ meinte – die Pegida-Demonstranten – und von wem er sie unterschieden hat, zum Beispiel von Rechtsextremen und Rechtspopulisten, von den Pegida-Organisatoren, aber auch von Journalisten und Politikern. Wenn Gabriel anfängt, sich um „die Menschen“ zu kümmern, gibt's eben kein Halten mehr.

Während die selbsternannten Retter des Abendlandes in Dresden und anderswo allmählich der Dämmerung entgegen demonstrieren, offenbart die Politik einige Wirkungstreffer. Der pseudopatriotischen Bewegung geht es schlecht, wie man im Osten an der Spaltung der Dresdner Pegida sieht und im Westen an einer Fusion: Die Not muss schon sehr groß sein, wenn ausgerechnet die Gidas aus Köln und Düsseldorf nun gemeinsam auf die Straße ziehen wollen. In Teilen der Regierungsparteien aber debattiert man nervös, wie mit den Demonstranten umzugehen sei, den

Übriggebliebenen von heute und möglichen AfD-Wählern von morgen. Nicht alles, was da volksnah aussieht, ist auch nah am gewünschten Erfolg. Im Gegenteil.

Pegida hat in Berlin eine Art politische Identitätsdebatte ausgelöst, für deren Pole die Bundeskanzlerin und ihr Vize stehen. Im Kern geht es um die Ansprache derer, die Gabriel „die Menschen“ nennt. Es war Angela Merkel, die genau diese Leute – also nicht die Organisatoren, sondern die Demonstranten – in ihrer Weihnachtsansprache aufgerufen hat, nicht denen hinterherzulaufen, die „Hass im Herzen“ hätten. Einige Tausend taten es trotzdem – und bekamen schließlich Besuch vom SPD-Chef. Merkel, die sich gerne als Kanzlerin aller Deutschen bezeichnet, übte sich in Abgrenzung; Gabriel hingegen gefiel sich als Grenzgänger.

Die Magnetfelder der beiden Pole wirken parteiübergreifend: Zu Merkels Lager kann man den sozialdemokratischen Justizminister Heiko Maas („Schande für Deutschland“) und seinen Genossen Außenminister Frank-Walter Steinmeier („Schaden für Deutschland“) zählen. Außerdem die Generalsekretärin der SPD, Yasmin Fahimi, und CSU-Chef Horst Seehofer. Zu Gabriels Lager gehören der CDU-Innenminister Thomas de Maizière, der als Dresdner auch lokalpolitisch betroffen ist, und die stellvertretende CDU-Vorsitzende Ursula von der Leyen. Beide lobten Gabriel. Dass sich damit zwei ihrer wichtigsten Parteifreunde gegen Merkel stellten, blieb im Windschatten der Differenzen in der SPD weitgehend unbeachtet.

Gabriels Ansatz, auf die Menschen zuzugehen, mit ihnen zu reden und ihre Sorgen aufzugreifen, wirkt zunächst sympathisch. Die Kanzlerin dekretiert ja eher, als dass sie diskutiert. Oft äußert sich Merkel sowieso nicht. Tut sie es doch (und in den vergangenen Wochen immerhin hat sie es zu Pegida und als Reaktion auf die Anschläge in Paris ohne Zögern getan) bleibt bei allem Aufsehen des Moments etwas Formelhaftes. Was Merkel sagt, ist immer wohl überlegt, bisweilen sogar kontrovers, wird aber letztlich in fast monarchischer Attitude dargeboten: Volk und Partei können sich an ihren Worten abarbeiten. Nur Merkel selbst arbeitet selten mit.

Der SPD-Vorsitzende wiederum steht bei sich selbst im Wort. Zum Amtsantritt 2009 forderte er von seiner Partei, dahin zu gehen, wo es brodelt, riecht, gelegentlich auch stinkt, dahin, „wo es anstrengend ist“. Kein Zweifel: Gabriel kann Kumpel. Leider verbindet er diese Volksnähe jedoch immer wieder mit einer merkwürdigen Ironisierung seiner eigenen Berufsgruppe und dem Betrieb, der sie umgibt. Manchmal macht er sie sogar verächtlich, so wie im Februar 2012, als er nach dem Rücktritt von Bundespräsident Christian Wulff für die Suche nach einem Nachfolger empfahl, es solle am besten kein aktiver Parteipolitiker sein. Mit diesem „Keiner von uns“ nahm Gabriel seine ganze Zunft für das Scheitern eines Einzelnen in Haftung. Dann darf man sich allerdings über manche Pegida-Parole auch nicht wundern.

Die willkürliche Instrumentalisierung des Gegensatzes zwischen Politik und Volk, zwischen angeblichen Eliten und normalen Leuten, ist in Wahrheit ein schwerwiegender Widerspruch in Gabriels Strategie. Das war im selben Interview, in dem er „die Menschen“ mit dutzendfacher Zuneigung verwöhnte, gut zu sehen: Gegen Ende der Sendung führte der Vizekanzler den Begriff nämlich noch ein dreizehntes Mal im Munde und begründete die hohe Zustimmung für die große Koalition mit der Zufriedenheit der Bürger, dass die Regierung in unsicheren Zeiten vernünftig arbeite. Dieselben Politiker, deren Defizite Gabriel so grundsätzlich zu beschreiben weiß, sind plötzlich also gar nicht schlecht, und ihre Arbeit steht in hohem Ansehen. Wie jetzt?

Ein weiteres Problem in Gabriels Dialogstrategie liegt in der Frage, warum gerade die Demonstranten, die als mündige Bürger mit fragwürdigen und provokativen Parolen auf sich aufmerksam machten, nun besondere Beachtung erfahren sollen. Haben normale Menschen, die nicht demonstrieren, deshalb keine ernst zu nehmenden Sorgen? Muss man ausgerechnet diejenigen besonders einbinden, die eben noch ihre Ängste beklagten, indem sie andere ausgrenzten?

Eines ist am absehbaren Ende von Pegida durchaus bedauerlich: Eine Gruppe von Menschen, die gerade nicht in der politischen Apathie verharren wollte, zieht sich zurück in die Resignation. Bei aller Verwerflichkeit der Parolen und allem Unverständnis für viele Ansichten, müsste es im Sinne der Demokratie aber eigentlich darum gehen, diesen Willen zum politischen Engagement am Leben zu halten, vorausgesetzt er manifestiert sich nicht mehr auf Kosten anderer. Dafür erscheint Gabriels Bereitschaft zum Diskurs besser geeignet als Merkels Befremden aus der Distanz. Gleichwohl darf man dann nicht nur zuhören. Die Ansage muss lauten: „Jetzt hört ihr mal zu. Und zwar richtig.“ Zu schnell gerät Annäherung sonst in gefährliche Nähe zur Anbiederung.

Die Ansage an Pegida muss lauten: „Jetzt hört ihr mal zu. Und zwar richtig.“ Zu schnell gerät Annäherung sonst in gefährliche Nähe zur Anbiederung.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.02.2015, Nr. 27, S. 1

Alternativlos

Von Eckart Lohse

Wer gehofft hat, die AfD zerstöre sich selbst, den hat das Wochenende enttäuscht.

Die Führung der Alternative für Deutschland (AfD) hat lange so getan, als wolle sie mit ihren Mitgliedern anders umgehen als die von ihr beschimpften Altparteien. Die Basis sollte stärker einbezogen werden als bei den Etablierten, so war der Eindruck. Deshalb konnte jedes AfD-Mitglied, das sich rechtzeitig angemeldet hatte, zum Parteitag nach Bremen kommen und nicht nur eine vorher festgelegte Zahl von Delegierten. Doch wo ihre Macht enden soll, konnte die Basis auf ebenjenem Treffen schnell erfahren. Der Auftritt Bernd Luckes war getragen und getrieben von einem derart bedingungslosen Machtanspruch, von der kalt präsentierten Überzeugung, dass nur mit ihm allein die AfD eine gute Zukunft haben werde, dass selbst Alleinherrscher über ihre Parteien wie Helmut Kohl, Joschka Fischer oder Angela Merkel dagegen verblassen. Lucke hat vor und auf dem Parteitag alles getan, um seinen Leuten klarzumachen, wofür er seine Alleinherrschaft hält: für alternativlos.

Lucke machte deutlich, dass das Misstrauen gegenüber kollektiven Führungen in seinem Wesen liegt. Allerdings hatte der Rest der Führungsgruppe diesem Misstrauen im vergangenen halben Jahr, das Lucke fernab von Deutschland und Berlin in Brüssel zugebracht hat, kräftig Nahrung gegeben. Das öffentliche Hauen und Stechen zwischen der Handvoll inzwischen einigermaßen bekannter Führungsfiguren, das sich oft genug gegen Lucke richtete, hatte Ausmaße angenommen, wie sie selbst in den wüsten frühen Jahren der Grünen nicht oft zu finden waren. Und wer sah und hörte, mit welchem bösen Knurren der in Brandenburg mit seinem Rechtskurs so erfolgreiche AfD-Mann

Alexander Gauland kundtat, dass er Luckes Anspruch auf Alleinherrschaft inhaltlich ablehne und nur akzeptiere, weil die Geschlossenheit der Partei noch wichtiger sei als das eigene Ego, der kann sich leicht ausmalen, wie spätestens nach den Landtagswahlen in Hamburg und Bremen der Machtkampf und das davon untrennbare Ringen um die inhaltliche Ausrichtung der AfD weitergehen werden: gnadenlos gegenüber dem Parteifreund.

Doch fürs Erste hat Lucke Freund und Feind seinen Willen aufgezwungen. Er ist entschlossen, mit der AfD den Teil der politischen Bühne zu bespielen, den die anderen Parteien meiden. Der ist nicht klein. Vor allem die CDU hat unter der Führung von Angela Merkel weit mehr übriggelassen als ein bisschen braunen Boden, auf dem sich mit ausländerfeindlichen Sprüchen Stimmen sammeln lassen.

Die einstige Familienpolitik von CDU und CSU ist mit Einwilligung stets solider Mehrheiten auf den Kopf gestellt worden. Ein junges Paar, das sich heute für das klassische Modell entscheidet, nach dem einer arbeitet und der andere zwei oder drei Kinder großzieht, hat es mit einer Gesetzeslage zu tun, die dieses Unterfangen zum Akt unverantwortlichen Leichtsinns werden lässt. Der steigende Zustrom von Asylbewerbern überfordert das wirtschaftlich zurzeit bärenstarke Deutschland noch lange nicht. Doch wenn das Missverhältnis zwischen abgelehnten und abgeschobenen Asylbewerbern weiter so groß bleibt und es nicht offen angegangen wird, könnte sich das ändern.

Der Versuch, Griechenland mit europäischen Milliarden zu retten (auf den die Griechen gerade mit einer Abwendung von Europa reagiert haben), die endgültige Einführung des Doppelpasses, der Mindestlohn, der Atomblitzausstieg und so weiter und so weiter - Angela Merkel hat ihre Entscheidung getroffen: Links der Mitte kann sie mehr Stimmen holen als rechts. Rein machtpolitisch ist das konsequent, die Umfragen geben ihr recht und beeindruckt auch diejenigen in der CDU, denen es inhaltlich allmählich mulmig wird. Damit niemand glaube, sie könne ins Wanken geraten, schleuderte Merkel ihren eigenen Leuten just in dem Moment den Satz vom Islam, der zu Deutschland gehöre, entgegen, als diese verzweifelt nach einem Weg suchten, den Teil ihrer Wählerschaft bei der Stange zu halten, der mit der AfD liebäugelt oder gar mit Pegida sympathisiert. Sie wird dafür zwar von prominenten Parteifreunden in einer Offenheit kritisiert wie seit Jahren nicht mehr. Aber an Merkels Macht oder der Ausrichtung der CDU ändert das nichts.

Die AfD hat also Platz und Zeit. Einen Wettlauf um die Besetzung der brachliegenden Themen zwingt ihr in absehbarer Zeit niemand auf. Es wird erstens darum gehen, ob es Lucke gelingt, den Ehrgeiz Gaulands, aber ebenso den der sächsischen AfD-Politikerin Frauke Petry unter Kontrolle zu halten und endlich Ruhe in die Partei zu bringen. Nur wenn er das schafft, besteht - zweitens - die Chance, dass die AfD weit genug entfernt bleibt vom rechten Rand, um für diejenigen wählbar zu sein, die sich zwar vermutlich in der Mehrzahl als konservativ bezeichnen, bei denen es sich aber keineswegs nur um rechte Spinner oder Leute an der Grenze zu undemokratischen Überzeugungen handelt. Der Balanceakt ist heikel und kann scheitern. Doch wer sich darauf verlässt, dass die AfD sich schon selbst zerstören werde, dürfte an diesem Wochenende etwas Zuversicht verloren haben.

Jeder Bürger ist Elite

Von Jasper von Altenbockum

Wenn Politik nicht mehr die Wirklichkeit im Auge hat, wird sie zum Opfer von Ideologen.

Das Phänomen Pegida wird sich wohl alsbald von selbst erledigt haben und von den Straßen verschwunden sein. Aus der Welt ist es deshalb noch lange nicht. Spätestens bei den nächsten Wahlen wird die Zahl der Wahlberechtigten, die nicht zur Wahl gegangen sind, zum Schluckauf führen. Es sollte dann nicht von Wahlenthaltung gesprochen werden, sondern von Entfremdung. Der Blick der letzten Wochen auf Dresden war ein Blick auf diese Entfremdung, oder muss es heißen: ein Blick in die Abgründe der Demokratie?

Bislang war von "Verdrossenheit" die Rede, um grundsätzliche Kritik an Parteien und Politikern zu beschreiben. Angesichts der zurückliegenden Kundgebungen in deutschen Städten muss es künftig wohl besser "Verachtung" heißen. Ob es sich dabei um eine Haltung handelt, die unter dem Eindruck erlebter Politik langsam gewachsen ist oder jetzt gezielt geschürt wurde, darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Sicher aber ist, dass die Verachtung nicht nur eine "rechte" Haltung ist, sondern auch eine "linke", die Herbert Grönemeyer vor der Frauenkirche höflich auf die Formel einer begründeten "Unzufriedenheit" brachte. "Rechts" oder "links" scheinen in diesem Zusammenhang aber ohnehin nicht mehr die richtige Richtung anzugeben. Es geht um "drinnen" und "draußen", um "oben" und "unten".

Draußen fühlen sich die politisch heimatlosen Leute, die sich einem "System" gegenübersehen, dessen Repräsentanten und Institutionen - vom Parlament über die Verwaltung bis zur "Lügenpresse" - sie kein Vertrauen mehr entgegenbringen, um es milde auszudrücken. Drinnen dagegen sind all die Politiker und Amtsträger, die als "Kaste" und "Netzwerk" wahrgenommen werden, deren Zweck es ist, Privilegien zu pflegen - das hat man immerhin von einem ehemaligen Bundespräsidenten auch schon so ähnlich gehört. Wer sich als Opfer sieht, wer als Täter verdammt wird, wer "oben" ist, wer "unten", versteht sich von selbst.

Wie kommt das? Es ist immerhin eine auf allgemeine Teilnahme angelegte Demokratie, in der sich diese außerparlamentarische, systemkritische Opposition entwickelt. Aber ist sie wirklich auf eine immer "allgemeine" Teilnahme angelegt? Die Gegenbewegung zu Pegida setzte eindeutig auf Ausgrenzung, mit dem traurigen Höhepunkt in Frankfurt am Main, wo mehrere tausend Demonstranten im Namen von Toleranz und Respekt vor Andersdenkenden ein Häuflein Pegida-Anhänger drangsalierten. Ausgrenzung hat aber durchaus ihren Sinn, wenn damit Leute, mit denen nicht vernünftig zu reden ist, davon abgehalten werden sollen, Schaden anzurichten. Das sind Leute (auch hier gilt: "rechte" wie "linke"), die zwar ihre Rechte als deutsche Staatsbürger, bis hin zum Widerstandsrecht, genau kennen, sich aber an sämtliche Pflichten nicht gebunden zu fühlen scheinen. Dabei sind oft gerade sie es, die solche Pflichten - zumal, wenn es um Einwanderung, Integration und die "Leitkultur" geht - stets im Munde führen. Es ist deshalb nicht frei von Ironie, dass ausgerechnet Pegida eine "Integrationspflicht" im Grundgesetz forderte. Gilt die nur für Ausländer?

Diese Integrationspflicht gibt es außerdem schon - wenn auch nicht im Grundgesetz. Dort und in den Länderverfassungen werden andere Pflichten vorgeschrieben: Erziehungspflicht, Schulpflicht oder das Eigentum, das verpflichtet. Die Pflichten, die Pegida-Anhänger veranlassen sollten, vor ihrer eigenen Tür zu kehren, sind Pflichten, ohne die eine Verfassung den Gemeinsinn nicht stiften kann, zu dessen Zweck sie erfunden wurde. Das ist die Pflicht zur Urteilskraft, zur Mäßigung, zur Verantwortung, zur politischen Klugheit, zur Bereitschaft, Staat und Gesellschaft mit Elan und Engagement zu dienen. Das Recht zur Destruktivität, das Recht, sich - guten Gewissens - selbst auszuschließen, sich auf den Feldherrnhügel seines Privatreichs zurückzuziehen und gegen die "Elite" zu schimpfen, gibt es nicht. Jeder Bürger ist "Elite".

Gegen diese Pflichten haben alle, die sich bei Pegida blicken ließen, verstoßen. Ist das arrogantes Politikergeschwätz? Das wäre es, wenn das alles nicht für alle gleich gälte. An gleichen Rechten und Pflichten für alle müssen aber gerade Politiker ein Interesse haben, weil sie abgewählt werden können und weil ihnen Konkurrenz erwächst, wenn sie gegen ihre oberste Pflicht verstoßen, dass Politik mit dem Studium der Wirklichkeit zu beginnen habe. Wie diese Wirklichkeit aussieht, darüber muss gestritten werden - das ist der Kern politischer Willensbildung. Schwierig wird es aber, wenn gestritten wird, ohne dass die Wirklichkeit noch eine große Rolle spielt - in einer Sprache, die von oben herab auf die Welt der Stammtische herabsieht und deshalb als Zeichen einer Pflichtverletzung zu deuten ist.

Man kann als Bürger daraus die Konsequenz ziehen, sich seinerseits nicht mehr an seine Pflicht und Schuldigkeit gebunden zu fühlen. Dann sollte man aber auch zugeben, lieber verbitterter Untertan als aktiver Bürger zu sein. Eine ganz andere Konsequenz wäre, der Wirklichkeit, wie man sie erlebt, durch Überzeugungsarbeit wieder Geltung zu verschaffen. Das aber richtet sich nicht in erster Linie gegen Pegida, sondern gegen die Wächter der deutschen Demokratie, die sich mit Sprechverboten und Ideologie aus der Wirklichkeit verabschiedet haben.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.02.2015, Nr. 31, S. 1

Auf den Kopf Putins

Von Berthold Kohler

Bloß keine Waffen? Auch Halbherzigkeit kann zur Eskalation eines Konflikts beitragen.

Moskau führt keinen Krieg in der Ukraine. Es hält sich an die Vereinbarungen von Minsk. Es liefert keine Panzer, Geschütze und Raketen an die Separatisten. Es unterstützt sie auch nicht mit regulären Soldaten. - Diese Behauptungen des Kremls und seiner Propagandisten kann nur noch glauben, wer taub und blind ist. Oder wer taub und blind sein will. Die Regierungen des Westens aber können nicht länger die Augen vor der Wahrheit verschließen. Putins unbeirrbar und bisher unaufhaltsame militärische Aggression richtet sich nicht nur gegen ein Nachbarland. Sie ist auch ein Angriff auf die europäische Friedensordnung, der alle anderen Bedrohungen für die Sicherheit des Kontinents in den Schatten stellt.

Dieser Erkenntnis hat man sich in den westlichen Staatskanzleien lange widersetzt. Niemand kann sich darüber freuen oder gar ein Interesse daran haben, dass eine Macht wie Russland den außen- und sicherheitspolitischen Grundkonsens verlässt, der die Basis für das friedliche Zusammenleben in Europa in Freiheit und wachsendem Wohlstand seit dem Ende des Kalten Krieges war - auch für die Russen. Selbst noch nach der Annexion der Krim wollten westliche Politiker glauben, dass Putins Ausbruch aus dieser Ordnung nur eine Überreaktion auf die angeblichen Fehler des Westens im Umgang mit Russland war ("Einkreisung", "Demütigung"). Fast verzweifelt wehrte man sich gegen eine Deutung, die zu weit unerfreulicheren Schlussfolgerungen zwingt: dass die Wertehierarchie des real existierenden Putinismus anders aussieht als die der westlichen Demokratien.

Doch auch daran kann man längst nicht mehr zweifeln; Putin-Verehrer, ob in der AfD, in der Pegida oder im Front National, preisen den russischen Präsidenten sogar offen dafür. Aber auch Putins Politikverständnis ist nicht bar jeder Rationalität. Sie ist die ganze Hoffnung des Westens und der Ansatzpunkt der Sanktionspolitik. Diese zielt nicht auf ein ganzes Volk, sondern auf einen einzigen Kopf: den des Präsidenten. Mit den Sanktionen soll das Ergebnis seiner politisch-ökonomischen Kosten-Nutzen-Rechnung verändert werden. Er soll einsehen, dass das Festhalten an seiner neoimperialistischen Politik, die nicht erst auf der Krim begann, mehr Schaden als Gewinn bringt: ganz Russland, aber auch ihm persönlich. Aus dem Niedergang der russischen Wirtschaft und der daraus erwachsenden Unzufriedenheit könnte mittel- bis langfristig eine Gefahr für Putins Herrschaft erwachsen. Deren Absicherung darf man getrost an der Spitze seiner Wertepyramide verorten.

Die Sorge um sein Regime steht auch im Zentrum seiner Reconquista: Kein Majdan auf dem Roten Platz! Putins Bilanz bei der Modernisierung der russischen Wirtschaft war mehr als dürftig. Das kann er nun den westlichen Sanktionen anhängen. Vor der Heimholung der Krim war seine Beliebtheit rückläufig; jetzt ist er ein Volksheld. Die moderate Reaktion der Nato auf seine Aggression dient ihm jetzt als äußere Bedrohung, mit der er sein Russland zusammenschweißt. Doch nicht das "Vorrücken" der Nato macht dem Kreml Angst. Putins größte Sorge ist, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bis an die Grenzen seines Imperiums vordringen. Das "Brudervolk" der Ukrainer könnte den Russen vorführen, dass es viel freiheitlicher zugehen kann als in der "gelenkten Demokratie" Putins. Das erklärt, warum der Kreml alles tut, um die Ukraine zu einem "gescheiterten Staat" zu machen. Putins Krieg im Osten erfüllt einen mehrfachen Zweck: Er destabilisiert die Restukraine, verhindert zuverlässig deren Beitritt zur Nato und schafft auch noch eine Pufferzone zu den ansteckenden Ideen der westlichen Demokratie.

Dieses Niemandsland scheint ihm immer noch nicht groß genug zu sein. Der Rückzug gehört ohnehin nicht zu seinen Stärken. Putins "Separatisten" treiben die ukrainischen Soldaten weiter vor sich her wie er die westliche Politik. Er agiert, sie reagiert, zögerlich. Während er eine Großoffensive bewaffnet, lehnen die westlichen Verbündeten die Bitte Kiews um Waffenlieferungen mit der Begründung ab, die Eskalationsgefahr sei zu groß. Das ist eine berechtigte Sorge. Auch sie offenbart wieder die grundlegende Asymmetrie in diesem Konflikt. Putin hat keine Angst vor der Eskalation. Er demonstrierte von Anfang an seine militärische Eskalationsbereitschaft. Er schreckte damit - dazu brauchte es nicht viel - den Westen erfolgreich davon ab, ebenfalls auf militärische Mittel zu setzen. Der Westen versagte es sich sogar, mit dem Rückgriff auf sie zu drohen. Das will in der Konfrontation mit einem Widersacher wie

Putin in der Tat gut überlegt sein. Das Problem ist jedoch die Botschaft, die er aus dieser Zurückhaltung herausliest: Sie ist für ihn ein Zeichen der Willensschwäche, der Uneinigkeit und der Machtlosigkeit des Westens. Merkel und Hollande unternehmen an diesem Freitag einen neuen Versuch, ihn vom Gegenteil zu überzeugen. Der vielstimmige Aufschrei "Bloß keine Waffen liefern!" wird dabei, um ein Wort der Kanzlerin zu benutzen, nicht hilfreich sein. Halbherzigkeit überzeugt Putin nicht. Die Abschreckungssignale, die der Westen im Ringen um Frieden in der Ukraine nach Moskau sendet, sind noch zu oft Signale der Selbstabschreckung. Auch sie können zur Eskalation eines Konflikts beitragen.

Süddeutsche Zeitung, Freitag, 06.02.2015, Seite 4

SPD

Die Sowohl-als-auch-Partei

VON CHRISTOPH HICKMANN

Die Affäre um den ehemaligen sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy nimmt kein Ende. Jede Aussage produziert neue Widersprüche, wirft neue Fragen auf – und je länger sich das Schauspiel hinzieht, desto verzweifelter wirkt der von Partei- wie Fraktionsspitze immer und immer wieder vorgetragene Satz, all das habe doch mit der SPD nichts zu tun.

Das stimmt auf den ersten Blick sogar, schließlich handelt es sich (nach bisherigem Stand) nicht um politische, sondern menschlich-abgründige Verstrickungen einzelner Mandatsträger. Doch erstens besteht die Möglichkeit, dass die Sache am Ende noch Weiterungen bis in höchste sozialdemokratische Kreise haben könnte – etwa wenn belegt wäre, dass prominente Genossen die Unwahrheit gesagt haben. Und zweitens hat die Affäre natürlich doch eine Menge mit der SPD zu tun, zumindest in ihren Auswirkungen: Am Ende werden Organisationen, zumal so mäßig beliebte wie die Sozialdemokratie, immer für ihre Mitglieder haftbar gemacht. Trotzdem ist der Fall Edathy bei Weitem nicht das größte Problem der SPD.

Wenn deren Vorstand am Wochenende zur Klausurtagung zusammenkommt, müsste er sich stattdessen dringend mit dem zentralen Grund für die Umfragen-Flaute der Partei auseinandersetzen: Niemand weiß, wofür die SPD steht. Schlimmer noch, sie weiß es selbst nicht. Die SPD ist die Sowohl-als-auch-Partei.

Beispiel Freihandel: Große Teile der Partei sehen die Abkommen TTIP und Ceta skeptisch, während Sigmar Gabriel als Wirtschaftsminister für die Abkommen kämpft. Im vergangenen Jahr versuchte er, die Kritiker in den eigenen Reihen mit Brachialgewalt zu überzeugen. Nun ist man ein bisschen dagegen und ein bisschen dafür, aber nur unter Bedingungen.

Beispiel Pegida: Parteichef Gabriel ist für Dialog, seine Generalsekretärin dagegen, und der Dissens wird auch nicht dadurch kleiner, dass die Generalsekretärin mittlerweile eloquent darlegen kann, warum der Dissens eigentlich keiner sei. Die gesamte Partei ist in der Frage gespalten.

Beispiel Europapolitik: Gabriel fährt gegenüber der neuen griechischen Regierung einen harten Kurs – während andere maßgebliche Sozialdemokraten am liebsten verkünden würden, dass die Europapolitik der Kanzlerin endgültig gescheitert sei. Obwohl die SPD Merkels Politik auch in der Opposition mitgetragen hat.

Oder das Thema Steuern: Im Wahlkampf wollte man sie erhöhen, Gabriel will sie jetzt nicht mehr erhöhen, die Parteilinken würden sie am liebsten immer noch erhöhen, dürfen das aber nicht mehr so laut sagen. Und nachdem man den älteren Jahrgängen die Rente mit 63 geschenkt hat, will man sich neuerdings der „gehetzten Generation“ der 30- bis 50-Jährigen widmen. Geld dürfte dafür allerdings erst mal keines mehr da sein.

Über die inneren Widersprüche der SPD hat das erste Regierungsjahr hinweggetäuscht, in dem ein sozialdemokratisches Herzensanliegen nach dem anderen abgearbeitet wurde. Währenddessen hat es die Parteispitze verpasst (oder auch vermieden), sich mit den Gründen für die Wahlniederlage 2013 zu beschäftigen. Statt sich der Tatsache zu stellen, dass der größte Teil der Wähler von Umverteilung durch Steuerpolitik nichts wissen wollte, schob man alles auf den Kandidaten Steinbrück und dessen verunglückten Wahlkampf. Seither reduziert sich die programmatische Arbeit der sogenannten Programmpartei SPD im Wesentlichen auf Bauchentscheidungen ihres Chefs.

Der könnte in gut einer Woche zusätzlich unter Druck geraten. Ganz gleich, wie viel Prozent genau Olaf Scholz und die SPD bei der Wahl in Hamburg holen – es wird ein Ergebnis, von dem Sozialdemokraten andernorts und erst recht im Bund nur träumen können. Danach dürfte das öffentliche Nachdenken darüber beginnen, ob Scholz nicht der richtige wäre, um die Partei aus dem Tränental zu führen.

Aber so einfach ist es eben nicht. Wenn Scholz nach dem Geheimnis seines Erfolgs gefragt wird, antwortet er stets, man müsse nach der Wahl tun, was man vor der Wahl angekündigt habe. Genau das hat die SPD im Bund diesmal getan – zumindest in jenem Rahmen, in dem das als kleiner Koalitionspartner möglich ist. Dennoch verharrt sie im Umfragetief.

Um da herauszukommen, reicht es nicht, einfach solide zu regieren. Stattdessen sollte sich die SPD in nächster Zukunft darüber klar werden, welche Partei sie sein will. Dafür müsste sie sich vielleicht mal wieder streiten, und zwar offen, ausgiebig und bei Bedarf auch lauter.

Das geht nicht, solange man in der Regierung sitzt? Die Leute mögen keinen Streit? Mag ja sein. Aber als Partei der entschiedenen Unentschiedenheit wird man nie groß über 25 Prozent hinauskommen.

Der Fall Edathy ist das kleinere Problem der Sozialdemokraten

Süddeutsche Zeitung, Datum Donnerstag, 12.02.2015, Seite 4

ZUWANDERUNG

Europas Magnet

VON FLORIAN HASSEL

Es ist keine geheime Reiseroute, über die sich Menschen aus Kosovo, einem der Armenhäuser Europas, auf den Weg nach Deutschland und andere reiche EU-Länder machen: Mit dem Bus nach Belgrad, dann mit Hilfe bestochener Grenzer hinüber in die EU nach Ungarn, von dort geht die Fahrt weiter, per Zug nach Wien, oder mit dem Bus oder dem Auto nach Deutschland.

Seit September 2014 haben sich aus dem nur knapp zwei Millionen Einwohner zählenden Kosovo jeden Monat schätzungsweise 20 000 Menschen auf den Weg nach Westeuropa gemacht. Dies ist für sie einfacher als früher, weil Serbien auf Druck der EU die Beziehungen zu seiner ehemaligen Provinz Kosovo verbessert hat und den Kosovo-Albanern die Reise nach und durch Serbien auch mit Personalausweisen des offiziell nicht von Belgrad anerkannten Landes erlaubt. Für Kosovo-Albaner ist der Weg nach Westeuropa freilich kein billiges Vergnügen: Sie zahlen oft mehr als 1000 Euro an professionelle Menschenschmuggler.

Da allein in Deutschland jeden Monat mehrere Tausend Kosovo-Albaner Asylanträge stellen, sorgen sie für Unmut und populistische Parolen über angebliche Asylantenlawinen. Doch diese Vorbehalte verdecken die Tatsache, dass Deutschland allen Problemen zum Trotz enorm von Zuwanderer aus Osteuropa und den Balkanländern profitiert. Deutschland ist Einwanderungsland, muss es angesichts einer alternden Bevölkerung auch sein – und kann sich glücklich schätzen, dass jedes Jahr Hunderttausende meist junge, arbeitswillige, oft gut ausgebildete Menschen nach Deutschland kommen. Handwerker aus Polen, Ärzte aus Bulgarien oder Erzieherinnen aus Rumänien sorgen dafür, dass deutsche Betriebe, Krankenhäuser oder Kindergärten funktionieren. In der deutschen Provinz werben vor der Rente stehende deutsche Apotheker mittlerweile Nachfolger aus dem EU-Kandidatenland Serbien an. Den Gewinn hat Deutschland. Die Probleme durch den Verlust ihrer Jungen und Motivierten haben die Abwanderungsländer. Und zu denen gehört auch Kosovo.

Der legale Weg nach Deutschland durch die Vordertür, als privilegierter EU-Bürger, ist den Menschen aus Kosovo, Albanien oder Serbien versperrt. Also wählen viele den Hintereingang über einen Asylantrag. Dabei gibt es – anders als zum Beispiel für Flüchtlinge aus Syrien – kaum je einen dem Gesetz entsprechenden Grund, ihnen tatsächlich Asyl zu gewähren.

Kosovo und andere Balkanländer sind zum Glück keine Kriegsschauplätze mehr. Sie werden heute demokratisch regiert – wobei demokratisch längst nicht immer gut bedeutet. Manche ethnischen Minderheit wie die Roma werden stark diskriminiert. Eine lebensbedrohende Verfolgung aber findet weder in Kosovo noch anderswo auf dem Balkan statt. Stattdessen bringen Armut und Arbeitslosigkeit, umfassender politischer und wirtschaftlicher Stillstand und Korruption die Menschen dazu, sich auf den Weg in die wohlhabenden und nahen Nachbarländer Deutschland, Österreich, die Schweiz oder Frankreich zu machen.

Doch Armut und Perspektivlosigkeit sind kein Asylgrund. Zu Recht haben die deutschen Behörden ihr Tempo bei der Bearbeitung von Asylanträgen etwa aus Kosovo gesteigert; zu Recht lehnen sie fast alle ab. Asylanträge sind kein geeignetes Mittel für Einwanderung.

Gleichwohl werden auch schnelle Ablehnung oder mehr Druck auf das Transitland Ungarn viele Menschen nicht davon abhalten, nach Deutschland zu kommen. Kosovo und andere Balkanländer sind keine militärischen, aber wirtschaftliche Krisengebiete. In Kosovo liegt die Arbeitslosigkeit bei etwa 30 Prozent, dort leben fast ein Drittel der

knapp zwei Millionen Einwohner unter der Armutsgrenze. Wenig besser sieht es in den Nachbarstaaten Albanien, Serbien oder Bosnien aus – auch sie verharren in Stagnation, ihre Wirtschaft ist geprägt von wenig Industrie und geringer Konkurrenzfähigkeit, die Infrastruktur ist schlecht, die Korruption hoch. Serbien etwa, das an vielen der griechischen Misere ähnelnden Problemen krankt und schmerzhaft Reformen ebenfalls aufgeschoben hat, steht gerade erst am Anfang einer wohl etliche Jahre dauernden wirtschaftlichen Roskur.

Auch beim EU-Mitglied Kroatien sieht es wirtschaftlich bescheiden aus. Und so kommen auch aus diesen Ländern Zehntausende Menschen nach Deutschland, das zur Zeit wirtschaftlich und gesellschaftlich der Magnet Europas ist. Patentrezepte, wie die Deutschen mit den Problemen umgehen sollen, die durch die starke Anziehungskraft des Landes entstehen, gibt es höchsten bei Pegida – aber nicht in der realen Politik.

Asylanträge sind der falsche Weg, aber die Menschen kommen

Süddeutsche Zeitung, Donnerstag, 12.03.2015, Seite 4

ZIVILGESELLSCHAFT

Das Ende von Pegida

VON HERIBERT PRANTL

Wie gut, dass es Pegida gab. Ohne Pegida wüsste man nicht, was man jetzt weiß: Es existiert eine Parallelgesellschaft in Deutschland. Ein paar Monate lang konnte man diese Parallelgesellschaft auf deutschen Straßen besichtigen und studieren. Pegida war der Laufsteg, auf dem sie sich präsentierte. Sarrazins Bücher der vergangenen Jahre waren Werbe-Flyer für diese Veranstaltung.

Was Paris für die Mode ist, war Dresden ein paar Monate lang für die Ressentiments: Gelockt von der Aufmerksamkeit der Weltpresse, zeigte die deutsche Parallelgesellschaft dort, aber nicht nur dort, ihre Scheelsucht, ihre Übellaunigkeit und ihren Furor. Angestachelt von üppiger Berichterstattung, sparte sie nicht mit Grimm, Galle, Gift und Geifer gegen Muslime, gegen Flüchtlinge, gegen Ausländer, gegen die Fremden und das Fremde überhaupt, gegen die demokratischen Parteien und Politiker, gegen die Medien, gegen angeblich falsche Toleranz und gegen die angeblichen Auswüchse der modernen Gesellschaft.

Der Neuigkeitswert dieser düsteren Präsentationen ist geschwunden; das Pegida-Fieber lässt nach; die Faszination des Unerhörten löst sich im Überdruß auf. Es geht allmählich zu Ende mit Pegida als Protestbewegung. Das freilich ist nicht auch das Ende der Ressentiments, die dort plakatiert wurden; die sind da, die bleiben da; und diese werden womöglich, wenn die Zivilgesellschaft nicht sehr aufpasst, Prêt-à-porter. Die AfD hat sich nämlich anheischig gemacht, den Nachlass von Pegida zu verwalten; sie zeigt sich willig, der Parallelgesellschaft eine parlamentarische Heimat zu geben.

Das stört die Bequemlichkeiten von CDU/CSU, SPD & Co. Sie hatten sich damit eingerichtet, dass das radikale Potenzial der gesellschaftlichen Mitte, das fast überall in Europa Wahlerfolge feiert, in Deutschland parlamentarisch nicht zum Zuge kommt –

weil dieses Potenzial hierzulande meist in der Stille des Nichtwählerlagers versank. Damit war man zufrieden. Man hatte und hat sich daran gewöhnt, dass die Wahlbeteiligung sinkt und sinkt; in den Parlamenten hatte dies ja keine Folgen.

Man nahm es also hin, dass ein großer Riss die Bevölkerung teilt: Die eine Hälfte wählt, die andere nicht. Die nicht wählende Hälfte ist natürlich nicht per se eine Pegida-Hälfte. Zu den Nichtwählern zählen ganz viele Menschen, für die die soziale Welt immer weniger lesbar wird und die bei den etablierten Parteien inklusive der Linken keine Lesehilfe mehr finden. Zu den Nichtwählern gehören auch die Armen und die Hartzer, die sich seit Schröders Agenda abgehängt und von der SPD verraten fühlen.

Die meisten Nichtwähler dürften mit Pegida zwar ein paar Berührungspunkte, aber keine große Schnittmenge haben. Gleichwohl besteht die Gefahr, dass ein Teil der bisherigen Nichtwähler von einer pegidisierten AfD angezogen wird – zumal die große Koalition die Ohnmachtsgefühle der Unzufriedenen verstärkt. Der Prozess des Zerfalls von Pegida und deren Parlamentarisierung durch die AfD könnte dann gefährlicher werden, als die Pegida selbst es war.

Wie werden die anderen Parteien reagieren? In der Vergangenheit haben Rechtsaußen-Rufe gegen Flüchtlinge dazu geführt, dass die etablierten Parteien solche Rufe aufgriffen – mit dem Hinweis auf die zunehmende Gewalt, auf die man reagieren müsse. Die Asyldebatte vor mehr als zwanzig Jahren war ein Beispiel dafür, wie sich Wahlkämpfer in einen politischen Überbietungswettbewerb hineinsteigerten. Die Neuauflage einer rassistisch aufgeladenen Politik (diesmal gegen „Islamisierung“) wäre eine Dummheit sondergleichen.

Pegida hat nicht nur gezeigt, dass es eine fremdenfeindliche Parallelgesellschaft gibt. Pegida hat auch die Zivilgesellschaft wachgerüttelt und sie hat Gegendemonstranten auf den Plan gerufen, viel mehr Gegendemonstranten, als man das der angeblich müden und politisch desinteressierten Gesellschaft zugetraut hatte. Es zeigte sich, dass es ein Bewusstsein gibt für die Werte einer offenen Gesellschaft – und die Bereitschaft, diese zu verteidigen. Das ist die gute Erkenntnis der vergangenen Monate; das ist anders als vor zwanzig Jahren.

Die richtige Reaktion auf den Zerfall von Pegida und die Staubsaugerei der AfD ist deshalb erstens ein großes politisches Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft und zweitens ein neues Bemühen um die Schwachen der Gesellschaft. Das von Merkel und Schröder aussortierte Wort „Solidarität“ muss wieder den Rang erhalten, der ihm in einem Sozialstaat gebührt. Dafür sollte die Zivilgesellschaft auf der Straße bleiben.

Die AfD macht sich anheischig, Pegidas Erbe anzutreten

Ehrenwörtliche Erklärung

Ich versichere hiermit ehrenwörtlich, dass ich meine vorliegende Abschlussarbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel – insbesondere keine im Quellenverzeichnis nicht benannten Internet-Quellen – benutzt habe.

Die Arbeit wurde vorher nicht in einem anderen Prüfungsverfahren eingereicht und die eingereichte schriftliche Fassung entspricht derjenigen auf dem elektronischen Speichermedium.

Wörtlich oder dem Sinn nach aus anderen Werken entnommene Stellen sind unter Angabe der Quellen kenntlich gemacht.

Ort, Datum

Unterschrift (Vor- und Nachname)

